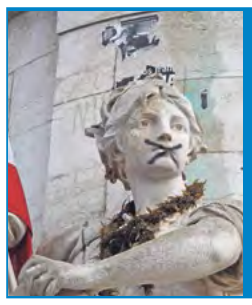
ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 2 (66) Februar 2020/ Schwat – Adar 5780 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,70 €



Paris: Ein weiterer islamischer Judenmörder geht straffrei aus

Der Mörder Sarah Halimis entgeht Gefängnisstrafe.

SEITE 13

Taktloser Abstecher von Yad Vashem zu Abbas

Regierungschefs besuchen nach Holocaust-Gedenkfeier einen Holocaust-Verharmloser.

SEITE 3

„Mein Leben hier ist so wunderbar!“

Der US-Starregisseur Quentin Tarantino gründet in Israel eine Familie.

SEITE 48

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

mit dem Erscheinen unserer Februar-Ausgabe ist das Jahr 2020 gerade mal etwas mehr als einen Monat alt. Keine wirklich lange Zeitspanne, könnte man meinen. Dennoch haben uns bereits Geschehen und Ereignisse des Monats Januar deutlich vor Augen geführt, dass uns nicht viel Zeit gelassen wird, uns auf das neue Jahr einzurichten und unsere Politik kaum einen Tag vergehen lässt, an dem sie uns nicht klarmacht, dass sie keinesfalls beabsichtigt, aus dem Versagen und den Fehlleistungen der letzten Jahre zu lernen oder etwa aus der schwindenden Wählerakzeptanz die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Dabei wäre genau dies mehr als erforderlich. Hat doch das letzte, wirklich turbulente und ereignisreiche Jahr keinesfalls dazu beitragen können, unsere berechtigten Sorgen um das Fortbestehen unserer bisherigen Kulturwerte und unserer abendländischen Lebenswelt zu zerstreuen.

Mussten wir schon im letzten Jahr angesichts des Versagens unserer Politik mit wachsender Resignation und Hilflosigkeit nahezu tägliche, zumeist Islam-korrelierte Messerattacken auf unseren Straßen, öffentlichen Plätzen und Verkehrsmitteln hinnehmen, mehrten sich Angriffe auf Polizei, Feuerwehr, medizinisches Personal sowie andere Hilfskräfte, und sind in dem Land der Schoah Übergriffe auf jüdische Menschen, No-Go-Areas für Juden sowie Mobbing und das (nahezu durchweg ohne jede Ahndung für die häufig islamischen Täter bleibende) Hinausprügeln jüdischer Schüler aus deutschen Schulen mit hohem Islam-Anteil in den Vorjahren seit der entseelten und suizidalen Open-Border-Politik für islamischen Judenhass und islamische Rechts- und Demokratieverachtung längst trauriger Alltag geworden, so begann das neue Jahr ebenso wie das alte endete. Auch die weitestgehend inhaltsleeren Jahresend-Ansprachen der Bundeskanzlerin und des Bundespräsidenten verhießen da wie erwartet nichts Gutes.

Aber zurück zu dem Geschehen des Monats Januar:

Aller dogmatischen Gehirnwäsche durch unsere Vernunft-verlassene Politik und unsere Medien, sowie allen Drohungen und absichtlich von unseren Medien und unserer Politik falsifizierten Voraussagen zum Trotz hat sich Großbritannien überwältigend für den Brexit-Befürworter Boris Johnson und gegen den linken Antisemiten Corbyn ausgesprochen. Damit hat sich der britische Wähler eindeutig für Europa und gegen die EU entschieden.

Fortsetzung Seite 2 ▶▶

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN

4 198807 003709 02

Großbritannien: Stärker als die EU glaubt

John Thys, Paul ELLIS, AFP

Von Markus Somm

Woran manche nie geglaubt hatten, ist nun wahr geworden: Großbritannien tritt aus der Europäischen Union aus, und es handelt sich wohl um das folgenreichste historische Ereignis seit dem Fall der Berliner Mauer. Europa, insbesondere die EU, wird sich neu erfinden müssen. Von jener Euphorie, die 1989 unseren Kontinent, und zwar den Westen wie den Osten ergriffen hatte, ist wenig übriggeblieben. Die Vereinigten Staaten von Europa – denn dieses Ziel schien Anfang der 1990er Jahre in greifbare Nähe gerückt – finden so schnell nicht statt. Noch überwiegt business as usual.

Die meisten Politiker, Journalisten, zum Teil auch Wirtschaftsführer sind sich der Tragweite dieses mutigen, britischen Volksentscheides nicht bewusst. Sie gehen davon aus, die EU existiere einfach so weiter, sie denken, Großbritannien sei in erster Linie von seinem Beschluss betroffen, sie meinen, die Zeiten hätten sich kaum geändert – abgesehen davon, dass es an den Rändern des politischen Spektrums etwas rumpelt, quietscht und rumort. Barbaren kriechen herum und machen Krawall, Klimajugendliche schwänzen die Schule und reden frech, ansonsten nichts Neues im Westen. Sie irren sich. Sie übersehen die Morgendämmerung einer neuen Epoche.

Atomkraft mit intakter Armee

Großbritannien ist die zweitgrößte Volkswirtschaft Europas, zugleich für die EU neuerdings der wichtigste Handelspartner außerhalb des Staatenbundes, das Land ist zudem eine Atommacht und verfügt über eine der wenigen noch seriösen, will heißen einsatzbereiten Armeen. Ohne Großbritannien, das wissen die Politiker in der EU, hat jeder europäische Versuch, sich sicherheitspolitisch von den USA zu emanzipieren, den Charme eines Witzes.

Ebenso gehört London zu den bedeutendsten Finanzplätzen der Welt, gemäß dem Global Financial Centres Index ist nur New York von größerem Gewicht, weit abgeschlagen liegen Frankfurt, Paris oder Amsterdam. Selbst Zürich, ebenso eine Stadt außerhalb der EU, ist wichtiger als die erwähnten EU-Finanzplätze. Zürich in der kleinen Schweiz liegt auf Rang 6 – vor Frankfurt im großen Deutschland. Kaum eine europäische Firma kommt an London vorbei, wenn sie sich auf die Suche nach einer Finanzierung macht. Schließlich besitzt Großbritannien sieben der vierzig besten Universitäten der Welt, die EU dagegen keine, die Schweiz übrigens zwei.

Wenn die EU-Kommission sich also einbildet, die Verhandlungen mit den Briten führte sie aus einer Position der Stärke, während die Insulaner froh sein müssen, dass man mit ihnen überhaupt ins Geschäft kommen will, dann täuscht sie sich. Ebenfalls sollte die Kommission Boris Johnson nicht unterschätzen. Der britische Premierminister, den man lange als Clown verlachte, obschon man es besser wusste, hat eben eine Mehrheit erzielt von einem Ausmaß, wie das keiner der amtierenden Regierungschefs in der EU je noch erleben wird.

Fortsetzung auf Seite 2 ▶▶

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Großbritannien: Stärker als die EU glaubt

Die Brüsseler Bürokraten unterschätzen die Macht der zweitgrößten Volkswirtschaft Europas – jeder wirtschaftliche Boom in Großbritannien wird ihnen in Zukunft schmerzhaft ihre eigene Überflüssigkeit vor Augen führen.

Merkel, ein erschöpftes Gespenst

Die Deutsche Angela Merkel wandelt wie ein erschöpftes Gespenst durch die Gänge ihres Amtes, eine Kanzlerin, die ihren politischen Tod längst überlebt hat; Emmanuel Macron, der Franzose, wird wohl bald von Marine Le Pen abgelöst, der Rechtspopulistin, sofern er nicht schleunigst Reformen durchsetzt, wie sie das letzte Mal Napoleon Bonaparte gelungen sind. Es sieht schlecht aus.

Jahre des Selbstbetrugs. Was hat man die Briten verspottet, und ihre Demokratie, eine der ältesten der Welt, für tot erklärt, wie groß war die Vorfreude auf das Debakel, das ihrer Wirtschaft angeblich drohte: alles falsch. Immerhin, der eine oder andere Journalist ist aufgewacht. So schreibt die „Frankfurter Allgemeine“: „Die Katastrophen-Propheten zum Brexit-Votum vor dreieinhalb Jahren, die einen Wirtschaftseinbruch vorhersagten, lagen falsch. Im Gegenteil: Die Arbeitslosigkeit sank, eine Million neue Jobs wurden geschaffen.“

Es dürfte noch besser werden

„Singapur an der Themse“ soll, so hört man, der Albtraum der Eurokraten bedeuten, also die Vorstellung, dass Großbritannien sich von all jenen Regulierungen der EU befreit, die sich als wenig sinnvoll erwiesen haben, um Wohlstand zu schaffen. Den Wettbewerb der Systeme, wir wissen das als Schweizer nur zu gut, scheuen die Kommissäre in Brüssel wie der Teufel das Weihwasser. Niemand soll merken, wie miserabel sie regieren. Eben erst hat Michel Barnier, der Chefunterhändler der EU, dies betont: Man könne nie zulassen, dass London sich darauf kapriziere, andere, sprich: wirtschaftsfreundlichere, Regulierungen anzuwenden. Wie die katholische Kirche kann man die EU offenbar nie verlassen, auch wenn man sie verlassen hat.

Zuerst erschienen in der Schweizer SonntagsZeitung

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Der britische Wähler wählte bewusst konservativ, um nicht die demokratischen Tugenden Großbritanniens für ein gefährliches und instabiles, linksgerichtetes, von Deutschland angeführtes System-veränderndes sozialistisches Abenteuer zu opfern, voller religiösen Klimawahns und einer irreversiblen, hauptsächlich der suizidalen Open-Border-Migration und einem ungebremstem Islam-Wachstum geschuldeten Destruktion Großbritanniens und seiner jahrtausendealten abendländischen Kultur und Lebensart.

Großbritannien hat nicht den USA geholfen Europa von Nazi-Horror zu befreien und hat nicht zwei Weltkriege im letzten Jahrhundert gewonnen, um herumgestoßen und bevormundet zu werden durch eine EU und vor allem durch einen Klima-hysterischen, sich selbst aufgebenden deutschen Staat und seine kommunistisch sozialisierte Kanzlerin, die offensichtlich vergessen oder niemals verstanden hat, was die wirklichen Werte unserer freien westlichen Gesellschaft und unseres freien selbstbestimmten Lebens sind.

In nur wenigen Jahren werden viele von uns die kluge Entscheidung der Briten beneiden, und es darf bereits jetzt die Prognose gewagt werden, dass der Brexit nicht der letzte Abgang eines europäischen Staates aus der immer größere Blüten treibenden Bevormundung durch eine in Wahrheit nichts und niemanden legitimiert vertretende EU sein wird. Es darf gehofft werden, dass der Brexit das Ende des bürokratisch entseelten EU-Monsters einleitet, und damit einem Europa im Sinne der Gründungsväter der Handelsunion den Weg ebnet.

Ebenfalls negativ durch unsere Politik aufgenommen, wurde die Anfang Januar durch Präsident Trump vorgenommene und erfreulicherweise gelungene Ausschaltung des iranischen Terrorchefs Soleimani. Besonders verstimmt zeigte sich hier unser vor allem um das Wohl der iranischen Mordmullahs besorgte Außenminister Maas, der auch die Destabilisierung des iranischen Mordstaates und die Unterstützung des Aufstandes gegen die Mullahs beklagte. Das ist umso befremdlicher als die deutschen Politik per Selbstverständnis einer der vordersten Fürsprecher der als „Arabischer Frühling“ bekanntgewordenen islamistischen Unruhen der Vorjahre war.

Kein Wort der Zustimmung oder Erleichterung über die Ausschaltung des iranischen Mord-Chefs kam auch von unserer Kanzlerin, die noch die Tötung des Terroristen Osama bin Laden auf Befehl des vormaligen amerikanischen Präsidenten Obama bejubelt hatte.

Das verwundert gar nicht. Kann doch Präsident Trump, der seit dem 20. Januar vor seiner hoffentlich gesicherten Wiederwahl in das vorläufig letzte Jahr seiner überaus erfolgreichen Amtszeit eintritt, es weder unseren Medien noch unserer Politik jemals recht tun.

Zu weit hat unsere linke Politik sowohl in Deutschland als auch in der EU die Entfremdung von dem wichtigsten Verbündeten Europas, den USA, getrieben. Mit entsprechendem Bedauern wurde hier daher auch der offensichtliche Zusammenbruch des haltlosen Impeachment-Verfahrens gegen Präsident Trump, der sich ebenfalls im Januar herauskristallisierte, kommentiert.

Kaum positiver kann von hier aus die Bewertung des diesjährigen deutschen Gedenkens an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, die sich am Ende Januar zum 75. mal jährte, gesehen werden.

Die Schoah – das war keinesfalls der Mord an sechs Millionen Juden, das waren sechs Millionen schreckliche Morde an sechs Millionen unschuldigen jüdischen Kindern, Frauen und Männern, von denen jedes einzelne Opfer ein Gesicht und einen Namen hatte.

Deshalb ist es natürlich nur allzu richtig, sensibelst auch vor den mega-dummen rückwärtsgerichteten nationalen Überhöhungen und intolerablen antijüdischen Stereotypen der Ewiggestrigen in diesem Lande auf der Hut zu sein. Und natürlich macht uns der hasserfüllte Breivik von Halle Angst.

Der einheimische Antisemitismus ist bereits schlimm genug

Ja, daran besteht kein Zweifel, es gibt zur Genüge Antisemitismus auch in der gesamten autochthonen deutschen Bevölkerung, quer durch alle Gesellschaftsschichten.

Es gibt die am Rande der Debilität xenophob und ganz wie ihr Idol Hitler voller Hass gegenüber Juden durch ihr sinnentleertes Leben taumelnde tumbe Neo-Nazi-Glatzen. Es gibt die vor Selbstmitleid über die vermeintliche Verunrechtung Deutschlands zerfließenden und fremdem Leid gegenüber unzugänglichen Stammtisch-Schwadronierer und Täter-Opfer-Schuld-Verkehrer. Es gibt die akademischen Schuldrelativierer, die Holocaust-Bagatellisierer, die Schlussstrich-Debattler, die verschlagenen Whataboutisten mit dem tradierten antijüdischen Sentiment, die alles Fremde und besonders Juden nun mal nicht mögen, weil man Juden – auch wenn man sie gar nicht kennt – eben einfach nicht leiden kann und sie für die Wurzel allen Übels hält.

Hierzulande gilt man nicht selten – um mit H. Broder zu sprechen – ohnehin erst, und nur dann als Antisemit, wenn man Juden noch weniger mag als es landesweit üblich ist.

Und last not least gibt es auch die pathologischen mörderischen Judenhasser wie den Breivik von Halle.

> „Es darf gehofft werden, dass der Brexit das Ende des bürokratisch entseelten EU-Monsters einleitet.“

Kurzum – es gibt schon so viel tradierten Judenvorbehalt in der angestammten deutschen Bevölkerung selbst, dass es wirklich keiner judenfeindlichen islamischen Neu-Importe zur Bestandssicherung oder schlimmer noch zur Stärkung des Antisemitismus bedarf.

Es ist wahr, sichtbarer und hörbarer ist der Antisemitismus hier auch geworden – die verfehlte, am Sicherheitsbedürfnis der eigenen Bevölkerung vorbeigehende, weit nach links abgedriftete Politik der Merkel-Ära und die Zerstörung der politischen Mitte hat den unbelehrbaren Antisemiten jeder Couleur Mut gemacht, wieder vernehmbarer aus der verdienten Jauchegrube der Geschichte zu treten.

Die zwischenzeitlich durch das eklatante Versagen unserer Politik von wieder erstarkter ewiggestriger Seite praktizierte Unkultur der Holocaust-Leugnung, der Schuldrelativierung, der Täter-Viktimisierung, der entlastenden Ehrung der Wehrmacht oder auch nur des Vergessens ist wirklich zutiefst unerträglich und widerwärtig.

Und natürlich gibt es Antisemitismus auch in der neuen Opposition, deren heutige Wählerschaft ohnehin zumeist aus ehemaligen CDU- und SPD-Wählern besteht, denen man Judenfeindlichkeit allerdings erst vorwirft, nachdem sie ihre angestammten etablierten Parteien wegen deren eklatantem Versagen nicht mehr wählen.

Dabei gibt es Antisemitismus, der zur tradierten Muttermilch christlicher Gesellschaften gehört, kein Stück weniger in allen anderen bislang etablierten, ganz besonders aber in den linken Islam-affinen Parteien, wo der Antisemitismus nur allzu durchsichtig als Israelkritik getarnt und durch eine offenkundige Duldungs- und Förderungs-Allianz mit dem gewalttätigen islamischen Judenhass heute deutlich gefährlicher ist als der überlieferte.

Jedenfalls verlassen Juden Deutschland und Europa trotz des widerwärtigen und unerträglichen juden-hassenden Alt-Linken und Alt-Maoisten Gedeon nicht wegen eines Herrn Gauland und schon gar nicht wegen einer Frau Weidel oder Frau Storch, sondern wegen des wachsend unerträglicher werdenden juden-feindlichen Klimas unserer sich auch unter dem kaum noch zu vermeidenden Diktat der grünen Zeugen Gretas immer mehr islamischer Rechtsverachtung und gewalttätigem islamischen Judenhass ergebenden Republik.

Geheuchelte Gedenktag-Rituale

Nur 75 Jahre nach dem Horror der Schoah, dem Genozid und dem unbeschreiblichen Verbrechen an den Juden Europas zelebriert unsere Politik und ihre linkslastigen Islam-affinen Erziehungs-Medien alljährlich plakativ und als Alibi für die ermordeten Juden verheuchelte Krokodiltränen-getränkte und sinnentleerte Gedenktag-Rituale für gute, weil tote Juden, während sie gleichzeitig mit unserem von der trotz fehlender Wähler-Akzeptanz an der Macht gehaltenen SPD-Außenminister beklagen, dass das iranische Mord-Mullah-System der Holocaust-Leugner und Bereiter eines atomaren Genozids am jüdischen Staat durch den US-Präsidenten erfolgreich destabilisiert wird.

Der jüdische Staat Israel wird im Interesse der Erhaltung der brutalen arabischen Eroberungen archaischer jüdischer Städte wie Jericho, Nazareth und Betlehem von eben der gleichen entseelten Politik, die sich heute in aufgetragener Anteilnahme mit einem Bessermensch-Heiligenschein umgibt, seit Jahren diffamiert und dämonisiert.

Fortsetzung auf Seite 19 ▶▶

Taktloser Abstecher von Yad Vashem zu Holocaust-Relativierer Abbas

Regierungschefs wie Emmanuel Macron machten im Zuge der Holocaust-Gedenkfeiern in Israel auch „Palästinenser"-Führer Abbas ihre Aufwartung – eine Pietätlosigkeit angesichts dessen Verharmlosung des Holocausts in seiner Doktorarbeit.

Von Ron Agam (Algemeiner)

Abbas empfängt Macron am 22. Januar 2020

Die Nachricht, dass 46 führende Persönlichkeiten der Welt – darunter Präsidenten, Premierminister und der US-Vizepräsident Mike Pence – zum Weltholocaust-Forum in Yad Vashem in Jerusalem zusammenkommen werden, um den 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz zu begehen, ist angesichts des weltweit zunehmenden Antisemitismus eine ermutigende Nachricht.

Nicht ermutigend ist die Nachricht, dass der russische Präsident Wladimir Putin, der französische Präsident Emmanuel Macron und der britische Prinz Charles die Gelegenheit nutzen wollen, während ihres Israel-Besuchs auch mit dem Präsidenten der «Palästinensischen Autonomiebehörde», Machmud Abbas, zusammenzutreffen.

Es ist in der Tat beschämend, unerträglich und unvorstellbar respektlos, dass sie dies während einer Veranstaltung zum Gedenken an den Holocaust tun, denn Abbas ist einer der prominentesten Holocaust-Leugner der arabischen Welt.

In einem Artikel im «The Tower» analysierte der israelische Wissenschaftler Edy Cohen Abbas' Buch «The Other Face of the Secret Connections Between Nazism and the Leadership of the Zionist Movement» und kam zum Schluss, dass es beweist, dass «Antisemitismus und Holocaust-Leugnung in Palästina von ganz oben kommen».

Abbas' unseriöse Quellen

Cohen weist darauf hin, dass Abbas keinen Hehl daraus macht, dass er glaubt, der Holocaust sei entweder gar nicht geschehen oder stark übertrieben worden.

Cohen weist darauf hin, dass Abbas in seinem Buch schreibt: «Die Zahl der jüdischen Opfer soll sechs Millionen betragen. Aber sie war wahrscheinlich viel geringer, vielleicht weniger als eine Million.»

An einem anderen Punkt behauptete Abbas: «Viele Forscher haben die Frage der Zahl der Toten – sechs Millionen – beurteilt und kamen zu außergewöhnlichen Schlussfolgerungen, wonach die Zahl der jüdischen Opfer in die Hunderttausende geht.»

In Bezug auf die Gaskammern behandelt Abbas die Behauptungen eines der berühmtesten Holocaust-Leugner der Welt als Tatsache und schreibt: «Diese Räume sollen zur Tötung von Juden bestimmt gewesen sein. Die vom französischen Professor Robert Faurisson veröffentlichte wissenschaftliche Forschung weist [die Behauptung] zurück, dass diese Kammern für die gerüchtehaften Zwecke, d.h. für die Ermordung lebender Menschen, benutzt wurden, und behauptet, dass sie nur für die Verbrennung von Leichen bestimmt waren, da man befürchtete, dass sich Krankheiten in der Umgebung verbreiten könnten.

Dass Abbas Faurisson als legitime Quelle zitiert und seine Behauptungen als «wissenschaftliche Forschung» bezeichnet, sagt alles. Tatsächlich war Faurisson ein Holocaust-Leugner, der so giftig war, dass die französischen Behörden ihn schließlich wegen rassistischer Aufstachelung strafrechtlich verfolgten und verurteilten. Doch Abbas betreibt genau die gleiche Aufhetzung, indem er Faurisson selbst zitiert, ohne jede Konsequenz.

Die führenden Politiker der Welt, die sich derzeit in Scharen mit Abbas treffen, würden zweifellos sagen, dass sein Buch eine Art jugendliche Indiskretion ist, und der «Palästinenser»-Führer sei mittlerweile ein vertrauenswürdiger Gemäßigter.

Aber Abbas hat bis heute weiterhin bösartig antisemitische Äußerungen über den Holocaust gemacht.

Juden selbst schuld?

In einer Rede im Mai 2018 zum Beispiel gab Abbas eine, wie er es nannte, «Geschichtsstunde», in der er sagte, der Holocaust sei durch das «soziale Verhalten der Juden, Zinsen [zu verlangen] und finanzielle Angelegenheiten» verursacht worden.

Ausgerechnet während einer Holocaust-Gedenkfeier mit Abbas zusammenzutreffen, ist daher erstaunlich respektlos gegenüber den Opfern und Überlebenden des Holocaust sowie dem gesamten Staat Israel. Es kommt einer Art säkularer Blasphemie gleich, die impliziert, dass das Gedenken an den Holocaust und die Leugnung des Holocaust irgendwie gleich legitim sind, und mit gleichem Respekt behandelt werden sollten.

Wäre er ein französischer Professor, würde Abbas wahrscheinlich das gleiche Schicksal ereilen wie Faurisson. Stattdessen darf er nicht nur weiterhin seinen rassistischen Hass ausspucken, sondern er darf auch von einigen der mächtigsten Führer der Welt mit Ehre und Respekt behandelt werden.

Dies ist eine inakzeptable Situation, und Israel sollte offiziell bei den Regierungen protestieren, die dies zugelassen haben. Alles andere wäre ein Verrat an den Opfern des Holocausts, derer die Staatsführer angeblich gedenken wollten.

Ron Agam ist ein führender französisch-israelischer Künstler und Aktivist.

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

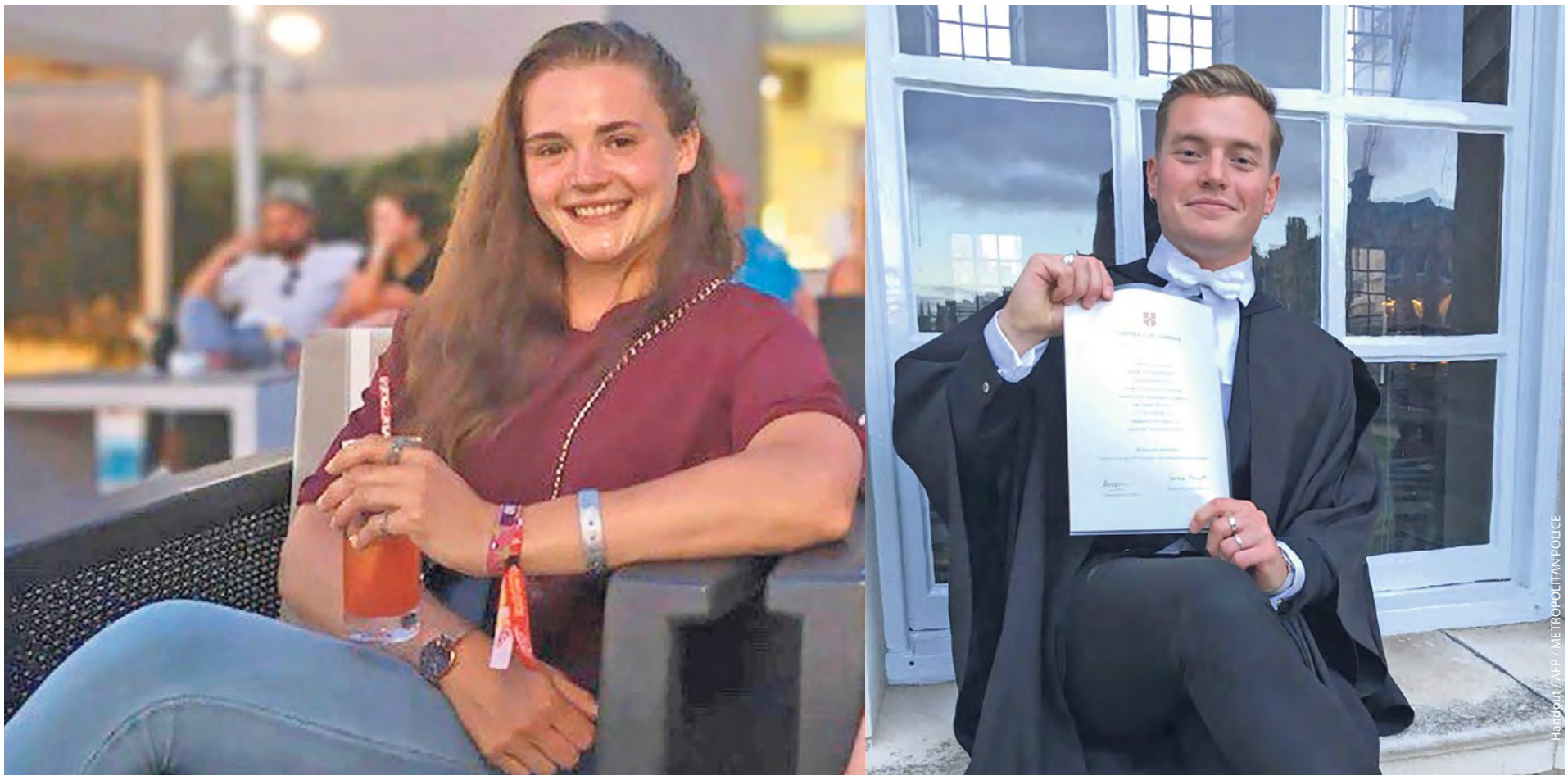
Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Das Unwort des Jahres 2019: „Polizeibekannt“

Die islamischen Messer-Attentate in West-Europa reißen nicht ab. Auch der Täter vom 2. Februar 2020 (London) war nicht nur polizeibekannt, sondern vor seinen lebensgefährlichen Angriffen in Haft – aus der er vorzeitig entlassen worden war.



Saskia Jones und Jack Merritt, die Opfer des Terroranschlags vom 29. November 2019 in der Nähe der London Bridge, setzten sich für die Resozialisierung von Häftlingen ein – auch für die ihres späteren Mörders.

Von Stefan Frank

Der Terrorismus radikaler Muslime in Westeuropa und den USA ähnelt mehr und mehr demjenigen in Israel, sowohl was die Frequenz von Anschlägen betrifft als auch die Mittel.

Eine Art des urbanen Terrors, die immer häufiger wird, sind wahllose Messerangriffe im öffentlichen Raum. Einige Beispiele aus den ersten Tagen des Jahres 2020:

5. Januar 2020, Villejuif bei Paris: Ein Islamkonvertit sticht in einem Park auf mehrere Menschen mit einem Messer ein und ruft dabei „Allahu Akbar“ („Allah ist größer“). Ein Mann, der seine Ehefrau schützen will, wird dabei tödlich verwundet. Zwei Frauen erleiden lebensbedrohliche Verletzungen.

6. Januar 2020, Gelsenkirchen: Ein 37-jähriger Türke greift zwei Polizisten mit einem Knüppel und einem Messer an und wird erschossen. Die Staatsanwaltschaft will von Terrorismus nichts wissen, sondern spricht stattdessen von „Hinweisen auf eine psychische Erkrankung des Verdächtigen“. Gleichwohl wird bekannt, dass der Staatsschutz auf ihn aufmerksam geworden war und ihn als „Prüffall Islamismus“ führte.

7. Januar 2020, Metz: In der nordostfranzösischen Stadt „schwingt“ ein Mann laut der Nachrichtenagentur AFP ein Messer und ruft „Allahu Akbar“. Als die Polizei eintrifft, bedroht er die Beamten. Die Polizisten schießen daraufhin auf den Mann. Dieser wird verletzt, allerdings nicht lebensgefährlich.

8. Januar 2020, March/Cambridgeshire, Großbritannien: Im Hochsicherheitsgefängnis Whitemoor stechen zwei Insassen auf Gefängnisbeamte ein. Die Täter tragen Bombengürtelattrappen. Ein Wärter erleidet Verletzungen an Kopf, Gesicht und Brust. Er und vier weitere werden in ein Krankenhaus eingeliefert, aber bald darauf entlassen. Scotland Yard bestätigt, dass es sich um einen Terroranschlag handelt. Einer der Täter ist Brusthom Ziamani, der 2015 wegen der versuchten Enthauptung eines Soldaten verurteilt worden war. Er gilt als ein Anhänger des radikalen Predigers Anjem Choudary. Bei dem anderen Täter handelt es sich um einen Islamkonvertiten, der wegen Gewaltverbrechen verurteilt worden ist.

Vorgetäuschte Reue

Ein häufiges Merkmal bei Terroranschlägen radikaler Muslime in Westeuropa ist: Der Täter war den Behörden bereits vor der Tat bekannt. Der 28-jährige Usman Khan, der im November 2019 den Messeranschlag auf der London Bridge (nicht der erste derartige Vorfall dort) verübte – er griff Passanten an und tötete zwei Menschen, eher er durch das mutige Eingreifen von Bürgern gestoppt werden konnte – war rund ein Jahr zuvor vorzeitig aus der Haft entlassen worden. Er war 2012 verurteilt worden, weil er zu einer Bande von neun Extremisten gehört hatte, die allesamt britische Staatsbürger pakistanischer oder bengalischer Herkunft waren. Der damals 19-jährige Khan hatte geplant, auf einem Grundstück in Kaschmir, das seiner Familie gehört, ein militärisches Ausbildungslager für Terroristen aufzubauen und einen Terroranschlag auf die Londoner Börse vorzubereiten.

Weil er gemeinsam mit zwei anderen der Rädelsführer gewesen war – ein „ernsterer Dschihadist als die anderen“, so der Richter – sollte er laut dem Urteil erst aus der Haft entlassen werden, wenn von ihm keine Gefahr mehr ausgeht. Diesen Eindruck konnte er in der Haft offenbar vermitteln bzw. vortäuschen, was die Frage aufwirft, was es wert ist, wenn Gutacher oder Gefängnispsychologen einem Dschihadisten einen Sinneswandel bescheinigen.

Khans langjähriger Rechtsanwalt Vajahat Sharif äußerte sich gegenüber dem amerikanischen Nachrichtensender CNN „völlig schockiert“ darüber, dass sein Mandant die Morde auf der London Bridge verübt hat – dem Anschein nach hatte Khan sich von Radikalismus distanziert. Sharif sagt, er habe begonnen, Khan zu vertreten, als er 2010 angeklagt wurde. Khan sei zu dieser Zeit ein Teenager gewesen. „Ich hatte nicht das Gefühl, dass er die Ideologie, der er folgte, nicht mit der nötigen Gründlichkeit verstand, und ich wollte nicht, dass sie zu seinem Leben wurde“, sagte Sharif. Ein von CNN veröffentlichter Brief zeigt, dass Khan 2012 aus dem Gefängnis schrieb und um Teilnahme an einem Deradikalisierungskurs bat. Sharif bestätigt, dass sein Team Khan zum Schreiben dieses Briefes geraten habe, in der Hoffnung, dass er sich mit einem „spezialisierten Interventionsberater“ treffen könne, der sich auf die Rehabilitation von Personen konzentriere, die wegen terroristischer Straftaten verurteilt wurden. In dem Brief schreibt Khan:

„Sie wissen von meiner Straftat, einer Terrorstraftat. Sie hat mehr mit den Absichten und der Geisteshaltung zu tun, die ich zu der damaligen Zeit hatte, auch mit meinen damaligen Ansichten. Von denen ich nun, nachdem ich einige Zeit darüber nachgedacht habe, begriffen habe, dass sie nicht im Einklang mit dem Islam und seinen Lehren sind.“

Gegenüber CNN sagte Sharif, dass die vom Gefängnis erlassenen Beschränkungen seinen Mandanten damals daran gehindert hätten, dieses „Reha-Programm“ wahrzunehmen. Dennoch wurde Khan im Dezember 2018 auf Bewährung aus dem Gefängnis entlassen. Er habe ihn kurz vorher noch getroffen, so Sharif, und keinen Anlass zur Sorge gehabt: „Er hat nicht über Politik geredet. Er hat nicht über Dschihad geredet. Er hat positiv geredet.“

Angesichts hunderter Dschihadisten, die derzeit in Europa inhaftiert sind, aber demnächst entlassen werden, zeige der Fall die Risiken, schreiben die beiden Terrorismusexperten Paul Cruickshank und Tim Lister in einem Beitrag für CNN:

„Das ist der Kern des Dilemmas für Behörden: Welches Ereignis oder Ereignis könnte einen ehemaligen Gefangenen radikalisieren? Und wen überwachen sie? Wer sollte für eine vorzeitige Freilassung in Frage kommen?“

Um eine potenziell gefährliche Person rund um die Uhr zu überwachsen, seien etwa 20 Beamte nötig, so die Autoren. Bei 100 Personen bräuchte man also schon 2.000 Beamte, was zeigt, dass eine solche Überwachung entlassener Dschihadisten nur in wenigen Ausnahmefällen überhaupt denkbar ist.

Welche Gefahr von aus der Haft entlassenen Dschihadisten ausgeht, zeigt auch der Fall von Khans Mitverschwörer Mohibur Rahman. Dieser war vorzeitig freigelassen worden, nachdem er sich für ein Deradikalisierungsprogramm beworben hatte. Er wurde jedoch im August 2017 erneut festgenommen, weil er mit zwei anderen Männern einen Großanschlag auf die Polizei oder ein militärisches Ziel geplant hatte. Bei Rahmans Komlizen Naweed Ali fand die Polizei eine Rohrbombe und ein Fleischerbeil mit dem arabischen Wort für „Ungläubiger“ darauf. Die Staatsanwaltschaft teilte mit, das Trio habe Nachrichten ausgetauscht, die einen „Handlungswillen“ auslösten, und Rahman selbst habe am Computer nach „Liquid Bomb Plot“ (Anschlag mit Flüssigsprengstoff; S.F.) gesucht. Das Trio, das als „Die drei Musketiere“ bezeichnet wurde, hatte sich im Gefängnis kennen gelernt und war nach Angaben der Polizei vom Islamischen Staat inspiriert. Der Richter sagte, die Männer hätten einen Terroranschlag geplant, der

„einen erheblichen Verlust an Leben“ zur Folge gehabt, wenn die Behörden ihn nicht vereitelt hätten. Diesmal wurde Rahman zu einer Mindeststrafe von 20 Jahren verurteilt.

Die Deradikalisierungs-Programme taugen nichts

Ministerpräsident Boris Johnson machte Gesetzesänderungen unter der Labour-Regierung des ehemaligen Premierministers Gordon Brown für Khans Freiheilassung verantwortlich und sagte, es sei „lächerlich und abstoßend“, dass Khan nach der Hälfte seiner Haftstrafe automatisch freigelassen wurde. Jeremy Corbyn, Vorsitzender der Labour Party und Johnson-Gegner bei den bevorstehenden Wahlen, erklärte jedoch, es sei „nicht unbedingt“ richtig, dass verurteilte Extremisten ihre volle Strafe absitzen müssten.

Ely Karmon vom International Institute for Counter-Terrorism (ITC) in Herzliya, Israel, hat in einem Beitrag untersucht, welche Faktoren Khans Terroristenkarriere begünstigt haben und was ihn hätte aufhalten können. Er zitiert zwei Kollegen, die grundsätzliche Zweifel an sogenannten „Deradikalisierungsprogrammen“ haben. Kyle Orton, ein unabhängiger britischer Terrorforscher, sagt, es gebe keinen Zweifel daran, dass Khan hätte im Gefängnis sein müssen, da er offensichtlich gefährlich gewesen sei. Deradikalisierung kann Ortons Ansicht nach in einigen Fällen funktionieren – aber nur bei Leuten, die gerade erst anfangen, sich mit Extremismus zu beschäftigen, nicht bei Personen mit einem gefestigten Weltbild. Darum seien solche Programme kein Instrument, das für großflächigen Einsatz tauge.

Laut Orton liegt die Lösung in längeren Strafen: „In den USA werden Terroristen wegen materieller Unterstützung einer extremistischen Gruppe zu 20 bis 30 Jahren Haft verurteilt.“ Dschihadisten von der Straße fernzuhalten sei besser, als sein Vertrauen in eine „halbgare Läuterung“ der Täter zu setzen.

David Wilson, emeritierter Professor für Kriminologie an der Birmingham City University, sagt: „Die Leute wissen, was sie zu sagen haben, damit man ankreuzen kann, dass sie den [Rehabilitations-] Kurs absolviert haben.“ Niemand glaube wirklich, dass die Deradikalisierung in der Praxis bewirkt, was das Papier verheiße.

> Um eine potenziell gefährliche Person rund um die Uhr zu überwachsen, seien etwa 20 Beamte nötig, so die Autoren. Bei 100 Personen bräuchte man also schon 2.000 Beamte.

Ely Karmon weist auf einen weiteren Missstand hin: Durch die Stellenstreichungen der letzten zehn Jahre gebe es in Großbritannien zu wenige Polizisten. Das bedeutet weniger Sicherheit auf der Straße, weil es womöglich länger dauert, bis Beamte vor Ort sind.

Europäische Gefängnisse als Brutstätten des Islamismus

Eine große Bedrohung, so Karmon, erwachse daraus, dass in Europa jedes Jahr eine dreistellige Zahl von Straftätern aus dem Gefängnis entlassen wird, die wegen islamischem Terrorismus verurteilt wurden. „Gefängnisse spielen eine entscheidende Rolle bei der Auslösung und Verstärkung des Radikalisierungsprozesses und haben als ‚Radikalisierungs-Inkubator’ an Bedeutung gewonnen“, so Karmon. „Viele der dschihadistischen Terroristen nach 2007 hatten eine kriminelle Vorgeschichte und wurden hinter Gittern radikalisiert.“ Zehn der 17 Terroristen des Paris-Brüssel-Netzwerks, das die Terroranschläge 2015/16 verübt habe, habe eine Vergangenheit der Kleinkriminalität gehabt.

Zu der Radikalisierung potenzieller Terroristen trage ein Netzwerk von Leuten bei, die Karmon „geistliche Zustimmer“ oder „Unternehmer“ nennt, die die salafistische Ideologie verbreiten und so die Basis für Terroranschläge schaffen. Als Beispiel nennt er den oben genannten Anjem Choudary, einen Dschihadisten, der lange Zeit in Großbritannien wirkte. Der Sohn pakistanischer Einwanderer war Führer der mittlerweile verbotenen islamistischen Gruppe Islam4UK (sprich „Islam for UK = Islam für Großbritannien) und gründete auch Ableger im Ausland („Islam4Belgium“ etc.). Schwerpunkt war die da’wa (Arabisch für „Aufbau“ = Rekrutierung durch Propaganda) auf der Straße, mit Flugblättern und Demonstrationen. Grenzübergreifend seien die einzelnen Organisationen über die sozialen Netzwerke im Internet verbunden gewesen, so Karmon. Im Sommer 2015 hätten sie eine maßgebliche Rolle bei der Rekrutierung für den Krieg des IS in Syrien und dem Irak gespielt.

Anjem Choudary wurde 2014 verhaftet, nachdem er sich zum IS bekannt hatte. „Der Treueid war ein ‚Wendepunkt’, der bedeutete, dass er vor Gericht gestellt werden konnte“, schreibt Karmon. „Choudary wurde am 6. September 2016 zu fünf Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Leider wurde Anjem Choudary wie Usman Khan im Oktober 2018 freigelassen, nachdem er nur die Hälfte einer fünfeinhalbjährigen Haftstrafe verbüßt hatte.“

In seiner Schlussfolgerung stellt Karmon fest, dass Europa keine Antworten auf wichtige Fragen habe:

Wie verfahren mit den IS-Heimkehrern?

Was passiert mit deren Frauen und Kindern?

Wie dem Problem der Radikalisierung in Gefängnissen entgegentreten?

Was tun mit freigelassenen Dschihadisten?

Das Beispiel von Usman Khan zeige, wie wichtig diese Fragen seien. In der Milde, die Europa gegenüber den „Ideologie-Unternehmern“ wie Choudary walten lasse, sieht Karmon ein großes Problem, denn diese seien in ihrer Wirkung viel gefährlicher als die „Fußsoldaten“ oder sogar als die Drahtzieher einzelner Anschläge. Eine Strategie müsse dies berücksichtigen, wenn sie wirksam sein wolle. Der Fokus, so Karmon, müsse dabei darauf liegen, Radikalisierung erst gar nicht zuzulassen – also in der Prävention –, nicht im Versuch, sie im Nachhinein zu kurieren. Leider ist zu befürchten, dass diese Ratschläge in den Wind gesprochen sind und es in Europa noch Tausende von Messeranschlägen geben wird, ehe die Politik endlich einen entschlossenen Kampf gegen die dahinter stehende Ideologie beginnen wird.

(Anm. d. Red. : Kurz vor Redaktionsschluss geschah am 2. Februar 2020 ein weiteres islamisches Messer-Attentat in London durch den Täter Sudesh Amman. Abermals war der Täter polizeibekannt.)

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland,

Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Wladimir Putins besonderes Verhältnis zu Israel

Präsident Putin ist der in der Geschichte Russlands am stärksten pro-jüdisch und pro-israelisch eingestellte Staatsführer.

Von Paula Slier (Redaktion Audiatur)

Als der russische Präsident Wladimir Putin am 23. Januar in Israel landete, wehte die russische Flagge in der Region hoch oben an den Fahnenmasten. Wesentlich höher als bei seinem letzten Besuch im Heiligen Land im Jahr 2012. Mittlerweile hat Moskau die Kontrolle über den syrischen Luftraum übernommen und das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad vor dem fast sicheren Untergang bewahrt.

Die Anfang des Monats erfolgte Tötung des iranischen Top-Generals Qasem Soleimani durch die Vereinigten Staaten (USA) stärkte die Position Russlands in Syrien und im Irak. Der russische Außenminister, Sergei Lawrow, nannte die Tötung zwar eine „illegale Handlung" und kritisierte die USA, weil sie sich nicht an das Völkerrecht halten, aber ein schwächerer Einfluss des Irans in Syrien verschafft Russland mehr Einfluss im Land.

Soleimani war für den Ausbau iranischer Vertretungen wie der Hamas im Gazastreifen und der Hisbollah im Libanon und in Syrien verantwortlich. Er war der Hauptverantwortliche der iranischen Bemühungen, den so genannten Schiitischen Halbmond aufzubauen und „die Revolution zu exportieren" – ein Appell an die iranische Regierung seit 1979.

Nun, da Soleimani aus dem Verkehr gezogen wurde, dürfte der iranische Einfluss in der Region – zumindest kurzfristig – zurückgehen. Beispielsweise in Syrien, wo der Iran und Russland Seite an Seite kämpften, um die Regierung Assads zu unterstützen, haben die Spannungen zwischen den Seiten hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung zugenommen. Der Wettstreit um Territorium und wer die Anerkennung für den Sieg im Kampf gegen den islamischen Staat erhält, spaltet Moskau und Teheran. Ebenso verhält es sich mit der Tatsache, dass Moskau Assads offizielle Sicherheits- und Militärinstitutionen gestärkt sehen will, während Teheran Alternativen aufbauen möchte. Moskau will, dass ein Friedensabkommen zustande kommt; Teheran zieht es vor, dass die Kämpfe weitergehen.

Benjamin Netanjahu und Wladimir Putin

Russland drückt ein Auge zu, wenn Israel in Syrien die Iraner bombardiert

Fazit: Moskau will nicht, dass der iranische Einfluss in Syrien zu stark wird. Das erklärt, zumindest teilweise, warum Moskau jedes Mal ein Auge zudrückt, wenn israelische Kampfflugzeuge die von Iranern unterstützte Miliz vor Ort bombardieren. Teheran argumentiert, und zwar zu Recht, dass Moskau diese Angriffe verhindern könnte, da es den syrischen Luftraum kontrolliert. Dabei wird jedoch das gute Verhältnis zwischen Putin und dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu nicht berücksichtigt, die sich regelmäßig treffen, um die israelischen Einsätze zu koordinieren. Im vergangenen Monat prahlte Netanjahu, Putin habe ihm gesagt, dass die beiden Länder sich durchaus im Krieg miteinander hätten befinden können, wenn es keine so enge Verbindung zwischen den beiden Staatsoberhäuptern geben würde.

„Vier Mal standen wir kurz vor einer Konfrontation", sagte Netanjahu damals in einem Interview mit dem Armee-Radio.

Aber Moskau und Jerusalem haben eine komplizierte Vergangenheit. Unter den Gründern des jüdischen Staates waren viele Juden, die vor der Verfolgung im Russischen Reich geflohen waren. Der ehemalige sowjetische Staatschef, Joseph Stalin, unterstützte 1947 die Gründung Israels, um die Position Großbritanniens im Nahen Osten zu untergraben. Er beabsichtigte auch, den Kommunismus in den neugegründeten Staat zu exportieren. Seine Nachfolger jedoch bemühten sich aktiv um die arabischen Feinde Israels – Syrien und Ägypten – und versorgten diese mit Waffen. Nach dem Sechstagekrieg von 1967 brach die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. Erst 1991 wurden die Beziehungen wieder aufgenommen.

Ursprünglich war es für Jerusalem vorrangig, sicherzustellen, dass die russischen Juden die Möglichkeit hatten, nach Israel auszuwandern und dass diejenigen, die in Russland blieben, geschützt würden. Jerusalem war außerdem besorgt, dass Moskau gefährliche Technologien mit Israels Feinden teilen könnte. Aber um die Jahrhundertwende wurde diese Beziehung noch wichtiger, als sich Russland von den jahrzehntelangen Schwierigkeiten erholte und mehr als eine Million Juden aus russischsprachigen Ländern nach Israel auswanderten. Heutzutage stellen sie einen bedeutenden Wählerblock in der israelischen Innenpolitik dar.

In Israel traf Putin seine Deutsch-Lehrerin

Israel unterstützt Russland zudem aktiv im Bereich der Landwirtschaft und in den letzten vier Jahren ist Russland zum größten Rohöllieferanten Israels geworden. Der Strom russischer Touristen in das Land nimmt aufgrund des breiten Angebots an Strandurlauben, Erholung am Toten Meer, religiösen Stätten und Sightseeing-Touren weiter zu. Dass keine Visa benötigt werden und dass es keine Sprachbarriere gibt, trägt ebenfalls dazu bei. Gut jeder fünfte Israeli spricht Russisch, wodurch Israel das einzige teilweise russischsprachige Land der Welt außerhalb der ehemaligen Sowjetunion ist.

Putin ist der am stärksten pro-jüdisch und pro-israelisch eingestellte „Zar", der Russland je regiert hat. Diese Einstellung schlägt sich in der gesamten Führung nieder, weshalb es für die russisch-jüdische Gemeinde in Israel ein wichtiges Anliegen ist, was nach dem Ausscheiden Putins aus dem Amt geschehen wird.

Putin, der in einer Gemeinschaftswohnung in St. Petersburg aufwuchs, war von früher Kindheit an von Juden umgeben. Er spricht liebevoll über ein älteres orthodox-jüdisches Ehepaar, das gegenüber seiner Familie lebte. Eine ganze Reihe seiner Lehrer waren ebenfalls Juden und 2005, bei seinem ersten Israel-Besuch als Präsident, traf er seine ehemalige Deutschlehrerin. Als er erfuhr, dass sie ihre Wohnung in der israelischen Stadt Bat Yam nur zur Miete bewohnte, kaufte er sie für sie als Geschenk.

Netanjahu und Putin betrachten sich gegenseitig als Veteranen der Spezialeinheiten ihrer jeweiligen Armee. Putin schätzt den Kampf Israels gegen den Terrorismus sehr, zumal er weiterhin gegen die Extremisten in Südrussland kämpft. Außerdem ist er äußerst besorgt angesichts radikalisierter russischer Kämpfer, die aus Syrien und dem Irak in den Kaukasus und nach Zentralasien zurückkehren.

Putins Reise nach Israel folgt auf seinen Besuch Anfang des Monats in Syrien. Doch während er beim letzten Mal aus Sicherheitsgründen auf dem russischen Luftwaffenstützpunkt Hmeimim außerhalb der syrischen Stadt Latakia landete, ist er diesmal auf dem internationalen Flughafen von Damaskus gelandet, der das Ziel israelischer Angriffe gegen pro-iranische Milizen war. Seine Wahl des Zielortes und des Zeitpunkts ist sicherlich kein Zufall. Damit zeigt er, dass der russische Präsident bei einem Besuch eines wichtigen regionalen Verbündeten nichts zu befürchten hat, und dies ist in Anbetracht der kürzlich erfolgten Tötung von Soleimani auf dem irakischen Flughafen von Bagdad besonders bedeutsam.

Da die Spannungen zwischen dem Iran und den Vereinigten Staaten insbesondere nach dem Tod Soleimanis zunehmend eskalieren, ergeben sich für Russland neue Möglichkeiten in der Region. Die Verbündeten des Irans bemühen sich verzweifelt darum, die Situation unter Kontrolle zu bekommen, und Syriens al-Assad könnte noch abhängiger von der russischen Unterstützung werden.

Putins Besuch in Damaskus demonstrierte Russlands Vormachtstellung in Syrien und demonstrierte sein Vertrauen in seine Strategie für die Region. Angesichts der Tatsache, dass der amerikanische Präsident Donald Trump immer wieder den Rückzug aus dem Nahen Osten versichert – eine Politik, die bereits zu Zeiten seines Vorgängers Barack Obama ihren Anfang nahm –, ist dies von besonderer Bedeutung.

Moskau wird zweifellos auch in Zukunft seine Fähigkeit unter Beweis stellen, die Fehltritte Washingtons in politische und diplomatische Erfolge umzuwandeln. Russland pflegt Beziehungen zu allen Akteuren in der Region und kann mit allen sprechen. Russlands größte Stärke ist jedoch auch gleichzeitig seine Schwäche. Ein Alleskönner zu sein, bedeutet manchmal, nichts wirklich zu beherrschen.

Die Länder im Nahen Osten wollen zwar mit Russland sprechen, aber sie machen sich keine Illusionen, dass Moskau die von ihnen angestrebten Ergebnisse erzielen kann. Russlands militärisches, diplomatisches und wirtschaftliches Rüstzeug ist nicht in der Lage, die dringendsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in der Region zu bewerkstelligen.

Darüber hinaus bestehen die wichtigsten Beziehungen Russlands im Nahen Osten – mit Ausnahme von Syrien – zu den nichtarabischen Staaten Israel, Türkei und Iran. Die dringlichsten Probleme des Nahen Ostens betreffen jedoch die arabischen Gesellschaften.

Wenn Putin am fünften Welt-Holocaust-Forum in Yad Vashem zum Gedenken an den 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz teilnimmt, werden er und Netanjahu Seite an Seite stehen. Die Staatschefs werden sich zweifellos privat treffen, um – erneut – über die israelischen Militäreinsätze in Syrien sowie über den Fall der israelischen Touristin Naama Issachar zu sprechen. Issachar sitzt derzeit in Russland im Gefängnis, weil sich auf der Durchreise durch Moskau eine geringfügige Menge an Drogen in ihrem Besitz befand. Der Kreml kündigte an, Putin werde mit Netanjahu eine mögliche Begnadigung für sie besprechen.

Da alle Augen in Israel auf Putins Besuch gerichtet sind, hat der russische Präsident sein oberstes Ziel erreicht – die russische Flagge in der Weltpolitik ein Stück höher wehen zu lassen.

Westliche Feministinnen lassen islam-bedrängte Frauen in der Dritten Welt im Stich

Iranische Frauen trotzen unter Lebensgefahr den Mullahs; westliche „Frauenrechtlerinnen“ schweigen dazu beredt.

Von Giulio Meotti (Redaktion Audiatur)

Im Oktober 1979 erklärte die verstorbene italienische Journalistin Oriana Fallaci in einem seltenen Interview mit Ayatollah Ruhollah Khomeini, dass der Schleier symbolisch für die Segregation stehe, in welche die islamische Revolution die Frauen getrieben habe. „Unsere Sitten“, antwortete Khomeini, „gehen Sie nichts an. Wenn Sie islamische Kleidung nicht mögen, sind Sie nicht verpflichtet, sie zu tragen, denn islamische Kleidung ist für brave und anständige junge Frauen.“

„Das ist sehr nett von Ihnen“, antwortete Fallaci. „Und da Sie das gesagt haben, ziehe ich jetzt diesen dummen, mittelalterlichen Fetzen aus.“ Fallaci entfernte ihren Schleier und verließ den Raum, ohne ein weiteres Wort zu sagen. Iranische Frauen, die Fallaci nacheifern, protestieren jetzt gegen das Regime.

Kurz nachdem das iranische Regime zugegeben hatte, am 8. Januar ein ukrainisches Passagierflugzeug abgeschossen zu haben, begannen iranische Frauen außerhalb Teherans damit, Plakate des ermordeten Terroristen General Qasem Soleimani herunterzureißen. Wenige Stunden zuvor hatten die Ayatollahs den Stützpunkt Ain al-Assad im Irak angegriffen, in dem sich US-Truppen befinden. Zuvor war in den sozialen Medien ein Bild einer iranischen Schiedsrichterin bei der Schachweltmeisterschaft der Frauen, Shohreh Bayat, in Umlauf gebracht worden, die eine Partie ohne Kopftuch beaufsichtigte. „Die Menschen sollten das Recht haben, die Art und Weise zu wählen, wie sie sich kleiden wollen, es sollte nicht erzwungen werden“, sagte Bayat und forderte damit Irans Herrschaft heraus, die eine strenge islamische Kleiderordnung für Frauen vorschreibt.

„Soll ich mit Hallo, Auf Wiedersehen oder Beileid beginnen? Hallo unterdrücktes Volk des Iran, auf Wiedersehen edles Volk des Iran, mein Beileid an euch Menschen, die immer trauern“, schrieb Kimia Alizadeh, iranische Taekwondo-Bronzemedaillengewinnerin bei den Olympischen Spielen von Rio 2016, nachdem sie nach Europa gezogen war. Auch sie protestierte gegen den „Zwangsschleier“.

Am 13. Januar kündigten drei iranische Fernsehmoderatorinnen beim Sender des Regimes, „Islamic Republic of Iran Broadcasting“ (IRIB), ihren Posten. „Verzeihen Sie mir die 13 Jahre, in denen ich Ihnen Lügen erzählt habe“, entschuldigte sich Gelare Jabbari in einem Instagram-Post, nachdem Staatsbeamte tagelang geleugnet hatten, dass ein ukrainisches Passagierflugzeug vom Korps der Islamischen Revolutionsgarden abgeschossen wurde, wobei 176 Passagiere und Besatzungsmitglieder getötet wurden.

Diese iranischen Frauen, die sich selbst befreien, ähneln den Dissidenten hinter dem sowjetischen Eisernen Vorhang, die schließlich im Westen Zuflucht fanden. Ihre Rolle bei der Niederlage der Sowjetunion war grundlegend: Sie öffneten der westlichen Öffentlichkeit die Augen für die Realität in ihrem Land.

Die iranischen Frauen, die nun offen gegen die Mullahs vorgehen, erinnern auch an die Zeit vor der islamischen Revolution von 1979, als der Schleier noch nicht obligatorisch war. Bilder aus dieser Zeit zeigen Frauen, die keinen Schleier tragen. Über Nacht wurde die Kleidung dann „vom Minirock zum Hidschab“.

„Es tut mir leid, sagen zu müssen, dass der Tschador den Frauen aufgezwungen wurde“, sagte Zahra Eshraghi, eine Enkelin des Ayatollah Khomeini. „Gezwungen – in Regierungsgebäuden, in der Schule, die meine Tochter besucht. Dieses traditionelle iranische Kleidungsstück wurde zu einem Symbol der Revolution gemacht.“

Die letzte Kaiserin des Iran, Farah Diba, bemerkte, dass „zu unserer Zeit Frauen in allen möglichen Bereichen aktiv waren. Zu einem Zeitpunkt war die Zahl der iranischen Frauen, die an die Universität gingen, höher als die der Männer.“ Aber sie „werden jetzt missbraucht und missachtet und ihnen wurden ihre Rechte weggenommen und trotzdem sind sie so unglaublich mutig.“

Auf einem Foto aus dem Jahr 1979 kann man sehen, wie Frauen auf die Straße gingen, um gegen den Schleier zu protestieren. „Das Foto wurde am 8. März 1979 aufgenommen, am Tag nach der Einführung des Hijab-Gesetzes, das besagt, dass Frauen im Iran beim Verlassen des Hauses ein Kopftuch tragen müssen“, sagte der Fotograf Hengameh Golestan. „Viele Menschen in Teheran streikten und gingen auf die Straße. Es war eine riesige Demonstration mit Frauen – und Männern… Wir kämpften für die Freiheit.“ Seitdem sind die Frauen nicht mehr unbedeckt rausgegangen.

Frauen kämpfen gegen die Ayatollahs

Damals protestierten 100.000 Frauen gegen die islamistische Herrschaft. Heute führen mutige iranische Frauen den Aufstand gegen das iranische Regime an. Sie kennen den Preis: Viele, die sich an regimefeindlichen Protesten beteiligt haben, wurden im Gefängnis vergewaltigt und gefoltert. Auch die Mullahs wissen, dass 40 Millionen iranische Frauen unter ihrer Überwachung stehen und dass die islamische Revolution implodieren wird, wenn diese Frauen als Gruppe gegen die Scharia rebellieren. Diese Furcht könnte ein Grund dafür sein, dass das Regime den Westen zum Sündenbock macht.

Als Irans derzeit oberster „Führer“, Ayatollah Ali Khamenei, eine Rede über den Schleier hielt, beschuldigte er Irans „Feinde“, „eine Handvoll Mädchen zu täuschen, um ihren Hidschab auf der Straße abzulegen“. Im Jahr 2009 war das Symbol der iranischen Proteste Neda Agha-Soltan, eine junge Frau, die vom Regime ermordet wurde. Der Fall von Sakineh Mohammadi Ashtiani, einer iranischen Frau, die wegen „Ehebruchs“ zum Tod durch Steinigung verurteilt wurde, hat in Frankreich Kundgebungen ausgelöst, die möglicherweise eine Rolle bei ihrer späteren Freilassung gespielt haben könnten. Vor zwei Jahren wurde eine andere Iranerin, Vida Movahedi, in Teheran zum Symbol des Trotzes, nachdem sie mit einem weißen Schal wedelte.

Bücher über iranischen Widerstand – wie „Persepolis“ und „Reading Lolita in Teheran“ – wurden von Frauen geschrieben. Frauen kämpfen gegen die Ayatollahs. Unter den 1.500 Menschen, die das iranische Regime bei der jüngsten Razzia gegen die Demonstranten getötet hat, waren nach Angaben des iranischen Innenministeriums an Reuters etwa 400 Frauen.

Der iranisch-französische Schriftsteller Chahla Chafiq schreibt:

„Ihre Tat fordert uns heraus, vor allem wegen der höllischen Ordnung, die die Islamische Republik errichtet, indem sie Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen im Namen Gottes heilig macht… Die Verteufelung des Frauenkörpers als Ort der Sünde, symbolisiert durch die Verpflichtung den Schleier zu tragen, impliziert eine Reihe von Verboten, die das Leben der Frauen verändert, welche ständiger Demütigung und Leid ausgesetzt sind.“

Die schwedische Außenministerin Anna Lindh in Teheran.

Die Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh, die Frauen, die gegen den Schleier protestierten, vertreten hat, wurde im März zu 38,5 Jahren Gefängnis verurteilt, von denen sie 12 Jahre absitzen muss. Die Aktivistinnen Yasaman Aryani, ihre Mutter Monireh Arabshahi und Mojgan Keshavarz wurden verhaftet, nachdem sie ein Video veröffentlicht hatten, in dem sie sich ohne Kopftuch beim Verteilen von Blumen an die Passanten zeigten. Drei Frauen, die wegen „Missachtung des obligatorischen Hijab“ angeklagt wurden, wurden zu insgesamt 55 Jahren verurteilt. Shaparak Shajarizadeh, eine 43-jährige Frau aus Teheran, wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie ihren Schleier abgenommen hatte. Azam Jangravi, die ihr Kopftuch in der Luft hielt und es über ihrem Kopf in einer belebten Straße von Teheran schwenkte, sagte, sie habe es für ihre achtjährige Tochter getan. „Ich sagte mir: ‚Viana sollte in diesem Land nicht unter den gleichen Bedingungen aufwachsen, unter denen du aufgewachsen bist'“, erklärte sie.

Irans Mullahs scheinen bereit zu sein, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um diese Frauenbewegung zu zerstören. Sie haben Frauen, die Videos über das Ablegen ihrer Schleier geteilt haben, zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt und 2.000 neue „Moralpolizei“-Einheiten eingeführt, um die Frauenbewegung zu zerschlagen. Das iranische Regime produziert auch Propagandavideos über den Hidschab. Ein Mädchen, das versucht hatte, als Mann verkleidet in ein Fußballstadion in Teheran einzutreten, hat sich nach ihrem Prozess in Brand gesteckt. Iranische Frauen haben „die höchste Selbstmordrate unter den Frauen und Mädchen im Nahen Osten“. Siebzig Prozent der Selbstmorde im Iran werden von Frauen begangen, die so viel unter diesem Regime zu verlieren haben.

Der Schleier ist jedoch nicht ihr einziges Problem. Hinter dem Schleier gibt es mehr Aktivitäten, die für Frauen im Iran riskant sind: Tanzen, Singen, Musizieren oder Händeschütteln mit Männern. Vor 1979 hatten iranische Frauen Freiheit. Sie wollen sie zurück.

„Die Flamme des Feminismus ist im Iran lebendig“, berichtete Foreign Policy. Während iranische Feministinnen, die sich weigern, den Hidschab zu tragen, mutig sind, haben ihre westlichen Kolleginnen, die rosa Mützen tragen, sie elendig im Stich gelassen. Federica Mogherini, die ehemalige Leiterin der EU-Außenpolitik, die bei offiziellen Besuchen im Iran einen Tschador trug und sich mit iranischen Abgeordneten ablichten ließ, hat kein Wort über diese außergewöhnlichen Frauen gesagt.

Masih Alinejad, die an der Spitze der iranischen Frauenkampagne gegen das zwangsweise Tragen von Kopftüchern stand, wandte sich an westliche Politikerinnen, die sich bei ihrem Iran-Besuch verhüllten: „Lassen Sie es mich klar sagen: ein diskriminierendes Gesetz als Teil unserer Kultur zu bezeichnen – das ist eine Beleidigung für eine Nation“, sagte sie. Das iranische Regime verhaftete umgehend Mitglieder ihrer Familie.

Die Revolution im Iran von 1979 schuf den ersten modernen Staat, der auf islamischen Prinzipien basiert. Die Ayatollahs bewiesen, dass eine auf der Scharia basierende Regierung mit dem ersten modernen Versuch, eine muslimische Theokratie zu errichten, möglich war. Das Zentrum ihres Systems war die Unterdrückung der Frauen.

Vor dreißig Jahren wurde die Berliner Mauer von einfachen Bürgern niedergerissen, die ihre Bewegungsfreiheit zurückfordern wollten. Heute könnte die Mauer des iranischen Regimes von diesen einfachen Frauen niedergerissen werden, die die Freiheit zurückfordern wollen, das zu tragen, was ihnen gefällt. Sie weigern sich mutig, auf den Fahnen Israels und der USA zu laufen – und genießen wieder den Wind in ihren Haaren.

Giulio Meotti, Kulturredakteur bei „Il Foglio“, ist ein italienischer Journalist und Autor. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

Präsident Trumps Rede zum Iran im Wortlaut und auf Deutsch

Der amerikanische Regierungschef erklärt der Öffentlichkeit Punkt für Punkt die Gründe, die ihn den Befehl zur Ausschaltung von Soleimani geben ließen.

(Achse des Guten)

JIM WATSON / / AFP

Donald Trump: Die Tötung Soleimanis war kein Schnellschuss.

Kürzlich hielt US-Präsident Donald Trump eine kurze Rede zum Konflikt mit dem Iran. Das Weiße Haus stellte die folgende Abschrift von Trumps Äußerungen zur Verfügung, die wir ins Deutsche übersetzt haben:

„Solange ich Präsident der Vereinigten Staaten bin, wird es dem Iran niemals erlaubt sein, eine Atomwaffe zu besitzen.

Guten Morgen. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können: Das amerikanische Volk sollte äußerst dankbar und glücklich sein, dass bei dem Angriff des iranischen Regimes gestern Abend keine Amerikaner zu Schaden kamen. Wir haben keine Verluste erlitten, alle unsere Soldaten sind in Sicherheit, und die Schäden an unseren Militärstützpunkten sind nur minimal.

Unsere großartigen amerikanischen Streitkräfte sind auf alles vorbereitet. Der Iran scheint sich zurückzuhalten, was für alle Beteiligten eine gute Sache und für die Welt sehr gut ist.

Kein amerikanisches oder irakisches Leben wurde aufgrund der getroffenen Vorsichtsmaßnahmen, der Verteilung der Streitkräfte und eines sehr gut funktionierenden Frühwarnsystems verloren. Ich begrüße das unglaubliche Geschick und den Mut von Amerikas Männern und Frauen in Uniform.

Viel zu lange – genau gesagt seit 1979 – haben die Nationen das zerstörerische und destabilisierende Verhalten des Iran im Nahen Osten und darüber hinaus toleriert. Diese Zeiten sind vorbei. Der Iran war der führende Sponsor des Terrorismus, und sein Streben nach Atomwaffen bedroht die zivilisierte Welt. Das werden wir niemals zulassen.

Letzte Woche haben wir entschiedene Maßnahmen ergriffen, um einen skrupellosen Terroristen daran zu hindern, das Leben der Amerikaner zu bedrohen. Auf meine Anweisung hin hat das US-Militär den Top-Terroristen Qasem Soleimani eliminiert. Als Chef der Kuds-Brigade war Soleimani persönlich für einige der absolut schlimmsten Gräueltaten verantwortlich.

Er bildete Terroristenarmeen, einschließlich der Hisbollah, aus, die Terroranschläge auf zivile Ziele starteten. Er hat überall in der Region blutige Bürgerkriege angeheizt. Er verwundete und ermordete Tausende von US-Truppenangehörigen, einschließlich der Platzierung von Straßenbomben, die ihre Opfer verstümmeln und zerstückeln.

Soleimani leitete die jüngsten Angriffe auf das US-Personal im Irak, bei denen vier Soldaten schwer verwundet und ein Amerikaner getötet wurden, und er inszenierte den gewaltsamen Angriff auf die US-Botschaft in Bagdad. In den letzten Tagen plante er neue Angriffe auf amerikanische Ziele, aber wir haben ihn aufgehalten.

Soleimanis Hände waren sowohl mit amerikanischem als auch iranischem Blut getränkt. Er hätte schon vor langer Zeit liquidiert werden müssen. Indem wir Soleimani beseitigt haben, haben wir eine starke Botschaft an die Terroristen gesendet: Wenn euch euer eigenes Leben lieb ist, werdet Ihr nicht das Leben unserer Leute bedrohen.

Während wir weiterhin Optionen als Reaktion auf die iranische Aggression prüfen, werden die Vereinigten Staaten unverzüglich zusätzliche strafende Wirtschaftssanktionen gegen das iranische Regime verhängen. Diese mächtigen Sanktionen werden so lange bestehen bleiben, bis der Iran sein Verhalten ändert.

> „Die Raketen, die gestern Abend auf uns und unsere Verbündeten abgefeuert wurden, wurden mit den von der letzten Regierung zur Verfügung gestellten Mitteln bezahlt.“

Allein in den letzten Monaten hat der Iran in internationalen Gewässern Schiffe beschlagnahmt, einen unprovozierten Schlag gegen Saudi-Arabien abgefeuert und zwei US-Drohnen abgeschossen.

Der Atom-Deal spülte Geld in die Kassen der Mullahs

Irans Feindseligkeiten haben sich nach dem törichten iranischen Atomdeal im Jahr 2013 deutlich erhöht und sie erhielten 150 Milliarden Dollar, ganz zu schweigen von 1,8 Milliarden Dollar in bar. Statt „Danke“ zu den USA zu sagen, riefen sie „Tod den Amerikanern“. Tatsächlich riefen sie „Tod für Amerika“ an dem Tag, an dem das Abkommen unterzeichnet wurde.

Dann ging der Iran auf eine Terrortour, finanziert durch das Geld aus dem Abkommen, und schuf die Hölle in Jemen, Syrien, Libanon, Afghanistan und Irak. Die Raketen, die gestern Abend auf uns und unsere Verbündeten abgefeuert wurden, wurden mit den von der letzten Regierung zur Verfügung gestellten Mitteln bezahlt. Das Regime hat auch die Repressionen im eigenen Land stark angezogen und kürzlich sogar 1.500 Menschen bei den vielen Protesten, die überall im Iran stattfinden, getötet.

Der sehr defekte JCPOA läuft ohnehin in Kürze aus und gibt dem Iran einen klaren und schnellen Weg zum nuklearen Durchbruch. Der Iran muss seine nuklearen Ambitionen aufgeben und seine Unterstützung für den Terrorismus beenden. Es ist an der Zeit, dass Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Russland und China diese Realität erkennen. Sie müssen sich jetzt von den Überresten des Iran-Geschäfts – oder des JCPOA – lösen, und wir müssen alle gemeinsam darauf hinarbeiten, mit dem Iran eine Vereinbarung abzuschließen, das die Welt sicherer und friedlicher macht. Wir müssen auch einen Deal machen, der es dem Iran erlaubt, zu gedeihen und sein enormes ungenutztes Potential zu nutzen. Der Iran kann ein großartiges Land sein.

Frieden und Stabilität können im Nahen Osten nicht herrschen, solange der Iran weiterhin Gewalt, Unruhen, Hass und Krieg schürt. Die zivilisierte Welt muss eine klare und einheitliche Botschaft an das iranische Regime senden: Ihre Kampagne des Terrors, des Mordes und der Verstümmelung wird nicht länger geduldet werden. Es wird Ihnen nicht erlaubt sein, damit weiterzumachen.

Die USA brauchen kein Öl mehr aus Nahost

Heute werde ich die NATO bitten, sich viel stärker in den Nahostprozess einzubringen. In den letzten drei Jahren ist unsere Wirtschaft unter meiner Führung stärker als je zuvor, und Amerika hat die Unabhängigkeit im Energiebereich erreicht. Diese historischen Errungenschaften haben unsere strategischen Prioritäten verändert. Das sind Errungenschaften, die niemand für möglich gehalten hat. Und Optionen im Nahen Osten wurden verfügbar. Wir sind jetzt die Nummer eins unter den Öl- und Erdgasproduzenten der Welt. Wir sind unabhängig, und wir brauchen kein Öl aus dem Nahen Osten.

Das amerikanische Militär wurde unter meiner Regierung für 2,5 Billionen Dollar komplett neu aufgebaut. Die US-Streitkräfte sind stärker als je zuvor. Unsere Raketen sind groß, stark, präzise, tödlich und schnell. Im Bau sind viele Hyperschallraketen.

Die Tatsache, dass wir dieses großartige Militär und diese Ausrüstung haben, bedeutet jedoch nicht, dass wir sie einsetzen müssen. Wir wollen sie nicht benutzen. Amerikanische Stärke, sowohl militärisch als auch wirtschaftlich, ist die beste Abschreckung.

Vor drei Monaten, nachdem wir 100 Prozent von ISIS und seinem Territoriumalkalifat zerstört hatten, haben wir den wildgewordenen Anführer von ISIS, al-Baghdadi, getötet, der für so viele Tode verantwortlich war, einschließlich der Massenköpfungen von Christen, Muslimen und allen, die sich ihm in den Weg stellten. Er war ein Monster. Al-Baghdadi versuchte erneut, das ISIS-Kalifat wieder aufzubauen, und scheiterte.

Zehntausende IS-Kämpfer getötet

Zehntausende von ISIS-Kämpfern wurden während meiner Amtszeit getötet oder gefangen genommen. ISIS ist ein natürlicher Feind des Iran. Die Zerstörung von ISIS ist gut für den Iran, und wir sollten bei dieser und anderen gemeinsamen Prioritäten zusammenarbeiten.

Abschließend noch ein Wort an das Volk und die Führer des Iran: Wir wollen, dass Sie eine Zukunft und eine große Zukunft haben – eine Zukunft, die Sie verdienen, eine Zukunft des Wohlstands zu Hause und der Harmonie mit den Nationen der Welt. Die Vereinigten Staaten sind bereit, den Frieden mit allen, die ihn anstreben, zu begrüßen.

Ich möchte Ihnen danken, und Gott segne Amerika. Ich danke Ihnen sehr. Ich danke Ihnen.

Israel-Boykott hui, Iran-Boykott pfui

Während die US-demokratische Abgeordnete Ilhan Omar Sanktionen gegen den Iran und andere Despotien ablehnt, befürwortet sie Sanktionen gegen Israel: ein klassischer Fall doppelten Standards.

JIM WATSON/AFP

Die US-Abgeordnete Ilhan Omar bei einer Rede in Washington D.C.

Von Moshe Hill (JNS)

Nach der Tötung des iranischen Generals und Erzterroristen Qassem Soleimani zeigte sich vergangene Woche wieder einmal die Voreingenommenheit der demokratischen US-Abgeordneten Ilhan Omar. In ihrer Eile, die US-Regierung und Präsident Donald Trump wegen deren Ankündigung einer Verschärfung den Wirtschaftssanktionen gegen den Iran zu verurteilen, vergaß sie, dass sie selbst Sanktionen befürwortet, wenn es ihr politisch und persönlich passt.

„Das macht keinen Sinn", erklärte Omar auf Twitter. „Sanktionen sind wirtschaftliche Kriegsführung. Sie haben bereits zu medizinischer Unterversorgung und unzähligen Todesfällen im Iran geführt. Man kann nicht behaupten, Deeskalation zu wollen und dann neue Sanktionen ohne klares Ziel ankündigen. Das ist keine angemessene Reaktion!"

Nicht das erste Mal

Dies war nicht das erste Mal, dass Omar US-Sanktionen verurteilt hat. Als Trump der Türkei im Oktober als Reaktion auf den Einmarsch Ankaras in Nordsyrien mit Sanktionen drohte, bezeichnete Omar dies als „eine humanitäre und geopolitische Katastrophe".

Im Januar 2019 kündigte US-Außenminister Mike Pompeo Sanktionen gegen Venezuela an, nachdem der venezolanische Präsident Nicolás Maduro die Wahlergebnisse nicht akzeptiert hatte, nach denen er die Macht an [seinen Gegenkandidaten] Juan Guaidó übergeben hätte müssen. Omar twitterte als Antwort, dass „Trumps neue Sanktionen gegen Venezuela nichts anderes als wirtschaftliche Sabotage sind, die darauf abzielt, einen Regimewechsel zu erzwingen, indem sie genau die Menschen verhungern lässt, denen wir angeblich helfen wollen. … Wir sollten den Dialog unterstützen, nicht einen Putsch!" Omar stellt sich also offen auf die Seite eines Diktators, der eine Wahl gestohlen und sein Land und sein Volk zerstört hat – aber Trump ist für sie der Bösewicht.

Für ein Land gelten andere Maßstäbe

Doch dann gibt es da auch noch ihr Lieblingsziel: Israel. Trotz aller Erklärungen, dass Sanktionen einen „Wirtschaftskrieg" darstellen, der den Menschen eines Landes schade und nicht der Regierung, ist Omar eine lautstarke Befürworterin der anti-israelischen Boykottbewegung BDS. Während sie den jüdischen Wählern in ihrem Wahlbezirk noch versicherte, dass sie BDS nicht unterstütze, weil die Bewegung „nicht hilfreich sei, eine Zwei-Staaten-Lösung zu erlangen", wollte sie davon nichts mehr wissen, sobald sie gewählt worden war, und schwenkte auf einen Pro-BDS-Kurs um.

Omar förderte die Resolution 496 des Repräsentantenhauses, die eine Resolution für BDS ist, die so tut als wäre sie eine Resolution für die Redefreiheit. Diese Tatsache ist zentral angesichts der Antwort, die Omar gab, als sie auf dem Unterschied zwischen den Sanktionen gegen den Iran und der Boykottbewegung BDS bestand. „Die BDS-Bewegung ist eine Bewegung, die von der Bevölkerung getragen wird", sagte Omar, als sie von einem Reporter danach gefragt wurde. „Die Sanktionen gegen den Iran sind Sanktionen, die erlassen werden, um maximalen Druck durch eine Regierung zu erzeugen. Das ist etwas ganz anderes."

Doch wie aus Omars eigener Resolution klar hervorgeht, will sie, dass die US-Regierung maximalen Druck auf Israel ausübt. Also lügt sie entweder, oder sie hat vergessen, dass sie selbst solch eine Resolution eingebracht hat.

Auch lügt Omar über die Selbstdefinition von BDS oder hat diese vergessen. Auf der Website der Bewegung heißt es: „BDS will die internationale Unterstützung für israelische Verstöße gegen das Völkerrecht beenden, indem Unternehmen, Institutionen und Regierungen gezwungen werden, ihre Politik zu ändern. „Regierungen zu einer Änderung ihrer Politik zu zwingen" klingt sehr nach einer Kampagne des maximalen Drucks, die aus einem Wirtschaftskrieg gegen die Bürger besteht.

Selektiver Umgang mit Sanktionen

Als sie im vergangenen Oktober auf Twitter nach ihrer selektiven Unterstützung von Sanktionen gefragt wurde, antwortete Omar schließlich: „Nicht alle Sanktionen sind gleich, einige Sanktionen verwüsten ein Land wirtschaftlich und schaden letztendlich nur seinen Bürgern, ich bin nie für solche." Welche Sanktionen schaden den Bürgern letztlich nicht? Der Zweck von Sanktionen ist es, die Bürgerinnen und Bürger dazu anzuregen, Druck auf ihre eigene Regierung auszuüben! Wieder einmal lügt Omar entweder, oder sie hat keine Ahnung, wovon sie spricht.

Es ist nicht das erste Mal, dass Ilhan Omar sich auf die Seite von Despoten und Diktatoren und gegen Israel und Amerika stellt: ihre diesbezügliche Geschichte ist gut dokumentiert. Omar hat sich noch in jeder außenpolitischen Frage geirrt.

Inzwischen sitzt sie im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses. Es ist leicht, sie als antisemitisch, antiamerikanisch und als nachteilig für unsere Regierung und Gesellschaft zu bezeichnen. Der schwierige Teil wird sein, die Wähler in ihrem Bezirk aufzuklären und zu überzeugen, Omar abzuwählen.

Artikel ursprünglich auf Englisch unter dem Titel „Ilhan Omar's sanctions hypocrisy" beim „Jewish News Syndicate" (JNS) erschienen. Übersetzung für Mena-Watch von Alexander Gruber.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Das Desinteresse der EU und der antisemitischen BDS-Bewegung an Tibet und Zypern

Staatliche Akteure der EU und die BDS-Aktivisten zeigen nur wenig Engagement gegen echte Besatzungsregime.

TARIK TINAZAY / AFP

Kinder vor der Trennungsmauer im türkisch besetzten Nordteil Zyperns

Von Anastasia Iosseliani

Erst kürzlich wurde wieder ein Dorf durch Stacheldraht aufgeteilt, die Landesgrenze eines legitimen Staates durch kolonialistische Truppen weiter verschoben. Ausländische Botschafter haben den Ort der Tragödie mit einer Kaltschnäuzigkeit und Gleichgültigkeit besucht, die ihresgleichen suchen, während die Dorfbewohner ihnen vom Leben in ihrem aufgeteilten Dorf erzählten, davon, wie sie von der Besatzungsmacht gefangengenommen und gefoltert wurden, wie ihre Häuser angezündet wurden und bis auf die Grundmauern abgebrannt sind. Von über zehn Jahren eines unmenschlichen, tragischen Lebens haben sie erzählt. Davon wie ein 71-jähriger Mann seinen Garten mitsamt seiner Obstplantage verloren hat, seiner einzigen Einkommensquelle, und wie er manchmal, aus der Ferne, seine Apfelbäume betrachtet. Nun könnte man denken, dass zumindest zivilgesellschaftliche Aktivisten in Amerika und Europa aus Solidarität für dieses Dorf und Menschen, die unter der Okkupation von 20 % ihres Heimatlandes leiden, die deshalb zu Binnenflüchtlingen (die Binnenflüchtlinge in Georgien haben keine eigene UNO-Agentur wie die UNRWA, die sich um ihre Belange kümmert) wurden und nun in Containersiedlungen leben müssen, demonstrieren und zu einem Boykott von Waren und Dienstleistungen des Besatzers aufrufen werden.

Georgien interessiert nicht so sehr wie Jerusalem

Dies wird nicht geschehen, da es um das Dorf Gugutiantkari in Georgien geht, und es sich bei der Besatzungsmacht, die Grenzen mit Stacheldraht und Landminen verschiebt (eine Taktik, die «Borderization» genannt wird) um das große Russland handelt. In diesem Fall gilt: No Jews - No News! Es interessiert kaum jemanden, da man hier keine Juden für die Situation verantwortlich machen kann. Hinzu kommt, dass viele Leute den Kaukasus und die kaukasischen Republiken wie Armenien, Aserbaidschan und Georgien immer noch als Mündel von gescheiterten Imperien wie Russland, der Türkei oder dem Iran ansehen, und nicht als eigenständige Entitäten. Somit ist es leicht, über die völkerrechtswidrige Besatzung der Zchinwali-Region (Süd-Ossetien) und von Abchasien durch Russland hinwegzusehen, während man weiterhin mit Schaum vor dem Mund fordert, Wein von den Golan-Höhen zu boykottieren und die Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels zu sabotieren. Deshalb wird auch geflissentlich ignoriert, dass Russland, ermutigt durch die Gleichgültigkeit im Fall von Georgien, die Politik der «Borderization», der gewaltsamen Grenzverschiebung und der ethnischen Säuberung der einheimischen Bevölkerung durch Proxies nun auch in der Ukraine praktiziert.

Aber beweist das, was für Heuchler diejenigen Leute sind, die für den Boykott von Israel werben, während sie die Tatsache ignorieren, dass Russland Territorien von zwei souveränen Staaten, nämlich Georgien und der Ukraine, okkupiert. Allerdings werden nicht nur die Untaten von Moskau ignoriert, sondern auch der Fakt, dass die Türkei schon seit über 30 Jahren den Nordteil Zyperns besetzt hält und dort eine türkisch-zypriotische Marionettenregierung installiert hat. Dies führte dazu, dass Nikosia die letzte geteilte Hauptstadt in Europa ist. Die Türkei deckt bis heute die Mörder des griechischen Zyprioten Anastasios «Tasos» Isaac* und in den Kurdengebieten verletzt sie regelmäßig die Menschenrechte der kurdischen Bevölkerung. Neuerdings auch in Rojava, wo die türkischen Streitkräfte und deren Verbündete wahrscheinlich ethnische Säuberungen der kurdischen Bevölkerung praktizieren.

Die Lage der arabischen Minderheit im Iran

Letzteres gilt auch für die Islamische Republik Iran. Auch das Regime von Teheran behandelt die kurdische Bevölkerung und die arabische Minderheit in Khuzestan bestenfalls wie Bürger zweiter Klasse. Die Tatsache, dass das Henkerregime der Mullahs sich selbst zur vermeintlichen Schutzmacht der sogenannten «Palästinenser» erklärt, entbehrt somit nicht einer kranken Ironie, wenn man bedenkt, wie die arabische Minderheit im Iran behandelt wird.

Auch China praktiziert eine Politik der Sinisierung gegenüber allen ethnischen Minderheiten, die keine Han-Chinesen sind, bei der die Kultur der Minderheiten unterdrückt wird und teilweise sogar nicht-chinesische Namen verboten werden. Dies wurde unter anderem im okkupierten Tibet von der chinesischen Regierung praktiziert. Trotzdem würde kein BDS-Aktivist deshalb chinesische Produkte boykottieren, und das obwohl China alles andere als ein funktionierender Rechtsstaat und eine Demokratie ist.

Wer verzichtet auf Marokko-Urlaub?

Natürlich ist man auch nicht bereit auf einen Urlaub in Marokko zu verzichten, obwohl Marokko das Territorium der West-Sahara im Jahr 1975 größtenteils annektiert hat und dort einen minenverseuchten Sandwall (im lokalen arabischen Dialekt «Berm» genannt) errichtet hat, um zu verhindern, dass die links-nationalistischen Frente-Polisario-Kämpfer in marokkanisch kontrolliertes Gebiet eindringen können. Des Weiteren schikaniert Marokko die Berber und jeden, der sich für diese nicht-arabische, ethnische Minderheit einsetzt.

Währenddessen kühlen vermeintliche Aktivisten, die in Wahrheit Geiseln ihres ureigenen antisemitischen Ressentiments sind und einen Rassismus der niedrigen Erwartungen gegenüber nicht-westlichen Staaten und Kulturen praktizieren, weiter ihr Mütchen am Juden unter den Staaten. Sie belästigen und bedrohen israelische Staatsbürger, amerikanische Juden (man erinnere sich daran, was das «Rototom Sun Splash» vom amerikanisch-jüdischen Reggae-Musiker Matisyahu verlangt hat) und generell Künstler, die vorhaben, in Israel aufzutreten.

Dies alles wäre zum Lachen, wenn da nicht die Geschichten wie die von dem 71-jährigen Amiran Gugutishvili wären, der aufgrund oben beschriebener «Borderization» seine Obstplantage verloren hat – Geschichten von über 300.000 Binnenflüchtlingen, die ignoriert werden und untergehen, weil sie nicht in das anti-israelische Narrativ passen.

Eine kleine Anmerkung zum Schluss: Ich wurde mehrmals von «Grauen Wölfen» bedroht, die mir wegen meines griechischen Vornamens eine griechische Herkunft attestiert und mir prophezeit haben, dass ich wie mein Namensvetter Anastasios «Tasos» Isaac enden werde.

Impeachment – ein Theaterstück für zwölf Stifte

Putin-Beeinflussung, Ukraine-Affäre und weitere Lügen – alle Anklagepunkte gegen US-Präsident Trump lösen sich nach und nach in Luft auf.

OLIVIER DOULIERY, JIM WATSON: AFP

Nancy Pelosi, die Parlamentspräsidentin will Trump um seinen Wahlsieg bringen. Joe Biden hat genau das getan, wessen Trump beschuldigt wird: Die Ukraine erpresst.

Von Roger Letsch

Wochenlang war es dem staunenden Beobachter ein Rätsel, warum die Demokraten den Impeachment-Beschluss des Kongresses nicht umgehend an den Senat zur Untersuchung weitergeleitet hatten. Mehrheitsführerin Pelosi ließ sich Zeit, stammelte sich durch Interviews, wich Fragen nach den Gründen aus und unternahm nichts. Die Erklärung der „Tagesschau“, Pelosi sei letztlich von den „jungen Wilden“ zu diesem aussichts- und sogar grundlosen Verfahren gedrängt worden, teile ich nicht. Meine Erklärung für die Verzögerung – und eine bessere werden sie derzeit kaum finden – ist jedoch folgende: es hat einfach etwas länger gedauert, die exklusiven, vergoldeten und signierten Stifte anfertigen zu lassen, mit denen Pelosi Punkt um Strich die letzte und entscheidende Urkunde vor laufenden Kameras verfertigte.

Die Tradition, Stifte symbolisch aufzuladen ist natürlich nicht neu. Bedeutende Abkommen, Friedensschlüsse oder Gesetze laden dazu geradezu ein. Erinnert sei hier nur an den gigantischen Kugelschreiber mit dem Abbild Johannes Paul II., mit dem Lech Walesa 1980 die Vereinbarung mit den kommunistischen Machthabern Polens über die Zulassung der Gewerkschaft Solidarnosc unterschrieb. Angefangen mit derlei medialer Inszenierung von Schreibgerät hat meines Wissens jedoch General McArthur, der die dafür vorgesehenen sechs Füllfederhalter noch auf einem schnöden Holztisch bereitlegen ließ, um 1945 die Kapitulation Japans auf der USS Missouri für die anwesenden Generäle in Form von Souvenirs festzuhalten. Aber für den war die Kulisse besser, der Anlass angemessener und McArthur sprach einige bedeutungsvolle Worte, statt sich hinter einem Hashtag zu verstecken.

Nancy Pelosi ließ gleich ein Dutzend edle Stifte anfertigen und auf Silbertabletts bereitstellen. Nur, was gab es zu feiern? Der Weg, den das Impeachment-Verfahren gehen wird, ist in jeder Hinsicht schlecht für die Demokraten. Ein kurzes Verfahren ließe sie wie Deppen aussehen, die im Fischladen nach einem Käsebrot fragten. Ein langes, bei dem beide Seiten Zeuge für Zeuge vorladen, würde unter Eid auch Aussagen von Joe Biden und seinem Sohn Hunter verlangen, dessen Fähigkeit, sich von einer ukrainischen Gasfirma 50.000 Dollar pro Monat für den Mangel jeder noch so geringen Expertise zahlen zu lassen, Senatoren und Wähler sicher brennend interessiert. Amtsmissbrauch und „Quid pro quo” sind zweischneidige Schwerter.

Doch auch wenn ich das Impeachment-Verfahren und die gegen Trump erhobenen Vorwürfe verfolgt habe, will ich mich hier gar nicht wertend über das Verfahren an sich äußern – auch wenn ich – wie angedeutet – vermute, dass es wie das Hornberger Schießen ausgehen wird. Was mich aber ebenso wie viele amerikanische Medien – auch linke – stört, ist die pompöse Form, die Pelosi hier gewählt hat. Ein Amtsenthebungsverfahren stellt ja normalerweise nicht gerade eine diplomatische Sternstunde voller Pathos und zeremonieller Bedeutung dar, sondern ist – wenn es nicht zu politischen Zwecken missbraucht wird wie in diesem Fall – eine ziemlich ernste Angelegenheit.

Trump Derangement Syndrom

Seit der Niederlage Clintons im Jahr 2016 leiden viele Demokraten nun schon drei Jahre an TDS, dem „Trump Derangement Syndrom”. Wie die alten Hornberger, die einer der zahlreichen Erzählungen gemäß bei jeder Staubwolke am Horizont Salut geschossen haben sollen, weshalb bei der tatsächlichen Ankunft des Herzogs das Pulver verschossen war, schießen die Demokraten mit Pelosi an der Spitze einen Impeachment-Pfeil nach dem anderen ab. Der erste flog schon, bevor Trump im Amt war. Unterdessen läuft der Wahlkampf eher schleppend. „Nicht Trump zu sein“ als Kernkompetenz zu verkaufen, ist eine verdammt harte Nummer und wird am Ende wohl nicht reichen.

Im „Tagesschau“-Interview sagte Josef Braml von der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ auf die berechtigte Frage, wem der peinliche Impeachment-Prozess am Ende nützen werde: „Trump“, und damit hat er wohl völlig recht. Dass Trump dies jedoch nutzen würde, um „von sich und seiner mageren Politik abzulenken“, ist Unsinn. Braml schätzt die Lage in Amerika falsch ein, was beim derzeitigen Zustand der deutschen Außenpolitik allerdings wenig verwunderlich ist. Wenn schon die „magere Politik“ Trumps zur stabilsten wirtschaftlichen Phase der USA, zur Rückkehr von einst abgewanderten Industrien, zu vorteilhaften Handelsverträgen wie soeben mit China und zum nachlassenden Druck in der Migrationskrise führt, wie mögen da wohl „fette Jahre“ aussehen?

Angesichts der ausgebutterten deutschen Indolenz und Duldsamkeit wünscht man geradezu solche „mageren amerikanischen Jahre”. Oder um ein Wort unserer ewigen Kanzlerin anzuwandeln: Die Amerikaner leben in den besten Vereinigten Staaten, die sie je hatten!

Vollbeschäftigung in den USA

Nein, von „mager“ kann keine Rede sein. Die Wähler wissen das und schauen verwundert auf die Diskrepanz zwischen ihrer Realität mit steigenden Löhnen und einer historisch niedrigen Arbeitslosigkeit von 3,6 %, und der Weltuntergangsrhetorik der Demokraten, die von der Welt im Allgemeinen und den USA im Besonderen schwadronieren, die wegen Trump auf dem direkten Weg in den siebten Kreis der Hölle seien. Was die Demokraten dringend brauchen, um Trump zu schlagen sind schlechte Nachrichten, das versteht auch die Wählerbasis. Mit dieser Wahrheit wahlkämpft es sich jedoch denkbar schlecht, noch dazu kommen weder aus der Ukraine, noch dem Mueller-Report noch aus der Wirtschaft schlechte Nachrichten für Trump.

Die peinliche Pelosi-Pen-Posse möchten nicht wenige Abgeordnete und Unterstützer der Demokraten am liebsten schnell der Vergessenheit anheimgeben. Nicht zuletzt das restliche Kandidatenfeld der Demokraten für die Präsidentschaftswahl, welche verzweifelt die Hände in die Luft werfen und rufen „Hallo, wir sind auch noch da. Und wir wollten eigentlich kein Impeachment.” Trump wird wohl dafür sorgen, dass die Erinnerung an das verstörende Verhalten Pelosis beim Wähler frisch bleibt. Man sollte nicht versuchen, einen Pfau beim Wähler zu übertrumpfen, indem man sich wie ein Gockel aufführt.

Der Dritte Weltkrieg, der nicht kam

Präsident Trump fiel nicht auf das orientalische Schmierentheater des Iran herein: Bei entschlossener westlicher Gegenwehr brechen die Drohgebärden islamischer Schurken-Staaten schnell in sich zusammen.

Von Oliver Vrankovic

Anfang Juli 2015 mündeten die Verhandlungen über das iranische Nukleardossier in die Unterzeichnung des 159 Seiten umfassenden „Joint Comprehensive Plan of Action" (JCPOA). Frank-Walter Steinmeier lobte die Unterzeichnung als „historischen Tag" und später als „Beitrag zum Weltfrieden". Der damalige Bundesaußenminister und sein diplomatisches Corps ließen sich nicht vom israelischen Premierminister Netanjahu beirren, der das Abkommen als einen „historischen Fehler" bezeichnete und in seiner ersten Stellungnahme nach Unterzeichnung des Abkommens an die Weltmächte gewandt sagte: „Sie haben gepokert, dass sich das terroristische Regime des Iran in zehn Jahren ändert, allerdings ohne einen Anspornzu geben, dass sich das lohnen könnte. Stattdessen gibt die Vereinbarung dem Iran allen Grund, sich nicht zu ändern."

Steinmeier appellierte krass undiplomatisch an die israelische Regierung, auf „grobschlächtige Kritik" zu verzichten.

Die Ansicht, wonach es sich bei dem Deal um einen historischen Fehler handele, wird in Israel parteiübergreifend geteilt. Yair Lapid legte in einem Gastbeitrag für die „Welt" am 7. August 2015 nüchtern dar:

„Der Iran, der den Holocaust offiziell leugnet, ist der einzige Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen, der wiederholt öffentlich erklärt hat, die Vernichtung eines anderen Mitgliedsstaates – Israel – anzustreben. Nicht Israel zu schaden, nicht ihm Krieg zu erklären – es auszulöschen."

Israelische Politiker „sehen aus wie Tiere"

Geäußert als Hass auf den Zionismus bildet der Antisemitismus den Kern der Ideologie der Mullahs. Das Hinwirken auf die Zerstörung des „Zionistischen Gebildes" ist in das Selbstverständnis des iranischen Gottesstaats eingewoben.

Die Vernichtungsdrohungen des iranischen Regimes gegenüber dem jüdischen Staat und die offizielle Leugnung des Holocaust werden hier in Israel nicht verharmlost.

Irans oberster Führer, Ayatollah Ali Chamenei nannte Israel 2013 einen tollwütigen Hund in dieser Region. „Seine führenden Politiker sehen wie Tiere aus, man kann sie nicht menschlich nennen." Die Dämonisierung geht einher mit der Wahnvorstellung Israel würde Völker und Staaten und die islamische Nation im Nahen Osten zerfressen.

Die Israelis haben 75 Jahre nach Auschwitz nicht vergessen, dass der antisemitische Wahn nicht bei Drohungen und Vorbereitungen zum Völkermord haltmacht. Die Annahme, wonach die iranische Führung zur Vernunft kommt, wenn ihr auf der Weltbühne auf Augenhöhe begegnet wird, verkennt die Irrationalität des iranischen Antisemitismus.

Die Zerstörung Israels ist ein Kernanliegen der islamischen Republik, sanktioniert von Ayatollah Chomeini und bestätigt von Ayatollah Chamenei. Ayatollah Ali Chamenei erklärte 2001: „Das Fundament des Islamischen Regimes ist die Gegnerschaft gegen Israel und das beständige Thema des Iran ist die Eliminierung Israels in der Region."

„Staatsräson" und gleichzeitiger Leichtsinn gegenüber Israels Todfeinden

Merkel erklärte 2008 vor der Knesset, dass die Sicherheit Israels nicht verhandelbar sei. Lammert bekräftigte im Juni des Jubiläumsjahres 2015 in einer Rede vor der Knesset, dass die besondere Verantwortung für Israel Teil der deutschen „Staatsräson" sei.

KHAMENEI.IR, AFP

Man sollte meinen, dass diese besondere Verantwortung als Nachfolgestaat des Dritten Reichs bedeutet, den Wahn eliminatorisch gesinnter Antisemiten nicht zu unterschätzen und dem Iran den Griff zur Atombombe zu verwehren, mit der die erträumte Vernichtung Israels möglich wäre. Direkt eingesetzt oder als Schutzschild für die Unterstützung eines Abnutzungskrieges gegen den jüdischen Staat.

„Für uns Deutsche ist die Sicherheit Israels von großer Bedeutung. Es gibt Dinge, über die wir in Respekt miteinander reden sollten", sagte Sigmar Gabriel, als er schon kurz nach der Unterzeichnung der Atomvereinbarung in Teheran für die Restaurierung der sehr engen und umfangreichen wirtschaftlichen Kontakte mit dem Iran warb. „Als Freunde", so sagte Gabriel dem iranischen Ölminister, müsse man auch über „unterschiedliche Sichtweisen" reden können.

„Wir haben im Nahen Osten eine vollkommen andere Politik als Deutschland, und haben die in den letzten 35 Jahren auch mehrmals klar artikuliert", machte die iranische Außenamtssprecherin Marsieh Afcham die unterschiedliche Sichtweise des Iran klar. Der Iran betrachte Israel als eine Bedrohung und Wurzel der Krisen in der Region, erklärte Afcham unmissverständlich.

Die Diffamierung der Atomdeal-Gegner als „Kriegstreiber"

Wäre Israels Sicherheit Teil der deutschen Staatsräson, würde die Forderung nicht lauten, in einen Dialog zu treten, sondern schlichtweg Israel anzuerkennen. Wer es mit dem Imperativ „Nie wieder" ernst meint, muss die Restaurierung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran von dessen Haltung zu Israel abhängig machen.

Die Befürworter des Deals im Westen haben dessen Gegner stets als „Kriegstreiber" dargestellt. Dabei ließ sich schlüssig argumentieren, dass die Wahrscheinlichkeit eines langwierigen Abnutzungskrieges gegen Israel mit dem Abkommen steigt. Der Iran hat die libanesische Hisbollah hochgerüstet, die jetzt gerade zwischen 120.000 und 150.000 Raketen auf Israel gerichtet hat, und einen blutigen Krieg mit Hunderttausenden Toten in Syrien angezettelt, um dort eine weitere Front zu errichten.

Nach der Verkündung der Rahmenvereinbarung am 2. April 2015 zwischen dem iranischen Regime und den 5+1-Ländern in Lausanne, erklärte der Kommandeur der iranischen Basij-Miliz Mohammad Reza Naqdi, dass „die Zerstörung Israels nicht verhandelbar ist", und gab weiter an, das der Iran Hisbollah und „Palästinenser" für ihren Kampf gegen Israel bewaffne.

Der außenpolitische Berater des iranischen Parlamentspräsidenten Ali Laridschani (selbst bekannt für seine Holocaust-Leugnung) versicherte im August 2015 in iranischen Staatsmedien, dass die Vernichtung Israels weiterhin das Ziel des Iran sei: „Unsere Position zu dem unrechtmäßigen zionistischen Regime hat sich überhaupt nicht geändert; Israel muss vernichtet werden und das ist unser letztes Wort." Und um alle Missverständnisse auszuräumen, verkündete der oberste iranische Führer Chamenei noch mal ganz grundsätzlich im September über Twitter, dass Israel (das „Zionistische Regime") keine 25 Jahre mehr überleben werde.

Iran will zur Hegemonialmacht der Region aufsteigen

Deutschland darf die Augen nicht davor verschließen, dass die Ideologie, die der Vernichtung von sechs Millionen Juden zu Grunde lag, von einem Regime geteilt wird, das mit der heutigen Aufhebung der Sanktionen zur Hegemonialmacht im Nahen Osten gemacht werden soll.

Als Trump im Oktober 2017 dem Iran attestierte der „weltweit führende staatliche Förderer des Terrorismus zu sein" und den „Geist des internationalen Atomabkommens nicht gerecht geworden" zu sein und Sanktionen gegen die Revolutionsgarden verhängte, zeigten sich Deutschland, Frankreich und Großbritannien besorgt und verwiesen darauf, dass der Iran seinen Teil des Abkommens einhalte. Erstaunlicherweise haben aber auch deutsche Verfassungsschützer wiederholt festgestellt, dass Teheran weiter an seinem Nuklearprogramm arbeite und damit das Abkommen verletze. Sigmar Gabriel erklärte, dass die Sanktionsverschärfungen „ein schwieriges und aus unserer Sicht auch ein gefährliches Signal" seien.

Als Trump mit der Aufkündung des Atomdeals drohte, erklärte Gabriel: „Eine Kündigung des Iran-Abkommens würde den Nahen Osten zur heißen Krisenregion machen".

Es wurde klar: Deutschland paktiert mit dem Mullah-Regime!

Instex, eine Agentur zur Sanktionsumgehung

Als Reaktion auf die Verhängung von Sanktionen gegen den Iran Anfang 2019 haben Deutschland, Frankreich und Großbritannien eine Finanzgesellschaft namens Instex registrieren lassen. Sie ist in Frankreich angesiedelt, erhält eine deutsche Leitung und soll helfen, die wiedereingeführten US-Sanktionen gegen den Iran zu umgehen.

Und als Verbündeter des iranischen Regimes steht Deutschland auch an dessen Seite, wenn die Iraner gegen dieses Regime auf die Straße gehen.

Zum 40. Jahrestag der islamischen Revolution schickte Steinmeier ein Telegramm mit dem Wortlaut: „Zum Nationalfeiertag der Islamischen Republik Iran übermittle ich Ihnen, auch im Namen meiner Landsleute, meine herzlichen Glückwünsche"

Unsere „Art zu leben", die wir uns nicht zerstören lassen, wie wir ständig bekunden, gilt scheinbar nur bis zu den deutschen Grenzen und nicht für diejenigen, die diese „Art zu leben" gerade unter Lebensgefahr im Iran und in den unter iranischer Kontrolle stehenden Staaten im Nahen Osten einfordern.

Bei den jüngsten Protesten im Iran und im Irak wurden mehrere Hunderte Menschen dafür umgebracht, dass sie die Freiheit einforderten, die in Deutschland bei jeder Gelegenheit als unbedingt schützenswert und nicht verhandelbar beschworen wird.

Die Deutschen sind empört über Soleimanis Tötung

Am 3. Januar 2020 wurde eine der Schlüsselfiguren des Vorrückens des Iran auf Israel und der Dirigent der blutigen Niederschlagung von Protesten gegen das iranische Regime, Kassem Soleimani, gezielt von Amerikanern getötet. Das offizielle Deutschland hielt dies für „katastrophal falsch" (Sigmar Gabriel).

Quer durch die Polit- und Presselandschaft wurde der Dritte Weltkrieg an die Wand gemalt. Die hysterischen Reaktionen in Deutschland auf das antifaschistische Eingreifen der USA zeigen neben dem notorischen Antiamerikanismus auf, wie heilig den Deutschen der Ansatz des Appeasements ist. Dies konterkariert die zu unzähligen Gelegenheiten vorgetragene Behauptung aus der Geschichte gelernt zu haben und zeigt auf, dass das Gegenteil der Fall ist. Neben dem moralischen Versagen zeigt es auch auf, welch bittere Unkenntnis in Bezug auf den Nahen Osten in Deutschland vorherrscht.

Ob der Drohungen von Terrorregimen und Terrororganisationen wie ein Kaninchen vor der Schlange zu zittern, verkennt deren Stärke und Reichweite. Amerika machte bereits mit der Verlegung der Botschaft nach Jerusalem klar, die von Terroristen gezogenen roten Linien nicht mehr zu akzeptieren und tatsächlich gab es nicht nur keine dritte Intifada, sondern bis auf einen Vorfall am Busbahnhof in Jerusalem mit einem Verletzten auch keinerlei Ausschreitungen von Seiten der israelischen Araber. Der Aufruf der Hamas zur dritten Intifada verhallte auch bei den „Palästinensern" im Westjordanland. Dieses Entkleiden der Drohungen hat eine Möglichkeit aufgezeigt, zu einer Beilegung des Nahostkonflikts zu gelangen.

Die Szenarien, die nach der Ausschaltung von Soleimani an die Wand gemalt wurden, reichten fast bis zum Weltuntergang, und passiert ist nichts weiter als ein paar bewusst ungenau abgeschossene Raketen auf eine US-Basis.

Seiner Abschreckung beraubt wackelt das Regime in Teheran mehr denn je. Deutschland hat sich im Nahen Osten in jeder Hinsicht auf die falsche Seite gestellt.

Paris: Ein weiterer islamischer Judenmörder geht straffrei aus

Der islamische Antisemit, der im April 2017 die Jüdin Sarah Halimi ermordete, entgeht wegen Drogenkonsums einer Gefängnisstrafe.

Von Michal Kornblum

Es ist was faul im Staate Frankreich!

Viele Franzosen demonstrieren seit Ende Dezember in mehreren französischen Großstädten für Gerechtigkeit im Fall Sarah Halimi. Im April 2017 wurde die jüdische Frau in ihrer Wohnung in einem Pariser Vorort von ihrem aus Mali stammenden Nachbarn misshandelt, ermordet und vom Balkon geworfen. Noch heute wirft die Tat viele Fragen auf, da Zeugenaussagen zufolge „Allah" gerufen, Koranverse rezitiert und die Ermordete als Teufel beschimpft wurde. Auch weitere Aussagen, dass der Täter zuvor in einer ortsbekannten salafistischen Moschee gesehen wurde oder dass die Verhaftung in der Wohnung von Sarah Halimi stattfand, während der Täter betete, können bis heute weder bestätigt noch widerlegt werden. Denn die Polizeiakten dürfen noch nicht einmal von Halimis Anwälten eingesehen werden und bleiben unter Verschluss.

Im Dezember hat ein Pariser Berufungsgericht entschieden, dass der Täter Kobili Traore nicht verurteilt werden kann. Er habe sich zum Tatzeitpunkt in einem durch Marihuana-Konsum ausgelösten Delirium befunden und sei deswegen nicht zurechnungsfähig gewesen. Das Gericht ordnete den Verbleib in der psychiatrischen Einrichtung, in der er sich seit der Tat befindet, mit einem Drogenentzugsprogramm an. In der Entscheidung des Gerichts finden sich zwar einige Verweise auf das möglicherweise antisemitische Motiv des Täters, aber der Fokus liegt auf seiner Unzurechnungsfähigkeit durch Drogenkonsum. Der Mord, der 2017 für internationale Schlagzeilen gesorgt hat und gleichzeitig im neuralgischen Zeitraum kurz vor den Präsidentschaftswahlen 2017 stattgefunden hat, bleibt nach derzeitigem Stand unbestraft.

Drogenkonsum und psychische Unzurechnungsfähigkeit als Vertuschungsmethode von islamistischen, terroristischen und antisemitischen Motiven zu verwenden, ist auch hierzulande nicht unbekannt. Einen kaltblütigen Mord ungestraft zu lassen, ist aber eine neue Dimension des Unrechts im Recht. Die Pervertierung des Rechtsstaats liegt darin, die Täterperspektive immer gewichtiger zu bewerten als die des Opfers. Kiffen als Begründung für ein zerstörtes Menschenleben – das ist der wahre Knockout des Rechtssystems.

Der Täter selbst soll vor einem Richter ausgesagt haben, dass er nicht Herr seiner Sinne gewesen sei, aber das jüdische Gebetbuch und die traditionelle Menorah hätten seinen mentalen Zustand verschärft. Der Täter wirft damit dem Opfer noch vor, dass es ihn mit rituellen Gegenständen (in der eigenen Wohnung) provoziert habe. Anstatt einen gewalttätigen Antisemiten und Mörder mit allen Mitteln des Rechts zu bestrafen, wird die Angelegenheit durch einen Joint beendet.

Dies ist kein Zeichen einer funktionierenden Judikative, sondern vielmehr die Einladung oder Legitimation für alle Gräueltaten, Verbrechen und Schandtaten, solange man ausreichend Rauschgift konsumiert. In unserer Zeit der Symbolpolitik wird damit nur das Zeichen gesetzt, dass Kiffen gegen jede rechtsstaatliche Konsequenz immunisiert. Wer glaubwürdig den Antisemitismus bekämpfen will, muss die Ursachen und Hintergründe klar benennen, auch wenn diese nicht aus der geliebten rechten, sondern aus der unbequemen muslimischen Ecke kommen; ansonsten wirkt jedes Bemühen wie ein Alibi. Gerechtigkeit für Sarah Halimi, eine Ärztin und Mutter dreier Kinder! Was würde Emile Zola, einer der größten französischen Denker, wohl zu diesem heutigen Frankreich sagen?

Michal Kornblum, geb. 1997, ist Studentin aus Münster. Sie schreibt für den Schülerblog Apollo-News, wo dieser Beitrag zuerst erschien.

Trump hat alles richtig gemacht

Wieder einmal war eine Entscheidung des US-Präsidenten weiser und treffsicherer als die amerika-averse Presse uns glauben machen wollte.

Von Markus Somm

Nachdem die Amerikaner General Qasem Soleimani, einen der höchsten Militärs des Iran, und dessen terroristische Helfershelfer in Bagdad getötet hatten, wurde da und dort bereits der Dritte Weltkrieg ausgerufen. Insbesondere in Amerika, wo die meisten Medien inzwischen etwa so objektiv berichten wie seinerzeit die Pressesprecher des Vatikans über Martin Luther, herrschte eine interessante Mischung aus Kriegslust und Apokalypse.

Aber auch die europäischen Journalisten warnten sehr: Ausrufezeichen, düstere Adjektive, schwerwiegende Fragezeichen zerfurchten ihre Texte wie die Sorgenfalten ihr Gesicht. Es war die Stunde der Kriegsexperten angebrochen, wo Leute über Krieg redeten, die schon die Rekrutenschule als unnötiges Massaker empfunden hatten. Angst und Genugtuung zugleich: Hatte Donald Trump, der ungeliebte Präsident der USA, nicht endlich den entscheidenden Fehler gemacht, der all die Prophezeiungen erfüllen würde, wonach dieser grobe Mensch am Ende die Welt in den Ruin führt?

Wenige Tage später schlug der Iran zurück, ein paar alte Raketen machten Wind im Irak, wenig wurde zerstört, kein Mensch kam um, weder ein Amerikaner noch ein Iraker, sofern die Informationen stimmen, die wir erhalten haben. Der Dritte Weltkrieg fand nicht statt. Die Iraner schreckten vor der Eskalation zurück, die sie noch kurz zuvor pathetisch angedroht hatten. Warum? Weil sie Angst hatten.

Mitleid mit den Mullahs

Wäre auch nur ein Amerikaner gestorben, so wussten sie jetzt genau, würde Trump es ihnen tausendfach vergelten. Der Mann schien zu allem fähig. Vielleicht würde er ihre gesamte (schwache) Marine versenken? Die geheimen Atomforschungsstätten bombardieren? Das Regime in die Luft sprengen? Wenn es zu Krieg kommt, ist der Iran den USA auf eine Art und Weise unterlegen, wofür man fast etwas Mitleid fühlen könnte, handelte es sich nicht um eine der brutalsten Diktaturen der Gegenwart. Wer gegen das Regime demonstriert, wird erschossen.

Nach dem wirkungslosen Feuerwerk der Iraner, das sie wohl nur angezündet hatten, damit sie sich vor dem eigenen Publikum und der internationalen Presse nicht vollends blamierten, konnte sich Trump großmütig zeigen. Er verzichte auf jede weitere militärische Reaktion, sagte er und verschärfte trotzdem die wirtschaftlichen Sanktionen, die der Iran schon jetzt an den Rand des Bankrotts gebracht hatten. Gleichzeitig lud er die Iraner ein, über ihr illegales Atomprogramm zu verhandeln. Mehr musste er nicht mehr tun. Er hatte bewiesen, dass Abschreckung, jene uralte Kriegsvermeidungsstrategie, nach wie vor etwas taugt. Mit anderen Worten: Trump hat alles richtig gemacht.

Ein Virtuose des Bösen

Gewiss, gelöst wurde mit dieser sehr professionell ausgeführten Tötung gar nichts. Der Nahe Osten bleibt ein Pulverfass, der Iran ein Brandstifter, der so gut wie alle Nachbarn gegen sich aufgebracht hat, weil er sie bedroht. Der Iran betreibt Terrorgruppen im Libanon und im Irak, er heizt den Bürgerkrieg im Jemen an, er hält das kriminelle Regime in Syrien an der Macht, er destabilisiert die Region, wo immer er kann. Das geht so weit, dass Saudi-Arabien und Ägypten inzwischen faktisch zu Verbündeten Israels geworden sind. Für so gefährlich halten die meisten arabischen Staaten die terroristischen Abenteuer der Iraner und deren Pläne, eine Atombombe zu bauen, die sie nie aufgegeben haben.

Es irrt, wer glaubt, das iranische Regime habe irgendetwas mit der grandiosen Vergangenheit der Perser zu tun. Es ist eine Tragödie, dass ein so fähiges Volk eine solch unfähige, blutige, ungerechte Herrschaft ertragen muss. Immerhin, mit Soleimani hat dieses Regime einen ihrer besten und effektivsten Militärs verloren, ein Mann, der, so mein israelischer Freund, „leider" ein „brillanter" General war, ein Virtuose des Bösen, ein Meister des Todes, der Hunderte von Menschen auf dem Gewissen hat: Seit Jahrzehnten hatten ihn sowohl Amerikaner als auch Israelis auf der Abschussliste geführt, nie kam es dazu, oder nie hatte man es gewagt. Bis Trump den Befehl gab.

Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor, sagten einst die Römer, und sie haben immer noch recht. Die iranischen Theokraten spielen mit dem Krieg, solange sie glauben, damit ihre Ziele zu erreichen. Es war Zeit, sie eines Besseren zu belehren. Der Dritte Weltkrieg findet nicht statt, wenn solche Regimes befürchten müssen, ihn zu verlieren.

Zuerst erschienen in der Zürcher SonntagsZeitung.

Den Kuwaitis gehen die philippinischen Sklavinnen aus

Der moderne Sklavenhandel in den Golfstaaten ist nur eines von vielen Problemen in Nahost, das Antisemiten weniger bewegt als die pure Existenz Israels. Nun interveniert die philippinische Regierung wegen Missbrauchs ihrer Bürgerinnen in dem arabischen Land.

Stefan Frank

TED ALJIBE, AFP

Eine Philippinin betrauert den Tod ihrer in Kuwait ermordeten Schwester.

Nach dem Mord an einer philippinischen Haushaltshilfe in Kuwait, die offenbar zuvor vergewaltigt und anderweitig brutal misshandelt worden war, haben die Philippinen ein Entsendeverbot für Haushaltshilfen nach Kuwait beschlossen. „Dieser Schritt dient dem Schutz unserer Arbeiter“, sagte Arbeitsminister Silvestre Bello III.

Die 26-jährige Jeanelyn Villavende wurde nach Angaben des kuwaitischen Gesundheitsministeriums am 28. Dezember 2019 getötet. Als Todesursache gab das Ministerium „akuten Herz- und Atemstillstand“ infolge eines Schocks und zahlreicher Verletzungen an. Die Familie Villavendes, die am 30. Dezember von ihrem Tod informiert wurde, hatte seit zwei Monaten nicht mit ihr gesprochen, da es ihr nicht erlaubt war, zu telefonieren. Das Ehepaar, bei dem Villavende gearbeitet hatte, wurde verhaftet. Am 2. Januar hatte das philippinische Arbeitsministerium öffentlich gemacht, dass Villavende sich drei Monate vor ihrem Tod bei der Agentur, die sie vermittelt hatte, über nicht vertragsgemäße Bezahlung beschwert und den Wunsch geäußert hatte, in ihre Heimat zurückzukehren.

Minister Bello begründete das Entsendeverbot damit, dass die kuwaitischen Behörden versucht hätten, die Todesumstände zu „vertuschen“. Der Autopsie-Bericht des philippinischen National Bureau of Investigation (NBI) zu den sterblichen Überresten von Jeanelyn Villavende stehe in „völligem Gegensatz zu dem Bericht des kuwaitischen Gesundheitsministeriums“. Dieses habe „verschwiegen“, dass Villavende vor ihrem Tod vergewaltigt worden sei; zudem sei bei der Autopsie das „Fehlen einiger innerer Organe“ festgestellt worden.

Als weiteren Grund für das Entsendeverbot nannte Bello, dass mit Kuwait keine Einigung über einen neuen Standardarbeitsvertrag erzielt worden sei. „Im Rahmen der Absichtserklärung sollten wir einen Standardarbeitsvertrag ausarbeiten, um unseren Gastarbeitern einen ausreichenden Schutz zu bieten. Seit fast zwei Jahren diskutieren und debattieren wir, aber bis jetzt haben wir noch nichts finalisiert“, so Bello.

250.000 philippinische Gastarbeiter

Laut einer Schätzung des philippinischen Außenministeriums leben allein in Kuwait 250.000 philippinische Gastarbeiter, die meisten davon als Haushaltshilfen; auch in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar gibt es zahlreiche Arbeiter von den Philippinen.

Kuwait und andere Golfemirate stehen seit langer Zeit wegen der verbrecherischen Arbeitsbedingungen in der Kritik, denen Gastarbeiter ausgesetzt sind. Nach dem sogenannten Kafala-System (Sponsorensystem) ist der Zuwanderungsstatus eines Wanderarbeitnehmers für die Dauer seiner Vertragslaufzeit gesetzlich an einen einzelnen Arbeitgeber oder Geldgeber (kafeel) gebunden, dem er seinen Pass geben muss. Der Arbeitsmigrant darf nicht in das Land einreisen, den Arbeitsplatz wechseln oder das Land verlassen, ohne zuvor die ausdrückliche schriftliche Genehmigung des kafeel eingeholt zu haben. Oft werden Hausangestellten auch ihre Mobiltelefone abgenommen und ihnen verwehrt, das Haus zu verlassen, sie sind also de facto Gefangene.

Im Februar 2018 hatte der philippinische Präsident Rodrigo Duterte schon einmal ein Verbot ausgesprochen, nachdem die Leiche der 29-jährigen philippinischen Hausangestellten Joanna Demafelis in Kuwait in einer Gefriertruhe gefunden worden war. Sie hatte darin seit mindestens einem Jahr gelegen, ihr Körper wies bei der Autopsie gebrochene Rippen und innere Blutungen auf.

Diplomatische Krise

Dies mündete zwei Monate später in einer diplomatischen Krise zwischen beiden Staaten: Kuwait wies den philippinischen Botschafter Renato Villa aus und berief seinen Gesandten aus Manila ab, nachdem über die sozialen Medien im Internet eine geheime Mission des philippinischen Außenministeriums und der philippinischen Botschaft zur Rückholung philippinischer Hausangestellter in Not bekannt geworden war.

Der Konflikt wurde im Mai 2018 beigelegt, nachdem die philippinische Regierung das Entsendeverbot aufgehoben und ein Abkommen mit Kuwait unterzeichnet hatte.

Im Mai 2019 erwog die philippinische Regierung erneut ein Verbot, nachdem die 47-jährige Philippinin Constancia Lago Dayag in einem kuwaitischen Krankenhaus verstorben war. Wie Jeanelyn Villavende wies auch ihr Körper zahlreiche Prellungen und Blutergüsse und Spuren von Vergewaltigung auf.

Im selben Monat berichteten Zeitungen in Europa über den Fall der 26-jährigen philippinischen Hausangestellten Lovely Acosta. Die Familie in Saudi-Arabien, für die Acosta arbeitete, hatte sie an einen Baum gefesselt – wie es hieß, als Strafe dafür, dass sie teure Möbel hatte in der Sonne stehen lassen. Eine Arbeitskollegin Acostas machte ein Foto und verbreitete es über die sozialen Medien, um die Grausamkeit der Familie öffentlich zu machen.

Moderner Sklavenhandel

Im November 2019 brachte eine Undercover-Recherche der arabischen Nachrichtenredaktion der BBC zutage, dass in Kuwait Sklavinnen für Haushaltsdienste in sozialen Netzwerken angeboten und über Smartphone-Apps gehandelt werden. Dieser Schwarzmarkt „boome“, so die BBC. „Fährt man auf den Straßen Kuwaits, wird man keine dieser Frauen sehen“, heißt es in dem Bericht. „Sie sind hinter verschlossenen Türen, ihrer Grundrechte beraubt, können nicht gehen und sind dem Risiko ausgesetzt, an den Höchstbieter verkauft zu werden. Nimmt man ein Smartphone zur Hand, kann man durch Tausende Bilder von ihnen scrollen, sortiert nach ‚Rasse‘ und käuflich für ein paar Tausend Dollar.“

Vor wenigen Tagen berichteten Medien in Kuwait und den Philippinen vom Fall der philippinischen Haushalthilfe Delia Solomon, die sich in die philippinische Botschaft in Kuwait City geflüchtet hatte. Die englischsprachige kuwaitische Tageszeitung „Arab Times“ schrieb:

„Die philippinische Botschaft in Kuwait steht erneut im Blickpunkt, weil sie Vorschriften in Arbeitsstreitigkeiten gebrochen hat, als sie einem Dienstmädchen aus trivialen und unbedeutenden Gründen die Flucht vor ihrem Sponsor ermöglichte.“

Die einzige Beschwerde der Frau sei gewesen, dass man „sie nicht hat Eier essen lassen“. Delia Solomon selbst stellt den Fall anders dar: Sie habe sich nachts zwei Eier gekocht, da sie großen Hunger gehabt habe, weil sie zum Abendessen nur eine Scheibe Brot bekommen habe. Als sie mit ihrer Herrin habe reden wollen, sei diese wütend geworden und habe sie mit einem Kochtopf schlagen wollen. Zudem hätten ihre Arbeitgeber gedroht, sie in einen Wassertank zu werfen. Sie hätten ihr auch ihre Dokumente und das Ladegerät ihres Mobiltelefons abgenommen, es sei ihr aber gelungen, das Telefon selbst zu verstecken.

Kuwait ist verboten

Laut einem Bericht des US-Außenministers über Menschenhandel untersagen derzeit 20 Staaten – Bangladesch, Bhutan, der Tschad, Äthiopien, Ghana, Guinea, Indonesien, Kenia, Madagaskar, Malawi, Nepal, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Tansania, Togo, Uganda und Simbabwe – ihren Staatbürgerinnen, Anstellungen als Haushaltshilfen in Kuwait anzunehmen, wegen der großen Gefahren, denen vor allem Frauen ausgesetzt sind, die als Gastarbeiterinnen in das Emirat reisen.

Dass nun auch die Philippinnen ein solches Verbot erlassen haben, dürfte die kuwaitischen Firmen, die ausländische Hausangestellte vermitteln, somit hart treffen. Wie „Arab Times“ berichtet, gebe es bei den kuwaitischen Agenturen wegen des philippinischen Entsendeverbots derzeit für 85 Prozent der Stellen für Haushaltshilfen keine Bewerberinnen. Khaled Al-Dakhnan, der Vorsitzende des Verbands der Vermittler von Haushaltshilfen, sagte, in den meisten Agenturen herrsche derzeit Leere, „abgesehen von einigen Bewerberinnen aus Sri Lanka, doch ihre Zahl ist gering und sie sind in fortgeschrittenem Alter (bis zu 40 Jahre alt), was die kuwaitischen Arbeitgeber wohl nicht zufrieden stellen wird.“

Schweigen ist Gleichgültigkeit und Duldung

Israelische Diplomaten nehmen in Ostasien den Internationalen Holocaust-Gedenktag zum Anlass den einheimischen Schülern erstmals von den Gräueltaten der Nationalsozialisten zu erzählen.

Sakis MITROLIDIS, AFP

Kinder legen am 26. Januar 2020 Blumen am Holocaust-Mahnmal von Thessaloniki nieder.

(Israelnetz) Die Vereinten Nationen haben am Montag in New York mit einer besonderen Vollversammlung an den Holocaust erinnert. UN-Generalsekretär António Guterres verurteilte in seiner Rede Antisemitismus und ergänzte: „Heute vor 75 Jahren, als Soldaten nach Auschwitz kamen, waren sie erschüttert von den Anblicken. Es ist unsere Pflicht, von Neuem die Lektionen des Holocaust zu lernen und zu lehren, damit er sich niemals wiederholt."

Der israelische Botschafter Danny Danon wies darauf hin, dass eine direkte Erinnerung an die Schoah bald nicht mehr möglich sein werde: „Wir sind die letzte Generation, die das Vorrecht hat, über die Schoah von denen zu lernen, die gezwungen wurden, die Schrecken zu durchleben. Wenn die Erinnerung zu schwinden beginnt, schwindet auch die Möglichkeit, zu glauben, dass ein Ereignis wie die Schoah wirklich passiert ist." Wie in den 1930er Jahren reiche es auch heute nicht aus, dass die Weltöffentlichkeit Antisemitismus verurteilt. „Es ist Zeit für Taten."

Bei der Veranstaltung zum Internationalen Holocaust-Gedenktag kamen auch Überlebende zu Wort. Einer von ihnen war der ehemalige Richter am UN-Kriegstribunal Theodor Meron, der neun Jahre alt war, als die Nazis seine Heimat Polen überfielen. Er sagte, die Ereignisse des Holocaust seien für viele weit weg, abgetrennt durch „Jahrzehnte des Fortschritts". Doch: „Für diejenigen, die sie durchlebt haben, wie ich als Junge im besetzten Polen, sind sie nur allzu wirklich." Der größte Teil seiner Familie sei dem Holocaust zum Opfer gefallen.

Meron erinnerte daran, dass nicht nur ein Drittel der Juden ausgelöscht worden sei. „Oft wird vergessen, dass Millionen Russen und Polen ebenfalls der Mordmaschinerie der Nazis zum Opfer fielen." Zudem würdigte der israelisch-amerikanische Jurist Menschen, die für die Rettung von Juden ihr Leben riskiert hatten.

„Wenn du nicht weinst, wird das bald vorüber sein"

Irene Shashar erlebte ihren zweiten Geburtstag im Warschauer Ghetto. Sie habe gehofft, jemand würde sagen, dass das alles nur ein großer Irrtum sei, sagte sie in ihrer Rede. Aber das Ghetto sei erst der Beginn des Leidens der Juden gewesen. Ihr Vater wurde dort ermordet. Mit ihrer Mutter gelangte sie durch die Kanalisation auf die „arische" Seite von Warschau. Bis Ende des Krieges versteckten sie sich. Ihre Mutter habe gesagt: „Wenn du nicht weinst und ein gutes Mädchen bist, wird das bald vorüber sein."

> Dank ihrer wurde ich mit der Möglichkeit gesegnet, Kinder und Enkel zu bekommen. Weil ich einen Stammbaum gepflanzt habe, hat Hitler nicht gesiegt. Ich habe genau das getan, was er so sehr zu verhindern suchte.

Die Mutter starb 1948. Als zehnjährige Waise wurde Shashar von einer Familie in Peru aufgenommen und fand dort eine neue Heimat. Ihre Mutter habe ein großes Opfer gebracht und viel Mut gezeigt, damit sie leben könne. „Dank ihrer wurde ich mit der Möglichkeit gesegnet, Kinder und Enkel zu bekommen. Weil ich einen Stammbaum gepflanzt habe, hat Hitler nicht gesiegt. Ich habe genau das getan, was er so sehr zu verhindern suchte", betonte Shashar. Die UNO müsse ihre Stimme gegen Antisemitismus erheben. „Denn Schweigen ist Gleichgültigkeit."

Auch Shraga Milstein, bei Kriegsausbruch sechs Jahre alt war, lebte einige Zeit im Ghetto. Später war er in einem Arbeitslager. 1944 wurde er ins Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Seine Mutter wurde nach Ravensbrück verschleppt, er sah sie nie mehr wieder. Der Vater erinnerte seine Kinder nach der Ankunft in Buchenwald daran, dass sie Verwandte im britischen Mandatsgebiet Palästina hätten. Einen Tag später wurde er im Alter von 43 Jahren getötet.

Der Sohn erlebte die Befreiung in Bergen-Belsen. Dort „gab es keine Hinrichtungen", erzählte er der UN-Vollversammlung. Aber Menschen seien an Hunger und Kälte gestorben. Britische Soldaten hätten ihn dann in eine Behausung mit einem sauberen Bett auf einem Militärgelände gebracht. An jenem Tag „veränderte sich meine Welt von völliger Vernachlässigung und Apathie zu menschlicher Anteilnahme und einer echten Bemühung, den Verstörten, Hungrigen und Kranken zu helfen". Milstein folgerte aus seinen Erlebnissen: „Es ist unsere Pflicht, jegliche Intoleranz auf Grundlage von ethnischer Herkunft oder Religion zu verurteilen und zu verhindern."

Gedenken in Nepal und Litauen

Der Internationale Holocaust-Gedenktag erinnert an die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945. Indes organisierte auch die israelische Botschaft in Nepal eine Gedenkveranstaltung. Gemäß der Zeitung „Yediot Aharonot" stellte sich dies als große Herausforderung dar. Denn die Naziherrschaft werde in dem ostasiatischen Land noch von vielen als positiv und pragmatisch angesehen. So zeige ein zentrales Café in der Hauptstadt Kathmandu ein Bild des ersten Autos, das ins Land kam: Es war 1940 ein Geschenk von Adolf Hitler an den nepalesischen König.

Deshalb veranstaltete die israelische Botschaft Vorträge zur Schoah an etwa 40 Schulen in drei Städten. Dazu hatten sich etwa 100 Freiwillige der Vereinten Nationen von Botschafter Benny Omar und dessen Stellvertreter Tal Schwarzman schulen lassen. Auf diese Weise hörten viele nepalesische Schüler erstmals vom Holocaust. Gleichzeitig fand in der Residenz des deutschen Botschafters eine offizielle Gedenkzeremonie statt.

In Litauen posierte die gesamte Regierung samt Premier Saulius Skvernelis für ein Gruppenfoto. Dabei trugen die Politiker Pappschilder mit Buchstaben, die sich zum Hashtag „#Weremember" (Wir erinnern) zusammenfügten. Vor der Schoah lebten in dem baltischen Staat mehr als 220.000 Juden. Von ihnen wurden 95 Prozent ermordet, oft waren daran auch Litauer beteiligt. Unlängst sorgte eine Initiative für einen Gesetzesentwurf für Aufregung, der eine litauische Mitverantwortung am Massenmord leugnet. Vor knapp zwei Jahren verabschiedete das polnische Parlament ein ähnliches Gesetz, das zu einem Zwist mit Israel führte.

Neuer Bericht: Wie die EU Muslime dazu motiviert sich öffentlich diskriminiert zu fühlen

Ein voreingenommener EU-Bericht sieht die Schuld für Schwierigkeiten der Integration von Muslimen fast ausschließlich bei der Mehrheitsgesellschaft.

Von Karl Pfeifer

Die FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte mit Sitz in Wien beschränkt ihre zweite Erhebung zu Minderheiten und Diskriminierung von Moslems auf erlittene Diskriminierung. Sie „beweist durch starke Verkürzung die Schlechtigkeit der Bevölkerungsmehrheit und befragt lediglich die Opfer".

Für die Integrationsprobleme vieler Muslime werden schlicht und einfach die Mehrheitsgesellschaften verantwortlich gemacht. Die positiven Gefühle einer großen Zahl von Muslimen gegenüber den Gesellschaften, in denen sie leben, haben – laut EU-Erhebung – nur mit muslimischer Weltoffenheit zu tun und nichts mit dem guten Empfang, den sie erfahren haben.

Das, was man glauben soll, wird bereits in den ersten Sätzen suggeriert:

„Erinnern Sie sich noch an das letzte Mal, als Sie sich für eine Stelle beworben haben? Sie haben womöglich befürchtet, dass Ihre Computerkenntnisse nicht ausreichen würden oder sich ein Rechtschreibfehler in Ihren Lebenslauf eingeschlichen haben könnte. Wenn Sie allerdings Muslima oder Muslim bzw. muslimischer Herkunft sind und in der EU leben, dann ist vielleicht Ihr Name schon Grund genug, dass sie nicht einmal zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden."

Das, was für alle Bewerber wichtig ist, die digitale Kompetenz und die Schreibsicherheit, wird bei Muslimen als unwichtig angenommen. Es wird behauptet, die Muslime im Allgemeinen, die man dank ihres Namens identifiziert, werden ohne Unterscheidung, weil sie Muslime sind, abgelehnt.

Fremdenfeindlichkeit gibt es in der EU, doch die richtet sich nicht speziell gegen Muslime. Zum Beispiel tragen in Mali oft Christen und Muslime den gleichen Familiennamen. In einem Versuch wurden in Frankreich Bewerbungen von Christen und Muslimen mit solch einem Namen losgeschickt, und die Christen erhielten mehr Ablehnungen.

Die Annahme, dass Muslime insbesondere wegen ihrer Vornamen diskriminiert werden und dass die Arbeitgeber nicht die individuellen Fähigkeiten eines Arbeitnehmers sehen, stimmt so nicht. Es gibt Untersuchungen, die aufzeigen, wie es in der Realität zugeht. Das, was Arbeitgeber fürchten ist nicht der Islam an sich, sondern die Art wie dieser praktiziert wird. Militanter Islam wird gefürchtet, weil dieser im Betrieb Unruhe schaffen kann, insbesondere wenn ein Mann nicht akzeptiert, dass eine Frau seine Vorgesetzte sein kann. Übertriebene nahöstliche Ehrvorstellungen werden ebenso gefürchtet. In dem Moment, wo dem Arbeitgeber klar wird, dass der Arbeitssuchende kein militanter Islamist ist, gibt es in der Regel keine Schwierigkeiten.

Keine weibliche Vorgesetzte

Wenn aber ein Arbeitssuchender erklärt, er möchte keine Anweisungen einer Frau befolgen, oder sich weigert, mit einer Frau zusammenzuarbeiten bzw. Gegenstände zu benützen, die zuvor eine Frau benützt hat (wie es bestimmte Buslenker in Frankreich tun) – stellt es dann eine Diskriminierung dar, solch einen Arbeitssuchenden nicht einzustellen und sein vorgegebenes religiöses Gebot nicht zu beachten? Möchte man die Sicherheit einer chemischen Fabrik, das Lehren in Schulen oder den Posten eines Militärkommandanten Menschen anvertrauen, deren Überzeugungen andere Menschen diskriminieren? Darf man einem gewaltbereiten Islamisten verweigern, eine Synagoge zu bewachen?

MEHDI FEDOUACH, AFP

Könnten Verhüllungen wie diese Einfluss auf die Integration moslemischer Zuwanderer haben?

Der Bericht postuliert, dass alle Schwierigkeiten der Integration von Muslimen von ihnen feindlichen europäischen Gesellschaften kommen und auf sie allein muss Druck ausgeübt werden, um dies zu ändern.

> Der Bericht postuliert, dass alle Schwierigkeiten der Integration von Muslimen von ihnen feindlichen europäischen Gesellschaften kommen und auf sie allein muss Druck ausgeübt werden, um dies zu ändern.

Doch der Bericht stellt auch fest: „… dass [sich] die Mehrheit der Muslimas und Muslime mit ihrem Wohnsitzland stark verbunden fühlt. Sie haben Vertrauen in die öffentlichen Institutionen ihres Landes – häufig sogar mehr als die Allgemeinbevölkerung."

Die Untersuchung weigert sich eine wie immer geartete Verantwortung bei Muslimen festzustellen, die Schwierigkeiten haben, denn eine solche würde zu ihrer „Stigmatisierung" führen. Die Europäische Sicherheitsagenda besagt, dass die Reaktion der EU auf Extremismus „nicht die Stigmatisierung einer Gruppe oder Gemeinschaft zur Folge haben [darf]. Sie muss gegründet sein auf gemeinsame europäische Werte der Toleranz, der Vielfalt und der gegenseitigen Achtung, und sie muss freie und pluralistische Gemeinschaften fördern".

Der EU-Bericht stützt sich einzig und allein auf die Erklärungen der Befragten zu gefühlten Diskriminierungen. Das, was wirklich in der Realität geschah, sei identisch mit dem, was erklärt wurde. Es wird nicht erwogen, dass gewisse ungünstige Behandlungen nichts mit Diskriminierung zu tun haben – zum Beispiel könnte ein Kompetenzdefizit als diskriminierend empfunden werden, von denen, die das erfahren haben.

Es gibt viel mehr Muslime, die schätzen, dass die Muslime im Allgemeinen diskriminiert werden, als diejenigen, die erklären selbst diskriminiert zu werden. In Frankreich behaupten 75 % der Muslime (in Deutschland 44 %), dass es eine Diskriminierung wegen der Religion gebe, während lediglich 20 % der Befragten erklären, deswegen während der letzten fünf Jahre diskriminiert worden zu sein. Die Unterschiede werden im Bericht nicht erklärt.

Es gibt noch andere Widersprüche, auf die aber nicht eingegangen wird. „Die Frage, was Befragte dazu bewegt, eine Diskriminierungserfahrung als eine tägliche Erfahrung einzuschätzen, würde eine eingehende Analyse erfordern."

Muslime aus unterschiedlichen Ländern

Es gibt auch bedeutende Unterschiede zwischen Muslimen verschiedenen Ursprungs z.B. zwischen denen aus Nordafrika, Afrika südlich der Sahara, der Türkei und Asien, die noch dazu in jeweils verschiedenen Ländern leben. So haben in Deutschland 18 % der Muslime, die aus der Türkei kommen, sich im Jahr vor der Untersuchung diskriminiert gefühlt, während es 50 % derjenigen war, die aus Afrika südlich der Sahara stammen. Im europäischen Durchschnitt fühlen sich doppelt so viel aus Nordafrika Kommende diskriminiert aufgrund der Religion, als diejenigen aus Asien (21 % gegen 9 %). Noch mehr Unterschiede findet man bei der Belästigung und den Beziehungen zur Polizei. Doch man findet in der Untersuchung keine Erklärung dafür, und nichts wird über die Unterschiede im Verhalten der betreffenden Personen gesagt.

Der Hauptfehler dieser Untersuchung ist, sich nicht für den Einfluss zu interessieren, den das Verhalten einer Person auslöst, für die Art wie sie behandelt wird. Wie eine in Frankreich durchgeführte Untersuchung zeigt, verhalten sich Muslime oder Menschen mit muslimischem Erbe sehr verschieden zu

Empfangsgesellschaften – vom Wunsch sich zu integrieren bis hin zu einer lebhaften Ablehnung, was ganz verschiedene Reaktionen auslöst. Doch diese Realität wird vom EU-Bericht geleugnet. Das einzige Element des erwähnten Verhaltens ist das Tragen muslimischer Kleidung. Davon sind hauptsächlich Frauen betroffen.

Das unterschiedliche Verhalten der jeweiligen Muslime bleibt unbeleuchtet

In der Untersuchung wird auch kein Unterschied gemacht zwischen Frauen, die einen Nikab tragen und jenen, die weniger auffällig gekleidet sind. Es wird auch kein Wort über die politische Bedeutung einer islamischen Bekleidung geschrieben. Es ist doch kein Zufall, dass die islamistisch beeinflussten Vertretungen der Muslime in Europa versuchen, den Frauen diese Tracht aufzuzwingen. Hier geht es um eine soziale und nicht-religiöse Norm. Der Islam beruht auf fünf Säulen, die für Muslime unabhängig von ihrem Geschlecht verpflichtend sind (Das Glaubensbekenntnis, das Gebet, das Fasten, die Pilgerfahrt und die Wohltätigkeit). Frauen werden aber in islamischen Gesellschaften traditionell diskriminiert. Das drückt sich bei der Erbschaft, der Zeugenaussage, der Ehe und in den Bekleidungsvorschriften aus. Während die fünf Säulen des Islam für alle Muslims gelten, gibt es im gesellschaftlichen Bereich große Unterschiede zwischen muslimisch geprägten Gesellschaften.

„Im Koran gibt es keine eindeutige Verschleierungsvorgabe. In den ersten Jahrhunderten gab es demzufolge keine allgemeine Verschleierung im modernen Sinne, schon gar keine Vollverschleierung. Die Absonderung der Frauen setzte sich über Jahrhunderte hinweg unter dem Einfluss radikaler Gruppierungen durch und wurde von Beginn an heftig kritisiert, ganz ohne westliche Einflussnahme. Seit der Wende zum zwanzigsten Jahrhundert setzte in der islamischen Welt ebenso wie in vielen anderen Weltregionen eine Welle der Emanzipation ein. Selbstverständlicher Teil davon war, dass die Frauen ihre Schleier ablegten.“

(Islamwissenschaftlerin Agnes Imhof, FAZ, 22. Januar 2020)

Fast jede/r zweite Befragte (48 %) gab an, sie/er würde sich „vollkommen wohl“ fühlen, wenn ein Familienmitglied eine nicht-muslimische Person heiraten würde, was die Aufgeschlossenheit muslimischer Befragter gegenüber anderen Religionen weiter unterstreicht. Nur wenige (17 %) fühlen sich unwohl, wenn ein Familienmitglied eine Person mit einer anderen Religion heiratet (17 %), hingegen würde es – laut „Eurobarometer“ – Umfrage aus dem Jahr 2015 30 % der Allgemeinbevölkerung „Unbehagen bereiten, wenn ihr Sohn oder ihre Tochter eine ‚Liebesbeziehung‘ mit einer muslimischen Person hätte.“

Und wieder einmal wird die gesellschaftliche Realität ausgeklammert. Zum Beispiel die Intensität des gesellschaftlichen Drucks bezüglich der Kleidung und des Verhaltens in Wohngegenden, in denen Muslime die Mehrheit bilden. Wie oft werden da Frauen durch diesen Druck gezwungen Kopftuch zu tragen? Man kann sich nur wundern darüber, dass die Heirat der Mädchen und der Jungen nicht separat behandelt wurde, wissend dass der Islam es akzeptiert, wenn ein Muslim eine Nicht-Muslima, aber nicht, dass eine Muslima einen Nichtmuslim heiratet.

Ehen mit Nicht-Muslimen

Nicht erwähnt werden die konkreten Schwierigkeiten eines nichtmuslimischen Ehemanns (Druck zum Islam zu konvertieren), aber auch die Möglichkeit eines muslimischen Ehemannes im Falle einer Scheidung die Kinder in ein muslimisches Land zu entführen und von der dortigen Justiz beschützt zu werden.

„Allerdings stehen ihrer vollständigen Eingliederung in die europäischen Gesellschaften nach wie vor zahlreiche Hindernisse wie Diskriminierung, Belästigung und hassmotivierte Gewalt sowie häufige Polizeikontrollen im Wege. Negative Erfahrungen dieser Art können im Laufe der Zeit dazu führen, dass die Opfer das Vertrauen in Polizei, Justiz und Parlament verlieren, aber auch ihre Verbundenheit mit dem Land, in dem sie leben.“

Hier wiederum werden Ursache und Wirkung verwechselt. Wenn zum Beispiel die französische Polizei in einer Vorstadt von Paris häufiger Kontrollen durchführt, weil dort mit Drogen gehandelt wird, dann ist die Religion der mutmaßlichen Täter gleichgültig, doch wenn diese zufällig Muslime sind, dann werden sie natürlich vorgeben, dass die häufigen Kontrollen mit ihrer Religion zu tun hätten.

Logo der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

> Der Islam akzeptiert es, wenn ein Muslim eine Nicht-Muslima, aber nicht, dass eine Muslima einen Nichtmuslim heiratet.

Hassmotivierte Gewalt von Muslimen gegenüber Nichtmuslimen wird mit einer Ausnahme nicht erwähnt, obwohl es eine solche nicht nur in vielen islamisch geprägten Ländern, sondern auch in Europa gibt. Man denke nur an den islamistischen Terror in Westeuropa, der bereits viele hunderte Opfer forderte. Es gibt in Westeuropa Stadtviertel und Vororte, welche die Polizei nur mit massivem Einsatz kontrollieren kann.

Der Bericht geht nicht ein auf die wichtigen Fragen, weshalb die Muslime ausgerechnet in einem EU-Land leben, weshalb sie überhaupt ihr Ursprungsland verlassen haben und nicht in ein Land mit islamischer Bevölkerungsmehrheit ausgewandert sind.

Zum Beispiel: Während die Armut in der Welt während der letzten Jahre drastisch reduziert wurde, wächst sie in der arabischen Region. Fast 40 % der Bevölkerung der arabischen Region leben mit weniger als 2,75 US-Dollar pro Tag.

Nicht erwähnt wird die Tatsache, dass die arabische Region seit 2011 unter intensiven, komplexen, ineinandergreifenden Konflikten leidet. Heute, sind fast 40 Prozent der arabischen Länder in solche verwickelt oder haben während der vergangenen acht Jahre bewaffnete Konflikte durchgelebt. Eine deutliche Zunahme der Abwanderung ist eines der vorherrschenden Ergebnisse der Konflikte. Die totale Zahl der Menschen aus dieser Region, die ihre Heimat verlassen hat, ist von 12,7 Millionen 2010 auf 29 Millionen gestiegen im Jahr 2016.

An der Radikalisierung ist nach diesem Bericht lediglich die Mehrheitsgesellschaft schuld. Auf gerade durch die Zeichen der Radikalisierung misstrauisch gewordene Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft geht er nicht ein. Wenn es um Hass geht, dann richtet sich dieser immer gegen die Muslime und niemals kommt er von Muslimen. Der Hass von Teilen der muslimischen Welt gegenüber dem Westen wird verschwiegen.

Religionskritik ist nötig

Viele Muslime nehmen jede Kritik an ihrer Religion als Rassismus bzw. als Beleidigung wahr. Beim Rassismus geht es um die Zuordnung einer geerbten Identität, die erlitten wird. Hingegen ist die Religion eine Wahl, die von den Glaubenden getroffen wurde, und die kritisiert werden kann und muss. Das hat nichts mit Rassismus zu tun. Auch wenn einige Kritik an einer Religion als übertrieben oder verletzend von jemandem wahrgenommen wird, ist sie doch notwendig. Zu viele Gräuel wurden und werden im Namen von Religionen verursacht. Deswegen darf eine moralische und rationale Kritik nicht abgelehnt werden. Die Wahl einer Religion, unabhängig von den Motivationen, verpflichtet denjenigen, der die Wahl getroffen hat, die Verantwortung für seine Wahl zu tragen.

Ein Riss geht durch die westeuropäische Gesellschaft. Für die Mehrheit sind Menschenrechte, Gewissensfreiheit und eine wenigstens relative Gleichheit zwischen Männern und Frauen Errungenschaften der Demokratie. All das kann natürlich verbessert werden, aber vor allem müssen diese verteidigt werden gegen alle, die sich dagegen wenden.

Für eine einflussreiche Minderheit jedoch wird die bürgerliche Ordnung durch die Privilegien der Herrschenden und deren Arroganz charakterisiert. Hingegen ist für die Verteidiger der Demokratie der Islamismus eine Bedrohung, solange man diesen toleriert. Die Islamisten hetzen die Muslime auf, sich von den Ungläubigen abzusondern und sich nicht zu integrieren – und setzten dies mitunter auch mit Gewaltandrohung durch. Doch für diejenigen, die die bürgerliche Ordnung abschaffen wollen, gehören die Muslime pauschal zu den Unterdrückten und sind Verbündete. Diesen Konflikt kann man sehen beim Verhalten zur islamischen oder vorgeblich islamischen Bekleidung. Die meisten Westeuropäer sehen darin ein Symbol einer Gesellschaftsordnung, die die allgemeinen Menschenrechte ablehnt. Eine Minderheit jedoch sieht darin eine Form des Widerstands gegen die kapitalistische Ordnung. Den islamistischen Terror qualifizieren sie lediglich als ein „Abdriften“. Islamisten und ihre nützlichen Idioten behaupten, dass dieser „nichts mit dem Islam“ zu tun habe.

Die Europäische Union hilft mit ihren von ideologischen Vorurteilen belasteten Berichten nicht der Integration von Muslimen, sondern den Islamisten und ihren „nützlichen Idioten“.

Der Autor Karl Pfeifer (geboren 1928 bei Wien) floh 1938 nach Ungarn und von dort weiter nach Palästina, wo er im Kibbuz lebte und am israelischen Unabhängigkeitskrieg teilnahm.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Für die Architekten des Scheiterns ist es Zeit zu schweigen

Die langjährigen „Friedens-Prozess-Bereiter", die unter Clinton oder Obama keine Befriedung des Nahen Ostens erreicht haben, sind nun die ersten, die den Trump-Plan kritisieren.

Von Jonathan S. Tobin (JNS.org)

Barak, Albright und Clinton sind gescheitert.

Die Verachtung für Präsident Donald Trump und die Menschen, die in seiner Regierung arbeiten, sitzt tief in den Medien, aber auch im außenpolitischen Establishment. Der Kern dieser Haltung ist die Ablehnung der konventionellen Weisheit über die Diplomatie und den Nahen Osten, die jahrzehntelang die amerikanische Politik bestimmt hat, durch die derzeitige Regierung.

Trumps Kritiker rahmen die Debatte über die Regierung als eine Debatte ein, in der Experten und Amateure gegeneinander antreten. In dieser Darstellung sind Trump und seine Helfer ein Haufen stümperhafter Ignoranten. Sie werden so dargestellt, dass sie den Rat von Menschen, die erfahrener und viel klüger sind als sie, törichterweise ignorieren und dadurch bereits schlechte Situationen, wie die anhaltende Konfrontation mit dem Iran und den israelisch-«palästinensischen» Konflikt, noch verschlimmern.

Es stimmt, dass Trump keine außenpolitische Erfahrung hatte, bevor er Präsident wurde. Dem Team, das er für den israelisch-«palästinensischen» Kampf einsetzte, fehlte es ebenfalls an diplomatischen Referenzen. Insbesondere das Trio aus Präsidentenberater/Schwiegersohn Jared Kushner, Nahost-Sondergesandtem Jason Greenblatt und Amerikas Botschafter in Israel, David Friedman, waren im Wesentlichen Trumps Freunde aus der Immobilienbranche und nicht die Art von altgedienten Politikern, von denen man erwartet hätte, dass sie so wichtige Positionen in einer «normaleren» Regierung besetzen würden.

Der Ton der Analysen für Trumps Aktionen – seinen Rückzug aus dem Iran-Atomdeal von 2015, die Wiedereinführung von Sanktionen gegen das iranische Regime, die Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt und seine Versuche, die «Palästinensische Autonomiebehörde» zu zwingen, die Finanzierung des Terrorismus einzustellen – war nicht so sehr missbilligend, als vielmehr verächtlich.

Die gleiche Haltung ist in den Kommentaren von Typen des Establishments zum Friedensplan für den Nahen Osten zu finden, der diese Woche bei einer Zeremonie im Weißen Haus vorgestellt wurde. In einem seltsamen Echo der Wut auf Trump, die von der Führung der «Palästinenser» zu hören war, haben die außenpolitischen Veteranen auf den Plan größtenteils mit einer Mischung aus Ungläubigkeit, Wut, Untergangsprognosen und vor allem mit höhnischer Herablassung reagiert.

Das beste Beispiel für eine solche Reaktion findet sich in einem Artikel, der von «Politico» unter der gemeinsamen Autorenschaft von Aaron David Miller und Robert Malley unter dem Titel «The Real Goal of Trump's Middle East Plan» veröffentlicht wurde: «Es ist nicht Frieden. Es ist Macht.» Miller und Malley weisen den Trump-Plan als einen Plan zurück, dessen Ziel lediglich darin besteht, andere Nationen zu dominieren. Sie sagen voraus, dass er jede Hoffnung auf Frieden oder auf die Befriedigung legitimer «palästinensischer» Bestrebungen zunichtemachen wird. Aber sie beklagen auch, dass, wenn die «Palästinenser» nicht energisch genug reagieren – vermutlich mit einer neuen Terrorwelle – die «verdiente Strafe» für Trump und Israel also ausbleibt, dies in Zukunft nur zu noch mehr Ausschreitungen führen wird.

Wer schwingt sich da eigentlich zum Analysten auf?

Abgesehen davon, dass sie anscheinend eine weitere blutige Intifada anfeuern wollen, untergräbt eine leidenschaftslose Prüfung ihrer Bilanz das Vertrauen in ihre Kompetenz.

Miller, der derzeit ein hochrangiger Mitarbeiter der Carnegie-Stiftung für Frieden ist, war von 1978 bis 2003 als Nahost-Friedensprozessor im US-Außenministerium tätig und nahm an mehreren Versuchen zur Beendigung des israelisch-«palästinensischen» Konflikts teil, wobei er besonders für die amerikanischen Bemühungen zur Umsetzung der Osloer Abkommen verantwortlich war.

Malley ist ein weiterer Regierungsveteran, der bei der Organisation des Camp-David-Gipfels mitwirkte, bei dem Präsident Bill Clinton und der israelische Premierminister Ehud Barak versuchten, den PLO-Vorsitzenden Jassir Arafat (den er später fälschlicherweise als Verantwortlichen für das Scheitern des Gipfels entlastet hat) dazu zu bringen, dem Frieden und einem «palästinensischen Staat» zuzustimmen. Später diente er als Vermittler bei den Bemühungen von Präsident Barack Obama, den Frieden im Nahen Osten zu organisieren. Seine langjährige Tätigkeit führte dazu, dass er zum Leiter der «International Crisis Group» ernannt wurde, einer einflussreichen und wohlhabenden transnationalen linken Beratungsfirma.

> Jahrzehntelang rieten die beiden den Präsidenten beider Parteien, dass die einzige Möglichkeit, die Probleme der Region zu lösen, darin besteht, Israel zu Zugeständnissen zu drängen, um die „Palästinenser" zu besänftigen.

Aber nur ihre Bilanz des Scheiterns bei der Erreichung des Friedens stimmt mit Millers und Malleys unzweifelhaften Kenntnissen der Nahost-Diplomatie überein. Jahrzehntelang rieten die beiden den Präsidenten beider Parteien, dass die einzige Möglichkeit, die Probleme der Region zu lösen, darin besteht, Israel zu Zugeständnissen zu drängen, um die «Palästinenser» zu besänftigen. Sie versäumten es immer wieder, zu verstehen, dass die «Palästinenser» kein Interesse an einer friedlichen Lösung haben, bei der beide Staaten nebeneinander leben würden. Und ihr Versagen, insbesondere das Camp-David-Fiasko, führte direkt zu einem terroristischen Zermürbungskrieg, der sowohl Israelis als auch «Palästinensern» Elend und Tod brachte. Anstatt aus ihren Fehlern zu lernen, haben sie sich auf Ratschläge, die durch die letzten Jahrzehnte der Geschichte gründlich diskreditiert wurden, weiterhin versteift.

Ratschläge der Versager

Während wir also nicht wissen, ob Trump und Kushner den Nahen Osten besser verlassen werden, als sie ihn vorgefunden haben, wissen wir bereits, dass Miller und Malle — und diejenigen, die ihren schlechten Rat befolgten — ihn weitaus schlechter verlassen haben. Zusammen mit dem Rest des außenpolitischen Establishments waren sie die Architekten eines Misserfolgs nach dem anderen, und anstatt für ihre Fehler Schmach zu erleiden, wurden sie von den Medien mit Lob belohnt, mit dem sie nun hochtrabend über ihre Nachfolger daherreden können.

In einer Welt, in der die Menschen nach ihren Leistungen und nicht nach ihren Lebensläufen beurteilt werden, würden Miller und Malle eher ignoriert oder verspottet als als Experten behandelt, die das Recht haben, den Präsidenten und seine Anhänger zu belehren.

Was auch immer Sie von Trump halten mögen, seine Ablehnung der Ratschläge solcher Leute zeigt gutes Urteilsvermögen, und keine Verachtung der Weisheit. Indem er die falschen Heilmittel meidet, die die sogenannten «außenpolitischen Weisen» dem Land all die Jahre verkauft haben, hat Trump seine Strategien in der Realität und nicht in der Fantasie verwurzelt. Vielleicht funktioniert es nicht, aber Miller und Malley sind nicht in der Position, ihn zu kritisieren. Anstatt sich über Trumps angebliche Dummheit und Torheit zu beschweren, sollten sie uns allen einen Gefallen tun und einfach den Mund halten.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur des JNS — Jewish News Syndicate.

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

Seine ewige und ungeteilte jüdische Haupstadt Jerusalem, die jahrtausendealte heilige Stadt Davids wird mit Vorsatz und gegen besseres Wissen delegitimiert, während lebende Juden in Deutschland und Europa schon längst wieder eine gefährdete Spezies sind.

Wieviel glaubwürdiger wäre die medienwirksam in Yad Vashem plakatierte Sorge unseres Präsidenten um die jüdische Gemeinschaft in unserem Land und in Europa, wenn die Gefährdung und Verunmöglichung jüdischen Lebens schon früher und nicht nur aus einer Richtung aufgefallen wäre, oder nur zum allzu durchsichtigen Zweck der Bestandssicherung der eigenen schwindenden Stimmen-Pfründe dienen würde. Glaubhaft wäre es, wenn die Messerattacke an der Synagoge in der Oranienburger Straße, die am Vortage von Halle durch einen muslimischen Täter verübt wurde, ebenso thematisiert würde und vor allem, wenn sie diese aus der heute – 75 Jahre nach dem Ende der Hölle von Auschwitz – für jüdisches Leben in unserem Lande und in Westeuropa vor allen anderen gefährliche islamische Richtung endlich öffentlich einräumen und den gewalttätigen islamischen Judenhass und Rassismus auch als solchen benennen würden.

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz war angesichts der Attacken aus Gaza sofort mit Israel solidarisch.

AMMATOWAD , AFP

Der islamische Judenhass wird von der Politik nahezu nicht benannt

Schließlich wissen und sehen wir es längst alle: Täglich – zwischenzeitlich millionenfach – fahrlässig, zur Ent-Europäisierung Europas führender, geschichts- und verantwortungslos zugelassener, hemmungsloser, die Schoah-leugnender, und diese inkonsequenterweise wieder herbeiwünschender blanker Islam-getragener Judenhass hat hauptverantwortlich zu No-Go-Areas für Juden in öffentlichen Räumen deutscher und europäischer Städte und auch zu dem stärksten Rechtsruck in der Nachkriegsgeschichte dieses Landes geführt.

Wir wissen und sehen es nahezu täglich und unsere Politik weiß es – warum äußert sie es nicht? Das 75-jährige Gedenken an die Opfer der Schoah wäre eine gute Gelegenheit.

„Ich wünschte, sagen zu können: Wir Deutsche haben für immer aus der Geschichte gelernt. Aber das kann ich nicht sagen, wenn Hass und Hetze sich ausbreiten", heißt es im Redemanuskript des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik Deutschland. „Die bösen Geister zeigen sich heute in neuem Gewand", warnt Bundespräsident Steinmeier seine Zuhörer.

Was auch immer der auf eine frühere Tätigkeit in einem linken Verfassungsschutz-beobachteten Verlag zurückblickende Präsident Steinmeier aus der eigenen, und aus der großen Geschichte gelernt haben mag, wird wohl vorerst verborgen bleiben müssen.

Deutsches Schweigen zu Gaza-Raketen

Die Worte und Taten des Mannes, der unser Präsident geworden ist, aber auch die der anderen ihm politisch nahestehenden Exponenten unseres Landes, klaffen weit auseinander.

Allem Gedenktag- und „Nie wieder"-Geheuchel zum Hohn haben gerade in Deutschland weder der Präsident noch die Kanzlerin oder gar die Medien den simplen Anstand, wie etwa Sebastian Kurz, klare Position gegen den Raketenterror aus Gaza und für die Menschen in Israel zu beziehen.

Dies gilt auch für die Zeitgeist-bedingt immer häufiger auftretenden fühllosen und von jedem Anstand und Fingerspitzengefühl verlassenen öffentlich-rechtlichen Kommentatoren und medialen Trauerexperten, die besser als die Nachkommen der unschuldig und bestialisch Ermordeten wissen, wie Juden ihrer Toten zu gedenken haben.

Das ist Deutschland, das Land der Täter, das nur 75 Jahre nach Auschwitz jeden Tag deutlicher manifestiert, dass es keine Zukunft für seine jüdische Minderheit mehr vorsieht.

Faktum ist – körperliche, bis zum Mord gehende muslimische Angriffe auf Juden, Brandschläge auf Synagogen, muslimische „Juden ins Gas"-Demos, Beleidigungen im Alltag, Rempeleien in öffentlichen Verkehrsmitteln und Sportstätten, Mobbing und Prügel gegen jüdische Kinder an häufig Islam-dominierten deutschen Schulen, unverzichtbarerweise schwerbewachte jüdische Gemeindehäuser, Ausbildungsstätten und Kindergärten sowie das vorsätzliche Verschweigen, Vernebeln und Verleugnen des Islam-Bezuges zu diesem Geschehen durch unsere Mainstream-Journaille und -Politik bilden zunehmend und nahezu ungeahndet die heutige Lebenswirklichkeit der jüdischen Minderheit in diesem Lande ab.

Mangels einer unbeeinträchtigten Zukunftsperspektive für die nächste Generation führen die durch unsere Islam-affinen Bessermenschen geschaffenen untragbaren Verhältnisse nach dem ursprünglich hoffnungsvollen Nachkriegs-Neubeginn schon wieder zu wachsender Abwanderung von Juden aus Deutschland und West-Europa, deren links-ideologisierte Politik ganz offensichtlich bereit ist, mit wohlwollender Tatenlosigkeit der Verdrängung und dem Umtausch ihrer jüdischen Population gegen aggressiven und Superiorität fordernden islamischen Zustrom zuzusehen und diesen noch nach Kräften zu begünstigen.

Dass wird sich auch nicht ändern, solange unser Präsident zwar zu Recht den entsetzlichen Anschlag von Halle verurteilt, aber gleichzeitig die islamische Messerattacke auf die Berliner Synagoge vom Vortage ausblendet und in seiner Gedenkrede mit keiner Silbe den Islam als heute bedeutendste Brutstätte oder zumindest Revirement des gewalttätigen Judenhasses erwähnt.

Solange sich aber auch jüdische Repräsentanten, die eigentlich Vertreter jüdischer Interessen sein sollten, den Merkels und Steinmeiers und all den anderen politischen Islam-Appeasern, Terror-gegen-Israel-Verstehern und Judenmörder-Freunden aus den in ihrer Israel-Ablehnung und dem implizierten antijüdischen Vorbehalt gleichgesinnten Altparteien anbiedern, gibt es allen anderslautenden Heucheleien zum Trotz keine Zukunft für Juden in unserem Lande.

> „Die Messerattacke an der Synagoge in der Oranienburger Straße ließ der Bundespräsident ungenannt."

Mangelhafte Interessenvertretung

Das gilt ganz besonders auch so lange wie unsere – wie sehr viele unserer Leserzuschriften belegen – weit von den Belangen und der Vertretung der jüdischen Menschen in diesem Lande entfernten jüdischen Vertreter den politischen Islam-Judenhass-Importeuren durch beredtes Schweigen zu diesem Thema Wahlhilfe leisten, statt ernsthaft und lautstark zu hinterfragen, wann diese Judenfreund-Pretender sich jenseits ihrer Inhalts-leeren Sprechblasen endlich wirklich hinter die jüdischen Menschen in Israel und hier stellen werden, und wann sie endlich aufhören, islamischen Terror gegen Juden zu finanzieren und islamische „Juden ins Gas"-Rufe auf unseren Straßen zu dulden, oder auch wie lange noch die eben wegen des schrecklichen Genozids am jüdischen Volk unter den Muslimen weitverbreitete Verehrung Hitlers vorsätzlich ungenannt und ungeahndet bleibt, statt zu einer klaren Distanzierung vom islamischen Judenhass zu führen.

Die JÜDISCHE RUNDSCHAU und ich verspüren jedenfalls gerade vor dem Hintergrund der nachweislich weit-greifenden islamischen Judenhass-Sozialisation, Diffamierungen und infam bösartigen politischen Falschverortungen, keine Neigung, das willfährige jüdische Alibi zu liefern für die Fortsetzung unserer gegenwärtigen, für die Verunmöglichung eines offenen und würdigen jüdischen Lebens verantwortlich zeichnenden, besonders die Islam-Gewalt gegen Juden kleinredenden Israel-Diffamierungs- und Verurteilungs-Politik.

Das sind wir den Millionen in der Schoah geschundenen und ermordeten jüdischen Menschen schuldig.

Das leidgeprüfte jüdische Volk und der Staat Israel werden auch diesen neuerlichen Angriff auf ihre Integrität und Unversehrtheit ebenso überstehen wie den taktlosen, selbstgerechten, besserwisserischen und gleichzeitig für die heutige Medienszene symptomatischen und nicht entschuldigten Kommentar der ARD-Journalistin, die besser als die Hinterbliebenen der Opfer weiß, wie sie ihre Toten zu betrauern haben und das Gedenken an 6 Millionen ermordete Juden in Israel als „Party" bezeichnet.

Ob aber die Verunmöglichung eines jüdischen Lebens und die fortschreitende Anbiederung unserer linken Politik an den Islam-generierten Strukturumbau unserer Gesellschaft der lebenswerten freiheitlich-westlichen Lebensweise bekommen wird, die uns in den Jahrzehnten seit Ende der Nazi-Gräuel Wohlstand und Freiheit beschert hat, werden wir in nicht allzu ferner Zukunft selbst erleben können. Zweifel daran dürften aber bereits heute angezeigt sein.

Dem Staat Israel, dem jüdischen Volk, allen unseren Freunden und Lesern wünschen wir alles erdenklich Gute.

Kein jüdisches Opfer wird jemals vergessen!

Am Israel Chai!

Dr. Rafael Korenzecher
i.A. Simon Akstinat

Steinmeier beim Holocaust-Gedenken: Die Kluft zwischen Worten und Taten

Der deutsche Bundespräsident hofiert die iranischen Mord-Mullahs, obwohl deren Anführer Chamenei die Vernichtung Israels bis 2040 angekündigt hat.

(Redaktion) Am 27. Januar 2020 jährte sich die Befreiung des Vernichtungslagers von Auschwitz zum 75. Mal. Wichtigster deutscher Vertreter bei den Gedenkfeierlichkeiten in Israel war Bundespräsident Steinmeier.

„Ich wünschte, sagen zu können: Wir Deutsche haben für immer aus der Geschichte gelernt. Aber das kann ich nicht sagen, wenn Hass und Hetze sich ausbreiten", heißt es im Redemanuskript des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik Deutschland. „Die bösen Geister zeigen sich heute in neuem Gewand", warnte Bundespräsident Steinmeier seine Zuhörer.

„Ich würde Israel sagen, dass sie das Ende der kommenden 25 Jahre nicht erleben werden", drohte 2015 Ajatollah Chamenei, geistliches Oberhaupt und Machthaber Irans, mit der Vernichtung des einzigen jüdischen Staates bis spätestens zum Jahr 2040.

2016 lädt Frank-Walter Steinmeier Chameneis Untergebenen Rohani nach Deutschland ein.

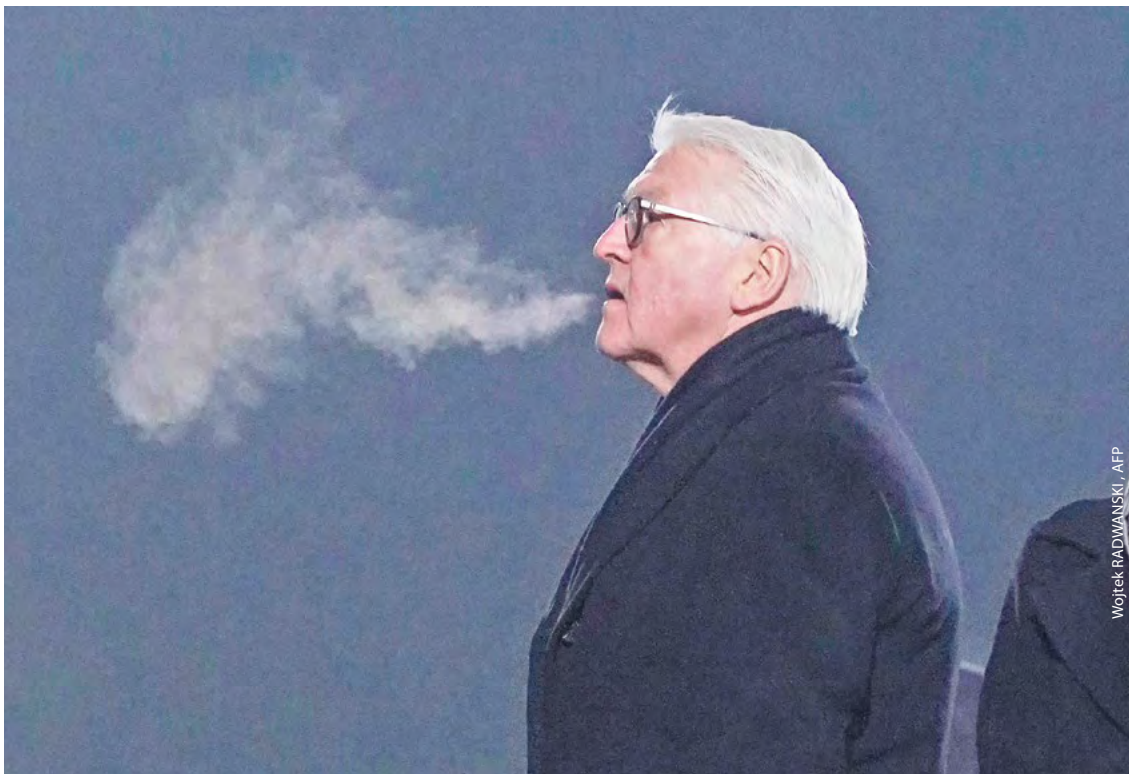
2017 gratuliert Bundespräsident Steinmeier Hassan Rohani zu dessen „Wahlsieg", als sei diese Wahl eine demokratische.

Im November 2018 sagt der iranische Präsident Rohani: „Eine der schlimmsten Folgen des Zweiten Weltkrieges war die Gründung eines illegitimen Regimes namens Israel und damit die Entstehung eines Krebsgeschwürs im Nahen Osten."

2019 gratuliert Bundespräsident Steinmeier den iranischen Machthabern zum 40. Jahrestag der Gründung der Islamischen Republik.

Was auch immer Herr Steinmeier aus der Geschichte gelernt haben mag, entzieht sich unserer Kenntnis.

Wir sind ratlos – wie die Worte und die Taten dieses Mannes zusammenpassen sollen, können wir nicht verstehen.



Bundesrpäsident Steinmeier in Auschwitz am 27. Januar 2020

„Wir brauchen ein deutsches FOX NEWS!"

Ein offener Brief der JÜDISCHEN RUNDSCHAU an US-Botschafter Richard Grenell

Von Oliver Veld

Sehr geehrter Herr Botschafter,
die USA helfen seit Jahrzehnten Völkern, die in Staaten ohne ausreichende Meinungsfreiheit oder -vielfalt leben müssen. Damit beispielsweise Russen, Weißrussen, Kasachen, Turkmenen oder Iraner nicht nur auf die tendenziösen Nachrichten der in ihren Ländern dominierenden Regierungsmedien angewiesen sind, haben die Amerikaner dankenswerterweise Radio Free Europe und Radio Liberty installiert. Für die Menschen auf Kuba werden vom amerikanischen Radio/TV Martí verschiedenartige Sendungen zur besseren Meinungsbildung ausgestrahlt.

Deutschland gehört mittlerweile ebenfalls wieder zu jenen Staaten, in denen der größte Teil der Medienszene nicht parteiunabhängig berichtet. Nahezu alle wichtigen Positionen bei Fernsehsendern, Radiostationen, Presseunternehmen und Journalistenschulen sind von rot-grünen Parteisoldaten okkupiert. Besonders deutlich ist diese Entwicklung bei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, dem „Spiegel", der „Zeit" und der „Süddeutschen Zeitung" zu beobachten. So verwundert es nicht weiter, dass diese kartellartige Gruppe von Medien bei vielen „Kampagnen" und „Recherchen" zusammenarbeitet.

Wenn ein Politiker, wie kürzlich Philipp Amthor von der CDU, die moslemische Einwanderung vollkommen korrekt als größte aktuelle Bedrohung für die Juden Deutschlands benennt, dann wird er von Medien in einer konzertierten Aktion unter Beschuss genommen und zur Zurücknahme oder Abänderung seiner Aussage gedrängt. Eine Gruppe von Journalisten will bestimmen, wie der Begriff „Antisemitismus" verwendet werden darf. Nachwuchsjournalisten werden schon früh entsprechend trainiert. Der Kulturjournalismus-Studiengang an der Universität der Künste (UdK) in Berlin, wo sich linksradikale Journalisten als Dozenten die Klinke in die Hand geben, kündigt zum Beispiel für den 13. Februar ein staatlich gefördertes Seminar über Antisemitismus an, ohne die größte und am stärksten zunehmende Gefahr für Juden mit nur einem Wort zu erwähnen.

Die deutschen Medien vermitteln mehrheitlich ein vollkommen verzerrtes Bild der Realität. US-Präsident Trump reparierte das amerikanisch-israelische Verhältnis, beerdigte das unbeliebte TTIP-Abkommen, besiegte die IS-Schlächter im Nahen Osten, hält die Diktatoren Nordkoreas und Irans erfolgreich in Schach, verhindert eine illegale Einwanderung von Terroristen und teilweise schwerstkriminellen Migranten in die USA, verbesserte das desaströse Gesundheitssystem Obamas, gibt dem Nahost-Friedensprozess als Erster seit langem wieder neue Impulse und erreichte die niedrigste Arbeitslosenquote in seinem Land seit 50 Jahren! Doch außer der JÜDISCHEN RUNDSCHAU gab es nur sehr wenige Medien, die über diese riesigen Erfolge des Präsidenten berichteten. Deutsche Journalisten reden fast ausschließlich schlecht über den gewählten Chef unseres wichtigsten Bündnispartners – allen voran die Macher der ARD-„Tagesthemen".

Trump als „größter Gefährder des Weltfriedens"

Das Ergebnis der Berichterstattung ist nicht überraschend: Obwohl Präsident Trump überall auf der Welt Kriegshandlungen beendet oder verhindert, ist er laut einer Umfrage des Meinungsinstituts YouGov vom vergangenen Dezember in den Augen der Deutschen die größte Gefahr für den Weltfrieden – weit vor Wladimir Putin, Nordkoreas Kim Jong Un, Irans Ajatollah Ali Chamenei und Chinas Präsident Xi Jinping.

Regelmäßig fordern ARD und ZDF dreist mehr Gebühren – aber nicht, um damit einen ausgewogeneren, parteiunabhängigeren und besser recherchierten Journalismus zu finanzieren. Ganz im Gegenteil: Einerseits bezahlen sie damit unsinnige neue Sender wie Tagesschau24, ZDFneo oder ONE, über die sie ihre „Haltung" noch mehr Leuten unterjubeln können. Andererseits werden mit unseren Gebührengeldern zahlreiche „Gesinnungsgenossen" der GEZ-Journalisten unterstützt. So gehört das ZDF zu den Hauptgeldgebern der neuen linksradikalen Klamauk-Komödie „Die Känguru-Chroniken", in der sich alles darum dreht, eine einzige der in den Bundestag gewählten Parteien mit naiver Kleinkind-Komik zu diffamieren. Es ist ein Skandal, dass für solch ein Machwerk Rundfunkgebühren, die alle Zuschauer unfreiwillig abführen müssen, zweckentfremdet werden.

Ähnlich skandalös ist, dass weiterhin Gebühren an den politisch radikal agierenden Filmproduzenten Nico Hofmann und seine Produktionsfirma UFA fließen. Hoffmanns tendenziöse Gesinnung trat schon 2018 bei der Veröffentlichung seines Buches „Mehr Haltung, bitte!" offen zu Tage. Jetzt plant er für den 23. März in Köln einen sogenannten „Diversity-Gipfel". Es bleibt zu hoffen, dass Hofmann und Co. mithilfe ihrer „Diversity"-Initiativen nicht noch mehr Menschen mit zweifelhaftem Verhältnis zum Antisemitismus in den deutschen Medienbetrieb bringen werden.

Die verkrustete demokratiefeindliche Vetternwirtschaft der hiesigen Medienszene, in der sich auf Linie gebrachte Agitatoren gegenseitig mit Geld und Pöstchen versorgen, muss aufgebrochen werden.

Die Amerikaner sind zu beneiden. Sie haben einen Regierungschef, der ein wirklicher Freund der Juden ist und Gefahren für sie rechtzeitig erkennt und abwehrt. Sie haben einen standfesten Präsidenten, der nicht das tut, was Journalisten wollen, sondern das, was den Menschen seines Landes nützt.

Die amerikanische Bevölkerung hat das Glück, über die Arbeit ihres Präsidenten neutraler informiert zu werden und auch die eigenen Meinungen stärker in den Medien repräsentiert zu sehen. Einen großen Anteil an der ausgewogeneren Berichterstattung in den USA hat der Sender FOX NEWS. Er lässt auch Menschen zu Wort kommen, deren Meinungen in deutschen Fernsehprogrammen fast komplett unter den Tisch fallen.

Lieber Herr Grenell, wir brauchen wie nach dem Zweiten Weltkrieg wieder ein Programm zur Demokratieförderung in Deutschland. Wir benötigen ein deutsches Äquivalent zum amerikanischen FOX NEWS. Bitte helfen Sie uns! Bitte retten Sie die Meinungsvielfalt in der Bundesrepublik und die bedrohten deutsch-amerikanischen Beziehungen!

Wir haben nicht das Privileg, die iranische Rhetorik ignorieren zu können!

Die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 29. Januar 2020 im Deutschen Bundestag

Von Filip Gaspar

Diese Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus bot eine Premiere. Denn zum ersten Mal sprachen zu diesem Anlass ein deutscher und ein israelischer Staatspräsident zusammen im Bundestag. Doch diese Premiere wurde leider nicht genutzt, um deutlich zu machen, dass Deutschland wirklich aus seiner Vergangenheit gelernt habe. Doch der Ordnung halber das volle Rednerprogramm in chronologischer Reihengfolge:

Es sprachen der Bundestagspräsident Wolfang Schäuble, gefolgt vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und abschließend kam der Staatspräsident von Israel, Reuven Rivlin, zu Wort. Vor der ersten Reihe nahmen die Bundeskanzlerin Angela Merkel, die beiden Staatspräsidenten, daneben Frau Elke Büdenbender, die Ehefrau Steinmeiers und Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Platz. Blumengebinde aus weißen Rosen waren auf den Plätzen der Stenografen platziert. Erwartungsgemäß waren zu diesem Anlass die Abgeordnetenplätze voll besetzt.

Unter den geladenen Gästen befanden sich Vertreter jüdischer Institutionen und natürlich auch Überlebende der Schoah. Zwischen den Reden wurden Stücke des jüdisch-polnischen Komponisten und Auschwitz-Überlebenden Szymon Laks von der Sopranistin Ania Vegry, in Begleitung der Pianistin Katarzyna Wasiak, aufgeführt.

Reuven Rivlin spricht vor dem Bundestag

„Böse Geister aus der Vergangenheit in neuem Gewand“

Wolfgang Schäuble eröffnete seine Rede mit Worten von Elie Wiesel „Wir müssen über Auschwitz sprechen. Über das, wofür es eigentlich keine Worte gibt“, um weiter ausführen, dass man auch die Verantwortung trage, die jede Generation als Konsequenz und Lehre aus dem Geschehenen trage, und diese eng verknüpft mit der Verpflichtung sei, die Würde des Menschen und seine unveräußerlichen Rechte zu achten, diese zu schützen und zu verteidigen und auch keinen Raum mehr dafür zu lassen, dass andere Menschen stigmatisiert, ausgrenzt, und verfolgt würden. Schäuble gab mit seiner Einleitungsansprache somit schon mal den Tenor vor, den Bundespräsident Steinmeier übernahm. Er erzählt von Alexander Woronzow, einem sowjetischen Soldaten, der Überlebende bei der Befreiung von Ausschwitz auf Kamera für die Nachwelt festhielt und spricht von Bildern „grenzenlosen Grauens, es sind Bilder eines deutschen Verbrechens.“ Ein weiteres Mal fordert Steinmeier ein Bekenntnis zur Verantwortung, die aus diesem Verbrechen zu folgen habe. An dieser Stelle folgt der Verweis auf die gegenwärtige Situation und Politik in Europa und Steinmeier fährt fort, dass es eine trügerische Selbstgewissheit gewesen war, zu glauben: „Wir waren uns einig über die Lehren der Vergangenheit und eine Erinnerungskultur, die es gemeinsam zu pflegen gilt in diesem Land.“ Und spricht von bösen Geistern aus der Vergangenheit, die man zu überwunden geglaubt hatte, und die nun heute in neuem Gewand ihr Unwesen treiben.

Heute zeigten sich die überwunden geglaubten bösen Geister von früher in neuem Gewand. Ohne „die bösen Geister“ namentlich zu nennen, die „ihr völkisches, ihr autoritäres Denken als Vision, als die bessere Antwort auf die offenen Fragen unserer Zeit“ präsentieren, ist jedem bewusst, wen Steinmeier damit meinen dürfte. Kein Wort jedoch verliert unser Bundespräsident zur aktuellen und gefährlichsten Bedrohung für Israel durch den Iran. Wir erinnern, dass Bundespräsident Steinmeier dem Iran zu 40- Jahren Islamische Revolution gratulierte und Donald Trump zum Gewinn der Präsidentschaftswahl nicht.

Als letzter Redner trat Reuven Rivlin als Pult. Nach der protokollarischen Begrüßung setzte er eine Kippa auf und begann seine Rede mit dem Yizkor, einem alten jüdischen Gebet für die Seelen der Verstorbenen. Anschließend greift Rivlin die Worte Steinmeiers auf und warnt vor einem Antisemitismus, der das Herz Europas durchdringe, und zwar von rechts bis links. Man befinde sich weder in den 30er Jahren noch am Rande einer zweiten Schoah und ihm sei auch bewusst, dass einige dieser Angriffe von muslimischer Seite kämen und er diese „nicht auf die leichte Schulter nehme“. Dennoch spricht er von einem neu aufkommenden Nationalismus in europäischen Ländern und weist darauf hin, dass „manchmal politische Parteien mit antisemitischen Wurzeln ihren Hass auf Juden [verstecken], während sie ihren Hass auf Moslems öffentlich erklären“, und somit auf einen Hass gegen Muslime zwangsläufig ein Hass gegen Juden zu folgen habe. Deutschland und Bundeskanzlerin Merkel spricht er eine führende Rolle im Kampf gegen den Antisemitismus zu.

Beim Thema Iran ist es vorbei mit deutsch-israelischer Harmonie

Auch er vermeidet es konkrete Staaten zu nennen, in denen der Nationalismus neu entflamme. Meint er die osteuropäischen Staaten, die keine derartig große Polizeipräsenz vor jüdischen Organisationen brauchen, wie dies in Deutschland der Fall ist? Wir wissen es nicht. An den meisten Stellen wurde den Rednern fleißig, teilweise gar frenetisch klatschend zugestimmt. Zum ersten Mal trübt sich diese Stimmung als Rivlin auf das Thema Iran und dem erst kurz davor vorgestellten Friedensplan von Donald Trump zu sprechen kommt.

> „Reuven Rivlin: „Präsident Trump ist ein mutiger Freund des Staates Israel.“

In höflicher Ausdruckweise weist er auf die diametral entgegengesetzten Auffassungen Deutschlands und Israels in Bezug auf den Iran hin und sagt, er wisse, es gebe jene, die behaupten, dass man zwischen der iranischen Rhetorik und seiner wahren Politik unterscheiden müsse. An dieser Stelle geht vielleicht dem einen oder anderen Zuhörer der Begriff Taqija durch den Kopf. Vielleicht aber auch bloß die Hoffnung, dass diese Premiere dazu genutzt werde, um Tacheles zu reden. Weiter führt Rivlin aus: „Und dennoch, ausgerechnet an diesem Tage, möchte ich Ihnen sagen: Wir haben nicht das Privileg, weder die iranische Politik noch seine Rhetorik zu ignorieren.“ Der vormals laute Applaus fällt dieses Mal bedeutend leiser aus.

Auch die Aufforderung an die Bundestagsabgeordneten und die Vertreter der deutschen Regierung keinen Unterschied mehr zwischen dem militärischen und politischen Flügel der Hisbollah zu machen, sondern auch Letzteren als Terrororganisation einzustufen, durfte vielen im Raum Anwesenden übel aufgestoßen sein. Es war die AfD-Bundestagsfraktion, die einen Antrag zu genau dieser Forderung von Rivlin eingebracht hatte.

Als nächstes ging Präsident Rivlin noch auf den Nahost-Plan von US-Präsident Donald Trump ein, den er als „mutigen Freund Israels bezeichnet“. Der vorgelegte Plan lasse ihn „hoffnungsvoll gestimmt“ sein und bei der Umsetzung sei es wichtig, Vertrauen zwischen Israelis und „Palästinensern“ aufzubauen. Man darf hoffen, dass Deutschland und Merkel ihrer zugewiesenen Rolle gerecht werden und ebenfalls zu einem „mutigen Freund Israels“ werden und nicht weiterhin leere Worthülsen fabrizieren.

Holocaust-Gedenken: Bremen als Hochburg des Israelhasses

Zwischen Linkspartei und BDS-Omas am Dom – die Hansestadt ist zum Tummelplatz für Antisemiten verkommen.

Von Dr. Marcus Ermler (Achse des Guten)

Christine Buchholz, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, steht der BDS-Bewegung nahe.

Liest man als politisch interessierter Zeitgenosse in einem Bremer Veranstaltungskalender von einem Vortrag am 30. Januar 2020 über das Thema „Der politische Islam in Palästina – am Beispiel der islamistischen Bewegung HAMAS“, könnte man zunächst auf die Idee kommen, es handle sich um eine informative Veranstaltung über die islamistische Terrororganisation, die den Gazastreifen mit eiserner Hand regiert, Israel unter permanentem Raketenbeschuss hält sowie ihre politische Agenda unverdrossen mit Selbstmordattentaten und Messerattacken vorantreibt.

Man wäre also in Erwartung eines Vortrags über ein Herrschaftsprojekt von Antisemiten und Holocaustleugnern, das sich nicht nur auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ beruft und dessen Wesensverwandtschaft zum Faschismus Berichte über sein Regime in Gaza mehr als nur nahelegen, sondern das sich in Artikel 7 seiner Charta die Judenvernichtung wie sein historisches Vorbild auch selbst zum Ziel gesetzt hat:

„Die Stunde wird kommen, da die Muslime gegen die Juden solange kämpfen und sie töten, bis sich die Juden hinter Steinen und Bäumen verstecken. Doch die Bäume und Steine werden sprechen: ‚Oh Muslim, oh Diener Allahs, hier ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt. Komm und töte ihn!' Nur der Gharkad-Baum wird dies nicht tun, denn er ist ein Baum der Juden.“

Die Hochburg des modernen Antisemitismus

Doch wie die Achgut.com-Leser bereits in meinen Artikeln „Der israelfeindliche Narrensaum der Bremer Linkspartei“ beziehungsweise „Bremen: Mal wieder der Hass auf Israel“ lernen durften, ticken die Uhren im rot-rot-grünen Bremen etwas anders: Antizionismus gehört hier zur Staatsräson. Spätestens mit Eintritt der Linkspartei in die Koalition, in deren Narrensaum sich eine Vielzahl israelfeindlicher Kräfte tummeln. So das Bremer Nahost-Forum, das Bremer Friedensforum, die Antikapitalistische Linke, die SAV, die MLPD oder auch der Hardcore-Antizionist Arn Strohmeyer.

Benjamin Weinthal ging vor bald vier Jahren noch einen Schritt weiter und bezeichnete Bremen im Gespräch mit der „taz“ als „Hochburg des modernen Antisemitismus“. Weiter fand Weinthal „es erschreckend, dass es in Bremen für diese Gruppe von Aktivisten keinen Gegenwind gibt“. In Bremen herrsche ein „Schuld-Abwehr-Antisemitismus“, so ginge es Bremer Aktivisten nicht um Kritik, sondern darum, „Israel abzuschaffen“.

So ist also die Frage erlaubt, welcher Art von Vortrag man denn nun hier erwarten darf. Wer ist also der Redner? Wer sind die Veranstalter? Was ist das Thema? Was der Hintergrund für Veranstaltung und das gewählte Thema? Was hat es mit dem Datum auf sich? Und wo findet der Vortrag statt?

Von der „faschistischen“ Regierung Israels

Den Vortrag hält Dr. Raif Hussein, von 2010 bis 2018 Präsident der „Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft“ e.V. (DPG), sowie von 2008 bis 2016 Vorsitzender der „Palästinensischen Gemeinde Deutschland“ (PGD). Hussein, der angibt „als Palästinenser in Israel geboren“ worden zu sein und „bei den letzten Wahlen in Israel den Zusammenschluss der gemeinsamen Palästinensischen Liste“ beraten zu haben, ist eine schillernde Persönlichkeit des deutsch-„palästinensischen“ Anti-Israel-Aktivismus, dessen Tätigkeit überdies vielfach dokumentiert wurde.

Benjamin Weinthal zitierte Hussein im Oktober 2015 in der „Jerusalem Post“ mit den Worten (ins Deutsche übersetzt): „Wir [die PGD, Anm. des Autors] unterstützen einen gewaltfreien Widerstand gegen die Besatzung“, wobei er die Messerattacken gegen Israelis jedoch als „Verzweiflungsakte“ rechtfertigte. Weiter ergänzte Hussein, dass die israelische Regierung „faschistisch“ sei. Anlass für diese Aussagen war eine geplante Demonstration der PGD in Berlin in Solidarität mit der „Dritten Intifada“. Eine Demonstration, die die israelische Botschaft seinerzeit mit den Worten bedachte, dass die PGD nicht nur das Existenzrecht Israels verneine, sondern auch „die fortlaufenden Mordversuche gegen israelische Zivilisten unterstütze“.

Das „Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus“ klärte im Dezember 2015 weiter über Husseins Aktivitäten bezüglich der „Dritten Intifada“ auf. So kündigte Hussein auf der Facebookseite der PGD an, dass „die Homepage der Palästinensischen Gemeinde Deutschland […] beziehungsweise die Facebook-Seite […] eine offizielle dritte Intifada-Seite“ sei. Spricht Hussein vor seinen Anhängern der PGD, wie im August 2014 in Berlin, fallen Worte wie:

„Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen das palästinensische Volk. […] Israel hat mit [in] einer freien Welt nichts zu suchen. […] Die Europäer und in erster Linie Deutschland muss sich entscheiden. Gehört es zu der freien Welt? Meinetwegen. Dann muss es auch diese freie Welt gegen einen Eindringling, der faschistisch ist wie Israel, verteidigen und erklären, dass er nicht zu dieser Weltgemeinschaft, zu dieser demokratischen Weltgemeinschaft gehört […] Der palästinensische Widerstand in jeder Hinsicht und in jeder Form ist gerecht.“

Israel ein „faschistischer Eindringling“

Hussein führt seine DPG, im Gegensatz zur PGD, immer dann ins Feld, so ein Bericht bei haGalil vom Februar 2017, wenn „das Gesagte in der Regel moderat, der deutschen Mehrheitsgesellschaft zugewandt“ klingen solle. Rede er jedoch „vor seinen palästinensischen Schwestern und Brüdern im Namen der PGD, so sind seine Worte weniger diplomatisch und beschwichtigend“. Denn die PGD verfolge eine ganz andere Agenda, so haGalil weiter:

„Dieser Verein präsentierte in der Vergangenheit auf seinem Facebook-Profil regelmäßig antisemitische Propaganda, zumeist in bebilderter Form. Mal wurden dort die Repräsentanten Israels mit denen des nationalsozialistischen Terrorregimes gleichgesetzt. […] Ein anderes Mal stellte man in plastischer Weise die ISIS als eine Erfindung des israelischen Geheimdienstes dar. […] Gleich in mehreren Posts machte die PGD deutlich, dass sie Israel als nicht existent betrachtet und somit diesen Staat delegitimiert.“

Vor mehr als 13 Jahren zeichnete eine Presseerklärung der PGD, übrigens mit Hussein als Kontaktperson, bereits deutlich die Marschrichtung vor, wenn es seinerzeit darin hieß, dass „das palästinensische Volk […] sich einer Zerstörungsarmee und einer faschistischen Regierung gegenüber [sieht], die sich zum Ziel gesetzt hat, das palästinensische Volk in die Knie zu zwingen – mit allen nur erdenklichen und brutalen Mitteln.“

Im Gespräch mit dem „Tagesspiegel“ im Oktober 2015 sagte Hussein bezüglich einer Solidaritätsbekundung mit der „Intifada“, die einen Steinewerfer abbildete: „Der Stein gehört zu Palästina wie die Eiche zu Deutschland!“ Die „Jungle World“ ergänzte im Juli 2018, dass Hussein „in einem Interview mit dem Deutschlandfunk anlässlich der sogenannten Messer-Intifada 2015 […] seine Sympathie für die Angriffe“ äußerte, denn, so Hussein weiter, „palästinensische Jugendliche nähmen nun ihr eigenes Schicksal in die Hand“. Ferner habe Hussein auf der „Berlin für Gaza“-Demonstration im Jahr 2014 dazu aufgerufen, „den ganzen Staat Israel zu boykottieren, alle Waren, allen Handel“.

„Hamas-Terror als gerechtfertigter ‚Widerstand‘ gegen Israel“

Als Veranstalter finden sich neben Husseins DPG und dem Nahost-Forum Bremen, das für den Vortrag auf seiner Website wirbt, der mit dem „Nahost-Forum“ verwobene „Arbeitskreis Nahost Bremen“; letzterer ist nicht nur der Herausgeber der Website des Nahost-Forums Bremen, sondern, so ein Zitat des Nahost-Forums, ebenso „Mitglied im Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung“, welches wiederum ebenfalls als Veranstalter verzeichnet ist. Weitere Akteure sind das Israelische Komitee gegen Hauszerstörung sowie Kairos Palästina Solidaritätsnetz Gruppe Bremen.

Die DPG ist ein Verein, den das „Jerusalem Center for Public Affairs“ in einem Kapitelabschnitt über die Wurzeln von BDS und Kampagnen zur Delegitimierung Israels in Deutschland als linksextrem, islamistisch und der Muslimbruderschaft zugehörig beschreibt. Ein Verein, der also gerne die „Kauf nicht beim Juden“-Bewegung unterstützt. Und dies, erstens, dadurch begründet, dass „die unterdrückte palästinensische Zivilbevölkerung mit ihrer gewaltfreien BDS-Aktion vorrangig die Beendigung der Besatzung und nicht die Zerstörung des Staates Israel anstreb[e]“. Und, zweitens, erklärt durch:

„Die menschenverachtende Politik der israelischen Regierung und ihrer Militärverwaltung: völkerrechtswidrige Besatzung und Annektierung, Beschlagnahme von Grund und Boden, Bau von völkerrechtswidrigen jüdischen Kolonien, Zerstörung von Häusern, Vertreibung von Einwohnern, nächtliche Razzien, Verhaftungen und Inhaftierung von Kindern.“

Im Beirat der DPG sitzen, nach Bericht von Benjamin Weinthal in der „Jerusalem Post“, Christine Buchholz, eine Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, die die „Hisbollah“ und den „Hamas-Terror als gerechtfertigten ‚Widerstand‘ gegen Israel“ verteidige, sowie Udo Steinbach, der ehemalige Leiter des „Deutschen Orient-Instituts“, der den „palästinensischen ‚Widerstand‘ gegen Israel mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto von 1943“ verglichen habe und ferner behaupte, dass „die Israelis die Palästinenser massakrieren“.

Wöchentliche „Palästina-Mahnwache“ vor den Bremer Domtreppen

Das Nahost-Forum Bremen unterstützt nicht nur die Israel-Boykottbewegung BDS, sondern propagiert auf seiner Startseite auch die wöchentliche „Palästina-Mahnwache“ vor den Bremer Domtreppen. Mit unzweideutigen Transparenten, wie „Israel ist ein Apartheidstaat“, „Israel raubt den Paläs-

tinensern die Lebensgrundlage“ oder auch „Keine Produkte aus israelischen Siedlungen“. Im November 2015 goutierten sie die „Kauf nicht beim Juden“-Inspektionen der BDS-Bewegung in Bremen mit den Worten: „eine Gruppe als ‚EU-Inspekteure‘ mit weißen Kitteln verkleidet, war mit Handwagen, Plakaten und Flugblättern durch die Innenstadt gezogen und hatte zwei der großen Innenstadtgeschäfte ‚inspiziert‘.“

Maßgeblicher Organisator des Bremer Nahost-Forums ist dabei der emeritierte Bremer Professor Sönke Hundt, der überdies auch Mitglied der Linkspartei ist. In einem von ihm unterzeichneten „Offenen Brief“ an die Bundestagsfraktion der Linkspartei vom 17. Mai 2019 legt er die Geisteshaltung des Nahost-Forums offen:

„Sie [die Fraktionen der Linkspartei in Berlin und Brüssel, Anm. des Autors] unterwerfen sich so der brutalen 52-jährigen Besatzungspolitik Israels und der nun einsetzenden Annexionspolitik Netanjahus und Trumps und opfern die legitimen und elementarsten Lebensinteressen der PalästinenserInnen […] Wir haben es ganz offensichtlich nicht vermocht, euch von diesem erneuten Kotau vor der deutschen Staatsraison abzuhalten!“

Staatlich und kirchlich geförderter Israelhass

Das „Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung“ (biz) ist fest eingebunden in staatliche und kirchliche Strukturen. So wird das biz gefördert vom Bremer „Senator für Umwelt, Bau und Verkehr“ (heißt seit August 2019 anders, damals wie heute in grüner Hand) sowie von der Bremer „Senatorin für Kinder und Bildung“ (im alten wie neuem Senat von der SPD geführt). Ferner von der „Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa“, der „Bremischen Evangelischen Kirche“, sowie dem „Evangelischen Entwicklungsdienst“. Ein Träger ist der „Arbeitskreis Nahost“, der der Herausgeber der Website des Nahost-Forum Bremen ist und gerne auch Veranstaltungen zu dem Thema „Ist Kritik an der Politik des Staates Israel antisemitisch?“ anbietet.

Beim „Israelischen Komitee gegen Hauszerstörung“ (kurz: ICAHD) handelt es sich um eine israelische Bürgerrechtsgruppe, die sich „gegen die Besetzung palästinensischer Gebiete“ und „für einen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern“ einsetzt. Spenden hat das ICAHD unter anderem vom „Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen“, der „Europäischen Kommission“ und Spanien erhalten. Herb Keinon und Benjamin Weinthal berichteten in der „Jerusalem Post“, dass Gerald M. Steinberg von der israelischen Nichtregierungsorganisation „NGO Monitor“ dem ICAHD vorwerfe, „Konflikte anzuheizen, indem es Israel fortwährend der ‚Apartheid‘ und der ‚ethnischen Säuberungen‘ beschuldige“. Jeff Halper, einer der Gründer des ICAHD, ist bekannt geworden für seine Unterstützung der BDS-Bewegung und seine Teilnahme am ersten „Free Gaza Movement“ im Jahr 2008.

Das „Kairos Palästina Solidaritätsnetz“ schließlich wurde in seiner Eigendarstellung „im Juli 2012 in Reaktion auf das von Christinnen und Christen in Palästina verfasste KAIROS-Dokument“ gegründet. In diesem Dokument wird, so Deutschlandfunk Kultur im Februar 2012, „Israel mit dem Apartheidsstaat Südafrika verglichen und zum Boykott israelischer Waren aufgerufen“. Das „Kairos Palästina-Solidaritätsnetz“ führt in seiner Selbstbeschreibung weiter aus, dass es die „kirchliche Auseinandersetzung mit der israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik sowie die proaktive Unterstützung des Boykottaufrufs gegenüber Waren aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen in der Westbank“ fördern wolle.

Der „pragmatische“ Judenmord der Hamas

Worüber referiert Hussein nun? In der Vortragsankündigung heißt es dazu, dass Hussein „auf der Basis seiner als Buch erschienenen Dissertation […] als ausgewiesener Experte zunächs[t] über die historischen Voraussetzungen für die Entstehung der zeitgenössischen islamischen Bewegung referieren, um vor diesem Hintergrund die Gründung der Muslimbruderschaft in Palästina zu thematisieren“. Wäre man, wie eingangs erwähnt, ein politisch interessierter Beobachter käme man auch hier auf die Idee, einen neutralen Vortrag zu erwarten. Doch danach zeigt Hussein, dessen DPG nach Darstellung des „Jerusalem Center for Public Affairs“ selbst der Muslimbruderschaft nahesteht, worum es ihm tatsächlich geht:

„Er zeichnet die ideologische und politische Entwicklung der HAMAS vom Absolutismus zum Pragmatismus nach und erörtert die auch in unseren Medien oft sehr oberflächlich beschriebenen Beziehungen zu einem möglichen Friedensprozess nach. Insbesondere wird das innerpalästinensische Problem des Verhältnisses zu den anderen Gruppierungen in Gaza und zur Palästinensischen Autorität hinterfragt und differenziert über die Wahlen, die Putsche und die Kriege mit Israel diskutiert.“

Die Hamas, die einst als Zweig der Muslimbruderschaft gegründet wurde, als „pragmatischer“ Player im Nahen Osten. Mit der in ihrer Charta geplanten Judenvernichtung als „pragmatische“ Politik. Hier treffen sich Hamas und das NS-Unrechtsregime, das den Massenmord an den Juden auch „pragmatisch“ machte, indem es den Holocaust den „persönlichen“ Massenerschießungen entriss und in einer industriellen Mördermaschinerie in Konzentrationslager „versachlichte“.

Verschwörungstheorien in Reinkultur

Während Hussein also die demokratisch gewählte israelische Regierung zu „Faschisten“ macht und den Staat Israel als „faschistischen Eindringling“ qualifiziert sowie seine PGD-Vorfeldorganisation Antisemitismus und juden- wie israelfeindliche Verschwörungstheorien in Reinkultur propagiert, soll die Terrororganisation Hamas neu etikettiert werden: Hin zu einem „pragmatischen“ Akteur.

In Vorbereitung dieses Narrativs stellte Hussein in seinem Artikel „Der palästinensische Versöhnungsprozess und die nationale Herausforderung“ vom Juli 2011 die Hamas so auch als „wahre und einzige unermüdlichen Kämpferin gegen die Besatzungsmacht“ wie „für eine gerechte Gesellschaft, ohne Seilschaften und ohne Korruption“ dar:

„Die Hamas gewann die Wahlen 2006 mit zwei entscheidenden Themen; sie präsentierte sich als die wahre und einzige unermüdlichen Kämpferin gegen die Besatzungsmacht. Für sie gab es keinen anderen Weg zur Befreiung Palästinas, außer dem bewaffneten Kampf. Das zweite Thema war: ihr Wille für eine gerechte Gesellschaft, ohne Seilschaften und ohne Korruption. Sie stand für ein transparentes Regieren.“

„Großisraels Vernichtungskriege“

Den Grund für diese Umetikettierung der Hamas hin zu einer „pragmatischen“ palästinensischen Alternative liegt in den Bemühungen Husseins begründet, eine Versöhnung zwischen Hamas und Fatah im Angesicht einer „Sehnsucht des palästinensischen Volkes nach Einheit und Stabilität“ zu erreichen, so Hussein andernorts, und dies fundiert im einigen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner Israel. Denn, so Hussein im eben bereits referenzierten Artikel „Der palästinensische Versöhnungsprozess und die nationale Herausforderung“ fragend: „Wer ist eigentlich der Gegner?“ und selbst darauf antwortend, dass „Fatah und die Hamas vergaßen, dass Palästina noch besetzt ist und dass das Land von der Besatzungsmacht unter den Füßen der Bevölkerung weggerissen wird“.

Das Unrecht einer „israelische[n] Besatzungsmacht“, die ihr „kolonialistisches Projekt“ vorantreibe, welches auf „Entrechtung und Beraubung des palästinensischen Volkes“ aufbaut sowie „Rassismus und Siedlerkolonialismus manifestiert“, so Hussein in seinem Artikel „Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zu Pflicht“ vom Oktober 2015. Doch nicht nur das. Ferner habe Israel „drei Vernichtungskriege gegen das palästinensische Volk im Besetzten Palästina“ geführt, um ein „Großisrael“ zu errichten.

So muss das „palästinensische Volk“ als Konsequenz hieraus nun „sein Schicksal in die eigene Hand“ nehmen: „Denn wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zu Pflicht“. Schließlich sorgen „die Menschen im Besetzten Palästina“ nun selbst für „ihre Sicherheit und die Sicherheit ihrer Kinder“, indem sich jetzt selbst „vor den Angriffen der radikalen Siedler und der zionistischen Besatzungsarme“ schützen. Und auch das kann nur gerechtfertigt sein, wie Hussein im April 2012 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ unterstrich, insbesondere dabei auch eine Verantwortung Deutschlands reklamierend, dessen Drittes Reich wie Israel heute „unterdrückt[e] und Menschenrechte mit Füßen“ trat:

„Israel verweigert einem ganzen Volk seine minimalen Menschenrechte, Israel hält Millionen von Menschen in Gefangenschaft und kolonialisiert sein Land. Auch das muss einmal mehr gesagt werden […] Deutschland hat in der Tat eine historische Verantwortung für die Verbrechen, die begangen wurden – aber nicht gegenüber einem Staat, der seinerseits unterdrückt und Menschenrechte mit Füßen tritt. Das muss einmal gesagt werden.“

Reinwaschung der Hamas am Tag von Hitlers Machtergreifung

Auch das Datum des Vortrags erscheint im Angesicht der skizzierten Reinwaschung einer protofaschistischen Mörderbande zum „pragmatischem“ Protagonisten im Nahen Osten in einem neuen Licht. Der 30. Januar ist in Deutschland in jedem Bezug zum Faschismus ein bedeutendes Datum: Ist es doch der Tag der Machtergreifung des NS-Unrechtsregimes im Jahr 1933. Und liegt überdies nur drei Tage nach dem internationalen Holocaust-Gedenktag. Am Tag des Beginns des NS-Terrors und drei Tage nach dem Gedenktag an dessen industrielle Todesmaschinerie gleichsam die Hamas-Judenvernichtung als „pragmatisch“ zu referieren, subsumiert eine bedenkliche Geschichtsvergessenheit.

Dass dieser datumsbezogene Zusammenhang von den Veranstaltern wie dem Redner Hussein absichtsvoll gewählt wurde, intendiert folgende Korrelation: Langjährigen Rezipienten der „Hochburg des modernen Antisemitismus“ mag angesichts von Zeit und Ort nun ein Ereignis in Erinnerung kommen, welches fast auf den Tag genau vier Jahre zurückliegt und in der Bremer Chronologie des Anti-Israel-Aktivismus doch einen recht traurigen Spitzenplatz einnimmt. Am 26. Januar 2016, also genau einen Tag vor dem Holocaust-Gedenktag, wollte der Bremer Hardcore-Antizionist Arn Strohmeyer, so die „taz“, aus seinem Buch „Antisemitismus – Philosemitismus und der Palästina-Konflikt“ lesen.

Einem Buch, dem Hermann Kuhn, der Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bremen, im Juni 2016 attestierte, dass Strohmeyer sich hierin „zum Hass auf Israel allerdings bekennt […], er ist für ihn legitim […] und die Gründe, die er selbst für diesen Hass angibt, beruhen auf Vorurteilen und der Leugnung von Tatsachen“. Da passt es ins Bild des Vortrags von Hussein, dass Arn Strohmeyer unter anderem die „Kauf nicht beim Juden“-Bewegung zu Kämpfern für Menschenrechte macht, die protofaschistische Hamas als „keine politische Organisation […], sondern nur religiös und sozial orientiert“ darzustellen versucht, und sogar den Staat Israel mit Nazi-Deutschland vergleicht.

Anti-Israel-Aktivismus am Holocaust-Gedenktag

Neben dem Datum gibt es weitere auffällige Übereinstimmungen. Auch der Ort wie die Veranstalter sind dieselben wie vor vier Jahren. Wieder findet der Vortrag nämlich im Bürgerhaus Weserterrassen statt, dem in der Selbstbeschreibung „erfolgreichsten Kulturzentren in Bremen mit über 100.000 Besuchern jährlich und einer Vielzahl von kulturellen und sozialen Angeboten“, welches „Initiativen, Selbsthilfegruppen, politischen Gruppierungen und demokratischen Parteien für ihre Arbeit zur Verfügung“ stellt. Als Veranstalter fungierten 2016 wie heute die DPG, das Nahost-Forum Bremen, der AK Nahost sowie das „Israelische Komitee gegen Hauszerstörung“.

Vor vier Jahren jedoch verlief die Angelegenheit nicht so rund, wie es sich diese bekannten Bremer Anti-Israel-Aktivisten vorgestellt hatten. Benjamin Weinthal schrieb seinerzeit eine Mail an den Leiter des Bürgerhaus Weserterrassen und wies, so die „taz“, diesen Leiter zitierend, darauf hin, dass „es sich bei der Lesung um eine antiisraelische Veranstaltung handele“ und dass es „Boykott-Kampagnen gegen Produkte aus israelischen Siedlungen, […] unterstützt von Strohmeyer, in Bremen gegeben habe“. Zudem, wie oben bereits konstatiert, „habe Weinthal auf den gestrigen 27. Januar verwiesen, den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust“.

Der Leiter des Bürgerhauses reagierte recht überrascht und äußerte, nach Bericht des „Weser-Kuriers“: „Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft macht immer mal wieder Vorträge bei uns, da sehen wir kein Problem“. Und ergänzte, gemäß der „taz“, dass er nicht wisse, ob Strohmeyers Buch „antisemitisch ist oder nicht“, da er „mit dem Thema nicht befasst“ sei. Nichtsdestotrotz sagte der Leiter die Lesung Strohmeyers insbesondere mit Verweis auf „die zeitliche Nähe der Veranstaltung zum Holocaust-Gedenktag“ am darauffolgenden Tag ab, denn „gerade jetzt kann ein israel-kritisches Buch Menschen besonders treffen“. Und versprach auch Besserung bei der künftigen Terminierung: „Ich ärgere mich schon, dass wir nicht von selbst darauf gekommen sind, dass der Termin unglücklich war.“

Trotz dieser nun evidenten mehrfachen Duplizität der Ereignisse im Hinblick auf Datum, Ort, Veranstalter, Thema und Hintergrund findet am 30. Januar 2020 der Vortrag von Dr. Raif Hussein zum Thema „Der politische Islam in Palästina – am Beispiel der islamistischen Bewegung HAMAS“ im Bürgerhaus Weserterrassen statt. Der einzige Unterschied besteht demnach im Referenten – damals Strohmeyer, heute Hussein –, deren gemeinsame politische Agenda jedoch erhebliche Zweifel weckt, ob die „Hochburg des modernen Antisemitismus“ ihre Lektion tatsächlich gelernt hat. Vielmehr scheint mit diesem Vortrag dem bremischen Anti-Israel-Aktivismus eine weitere unheilvolle Anekdote hinzugefügt zu werden.

Die plötzliche Wandlung des Mainzer Weihbischof Dr. Udo Bentz zum „Nahost-Experten“

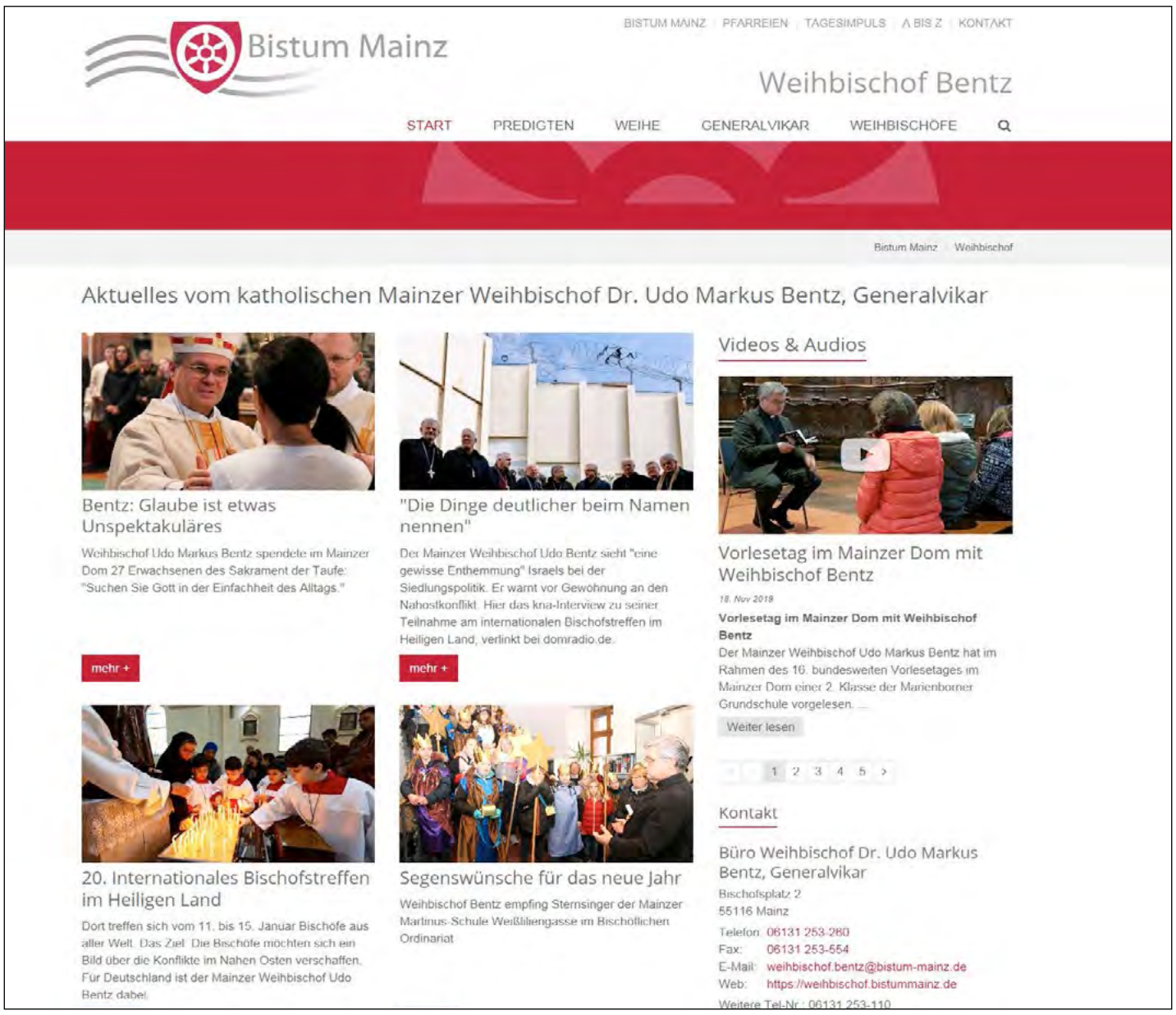
Der katholische Geistliche polemisiert gegen die israelischen Schutzanlagen, die das Land vor arabischen Terrorangriffen bewahrt.

Von Tina Adcock

Die Deutsche Bischofskonferenz gründete einst eine Unterkommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum, die sich um den christlich-jüdischen Dialog bemüht. In ihrer Pressekonferenz vom 13. Februar 2019 erklärten sie: „Wir sind dankbar, dass die Rabbiner auf die schwierige Lage der Christen im Mittleren Osten und anderen Teilen der Welt aufmerksam machen, deren Religionsfreiheit stark eingeschränkt ist, die sozial diskriminiert und nicht selten offen verfolgt werden. Der Verurteilung ‚jede(r) Gewalt gegen Personen aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Religion‘ sowie ‚alle(r) Akte von Vandalismus, mutwilliger Zerstörung und/oder Entweihung von heiligen Stätten aller Religionen‘ stimmen wir vorbehaltlos zu und versichern unseren jüdischen Partnern, dass auch wir uns weiterhin gegen jede Form von Antisemitismus und für die Förderung jüdischen Lebens einsetzen werden – eingedenk des Wortes des Propheten Sacharja: ‚Wer euch antastet, tastet meinen Augapfel an.‘ (Sach 2,12)“

Diese Stellungnahme liest sich durchaus positiv und manch einer könnte denken, dass die deutschen Bischöfe sich in dieser Erklärung auch gegen den Antisemitismus von Seiten der „Palästinenser“ aussprechen, welcher weit über antisemitische Reden hinausgeht und vielmehr in Selbstmordattentaten und Raketenbeschüssen von Gaza Ausdruck findet. Wer dieser Annahme erliegt, soll hier nun enttäuscht werden.

Ein Beispiel für einen Bischof, der die „Verurteilung jede(r) Gewalt gegen Personen aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Religion“ nicht ganz so ernst nimmt, wenn es um den jüdischen Staat geht, ist Weihbischof Dr. Udo Bentz, Vorsitzender der „Arbeitsgruppe Naher und Mittlerer Osten der Kommission Weltkirche“ der Deutschen Bischofskonferenz. Der am 15. Juli 2015 von Papst Franziskus zum Weihbischof im Bistum Mains ernannte Bentz, äußert sich durchaus mitfühlend, wenn es um „Palästinenser“ geht, die unter dem „unterdrückerischen“ Staat Israel zu leiden haben.



Aus dem Terminkalender des anti-israelischen Priesters.

Die Hamas scheint Bischof Bentz zu übersehen

Am 13. Januar 2020 besuchte der Weihbischof, anlässlich des internationalen Bischofstreffen im Heiligen Land, den Gazastreifen, um christliche Familien und Organisationen zu besuchen. In seinem Facebook-Status stellte er fest, dass sich die „Abwärtsspirale“ in Bezug auf den Zustand der christlichen Gemeinden in Gaza weiter nach unten drehe. Er erwähnte weiter die eingeschränkte Ein- und Ausreiseerlaubnisse über Weihnachten, die Begrenzung auf 8 Stunden Strom am Tag, unter der die Bewohner Gazas zu leiden haben und die hohe Arbeitslosenquote. Mit keiner Silbe wird hierbei jedoch erwähnt, wer die wahren Verursacher dieser Situation sind, nämlich die den Gazastreifen beherrschende Terrororganisation Hamas und die „Palästinensische Autonomiebehörde“ in Judäa und Samaria.

Ebenfalls wird der Grund für die eingeschränkte Einreise nach Israel verschwiegen. Bei bei dem Gazastreifen handelt es sich nämlich um genau jenen Ort, an dem seit 2018 nahezu jede Woche gewaltsame „Proteste“ an der Grenze zu Israel stattfinden, bei der israelische Soldaten, sowie grenznahe Siedlungen mittels Geschossen und Ballons, die brennbares Material transportieren, angegriffen werden. Verschwiegen wird auch, dass in Gaza anders als in Israel, zur Weihnachtszeit auf öffentlichen Plätzen kein Weihnachtsbaum oder gar Christschmuck zu sehen ist, wollen doch die letzten, ca. 2.000 Christen, keine allzu große Aufmerksamkeit erregen oder gar provozieren. Ebenfalls erwähnenswert ist, dass, wer nicht Mitglied der Hamas ist, erschwerte Jobchancen im Gazastreifen hat.

> Die Kirchen sind auffällig leise, wenn es um Christenverfolgung in arabischen Ländern geht.

Dafür, dass die Herren Bischöfe der Doktrin „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“ so treu bleiben, wenn es um die Christenverfolgung in den arabischen Ländern geht, teilt Weihbischof Bentz im großen Maße gegen Israel aus, unter Beihilfe von Auflistung falscher „Fakten“ und Schuldzuweisungen.

In einem weiteren Facebook-Beitrag vom 15. Januar 2020 stellt Bentz fest: „Ich kenne keine Mauer, die Frieden dauerhaft sichert!“, und meint dabei die Mauer zum Westjordanland. Erstens müsste es, um Frieden zu sichern, erst einmal einen wahren Frieden geben, daran hat aber vor allem die „Palästinensische Autonomiebehörde“ unter Abbas eher wenig Interesse, lässt sich doch mit einem Konflikt die Villa außerhalb des Westjordanlandes viel besser finanzieren, als mit Frieden. Davon abgesehen spricht der Weihbischof davon, dass „die Mauer“ einen Konflikt nur weiter verschärfen würde. Dass die Errichtung der vermeintlichen Aggression allerdings dafür gesorgt hat, dass die mannigfach verübten Selbstmordattentate von Seiten der „Palästinenser“ auf die Israelis um ein vielfaches zurückgegangen sind, scheint dem Bischof bei seiner Recherche entgangen zu sein.

„Enthemmung Israels“

Während eines Interviews am 16. Januar 2020 mit Domradio sagte der Weihbischof, dass er „eine gewisse Enthemmung Israels bei der Siedlungspolitik“ erkennen würde. Gleichzeitig teilt Bentz gegen die USA aus: „Der Eindruck entsteht, dass es durch eine veränderte Politik der USA eine gewisse Enthemmung in der Dynamik des Abtrennens geschaffen hat.“ Dass die sogenannte Siedlungspolitik zum einen weder völkerrechtswidrig ist, noch einen Konflikt verschärft, scheint der Bischof entweder nicht begriffen, oder nicht als erwähnenswert empfunden zu haben, da sie nicht dem Gesamtbild seiner Propaganda entsprechen würden. Zur gleichen Zeit kritisiert er weder die illegalen „palästinensischen“ Siedlungen in Zone C, noch die in Jerusalem, denen die israelischen Behörden aus u.a. verwaltungstechnischen Gründen und wegen der eindrucksvollen Europäischen Finanzierung, nicht genug entgegenzusetzen haben. Wird doch einmal ein Haus abgerissen, so wie es ebenfalls mit illegal gebauten Gebäuden in Deutschland der Fall wäre, sind die Krokodilstränen der EU und der Vorwurf von Diskriminierung nicht weit.

Es fällt nicht schwer, Bentz Antisemitismus vorzuwerfen, erfüllt er doch alle drei Kriterien nach Nathan Scharansky: Delegitimierung, Dämonisierung und Doppelte Standards in Hinblick auf Israel und den Rest der Welt. Die restlichen Bischöfe täten gut daran, sich anderweitig zu positionieren und die Äußerungen von Bentz nicht umkommentiert zu lassen, ansonsten unterstreichen sie eine Annahme, die der Majorität der Christen nicht gerecht werden würde – nämlich die, dass die katholische Kirche nichts aus ihrer Geschichte gelernt hätte.

Die OSZE und noch mehr Antisemitismusbeauftragte als Schutz für deutsche Synagogen?

Wie Heiko Maas europäische Juden schützen will

Von Peter Grimm

Polizisten voe der Synagoge an der Oranienburger Straße. Kleines Bild: Antisemitismus-Beauftragte Dr. Felix Klein

Bundesaußenminister Heiko Maas erklärt in diesen Tagen engagiert, wie man sich gegen Antisemitismus und Judenhass einsetzen muss. Juden sollen sich in Deutschland und Europa schließlich wieder sicher fühlen. Und worüber denkt er konkret nach? Mehr Polizei? Strikte Kontrolle und Steuerung der Zuwanderung, um möglichst keine weiteren Judenhasser zu importieren? Nein, viel besser: Mehr Geld für die OSZE und mehr Antisemitismus-Beauftragte in der EU.

Heiko Maas ist bislang bekannt als Genosse, der nach eigener Aussage „wegen Auschwitz“ in die SPD und in die Politik gegangen ist, als Justizminister, der vormundschaftliche Gesetzgebung mag, als Außenminister, der vergessen hat, dass militärische Stärke gegenüber manch aggressivem Herrscher durchaus friedenssichernd sein kann, sowie als Experte für das Zeigen der richtigen Haltung, als solidarischer Besucher von Moscheen, wenn Muslimen wegen islamistischer Morde eine Rufschädigung drohen könnte – und als Autor von Büchern mit bester Gesinnung bei allerdings mäßigem Erfolg.

Wenn Genosse Maas jüngst auch als „Spiegel“-Gastautor brillierte, dann kann man erwarten, dass seine Zeilen richtungsweisend sind. Und er nimmt sich eines Themas an, dass zweifelsohne enorm wichtig ist, nicht nur in diesen Tagen, an denen es medial wegen des Gedenktagskalenders Konjunktur hat: Antisemitismus und Judenhass. Lesen wir also, was der Minister schreibt:

„Täglich werden sie auf unseren Straßen offen angegriffen oder im Internet bedroht und beschimpft. Allein in Berlin gab es in sechs Monaten mehr als 400 solcher Übergriffe – mehr als zwei pro Tag. Angesichts solcher Zahlen überrascht es mich nicht, dass fast jeder zweite Jude in Deutschland schon darüber nachgedacht hat, das Land zu verlassen. Schmerzen tut es umso mehr. Wir müssen dringend gegensteuern, damit aus solchen Gedanken nicht bittere Realität wird und es zum massiven Wegzug von Jüdinnen und Juden aus Deutschland kommt. Dass sich Menschen jüdischen Glaubens bei uns nicht mehr zu Hause fühlen, ist ein einziger Albtraum – und eine Schande, 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz.“

Satire vom Außenminister?

Eingeleitet wurden diese Zeilen durch die Erinnerung an den bekannten Mord-Anschlag eines Rechtsextremisten auf eine Synagoge in Halle im Oktober, der an einer stabilen Tür gescheitert ist, weshalb der Täter dann aber zwei andere Menschen erschoss. Gegen solche Rechtsextremisten muss man zweifelsohne konsequent vorgehen. Allerdings dürften die mehr als 400 Übergriffe auf Juden in Berlin, die Maas hier erwähnt, zu großen Teilen einer anderen Tätergruppe zuzuschreiben sein: muslimischen Migranten bzw. islamideologisch geprägten jungen Männern mit Migrationshintergrund. Aber über diese Bedrohung für Juden in Deutschland spricht und schreibt der Genosse Maas ebenso ungern wie über linken Antisemitismus. Vielleicht traut er sich ja nur nicht, weil er als Möchtegern-Publikums-Liebling weiß, dass weder seine Leser, noch die des „Spiegel“ so etwas heutzutage lesen wollen. Folgen wir also weiter für ein paar Zeilen dem ministeriellen Autor.

„Worte reichen schon lange nicht mehr. In Halle war es nur eine Holztür, die Dutzende Menschenleben gerettet hat. Wir müssen jüdische Einrichtungen und Gemeinden besser sichern – nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa. Konkret werden wir der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa dafür in diesem Jahr eine halbe Million Euro zur Verfügung stellen.“

Entschuldigung, war das jetzt Satire? Oder will uns der deutsche Außenminister damit ernsthaft sagen, dass sich seiner Meinung nach die OSZE, die sonst eher Beobachtungsposten an Bürgerkriegsfronten wie in der Ost-Ukraine bezieht, um die Sicherheit im Vorfeld deutscher Synagogentüren kümmern soll? Oder ist ihm nur gerade keine bessere Maßnahme eingefallen, die er nach der Plattitüde, dass Worte nicht reichen, hätte erwähnen können? Bekommt die OSZE diese halbe Million ohnehin oder gibt’s die extra zum Schutze von Juden vor Antisemitismus?

Irgendwie müsste doch auch dem Außenminister klar sein, dass nicht die OSZE für den Schutz deutscher jüdischer Einrichtungen zuständig ist, sondern beispielsweise die deutsche Polizei. Und die kann – egal in welchem Bundesland oder auch im Bund – jedwede Zuwendung für die Beseitigung personeller und materieller Defizite dringend gebrauchen. Als Außenminister ist der Genosse Maas dafür zwar nicht zuständig, aber als Regierungsmitglied doch irgendwie auch nicht ganz einflusslos, oder?

Wer muss denn immer Vorreiter sein?

Während wir uns diese Gedanken über die vorigen Zeilen machen, hat der eigentlich angesprochene flotte „Spiegel“-Leser die hier kleinlich monierten Widersprüche gnädig übersehen. Ihm wurde schließlich gleich im nächsten Absatz erklärt, dass es hier gar nicht nur um die Verantwortungsbereiche praktischer deutscher Politik geht, sondern um das große Ganze:

„Doch damit ist es natürlich nicht getan. Täter wie der von Halle sind international vernetzt, sie radikalisieren sich im Internet, über Grenzen hinweg. Und egal, ob sich die Attacken gegen ein jüdisches Museum in Brüssel, einen koscheren Supermarkt in Paris oder eine Synagoge in Deutschland richten – jeder Angriff auf jüdisches Leben ist ein Angriff auf Europa, auf unsere Kultur und unsere Werte. Denn Antisemitismus widerspricht allem, wofür Europa steht: Toleranz, Freiheit, Menschenwürde.“

Jawoll! Wenn man so groß denkt, dann kann man sich natürlich nicht um konkrete Kleinigkeiten kümmern, wie die hinreichende Ausstattung der Polizei oder um die Änderung einer Zuwanderungspolitik, die seit Jahren auch für Zuzug junger schlagkräftiger Judenhasser nach Deutschland sorgt. Dass es auch den eingeborenen Judenhass gibt, taugt an dieser Stelle kaum als Argument dafür, zusätzliche Antisemiten zu importieren und zu alimentieren.

Natürlich erinnert uns der Außenminister auch wieder an die besondere Rolle unseres Volkes:

„Wir Deutschen sind nicht nur aufgrund unserer Geschichte besonders gefordert: Im Sommer beginnt unsere Ratspräsidentschaft der Europäischen Union, im November unser Vorsitz im Europarat. Und bereits in wenigen Wochen übernehmen wir erstmals die Leitung der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken.“

Ja, wer, wenn nicht wir, sollte in Sachen Holocaust-Gedenken die Führung übernehmen? Zu führen, dass war einst beim Antisemitismus und ist jetzt beim Anti-Antisemitismus ein Anliegen der deutschen Regierung:

„Alle EU-Mitgliedstaaten haben sich vor gut einem Jahr verpflichtet, Strategien gegen Antisemitismus zu entwickeln. Gerade Deutschland muss hier vorangehen. Zu wenige Mitgliedstaaten haben nationale Beauftragte zum Kampf gegen Antisemitismus. Das muss sich ändern. Wir brauchen ein Europäisches Netzwerk aus Beauftragten aller Mitgliedstaaten, die den Kampf gegen Antisemitismus in einem Europäischen Aktionsplan bündeln.“

Im Beauftragtenwesen ist Deutschland nachweislich ein Vorreiter. Und so ein „Europäisches Netzwerk aus Beauftragten aller Mitgliedsstaaten“ im Bunde mit der OSZE wird die Antisemiten bestimmt in die Schranken weisen. Wollte uns Genosse Maas das sagen? Oder hatte er nur aneinandergereiht, was ihm beim Griff in seinen Textbausteinkasten zufällig in die Hand fiel?

Der Beitrag erschien auch hier auf sichtplatz.de

Entgleisung: Deutsche Journalistin Sabine Müller bezeichnet israelisches Holocaust-Gedenken als „Privatparty“

Die anmaßende ARD-Reporterin will Israel und Russland, die Nationen mit den größten Verlusten während des Zweiten Weltkriegs, Lektionen zur richtigen Trauer erteilen.

Von Gerd Buurmann

Sabine Müller vom Hessischen Rundfunk ist tief enttäuscht über den unwürdigen Umgang Israels mit dem Holocaust. Fast möchte man annehmen, sie denkt: Dafür hat mein Land nicht sechs Millionen Juden umgebracht.

In einem Kommentar für das ARD-Hauptstadtstudio stellt Sabine Müller fest: „An Bundespräsident Steinmeier lag es nicht: Der Gedenktag in Yad Vashem wurde von den egoistischen Auftritten Israels und Russlands überschattet. Eine vertane Chance im Kampf gegen Antisemitismus.“

Sabine Müller ist „traurig“, dass es in Jerusalem mit dem „würdigen Gedenken“ nicht „geklappt hat“, erklärt aber auch, dass das mit dem Nichtklappen nicht an der deutschen Seite gelegen hat. Wenn Deutschland etwas macht, dann gründlich: „Ja, vieles war würdig und überzeugend, und dazu hat der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beigetragen.“

Ja, Deutschland weiß, wie es geht. Am deutschen Wesen soll die Welt genesen. Zu Deutschlands Beitrag sagt Sabine Müller: „Das war würdig.“

Israel aber benahm sich laut Frau Müller unwürdig: „Unwürdig war dagegen, wie Israel und Russland diesen Gedenktag teilweise kaperten. Wie sie vor der offiziellen Veranstaltung sozusagen ihre eigene politische und erinnerungspolitische Privatparty feierten.“

Sabine Müller behauptet, Israel habe das Gedenken „gekapert“ und eine unwürdige „Privatparty“ daraus gemacht. Sie erklärt, über 90-jährige Holocaust-Überlebende hätten eine Dreiviertelstunde lang in Yad Vashem warten müssen „wie bestellt und nicht abgeholt“. Ich bin mir sicher, in Deutschland wäre das nicht passiert. Wenn Deutschland was kann, dann Juden schnell abholen.

Benjamin Netanjahu habe zwar „immerhin“ seinen „Auftritt bei der Gedenkveranstaltung in Yad Vashem eklatfrei hinter sich“ gebracht, aber letztendlich war für Frau Müller dieser Gedenktag „leider auch eine vertane Chance“.

Respektlosigkeit der ARD-Korrespondentin

Frau Müller, es ist im hohen Maße respektlos, wenn eine deutsche Journalistin einer jüdischen Regierung in einem jüdischen Staat vorwirft, den Opfern des Holocausts nicht würdig zu gedenken und sogar unterstellt, aus dem Gedenken eine „Privatparty“ zu machen. Ihr Kommentar klingt in etwa so:

„Was erlauben Israel? Wir Deutschen haben nicht über sechs Millionen Juden ermordet, damit jetzt in einem Land, in dem über sechs Millionen Juden leben, so unwürdig damit umgegangen wird. Etwas mehr Respekt vor Deutschland. Wir nehmen die Dinge noch ernst! Wir haben den Holocaust ernstgenommen und jetzt nehmen wir das Gedenken ernst. Das lassen wir uns weder von Juden, noch von irgendwelchen dahergelaufenen Russen kaputt machen.“

Ja Frau Müller, so in etwa klingt Ihr Kommentar.

Es gibt zwei verschiedene Formen der Erinnerung. Die einen gedenken, weil sie nicht vergessen wollen und die anderen gedenken, weil sie nicht vergessen können. Wer nicht vergessen kann, weil es Teil der eigenen schmerzhaften Geschichte ist, gedenkt nicht, weil er sich davon etwas verspricht, er gedenkt, weil er nicht anders kann, weil das Erinnern ein Schrei ist aus Schmerz, Wut und Unverständnis. Wer aber nicht vergessen will, der erhofft sich aus dem Gedenken ein Profit und sieht die Erinnerung als Chance, etwas daraus zu lernen.

Sabine Müller

Was aber soll es aus dem Holocaust zu lernen geben? Dass Menschen zu grausamen Ungeheuerlichkeiten in der Lage sind? Dass man Menschen nicht millionenfach vergast? Dass Juden auch Menschen sind? Dass man lieb zueinander sein sollte? Dass man sich wehren darf, wenn man verfolgt wird? Dass man Menschen, die andere Menschen vergasen, den Krieg erklärt? Dass man wahnsinnige Menschen mit allen Mitteln entwaffnet? Dass man judenfeindliche Regime nicht im Namen des deutschen Volkes zum 40. Jubiläum gratuliert, wie es Bundespräsident Steinmeier mit dem iranischen Regime getan hat? All das sollte man auch ohne Holocaust wissen. Der Holocaust ist keine Nachhilfestunde für moralisch Sitzengebliebene. Das Gedenken an den Holocaust ist keine Chance auf eine Verbesserung der Welt. Der Holocaust ist ein unvergessbares und unverzeihliches Verbrechen, aus dem es nichts zu lernen gibt.

Menschen, die nicht vergessen wollen, sehnen sich aber nach einem Nutzen aus dem Verbrechen. Zu irgendwas muss der Holocaust ja gut gewesen sein. Diese Menschen sind dann ganz stolz, wenn es ihnen gelingt, aus dem Verbrechen eine Lehre zu ziehen. Sie sind die Herrenmenschen der Vergangenheitsbewältigung.

Ein Übersetzer der Rede Steinmeiers erklärte auf Facebook: „Das habe ich heut mit großem Stolz und tiefer Demut gedolmetscht.“ Ist es nicht anrührend, dass manche Deutsche wieder stolz sind auf den Holocaust, wenn auch nur auf den Umgang damit?

Manchmal ist es besser, einfach zu schweigen. Wenn aber Menschen, die nicht vergessen wollen auf jene treffen, die nicht vergessen können, dann sollten jene, die nicht vergessen wollen, aber auch nicht schweigen können, zumindest drauf achten, nicht jenen, die nicht vergessen können, zu erklären, wie es mit dem würdigen Gedenken „klappt“.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 50** • per Fax (auch Anrufbeantworter): **(030) 23 32 88 60**
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51
(Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)

redaktion@juedische-rundschau.de

(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ✘ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Bösartiger Rassismus im Deutschen Journalisten-Verband

Der stellvertretende Bundesvorsitzende von Europas größtem Journalistenverband DJV hetzt gegen Trump, Johnson und englischsprachige Menschen.

Von Felix Perrefort

„Deutscher Humor ist, wenn man trotzdem nicht lacht“, lautet ein dem Schriftsteller Sigismund von Radecki zugeordnetes Bonmot, das sich an öffentlich-rechtlichen sowie verbandsmäßig organsierten Journalisten aktuell besonders schön illustrieren lässt.

Wenn nämlich Wolfgang Grebenhof, der stellvertretende Bundesvorsitzende vom 33.000 Mitglieder starken „Deutschen Journalisten-Verband“ (DJV), einen politischen Witz reißen möchte, kommt so etwas dabei heraus:

„Engländer folgen einem blonden, verlogenen Vollidioten. Amerikaner folgen einem blonden, verlogenen Vollidioten. Kann es sein, dass die englische Sprache massenhaft einen seltsamen mentalen Defekt auslöst?“

(Twitter-Beitrag vom 13. Dezember 2019)

Äußerliche Attribute, charakterliche Eigenschaften, politische Loyalität, Sprache und mentale Verfasstheit in einen inneren Zusammenhang zu bringen, hätte wohl selbst den überzeugtesten Rassisten des 19. Jahrhunderts in konzeptionelle Schwierigkeiten gebracht. Aber um Logik, derer auch Witze bedürfen, ging es ohnehin nie. Grebenhof wollte seinem Geraune zufolge dem „grotesken Phänomen Trump/Johnson“ mit einem „Scherz“ begegnen. Das endete damit, seiner sehr deutschen Trotzhaltung gegen die amerikanischen und britischen Wähler, die von der deutsch-egomanen EU-Politik nachvollziehbar wenig halten, einen angemessen verwirrt-hässlichen Ausdruck zu verleihen.

Geschickter in der Form, doch inhaltlich genauso plump stellte sich der WDR Ende des Jahres an. Dessen Redakteure gossen ihre Ressentiments zunächst in Liedform und ließen sie dann durch unschuldige Kindermünder auf ihre Financiers los. Ging es in dem neu-vertexteten Kinderlied über die ursprünglich im Hühnerstall Motorrad fahrende Oma, die nun eine „Umweltsau“ sei, darum, der oftmals schlichtweg verarmten älteren Bevölkerung, die ihre Lebensweise noch nicht an die neue Ökomoral angepasst hat, den angeblich „klimaschädlichen“ Verzehr von günstigem Fleisch oder Kreuzfahrten am Lebensabend madig zu machen, wurde dieses Propagandastück vom „Deutschen Journalisten-Verband“ schließlich als „Satire“ verteidigt. Von der hat man kaum eine Vorstellung und noch weniger Respekt, sondern weiß nur, was man bei Tucholsky irgendwann einmal aufgeschnappt hat: Sie dürfe „alles“. Das ist praktisch, denn somit lässt sich noch der dümmste Klamauk zur „journalistischen Stilform“ (Grebenhof) hochjazzen.

Der Senior und seine Koteletts

„In dieser Debatte geht es vor allem nicht um die Geschmacksfragen von Satire, sondern um den Schutz von Satire- und Meinungsfreiheit“, entscheidet der DJV in einer Pressemitteilung vom 31. Dezember 2019 von oben herab, womit er Kritik an bestimmten Verhaltensweisen und Inhalten des WDR prinzipiell ins Leere laufen lässt. Denn der Journalistenverband ahnt, dass solche Kritik von sich aus dahin tendiert, das Geschäftsmodell und das anmaßende, immer mehr Geld fordernde Selbstverständnis des WDR („Wir sind der Kitt für das Zusammenleben“) in Frage zu stellen. Das könnte den vom DJV vertretenen Journalisten gefährlich werden, weshalb gefordert wird:

„Eine Senderleitung muss in der Öffentlichkeit auf redaktionelle Freiheit pochen, anstatt auf diejenigen zu hören, die gesellschaftliche Konflikte, die in den Medien ausgetragen werden, für sich gegen die Medien instrumentalisieren wollen.“

Was das bedeutet, liegt auf der Hand: Jeder Senior, der sich seine Koteletts nicht von dahergelaufenen WDR-Redakteuren schlechtreden lassen möchte – und das auch noch auf seine Kosten –, ja seinen Unmut darüber auch noch öffentlich zur Sprache bringt, trachte eigentlich nur danach, aus egoistischen Motiven journalistische Grundrechte zu kassieren – wohingegen man beim DJV nicht etwa schnöde Eigeninteressen verfolge, sondern im hehren Auftrag der Demokratie handele.

Der Begriff „Lügenpresse“ mag durchaus problematisch sein; seinen Wahrheitsgehalt stellt der Journalisten-Verband jedoch zum Beispiel dann unter Beweis, wenn WDR-Kritiker, unter die sich auch Aktivisten der tatsächlich sehr rechten „Identitären Bewegung“ gemischt hatten, allesamt zu „Medienhassern“ zurechtgelogen werden, welche der Vorsitzende des DJV, Frank Überall, auf einer Kölner Kundgebung am 4. Januar 2020 schließlich gar mit islamischen Terroristen in Verbindung brachte. Man lese und staune:

„Was wir rund um den Jahreswechsel erlebt haben, war eine krude Mischung: Auf der einen Seite berechtigte, kritische Meinungsäußerung zur ‚Umwelt-Sau‘-Satire des WDR. Natürlich darf man über jede Satire unterschiedliche Meinungen haben – das ist ja der Sinn der Sache. Wenn etwas humoristisch zugespitzt wird, gefällt das immer irgendwelchen Menschen nicht. Ich erinnere mich noch gut an die Mohammed-Karikaturen, die sogar zu Gewaltakten in aller Welt geführt haben. Da haben wir uns gefragt, wie können sich Emotionen angesichts einer solchen Satire hochschaukeln? Wie können sich Menschen so sehr ärgern, dass sie bereit sind, mit Terror zu antworten? Hass hat sie dazu getrieben. Und Hass wird jetzt auch im Internet gegen den WDR, gegen öffentlich-rechtliche Sender, gegen uns Journalistinnen und Journalisten geschürt und liebevoll befeuert. Indem Grundrechte wie Presse-, Meinungs- und Kunstfreiheit in Frage gestellt werden, wird Hass befördert. Hass auf wesentliche Werte, die unsere Verfassung ausmachen.“

(DJV.de, 4. Januar 2020.)

Wer den WDR kritisiert, wolle die Demokratie zerstören

Der Deutsche Journalisten-Verband in einem Boot mit „Charlie Hebdo“, WDR-Kritiker in einer Hetztradition mit Al-Qaida – die Mischung aus Anmaßung, Unverfrorenheit und geistiger Schlichtheit, mit welcher der DJV auch in einer Pressemitteilung vom 6. Januar 2020 die von Islamisten wegen tatsächlicher Satire Ermordeten für die eigene primitive „Umweltsau“-Apologie instrumentalisiert, verschlägt einem glatt die Sprache.

„Wer sich eine Alternative zur Demokratie wünscht, soll ruhig weiter gegen gesellschaftliche Institutionen wie den WDR demonstrieren.“

Wer sein demokratisches Recht in Anspruch nimmt, um gegen die Öffentlich-Rechtlichen im Allgemeinen bzw. den WDR im Besonderen zu demonstrieren, die übrigens beide kein Exklusivrecht auf den Journalismus haben, wird im Namen der Demokratie vom DJV zum Republik- bzw. Volksfeind erklärt. Derartige Demagogie könnte ohne die weithin akzeptierte analytische Nullkategorie „Hass“ übrigens kaum verfangen.

Wäre es nicht möglich, dass ein solcherart verfasster „Journalismus“ am „Zeitungssterben“ seinen Anteil hat? Könnte es nicht sein, dass viele der Aufgebrachten zurecht nicht (mehr) bereit sind, für die öffentlich-rechtliche Beleidung des Intellekts und des Geschmacks auch noch zu bezahlen? Sebastian Huld weiß es auf dem DJV-Blog besser:

„Das Zeitungssterben ist keine Medienkrise. Es ist die Folge eines Wirtschaftssystems, das sein angestammtes Gesellschaftssystem, die Demokratie, nicht braucht. Das Zeitungssterben ist Ausdruck einer tiefgreifenden Systemkrise.“

Die Linke zieht deshalb so viele Menschen an, weil sie das ideologische Rüstzeug anbietet, individuelle Verantwortung auszulagern und auf äußere Umstände zu schieben, um sich somit dem „Realitätsprinzip“ (Freud) zu entziehen. Damit betreibt man nicht, wie intendiert, Gesellschaftskritik, sondern zementiert seine eigene Unmündigkeit und überantwortet sich gerade so den sozialen Verhältnissen.

Schon Goebbels verpflichtete zur Haltung

Diesem Bedürfnis, nicht erwachsen werden zu wollen, kommt ein Journalismus entgegen, der selbst nie urteilsfähig geworden ist und sich trotzdem bzw. gerade deshalb als erzieherische und demokratische Autorität aufplustert. Der israelisch-amerikanische Autor Tuvia Tenenbom beschreibt ihn in seinem so informativen wie unterhaltsamen Buch „Allein unter Flüchtlingen“ folgendermaßen:

„Die meisten deutschen Journalisten, die ich kennengelernt habe, halten den Journalismus für ein Instrument der ‚Volkspädagogik‘, bei dem Tatsachen viel weniger zählen als das ‚richtige Denken‘. In ihrer Selbstwahrnehmung stehen sie eine Stufe über den ‚Massen‘ und halten es für ihre Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Leute das Richtige denken (...).“ (Seite 14.)

Ein ähnliches Urteil fällt der Medienwissenschaftler Norbert Bolz:

„In Deutschland gibt es ein grundsätzliches Selbstmissverständnis vieler Journalisten – nämlich, dass sie die klassische angelsächsische Trennung zwischen Information und Meinung nicht mehr mitmachen wollen, und stattdessen Gesinnungsjournalismus produzieren.“

Mit dieser Einschätzung korreliert, dass es im englischsprachigen Journalismus ein Äquivalent zu „Haltung“ wohl so nicht gibt. Das Wort lässt sich zwar übersetzen, doch einer entsprechenden Tugend, die von Politikern wie Journalisten allenthalben beschworen wird, und die übrigens schon in Joseph Goebbels Sportpalastrede eine Rolle spielte, begegnet man in der englischsprachigen Presse tendenziell weniger – wenn überhaupt.

Selbst wenn man der „Haltung“ einen sinnvollen Gehalt beimessen wollte, wurde der Begriff wie „Hass“ und „Demokratie“ längst auf das Niveau einer Floskel heruntergebracht. Nicht nur wird er bezüglich der doch eigentlich selbstverständlichen Position, den Nationalsozialismus „nie wieder“ Wirklichkeit werden zu lassen, verwendet; herhalten muss die „Haltung“ zum Beispiel auch dann, wenn der WDR-Intendant Tom Buhrow vom DJV dafür kritisiert wird, auf die Kritik am „Omalied“ überhaupt nur eingegangen zu sein:

„Der WDR braucht mutige Entscheidungen, auch zu künstlerischen, satirischen Formaten. Dazu gehört es, Haltung zeigen zu können und anzuecken.“ (djv-nrw.de, 31. Dezember 2019)

Irgendwann kann man die ewig gleiche Leier auch einfach nicht mehr hören; dann zeigt man dem selbstmitleidigen Gejammer, DJV-Journalisten würden etwa als „links-grüne“ Haltungsjournalisten „geschmäht“, derweil zum Beispiel Wolfgang Grebenhof auf Twitter Sascha Lobo, Gregor Gysi, Bernie Sanders, Ralf Stegner und Jakob Augstein teilt, eben einfach nur noch genervt den Vogel.

Dabei wäre doch alles so einfach.

„Warum also ist kein Kompromiss möglich? Der gebührenfinanzierte Rundfunk könnte sich auf das konzentrieren, was der freie Markt nicht bereithält, also seriöse und umfassende Fernseh- und Radionachrichten, er würde dabei auf Neutralität achten und auf alles andere verzichten. Das Ergebnis wäre ein schlankes, aber breit akzeptiertes System.“

(NZZ, 3. Januar 2020)

Was Marc Felix Serrao hier vorschlägt, scheitert an der Selbstgerechtigkeit und Borniertheit des hiesigen Journalismus, zu dem man, selbst wenn man gewissermaßen „objektiv“ in dem Bereich arbeitet, doch nur auf Abstand gehen kann.

Es ist übrigens ein populärer Irrtum, dass die Journalistenverbände ein Exklusivrecht auf die Ausstellung von Presseausweisen hätten, denn prinzipiell können das alle journalistischen Arbeitgeber, auch Lokalzeitungen oder jüdische Zeitungen. Ob der DJV diesen Mythos gerne aufgeklärt hätte, steht indes zu bezweifeln.

Westliche Journalisten – fast immer auf der falschen Seite der Geschichte

Ob in Ostblock-Zeiten oder jetzt im Fall des Irans: Linke westliche Journalisten arrangieren sich gern mit Führern der Unrechts-Regime.

Von Alexander Wendt

Thomas KIENZLE, AFP

Der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger warnte vor einer „zu großen Unterstützung für die Demonstrationen im Iran" durch den Westen.

Unter den bisher – nach vorsichtigen Schätzungen – 1.500 getöteten Demonstranten im Iran könnte es Menschen geben, die später einmal einen Namen bekommen, ein Gesicht, und möglicherweise auch die Bezeichnung „Held". Vielleicht wird ein Mann, eine Frau unter denen, die trotzdem weiter auf die Straße gehen, bald eine wichtige Rolle für das Land spielen. Die Frage ist, wie die Weltdeuter des Westens dann damit umgehen.

Denn bisher pflegen die meisten, wenn es um den Iran geht, einen anderen Heldenbegriff. Als der iranische Generalmajor Qassem Soleimani am 3. Januar 2020 im Irak durch eine amerikanische Rakete starb, ging eine Bewegung durch die meisten deutschen Redaktionen. Die Leser von tagesschau.de erfuhren, dass es sich bei dem Kommandeur der Quds-Brigaden um eine im weitesten Sinn ähnliche Figur handelte wie den deutschen Bundespräsidenten: Er habe „Gruppen und Menschen zusammengebracht" und sei ein „begnadeter Strippenzieher" gewesen. Der „Tagesspiegel" nannte den iranischen Zusammenführer einen „Volksheld", „Spiegel Online" übertrug seine Beerdigung im Livestream, die „Zeit" verglich den tödlichen Schlag gegen den Militär, der jahrelang seine Spur der Vernichtung durch den Libanon, Syrien und den Irak zog, mit dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand 1914 in Sarajevo.

Dass „Quds" in Quds-Brigaden für „Jerusalem" steht und Soleimani nicht nur für die Expansion des iranischen Machtbereichs und die Rettung von Assad in Syrien kämpfte, sondern auch für das Endziel, die Vernichtung Israels – derlei beunruhigende Details ließen die meisten Redaktionen in ihren Nachrufen weg.

Sigmar Gabriel will Kredit für den Iran

Um den drohenden Dritten Weltkrieg abzuwenden – die politmediale Hysterie war immerhin so groß, dass es dazu den eigenen Hashtag gab – forderte der frühere Außenminister und SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel wiederum im „Tagesspiegel" einen besänftigenden Milliardenkredit für das Regime in Teheran: „Man stelle sich vor, alle Nationalbanken der EURO-Zone und die EZB gemeinsam würden diese Wirtschaftshilfe finanzieren – es wäre ein ungeheuer starkes europäisches Signal." Dass es sich bei der EZB und Notenbanken nicht um Geschäftsbanken handelt, dass die EZB laut Statut noch nicht einmal Eurostaaten Kredite geben darf, musste dem Großstaatsmann entfallen sein.

In dem Moment, als das iranische Militär parallel zu seinem Gegenschlag auf Stützpunkte im Irak auch eine ukrainische Passagiermaschine über Teheran abschoss, änderte sich das Szenario in der Realität, allerdings nicht in der offiziellen deutschen Wahrnehmung. Im Deutschlandfunk kam ein Experte zu Wort, der erst einmal einen Abschuss ausschloss. Schließlich hätte die iranische Führung erklärt, es sei kein Abschuss gewesen, „und die Iraner spielen mit offen Karten".

Unter dem Druck der Evidenz gab Irans Führung schließlich ein paar Tage später das Lügen auf und den Abschuss zu. Umgehend belobigte Bundesaußenminister Heiko Maas die Machthaber für ihre Ehrlichkeit und mahnte sanft, solche Fehlschläge dürften in Zukunft aber nicht mehr vorkommen. Nur für eine Wendung der Geschichte hatten die Weltdeuter erst einmal keinen Kommentar und keine Erklärung: dafür, dass die offene Lüge des Regimes einen Kipppunkt im Inneren des Iran markiert.

> „Die Frage, warum Soleimanis iranische Einheit „Jerusalem-Brigade" hieß, wird zu selten gestellt."

Demonstrationen gegen das Regime hatte es schon vorher gegeben, jetzt gehen Zehntausende auf die Straße, Staatspräsident Hassan Rohani kündigte gewunden einen Dialog mit dem Volk an, während seine Sicherheitskräfte weiter gegen die Demonstranten vorgehen. Die iranischen Revolutionsgarden verfahren brutaler mit den Aufsässigen als Polizei und Staatssicherheitsdienste im Ostblock 1989. Aber der Moment im Iran ähnelt diesen europäischen Wochen und Monaten vor 31 Jahren. Die Reaktion der wohlmeinenden Westler auch.

Wolfgang Ischinger fällt den Demonstranten in den Rücken

Als einer der ersten verarbeitete der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, den Schock, dass plötzlich auch das Volk auf der Straße eine Rolle spielt. Ischinger warnte vor einer „zu großen Unterstützung für die Demonstrationen im Iran" durch den Westen. Welche große Unterstützung sieht er da eigentlich zu groß werden? Auf diesen Punkt ging er nicht weiter ein, dafür weiß er, worauf es in europäischen Diplomatenkreisen ankommt. Würde man sich auf die Seite der Demonstranten gegen die Mullahs stellen, so Ischinger im ZDF, könnte das „zu einer weiteren Eskalation der Lage führen".

Deshalb sei „Zurückhaltung" das Gebot der Stunde. In den meisten Redaktionen wird die Mahnung Ischingers gewissenhaft befolgt. Wenn sie die Demonstrationen im Iran erwähnen, dann deutlich kleiner als die feinsinnigen Artikel über Generalmajor Soleimani, und fast immer verbunden mit der Warnung, der Westen dürfe bloß nicht zu viel Sympathie mit den Regimegegnern durchblicken lassen. Schließlich tut das Trump, also muss es verkehrt sein.

Wenn sich deutsche Qualitätswelterklärer zu dem Thema äußern, dann können sie nur schlecht verbergen, wie lästig sie die Demonstranten in der Islamischen Republik finden. Bei „Illner" war es die iranischstämmige Journalistin Shahrzad Osterer, die fand, die Demonstranten in Teheran und anderswo würden mehr Beistand verdienen, während der ebenfalls eingeladene Bundesaußenminister Heiko Maas beschwichtigte, Appelle von außen würden nur kontraproduktiv wirken.

Der kollektive Ennui über die unerwartete Wende im Iran hat auch mit dem zu tun, wofür das Regime in Teheran steht: die internationale Ausbreitung des politischen Islams. Angenommen, es geschähe etwas Ähnliches im Iran wie 2018 in Äthiopien, das Land würde seine militärische Expansion aufgeben, sich im Inneren demokratisieren und die Staatsdoktrin aufgeben, im Fall des Iran also die theokratische Herrschaft, angenommen, Frauen könnten sich demnächst überall unverschleiert in der Öffentlichkeit zeigen – das kultursensible Milieu im Westen stünde dann ungefähr so dumm da wie die Linke 1989 beim Zusammenbruch des Ostblocks.

Dafür hat sich Claudia Roth beim Besuch in Teheran schließlich nicht das Kopftuch umgebunden und der Bundespräsident zum gesegneten Revolutionsjahrestag gratuliert, dafür haben Landes- und Bundesregierung nicht jahrelang über die Islamismus-Werbung in der Blauen Moschee in Hamburg hinweggesehen und über die iranisch mitgesteuerten Al- Quds-Märsche in Berlin, dafür hatte sich die Universität Münster 2014 keine Professur für schiitische Theologie durch einen von der iranischen Botschaft gegründeten Verein stiften lassen und dafür haben sich ZDF und diverse Kulturinstitutionen nicht das Derrière zerrissen bei der Popularisierung des Schleiers in Europa, damit Frauen im Iran plötzlich drauf pfeifen.

Umbrüche mag es viele gegeben haben in den vergangenen Jahrzehnten, die meisten kamen unerwartet für die Ewigmorgigen. Aber eine Kontinuität besteht bis heute: Zuverlässig stehen die linken intellektuellen Eliten auf der Seite von Regimes, solange sie antiwestlich gepolt sind, und zuverlässig misstrauen sie dort jeder Freiheitsbewegung. Bis heute gilt die Regel, nach der das Maß der Feindseligkeit gegenüber der eigenen westlichen Gesellschaft ungefähr der Erbötigkeit gegenüber Gewaltutopien von außerhalb entspricht.

Ein Pol-Pot-Sympathisant im deutschen Außenministerium

George Bernhard Shaw fuhr während des Holodomor, in dem wahrscheinlich eine Millionenzahl an Ukrainern mit einer künstlich ausgelösten Hungersnot ermordet wurde, im Salonwagen durch Stalins Reich und gab zu Protokoll, er habe niemanden hungern sehen, weder Mann noch Frau. Was rein technisch betrachtet sogar zutraf. Jean-Paul Sartre, ebenfalls zurück aus dem Vaterland der Werktätigen, teilte der Öffentlichkeit 1953 mit, in der Sowjetunion herrsche völlige Meinungsfreiheit („La liberté de critique est totale en URSS“). Von der Existenz der Gulags wusste er nachweislich.

Aber historisch betrachtet ist die Anschmiegsamkeit an nichtwestliche Diktatoren wohl doch eine Meisterin aus Deutschland. Wählerisch war sie nie.

Selbst wenn ein Regime unterging, kostete das seine westlichen Wohlredner nie Einfluss und Karriere. Hans-Gerhart Schmierer beispielsweise, Anführer des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW) bis 1985, machte dem verdienten Massenmörder Pol Pot 1978 seine Aufwartung und schickte ihm noch 1980 ein herzliches Glückwunschtelegramm. Joseph Fischer holte Schmierer 1999 in den Planungsstab des Auswärtigen Amtes, wo er auch unter Frank-Walter Steinmeier bis 2007 weiterwirken durfte.

Die Sympathie mit der Diktatur beschränkte sich allerdings nie auf radikale und später politisch nobilitierte Kreise. Sie reichte bis tief in die selbstdefinierte Mitte, nirgendwo mehr als im bundesdeutschen Journalismus.

Der deutsche „Stern“ gefiel der Sowjetunion

Wenn es nicht nur darum ging, östliche Herrscher milde auszuleuchten, sondern auch noch deren Opfern Nackenschläge zu verpassen, tat sich der „Stern“ in exzellenter Weise hervor. 1971, ein Jahr, nachdem der ehemalige Gulag-Häftling Alexander Solschenizyn den Literaturnobelpreispreis bekommen hatte und drei Jahre, bevor er wieder festgenommen und aus der Sowjetunion ausgewiesen wurde, machte sich der Moskau-Korrespondent des Magazins auf zur damals 82-jährigen Schwägerin von Solschenizyns Mutter im Kaukasus, um sich – zumindest behauptete er das so – allerlei Abträgliches über den Dissidenten erzählen zu lassen. Der Schriftsteller sei Sohn eines „reichen Großgrundbesitzers“; sein Onkel habe vor dem Ersten Weltkrieg sogar einen Rolls-Royce gefahren. Solschenizyn, so die angeheiratete Tante, lebe „wie in einem großbürgerlichen Haushalt“, sie dagegen in Armut: „Sanja, Du behandelst mich nicht gut.“ Überhaupt seien die Solschenizyns „eine Familie von Flegeln“ gewesen. Diesen Satz, „eine Familie von Flegeln“, setzte das Hamburger Magazin als Schlagzeile über den Text, zu einer Zeit, als der Begriff Framing noch nicht erfunden war, aber in der Praxis bestens funktionierte. Die sowjetische „Literaturnaja Gaseta“ fand den „Stern“-Text über den Staatsfeind so gelungen, dass sie ihn unverändert nachdruckte.

Im Exil in Vermont resümierte der Schriftsteller später: „In Wirklichkeit war ich dem allmächtigen westlichen politisch-intellektuellen Establishment genauso wenig genehm wie der sowjetischen Regierung oder der lumpigen sowjetischen so genannten Bildungsschicht.“

Die Lobhudelei westdeutscher Journalisten für die DDR

In einer ganz anderen Tonlage empfing der „Stern“ 1987 stellvertretend für das progressive Milieu Erich Honecker, als der in die Bundesrepublik reiste. Unter der Überschrift „Honecker zwingt zur Ehrlichkeit“ kommentierte der damalige „Stern“-Chefredakteur Heiner Bremer, der Besuch des SED-Generalsekretärs sei „eine Horrorvision für alle Ewiggestrigen, die noch immer davon träumen, eines Tages könne die DDR in die Bundesrepublik einverleibt werden – eine Annexion, Wiedervereinigung genannt“.

Theo Sommer von der „Zeit“ wollte sich nicht lumpen lassen; im Jahr 1986 und damit gerade noch rechtzeitig inspizierte der Hamburger Goldrandbrillenträger zusammen mit fünf weiteren Kollegen die DDR und sah das Land so, wie es kein normaler Insasse gekonnt hätte. Über die Nomenklatura wusste er seinen Lesern mitzuteilen:

„Die neue Führungselite ist eine Leistungselite von Fachleuten. Sie qualifiziert sich ständig weiter wie alle anderen DDR-Bürger; die DDR ist ein einziges, riesiges Fortbildungsinstitut […] Jeder Parteisekretär ein Wohnungsbauexperte, jeder Ratsvorsitzende ein Rationalisierungsfachmann.“

Er lobte die „Geborgenheit, die menschliche Wärme“, die der Staat seinen Schutzbefohlenen biete, vor allem entdeckte er das Charisma Erich Honeckers: „Die Bürger des anderen deutschen Staates bringen ihm fast so etwas wie stille Verehrung entgegen. Und für die siebzehn Millionen Deutschen in der DDR liegt Hoffnung in Honeckers Wort: ‚Das Erreichte ist noch lange nicht das Erreichbare‘.“

Die „Panorama“-Redakteurin Lukrezia Jochimsen hob 1981 einen Beitrag über fleißige weibliche DDR-Werktätige ins Westfernsehen, den Titel hätte sich auch ein Redakteur des „Neuen Deutschland“ nicht besser ausgedacht: „Wie die DDR ihre berufstätigen Frauen ehrt“.

Etwas später, als sich die stille Verehrung für Honecker verflüchtigt hatte und die MfS-Akten aufgingen, stellte sich heraus, dass die Stasi-Bezirksverwaltung Erfurt sämtliche Gesprächspartnerinnen Jochimsens gecastet und in ihre Rolle eingewiesen hatte. In der ARD kommentierte der rätselhafterweise als „Ost-Experte“ apostrophierte bundesdeutsche Diplomat Günter Gaus mit essigsaurer Miene den Aufstieg der antisozialistischen polnischen Gewerkschaft Solidarność : Der Platz, den die kommunistische Partei dort räumen müsse, werde von der katholischen Kirche eingenommen, und das sei ein Problem. Ganz kurz vor Toresschluss, im Sommer 1989, trat Gaus als West-Gast in der Leipziger Thomaskirche bei einer Veranstaltung des DDR-Kirchentags auf, allerdings, um die Anwesenden dahingehend zu belehren, sie sollten nicht immer neidisch auf das damals schon halb abtrünnige Polen schielen, sondern sich lieber am Freiheitszuwachs im Vergleich zur Ulbricht-Zeit erfreuen.

Ihre intellektuellen Selbstentleibungen überstanden Sommer, Bremer, Gaus, Jochimsen und viele andere sehr kommod. Sommer kommentierte in der „Zeit“ weiter die Weltläufe, Bremer wechselte zu RTL und später zu n-tv, 1993 nahm er den Hans-Klein-Preis für sein Lebenswerk entgegen. Lukrezia Jochimsen stieg zur Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks auf und wurde spät noch Bundestagsabgeordnete für die PDS; ihre Kandidatur als Bundespräsidentinnenkandidatin für die Partei benutze sie für die Feststellung, die DDR sei „juristisch gesehen“ kein Unrechtsstaat gewesen. Wer hätte das besser beurteilen können als sie?

Im November 1989 waren die Journalisten ganz kurz still

Immerhin, 1989, als die DDR von ihren eigenen Bürgern abgeräumt wurde, gab es einen einzigen kurzen Moment, in dem die westlichen Apologeten, Leitartikler und Politbüroastrologen einmal still waren, ganz einfach, weil ihnen vor Schreck der Mund offen stehengeblieben war. Es war eine halkyonische Sekunde. Dann liefen die Plappermühlen wieder an.

Wenn es je eine Schamsekunde im Leben dieser einfältigen Wichtigtuer gab, dann machten sie das mit sich selbst aus. Dass sie nach 1990 weiterschwatzten, als wäre nichts passiert, gehört in die Psychologie. Dass sie immer noch ein Publikum fanden – für dieses Mirakel ist die Soziologie zuständig, und ebenfalls die Psychologie.

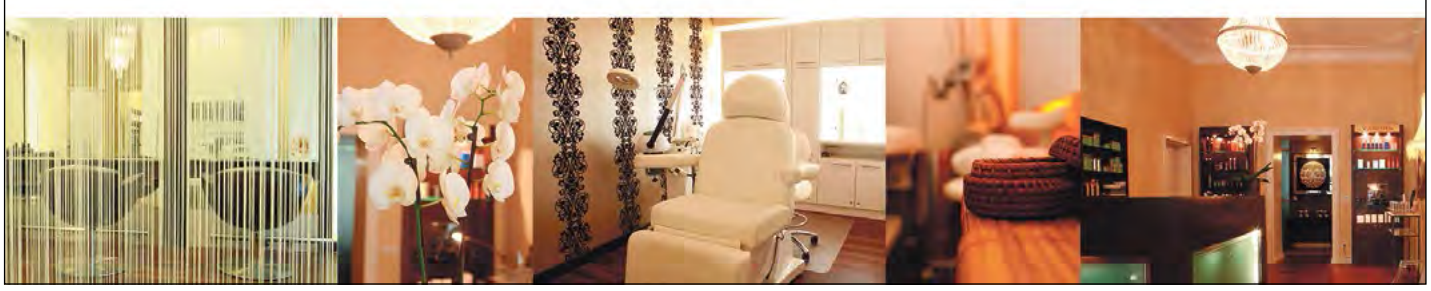
Woher kam und kommt diese Anhimmlung von Stalin und Pol Pot bis zu Honecker und einem islamistischen Kriegsfürsten? Sicherlich von der Verachtung der westlichen Linken für den Westen, der einzigen Gesellschaftsform, in der sie selbst existieren können, sicherlich von ihrem provinziellen Exotismus, auch von einer Faszination für eine Brutalität, die man sich in Hamburg-Eppendorf nicht selbst zu exekutieren traut. Wahrscheinlich gibt es aber noch einen tieferen Grund. Selbst bei sehr wohlwollender Betrachtung lassen sich in Texten und Reden eines Sommer, Gaus oder Bremer nichts als mediokre Sätze finden und nirgends ein nur halbwegs funkelnder Gedanke, nirgends eine eigene Sprache, schon gar nicht Geist, kurzum, sie müssen instinktiv in den Funktionären wie Hockecker, Erich Mückenberger, Gustáv Husák und den vielen anderen der Ostblockelite „ihr ganz natürlich Ebenbild“ (Goethe) erkannt haben.

Vor wenigen Tagen versuchten linksradikale Wächterratsmitglieder eine kritische Diskussion an der Frankfurter Goethe-Uni zur schicken intersektionallinken Kopftuch-Ausstellung „Contemporary Muslim Fashion“ zu verhindern, sie deklamierten Manifeste, riefen „Rassismus“ und derlei Stanzbegriffe mehr, wurden handgreiflich und bewiesen, dass es sich bei ihnen um die legitimen Enkel der Kommunismus-Apologeten von damals handelt.

Oben auf dem Podium saß eine Frau, die nach dem Willen der weißen westlichen Kopftuchvorkämpfer unten nicht zu Wort kommen sollte, Naïla Chikhi, die 1995 aus Algerien vor den islamischen Fundamentalisten nach Europa floh.

Der Ausgang im Iran ist offen. Aber wenn es den Demonstranten dort gelingen sollte, das orthodoxe islamische Regime zu stürzen, dann könnte es sein, mit viel Glück, dass die Plappermühle einer degenerierten Linken hier in Europa und vor allem in Deutschland ein zweites Mal havariert. Vielleicht für längere Zeit als 1989.

Es wäre ein Moment voller Witz und Zauber.

BEAUVITÉ®
... wo die Schönheit zu Hause ist.
Kosmetik · Friseur · Maniküre · Pediküre · Permanent Make-up · Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung · Lipolaser · Kryolipolyse · Kavitation · Mesotherapie
Faltenunterspritzung · Multipolare Radiofrequenz
Fasanenstraße 40 · 10719 Berlin · Tel.: (030) 88 91 64 59
WWW.BEAUVITÉ.DE


Die Welt will und will nicht untergehen!

Deutsche Medien belächeln gerne religiöse Weltuntergangs-Sekten – und wollen nicht wahrhaben, dass sie in Sachen Klimawandel bereits selbst einer aufgesessen sind.

Von Roger Letsch

„Hurra, die Welt geht unter! Silvester 1975 tat das nur die Sonne. Und ging an Neujahr gleich wieder auf – enttäuschend für die Zeugen Jehovas. Sie hatten dem Jüngsten Gericht entgegengefiebert und sich geirrt. Schon wieder."

Dies sind die einleitenden Worte eines „Spiegel"-Artikels von Silvester 2015. Und was religiöse Endzeitsekten mit Lieferschwierigkeiten antreibt, das trifft heute auf weite Teile von Politik und Medien zu.

Eine gute Nachricht ist eine schlechte Nachricht, wenn sie nicht die eigenen Vorurteile umschmeichelt. Andererseits kann eine Nachricht gar nicht schlecht genug sein, wenn sie nur gut in den Kanon passt, mit dem eigenes Handeln begründet und legitimiert wird. Galt für die 68er noch „das Private ist politisch", muss es heute heißen „jedes Wetter ist Klima" und „Orange Man Bad". Jeder Sturm, jedes Feuer, zu wenig Wasser hier, zu viel dort, Kälte (ab- und anwesend), Hitze…alles ist Klima und da es von gutem, passenden oder angenehm überraschenden Wetter nichts Spannendes zu berichten gibt, ist die mediale Präsenz des Wetters vom Ende der Nachrichten bis an den Anfang gerutscht und zieht sich wie ein roter Faden durch jede Sendung. Kennen wir, achten wir kaum noch drauf.

Die Frage, was beim Wetter schon System und was noch Einzelfall ist, sollte man einem „Spiegel"-Journalisten ebenso wenig stellen, wie sich bei grünen Politiker nach „Vorfällen mit Messern" erkundigen. Nur mit umgekehrten Vorzeichen, versteht sich! Vom Klimawandel gibt es keine guten Nachrichten. Punkt! Je düsterer die Farben sind, mit denen ein Politiker, Aktivist oder Journalist (häufig in Personalunion) malt, umso wirkungsvoller. So glaubt er. Alles sei erforscht, aufgeschrieben, abgeklärt. Der Weg der Menschheit sei klar vorbestimmt, wir müssen nur alle den Priestern Wissenschaftlern folgen, denn 97 % davon bewachen den heiligen Konsens. Das Dogma von der jungfräulichen Dekarbonisierung hat heute fanatischere Anhänger als die katholische Kirche zu ihren besten Zeiten, aber wehe, man benutzt das R-Word! Religion? Das sei doch keine Religion!

Wer sich nur ein wenig mit dem Thema befasst, weiß, dass es einen solchen Konsens nicht gibt. Und diejenigen Wissenschaftler, die ganz andere Ursachen für den Klimawandel sehen, sind nicht schwer zu finden. Ich hatte für meine etwa 60 Artikel zum Thema keine Schwierigkeiten, Quellen zu finden. Die Frage nach Art und Umfang des menschlichen Einflusses durch die Emission von Treibhausgasen auf das langfristige Klima, also nach der anthropogenen Komponente, ist völlig offen. Die Mechanismen unseres Klimas sind noch nicht mal im Ansatz verstanden und lassen sich schon deshalb nicht vorhersagen. Auf welcher Basis sollte man da seriöse Angaben für die Zukunft machen und Handlungsanweisungen für die Wirtschaft ausgeben?

ODD ANDERSEN, AFP

Der „Spiegel" bläst seit Jahren die lauteste „Trumpete".

Irrtum ausgeschlossen?

Was würde wohl geschehen, wenn auf Seite 1 des nächsten Zustandsberichts des IPCC stünde, „Sorry Leute, wir haben uns geirrt. Die aktuelle Erderwärmung hat nicht CO_2 als Ursache, der gestiegene CO_2-Gehalt der Luft ist vielmehr größtenteils die Folge der Erwärmung der Ozeane. Und für die ist größtenteils mehrere sich überlagernde Aktivitätszyklen der Sonne verantwortlich. Wir haben da Ursache und Wirkung verwechselt. Ja, es wird etwas wärmer, aber wir können das kaum beeinflussen und schon gar nicht zurückdrehen. Die Erde hat ja kein Thermostat, schickt aber zum Glück (wie die Sonne, haha) auch keine Heizkostenrechnung. Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst. Wir werden uns anpassen und weiterforschen. Der Weltuntergang fällt vorerst aus. Tschüss…und danke für das viele Geld."

Das wären doch gute Nachrichten, oder? Von wegen! Denn dies würde bedeuten, dass der ganze Aktionismus, all das Schule schwänzen, das SUV abfackeln, Hambi retten, keine Kinder kriegen, Hunde abschaffen und der Fleischverzicht völlig sinnlos waren. Viel wichtiger als die Welt zu retten, ist es den vermeintlich progressiven Aktivisten nämlich, Recht zu behalten.

> Die mediale Präsenz des Wetters ist vom Ende der Nachrichten bis an den Anfang gerutscht, und zieht sich wie ein roter Faden durch jede Sendung.

Keine „Russian Collusion" bei Trump

Derselbe Mechanismus wirkt in den Vereinigten Staaten gegen Trump. Die Tatsache, dass die Ermittlungen des FBI, bekannt als Mueller-Report, keine russische Einflussnahme auf Trump oder eine von Putin eingefädelte Wahl Trumps erbracht hat, wurde nicht als die gute Nachricht aufgenommen, die das Ergebnis schließlich war – die Demokraten und viele Medien waren geradezu enttäuscht und entblödeten sich nicht einmal, dies öffentlich zu bekennen. Darüber enttäuscht zu sein, dass ein gewählter amerikanischer Präsident kein vom Ausland bezahlter und ins Amt gehievter Feind des Landes ist, das ist schon ein starkes Stück!

Trumps „Perverser Optimismus"

In dieselbe Kerbe schlägt der deutsche Blätterwald, allen voran der „Spiegel", der seit Jahren die lauteste „Trumpete" bläst. „Trumps perverser Optimismus" titelt David Böcking, der das „ermüdende Eigenlob" des Präsidenten bei seiner Eröffnungsrede beim WWF in Davos kaum ertragen konnte. Man könnte jetzt einwenden, dass weitaus ermüdendere Eigenlobreden von deutschen Politikern jeden Tag im Bundestag oder TV-Talk-Formaten gehalten werden, ohne dass der „Spiegel" davon mehr als still Notiz nähme. Man könnte auch einwenden, dass die Fakten Trump recht geben, dass die amerikanische Wirtschaft boomt, sogar die Banken stabil dastehen und trotz der Abwesenheit von CO_2-Steuer, Atomausstieg, wirtschaftlicher Gängelung und Bürokratie der CO_2-Ausstoß in den USA stärker sinkt als sonst irgendwo, aber dies würde das liebgewonnene „Orange Man Bad"-Narrativ kaputt machen.

Nein, „Spiegel", an der Rede Trumps gab es nichts auszusetzen und ein Blatt, dessen Chefetage ihre stumpfsinnigen Vorurteile gegenüber Amerika und amerikanischer Politik sich nicht zuletzt in der Bereitwilligkeit zeigte, die faktenfreien Rührstücke aus der Lügenküche eines Claas Relotius für bare Münze zu nehmen, (Motto: endlich schreibt mal jemand auf, dass die Amerikaner wirklich genau die Simpel mit Knarre sind, für die wir sie schon immer hielten) sollte mit dem Attribut „pervers" sehr sparsam sein!

Ich für meinen Teil mag meine Sommer warm, den Strom billig, Autofahren erschwinglich, Lebensmittel preiswert, Steuern niedrig und amerikanische Präsidenten optimistisch. Alles gute Gründe dafür, den „Spiegel" (abseits meiner dokumentarischen Bloggerpflichten) zu meiden.

Wenn Kirchenleute politisieren

Eine Gruppe von Kirchenoberen beklagt Missstände im Gazastreifen und im Westjordanland. Siedlungen betrachten sie als Friedenshindernis.

(Israelnetz) Katholische Bischöfe aus Nordamerika und Europa haben ihre jeweiligen Länder dazu aufgerufen, den „Staat Palästina“ anzuerkennen. Die Länder sollen dabei dem Vorbild des Vatikans folgen, der „Palästina“ 2015 anerkannte. Die Bischöfe fordern zudem die „Einhaltung internationalen Rechts zur Förderung des Friedens und der Gerechtigkeit“. Der Aufruf erfolgte nach einem Besuch der Gegend vom 11. bis 16. Januar.

Bei der Reise machten die Bischöfe im Gazastreifen, in Ostjerusalem und Ramallah Station. Den Gazastreifen bezeichneten sie dabei in einer Mitteilung vom 16. Januar als „Freiluftgefängnis“. Schuld daran seien Entscheidungen „aller Seiten“. Die Hoffnungen der Menschen seien dort reduziert auf frisches Wasser und Elektrizität.

„Komplizen der Besatzung“

Für das Westjordanland beklagten die Bischöfe die „Verdunstung der Hoffnung auf eine dauerhafte Lösung“. „Wir haben diese Wirklichkeit aus erster Hand erlebt, besonders, wie der Bau von Siedlungen und der Trennungsmauer jegliche Aussicht auf zwei Staaten, die in Frieden leben, zerstört.“ Manche Regierungen seien „Komplizen der Übel des Konfliktes und der Besatzung“ geworden. Um eine Lösung zu erreichen, müsse die internationale Gemeinschaft die Unterstützung für Siedlungen streichen. Zugleich müssten die Sicherheitsbedenken Israels Beachtung finden.

Die Bischöfe dankten zudem den Christen vor Ort für ihren Einsatz für eine „bessere Zukunft“, indem sie Dienstleistungen, Bildung und Arbeit für die verletztlichsten Menschen anböten. Darüber hinaus riefen sie Christen ihrer Heimatländer dazu auf, die Gegend zu besuchen.

Daniel LEAL-OLIVAS, AFP

Bischof Declan Lang aus England leitete die Delegation.

Die Bischöfe gehören der „Koordinationsgruppe Heiliges Land“ an, die die Bischofskonferenz von England und Wales 1998 ins Leben gerufen hat. Die Delegation leitete Bischof Declan Lang aus Clifton in England. Mit dabei waren Vertreter aus Italien, Irland, den skandinavischen Ländern oder Frankreich. Aus Deutschland beteiligte sich Udo Bentz aus Mainz an der Reise, aus der Schweiz Erwin Tanner, der Generalsekretär der dortigen Bischofskonferenz.

> „Den Gazastreifen bezeichneten die Bischöfe als „Freiluftgefängnis“.“

Nahost-Korrespondent Ulrich W. Sahm kritisierte das Programm der Reise. Die Bischöfe hätten „allein mit der – mangels Wahlen – nicht mehr legitimierten palästinensischen Regierung gesprochen und mit keinem einzigen israelischen Regierungsvertreter“. Zudem habe der Vatikan den „Staat Palästina“ anerkannt, obwohl dieser bis heute nicht ausgerufen sei. „Ihre einseitige anti-israelische Abschlusserklärung ist deshalb unglaubwürdig und wertlos.“

Wasser aus der Luft

Eine bahnbrechende israelische Erfindung gewinnt in Las Vegas einen Preis auf der weltweit größten Elektronikmesse.

(Israelnetz) Es klingt unglaublich und doch ist die Technologie bereits weltweit im Einsatz: Die israelische Firma Watergen baut Geräte, die Trinkwasser aus der Umgebungsluft erzeugen. Dafür ist sie nun auf der Consumers Electronics Show ausgezeichnet worden.

Watergen erhielt den Smart-Home-Exzellenz-Preis 2020 im Bereich Energieeffizienz für seinen Wassergenerator „Genny“. Dieser erzeugt mittels Wärmeaustausch-Technologie Trinkwasser aus Umgebungsluft: Bis zu 30 Liter pro Tag, etwa für eine Familie oder ein Büro.

Genny ist das kleinste Gerät aus dem Hause Watergen, das diese Technologie nutzt. Das Unternehmen stellt auch größere Versionen, wie den Gen-L, her, der 5.000 Liter Trinkwasser pro Tag, etwa für stadtferne Ortschaften oder Fabriken erzeugen kann.

Die Vorrichtungen filtern die Luft zunächst, um sie von Staub und Dreck zu reinigen. Dann setzt der patentierte Wärmeaustauschprozess ein. Das durch die Kondensation gewonnene Wasser wird danach gefiltert und mineralisiert. Das Ergebnis ist klares Trinkwasser. In dem eingebauten Speicher zirkuliert es stetig und bleibt so frisch. Für einen Liter benötigt Genny 250 Wattstunden Energie – fünfmal weniger als andere Wassergeneratoren. Bei deutschen Strompreisen entspricht das etwa sieben Cent. Genny kann gleichzeitig als Luftreiniger und -entfeuchter dienen.

Technologie mit höherem Ziel

Der Präsident von Watergen Nordamerika, Dan Clifford, freute sich über die Auszeichnung in Las Vegas: „Wir fühlen uns besonders geehrt, zum Energieeffizienzprodukt des Jahres der diesjährigen CES ernannt zu werden, denn dieser Preis unterstützt direkt einen der höchsten Werte, für die Watergen steht.“ Die Mission seines Unternehmens sei es, „unabhängig von äußeren Quellen“ zu machen und den Menschen „zu helfen, umweltfreundlicher zu werden“.

Der georgisch-israelische Vorsitzende des Unternehmens, Michael Mirilaschwili, sieht noch ein weiteres Ziel für seine Firma. Er sagte gegenüber der Zeitung „Jerusalem Post“: „Meine erste Priorität ist es nicht, Geld zu verdienen, sondern Menschen und dem Planeten zu helfen und Kiddusch HaSchem (Heiligung des Namens Gottes) zu machen.“

Im vergangenen Jahr spendete Watergen Gen-L-Systeme an Brasilien, Vietnam und Indien. Zudem versorgte es Bewohner in Texas und Florida nach den Wirbelstürmen Harvey und Irma 2017 mit Trinkwasser.

Hamburger Linkspartei-Kandidat bezeichnet die Mordmaschinerie der Nazis vor allem als „Klimaproblem“.

Die Pietätlosigkeiten kennen keine Grenzen mehr – selbst zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz.

Von Thomas M. Eppinger

„Heute vor 75 Jahren wurde Auschwitz befreit. Der Holocaust war eines der größten Verbrechen im 2. Weltkrieg. Die Nazis gehören auch zu den größten Klimasünder*innen, da ihr Vernichtungskrieg und ihre Panzer riesige Mengen an CO2 produziert haben. Viele Politiker sagen, dass sich das nicht wiederholen darf. Aber was tun sie gegen den Klima-Holocaust, der in diesem Moment Millionen Menschen und Tiere tötet? Greta Thunberg hat in Davos richtig gesagt, dass seit Beginn der Klimaproteste nicht genug getan wurde. Wir müssen die Klimaerwärmung jetzt stoppen damit sich ein Holocaust nicht wiederholt.

#NieWieder #climateaction #WeRemember #Klimaretten #auschwitz75“

Der adrette junge Mann, der das auf seiner Homepage, auf Facebook und auf Twitter gepostet hat, heißt Tom Radtke, ist 18 Jahre alt, Schüler, und kandidiert auf Platz 20 der Landesliste von DIE LINKE Hamburg für die Hamburger Bürgerschaftswahlen als „Wahlkreiskandidat für Alstertal-Walddörfer“.

Die Nazis brav gegendert und einen Blick fürs Wesentliche: Der Zweite Weltkrieg war nicht gut fürs Klima. Aus dem Mann wird noch was. Dass nach dem Tierholocaust der Klimaholocaust kommt, war nur eine Frage der Zeit. Apropos Tierholocaust:

„Die Frage ist nicht, ob wir den Holocaust der Nazis mit dem heutigen Tier-Holocaust vergleichen dürfen, die Frage ist vielmehr, ob die Nachfahren der Täter den jüdischen Opfern des Nazi-Holocaust verbieten dürfen, ihren eigenen erlebten Holocaust mit dem Tier-Holocaust zu vergleichen!

Was ist der Unterschied zwischen dem Menschen-Holocaust durch die Nazis und dem Tier-Holocaust durch die restliche Menschheit? Antwort: Die extrem größere Anzahl der Opfer beim Tier-Holocaust.“

Schreibt ein gewisser Dr. med. Ernst Walter Henrich von der PROVEGAN STIFTUNG. Tja, im Vergleich zum Fleischessen und Klimaruinieren war die Schoah eben nur ein Fliegenschiss, ein Hashtag unter vielen. #auschwitz75, #instacool, yeah.

Würdiges Gedenken. Aus der Geschichte gelernt. Nie wieder.

Deutschland 2020. Läuft.

Deutsche Panzer an der Ostfront. Oben - Tom Radtke

Das ewige Blabla von Israels vermeintlicher „Delegitimität“

Ein Schweizer Schriftsteller entlarvt die hartnäckigsten Lügen zum jüdischen Staat

Von Giuseppe Gracia (Achse des Guten)

Mitten unter uns wächst ein neuer Antisemitismus: die „Israel-Kritik“, die den einzigen jüdischen Staat auf der Welt so negativ beurteilt wie keinen anderen. Dies zeigt ein Video des jüdischen Publizisten Dennis Prager. Es geht um eine Analyse verbreiteter Anti-Israel-Argumente. Etwa das Argument, Israel sei nicht legitim wegen seiner ungerechten, blutigen Entstehungsgeschichte. Dabei wird so getan, als sei die Geschichte der anderen, knapp 200 anerkannten Staaten auf der Welt gerecht und unblutig. Auch wird die Tatsache verschwiegen, dass es auf dem heutigen Gebiet Israels in den letzten 3.000 Jahren nur zwei unabhängige Staaten gab: beide waren jüdisch, und beide wurden von Invasoren zerstört. Es gab dort zu keiner Zeit einen arabischen oder muslimischen Staat.

Der Schweizer Autor Giuseppe Gracia.

Israel-Gegner behaupten ferner, das Land sei rassistisch. Dabei ist Israel der einzige Rechtsstaat im Nahen Osten, in dem Juden, Muslime, Christen und Atheisten die gleichen Rechte genießen. Jeder zweite Einwohner ist nicht weiß und jeder fünfte kein Jude. Außerdem ist eine israelische Mehrheit für die „Zwei-Staaten-Lösung“: So wurde den „Palästinensern“ in den letzten Jahrzehnten fünfmal ein eigener Staat angeboten. Sie haben ihn jedes Mal abgelehnt, denn sie akzeptieren keinen jüdischen Staat, unter welchen Bedingungen auch immer.

Bedenklich in diesem Zusammenhang ist die Rolle der UNO, die jedes Jahr mehr Resolutionen gegen Israel als gegen alle anderen Länder veröffentlicht. Rechnet man alle Resolutionen gegen China, Nordkorea, Syrien, Russland, Iran, Saudi-Arabien und die Hamas zusammen, kommt Israel immer noch schlechter weg. Man misst offensichtlich mit zweierlei Maß, um eine allgemeine Stimmung gegen Israel zu erzeugen. Hier spielen überall in Europa, wie auch in den USA, linke und grüne Politiker eine traurige Rolle.

Natürlich darf jeder Mensch Kritik an der israelischen Regierungspolitik üben. Dabei muss aber klar sein: Wer Israel für Dinge kritisiert, die er bei anderen Staaten akzeptiert, ist ein Antisemit. So wie jene, die Israel das Existenzrecht absprechen. Sie leisten geistige Mithilfe an einem neuen Judenhass. Einem Hass, den viele westliche Medien durch einseitige, anti-israelische Berichterstattung mitverantworten.

Giuseppe Gracia (52) ist Schriftsteller und Medienbeauftragter des Bistums Chur. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Diese Kolumne erschien zuerst im Schweizer „BLICK“.

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen
Flüge weltweit | Reiseberaatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

www.TUS-REISEN.COM

Das Heilige Land
GRUPPENREISEN NACH ISRAEL
Ganzjährig möglich
AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen SIe über unser Reisebüro
Flüge nach Israel mit:
EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP ***AB 99€***

HOTELS:
TEL AVIV
Armon Hayarkon 3* 461€ |7T| ÜF
JERUSALEM
Prima Park 3* 392€ |7T| ÜF
NETANYA
Galil 3* 337€ |7T| ÜF

NEU ***EXCLUSIVE TOURS*** TuS Reisebüro

- **Sri-Lanka** ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)
- VIETNAM ab ***1920€*** (15 Tage)
- MADEIRA ab ***699€*** (7 Tage)
- GEORGIEN ab ***650€*** (7 Tage)
- ASERBAIDSCHAN ab ***850€*** (7 Tage)
- ST. PETERSBURG ab ***450€*** (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)
Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP
Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP
Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:
Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket
DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.
Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit
Spanien ab 370€
Italien ab 470€
Zypern ab 360€
Emirates ab 880€
Kuba ab 970€
Griechenland ab 480€
Türkei ab 385€
Kanaren ab 525€
Thailand ab 760€
Bali ab 990€

Адрес: Kantstr. 97, 10627 Berlin, Тел: 030/217 61 17, 375 911 31 E-Mail: info@tus-reisen.com Web: www.TUS-REISEN.com

Deutsche Medien-Vorwürfe gegen Netanjahu: Verriss um jeden Preis

Die ARD verwechselt in ihrer Berichterstattung über Korruptionsvorwürfe gegen den israelischen Premier Wunsch und Wirklichkeit.

Von Ulrich W. Sahm

„Netanjahu ist offiziell angeklagt", behauptete die ARD am 31. Dezember 2019 zur besten Sendezeit. Und wieder einmal entsprang das, was hier vom Ersten Deutschen Fernsehen behauptet wurde, der Fantasie von Leuten, die offenbar zwischen Wunsch und Wirklichkeit nicht unterscheiden können.

Zwar wird tatsächlich seit Jahren über Korruption und Bestechlichkeit von Netanjahu diskutiert und spekuliert, und seit langem ermittelt auch die Polizei. Der Rechtsberater der Regierung und Staatsanwalt Avichai Mandelblit hat auch immer wieder die Absicht bekundet, in vier Fällen eine Anklageschrift gegen Netanjahu einreichen zu wollen. Doch bisher gibt es nirgendwo einen Hinweis, dass sich Mandelblit mit allen notwendigen Vollmachten an ein Gericht gewandt und die fällige Gebühr gezahlt hätte.

Menahem KAHANA, AFP

Staatsanwalt Avichai Mandelblit

Der Wunsch war Vater des Gedankens

Solange dieser formale Schritt aber nicht getan ist, sollten sich auch die Kollegen an die Regeln des Journalismus halten. Einer der deutschsprachigen Korrespondenten, der voreilig behauptet hatte, dass schon eine Anklage vorliege, antwortete schriftlich auf die Anfrage, wann und wo denn Anklage erhoben worden sei:

„Wahrscheinlich war bei mir der Wunsch so sehr Vater des Gedankens, dass ich das ‚Detail' übereilt formuliert habe."

Interessant ist dann auch noch der angefügte Zusatz zu dem Eingeständnis des Fehlers:

„Ich hoffe aber trotzdem, dass Du jetzt nicht ins Lager der Bibi-Verteidiger übergeschwenkt bist."

Liebe Kollegen, Netanjahu ist es völlig egal, ob wir ihn verteidigen oder verdammen, denn Journalisten aus Europa sind im Allgemeinen keine Wähler – und was wir von unserer deutschen Warte aus über eine Sache persönlich denken, ist hier in Israel völlig irrelevant. Denn wenn eines sicher ist, dann die Tatsache, dass die Knesset in Jerusalem steht, und weder im ARD-Studio in Tel Aviv noch in München, Hamburg oder Berlin die israelische Politik bestimmt wird.

Wenn deutsche Korrespondenten aus dem Ausland für deutsche Medien berichten, klingt es ja oft, als würden sie Wahlkampf betreiben. Da wird gegen Trump oder Johnson angeschrieben, als gälte es, das eigene geliebte Heimatdorf gegen die Übernahme einer feindlichen Macht zu verteidigen. Legendär peinlich für die ganze Zunft war die Berichterstattung deshalb nicht nur aus Israel, sondern auch die aus New York und London vor den jeweiligen Wahlen. Beiträge aus der Kategorie Wunschkonzert ändern dabei zwar nichts an den Fakten, ruinieren aber den Ruf des deutschen Journalismus insgesamt und nachhaltig.

Die Anklageschrift gegen Netanjahu

Vorerst kann man ehrlich nur behaupten, dass Netanjahu „unter Verdacht" stehe, und dass die Polizei gegen ihn ermittle. Mehr weiß man nicht.

Auch wenn die formale Anklage gegen Netanjahu noch nicht beim Gericht eingereicht worden ist, hat Staatsanwalt Mandelblit immerhin die von seinem Team ausgearbeitete Anklageschrift schon veröffentlicht. Sie ist auf Hebräisch und in englischer Übersetzung für jedermann einsehbar.

Jack Guez, AFP

Die Eheleute Netanjahu

Der vollständige Text füllt fast 90 volle Seiten in der englischen Übersetzung. Viele Abschnitte sind sehr juristisch abgefasst, manches jedoch auch allgemein verständlich.

So wird Netanjahu vorgeworfen, mit zwei Multimillionären „befreundet" zu sein: dem in Israel geborenen Hollywood-Produzenten und Milliardär Arnon Milchan sowie dem australischen Millionär James Packer.

Bemerkenswert sind die Gastgeschenke, die diese reichen Leute ihrem „Freund" bei Treffen mitgebracht haben sollen. Insgesamt seien da Zigarren, Champagner-Flaschen und Schmuck im Wert von fast 130.000 Euro überreicht worden. „Bei jedem Mal und in jeder Lieferweise erhielten Sie von Milchan eine Kiste oder Kisten mit Zigarren, anstelle einer einzigen Zigarre. Jede Kiste mit 10 bis 25 Zigarren war zwischen 2.000 und 3.000 Schekel wert", schreibt der Staatsanwalt.

Am Ende der Schrift gibt es eine Aufstellung des finanziellen Wertes der insgesamt gespendeten Zigarren und Champagner-Flaschen.

Einen Nichtraucher mit Zigarren bestechen?

Dem Umstand, dass ein Hausarzt des Premierministers festgestellt hat, dass sein Klient das Rauchen schon vor Jahren aufgegeben habe, wird offenbar keine Bedeutung beigemessen. Ebenso ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt völlig offen, ob die in der Anklageschrift genannten Beträge plausibel sind oder nicht.

Immerhin ist ein früheres Verfahren gegen Netanjahus Frau Sara eingestellt worden, nachdem ihr vorgeworfen worden war, Flaschenpfand in die eigene Tasche gesteckt zu haben. Da das Pfand pro Flasche in Israel umgerechnet etwa 7 Cent beträgt, hätte sie täglich Pfandflaschen mit Lastwagen zum Supermarkt transportieren lassen müssen, damit die in der Anklage genannten Summen hätten zustande kommen können.

Niemand kann heute mit Gewissheit sagen, welche Anklagepunkte gegen Netanjahu vor Gericht Bestand haben könnten, da das Verfahren noch nicht einmal eröffnet wurde. So unsicher die strafrechtliche Substanz der Vorwürfe ist, so sicher ist der politische Schaden für Netanyahu. Doch ob Netanjahu am Ende ohne Champagner und Zigarren im Gefängnis landet, wie sein Amtsvorgänger Ehud Olmert, weiß heute noch keiner.

Aber eines ist sicher: Die Entscheidung trifft ein israelisches Gericht – und ein gültiges Urteil über den Ministerpräsidenten des jüdischen Staates wird ganz bestimmt nicht in einer deutschen Redaktionsstube geschrieben.

Trumps neuer Nahost-Friedensplan

US-Präsident Trump hat seinen seit langer Zeit angekündigten „Jahrhundertdeal“ präsentiert. Ein Überblick.

MANDEL NGAN , AFP

Trump und Netanjahu bei der Verkündung des neuen Friedensplans im Weißer Haus am 28. Januar 2020

Von Sandro Serafin (Israelnetz)

US-Präsident Donald Trump spricht sich mit seinem Friedensplan für die viel zitierte „Zwei-Staaten-Lösung“ aus. Dennoch widerspricht der Plan in vielem dem, was insbesondere europäische Politiker immer wieder postulieren. So erhält Israel unter anderem die Erlaubnis, das Jordantal zu annektieren.

Der Plan selbst spricht von einer „realistischen Zwei-Staaten-Lösung“. „Über Jahrzehnte wurden viele Vorschläge und Ideen vorangebracht, aber Elemente dieser Pläne waren nicht durchsetzbar angesichts der Realitäten vor Ort“, heißt es darin. Und: „Es ist unproduktiv, vergangene Narrative zu wiederholen.“ Vielmehr gelte es, in die Zukunft zu blicken. Das sind die wichtigsten Punkte des „Jahrhundertdeals“:

Westjordanland

Der Plan sieht die Gründung eines „palästinensischen“ Staates vor, der 97 Prozent der derzeit im Westjordanland lebenden „Palästinenser“ umfasst. Insgesamt soll der Staat – den Gazastreifen eingeschlossen – eine Fläche umfassen, die „vergleichbar“ ist mit dem arabisch kontrollierten Territorium vor dem Sechs-Tage-Krieg 1967. Zu diesem Zweck sollen beide Seiten Land austauschen. Israel darf „die große Mehrheit der Siedlungen“ und das gesamte Jordantal in sein Staatsgebiet integrieren. Dort arbeitende „palästinensische“ Farmer sollen ihre Arbeit jedoch fortführen können. Im Gegenzug könnten mehrere arabische Gemeinden, die derzeit zu Israel gehören und am westlichen und nordwestlichen Rand des Westjordanlandes liegen, darunter Umm al-Fahm, „palästinensisch“ werden. Israel verpflichtet sich zugleich, während möglicher Verhandlungen keine weiteren Siedlungen zu errichten und auf den Abriss „palästinensischer“ Häuser zu verzichten. Insgesamt spricht der Plan von „signifikanten territorialen Kompromissen“ Israels, die es den „Palästinensern“ ermöglichten, einen lebensfähigen Staat aufzubauen. Es sei eine historische Seltenheit, dass sich ein Land aus Gebieten zurückzieht, die es in einem Verteidigungskrieg erobert hat, betont er mit Blick auf Israel.

Gazastreifen

Den zweiten Teil des „palästinensischen“ Staates soll der Gazastreifen bilden. Er wird laut Vorschlag mit zwei kleinen Gebieten in der Negev an der Grenze zu Ägypten verbunden, die Israel an die „Palästinenser“ abtritt. Hier kann unter anderem eine Industrie-Zone entstehen. Diese Gebiete waren schon im UN-Teilungsplan 1947 für einen arabischen Staat vorgesehen gewesen. Die Kontrolle des Gazastreifens soll an die zentrale „palästinensische“ Regierung zurückgehen. Derzeit beherrscht die radikal-islamische Hamas das Territorium. Diese soll nur Teil einer künftigen Regierung werden dürfen, wenn sie ihre Waffen abgibt und sich „dem Weg des Friedens verpflichtet“.

Jerusalem

Für einige Verwirrung hatten bei der Vorstellung des Plans am Dienstagabend israelischer Zeit die Aussagen von US-Präsident Donald Trump über Jerusalem gesorgt. Trump betonte mit Nachdruck, dass Jerusalem die „ungeteilte – sehr wichtig – die ungeteilte“ Hauptstadt Israels bleiben werde. Im weiteren Verlauf seiner Rede sprach er jedoch zugleich von Ostjerusalem als Hauptstadt eines „Palästinenser“-Staates. Ein Blick in den Plan ergibt: Jerusalem wird, einschließlich der Altstadt, ungeteilte israelische Hauptstadt. Vor 1967 sei „ein geteiltes Jerusalem Quelle großer Spannungen gewesen“, heißt es im Plan zur Begründung. Die israelische Sperranlage soll gleichzeitig bestehen bleiben. Alle Stadtteile östlich und nördlich davon – Vororte wie Abu Dis – sollen zur Hauptstadt „Palästinas“ werden. Araber, die westlich der Sperrmauer leben, aber im Osten Jerusalems, können entweder israelische oder „palästinensische“ Staatsbürger werden oder ihren Status als Bewohner mit Daueraufenthaltsgenehmigung behalten. Der Großteil der Araber in Ostjerusalem lehnt den israelischen Pass bislang ab.

Heilige Stätten

Ausführlich geht der Plan auf die Interessen der drei Weltreligionen an Jerusalem ein. Gleichzeitig lobt er, dass Israel „anders als zahlreiche vorherige Mächte“ den religiösen Status quo vor Ort gewahrt habe. „Wir glauben, dass diese Praxis fortgesetzt werden soll“, heißt es. Dies betreffe insbesondere die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Tempelberg, der derzeit von der jordanischen Waqf-Behörde verwaltet wird. Für Unklarheiten sorgt jedoch einer der Folgesätze. Demnach sollen künftig Menschen „jeden Glaubens“ die Möglichkeit haben, auf dem Tempelberg zu beten. Derzeit ist nur Muslimen das Gebet vor Ort erlaubt. Israelische Polizisten sorgen heutzutage dafür, dass Juden sich daran halten. Zum umstrittenen Grab der Patriarchen in Hebron, in dem sich sowohl eine Synagoge als auch eine Moschee befinden, trifft der Plan – anders als zuvor teilweise spekuliert wurde – keine Aussagen.

Infrastruktur

Die zersplitterten Territorien der beiden Staaten sollen mithilfe eines „innovativen Netzwerks an Straßen, Brücken und Tunneln“ verbunden werden und so Bewegungsfreiheit sicherstellen. Dies soll die Notwendigkeit von Checkpoints reduzieren. Zwischen Westjordanland und Gazastreifen soll eine „Hochgeschwindigkeitsstraße“ entstehen, die „über oder unter“ israelischem Territorium verlaufen kann. Gleichzeitig erhält der „palästinensische“ Staat Zugang zu „ausgewiesenen Einrichtungen“ an Israels Häfen in Haifa und Aschdod, um Güterverkehr abzuwickeln. Fünf Jahre nach Unterzeichnung des Friedensplans könnte schließlich über einen eigenen Hafen für Gaza und einen kleinen Flughafen nachgedacht werden, heißt es in dem Text.

Flüchtlinge

„Der arabisch-israelische Konflikt hat sowohl ein palästinensisches, als auch ein jüdisches Flüchtlingsproblem geschaffen“, stellt der Plan fest. Die arabischen Flüchtlinge seien „auf grausame und zynische Weise in einem Schwebezustand gehalten worden, um den Konflikt am Leben zu halten“. Vorschläge, die das Rückkehrrecht der „Palästinenser“ postulieren oder milliardenschwere Kompensationen versprochen hätten, seien „nie realistisch“ gewesen. Die Zahl der arabischen Flüchtlinge des Unabhängigkeitskriegs wird gemeinhin auf 700.000 beziffert. Bei „Palästinensern“ wird der Flüchtlingsstatus aus UN-Sicht jedoch vererbt. Der Plan sieht nun drei Optionen für die arabischen Flüchtlinge vor: Die Aufnahme in den „palästinensischen“ Staat, die Integration in die arabischen Gastländer oder die Umsiedlung in andere Staaten der „Organisation für Islamische Zusammenarbeit“. Ein Fonds soll Kompensations-Zahlungen ermöglichen. Gleichzeitig müsse auch Israel einen Ausgleich für die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge erhalten. Das Problem

Die Landkarte zu Trumps Plan.

der arabischen Flüchtlinge gilt als eines der Hauptprobleme des Konflikts.

Sicherheit

Der Plan postuliert einen „Vorrang der Sicherheit“ und nimmt an verschiedenen Stellen ausführlich auf Israels Sicherheitsinteressen etwa im Jordantal Bezug. „Die Vereinigten Staaten würden Israel nur um Kompromisse bitten, von denen wir glauben, dass sie den israelischen Staat und das israelische Volk kurz- und langfristig sicherer machen“, heißt es an einer Stelle. Demnach soll „Palästina“ zwar so viel Sicherheitsverantwortung übernehmen wie möglich. Jedoch sieht der Plan eine Demilitarisierung des künftigen Staates vor. Israel behält eine „übergeordnete Sicherheitsverantwortung für den Staat Palästina“. Konkret bedeutet das unter anderem eine volle Kontrolle über den Luftraum westlich des Jordan. Auch die Zubringerstraßen zu den „palästinensischen“ Gebieten sollen israelischer Sicherheitsverantwortung unterliegen. Ebenso sollen „palästinensische“ Baugenehmigungen in Grenzregionen unter israelischem Sicherheitsvorbehalt stehen. Dennoch ist es das Ziel, den israelischen „Sicherheits-Fußabdruck“ zu „minimieren“. Dies soll davon abhängen, inwiefern „Palästina“ bestimmte Sicherheitsanforderungen erfüllt. Ein „Sicherheitsüberprüfungsausschuss“, bestehend aus Vertretern Israels, der Palästinenser und der USA, soll darüber wachen.

Liberalisierung

Der künftige „palästinensische“ Staat soll einer liberalen Ordnung folgen, also transparent sein, eine unabhängige Justiz, Menschenrechte, Religions- und Pressefreiheit sowie ein demokratisches System gewährleisten. Gleichzeitig soll die Korruption bekämpft werden. Der Plan fordert außerdem eine Überarbeitung der Lehrpläne und Textbücher, aus denen aufhetzende Passagen entfernt werden sollen. Die Zahlung von Renten an „palästinensische“ Terroristen soll eingestellt werden.

Gefangene

Das Abkommen sieht eine Entlassung „palästinensischer“ Gefangener aus israelischen Gefängnissen vor. Davon ausgeschlossen sind unter anderem verurteilte Mörder. Bedingung für die Entlassung ist ein Bekenntnis zur Ko-Existenz und die Herausgabe aller Israelis, die sich derzeit in „palästinensischer“ Hand befinden. Unklar bleibt, ob dies auch die Leichen toter Israelis wie des Soldaten Hadar Goldin in Gaza einschließt.

Wirtschaft

Bereits im vergangenen Juni hatten die USA ihre wirtschaftliche Vision für die Lösung des Nahostkonflikts vorgestellt. Der wirtschaftliche Teil macht die Hälfte des Plans aus. Er verspricht, das „palästinensische“ Bruttoinlandsprodukt innerhalb von zehn Jahren mehr als zu verdoppeln, eine Million Arbeitsplätze zu schaffen und die Armutsrate mehr als zu halbieren. Dafür sollen die „Palästinenser“ etwa 50 Milliarden Dollar erhalten. Hinzu kommt der Vorschlag einer Freihandelszone „Palästinas“ mit Jordanien und den USA. So soll das Land unabhängig von internationalen Hilfen werden.

Arabische Länder

Der Plan plädiert für eine breitere Kooperation zwischen Ägypten, Jordanien und Israel und schlägt die Gründung einer „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten“ vor. Bei der Vorstellung durch US-Präsident Trump waren Botschafter aus dem Oman, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten anwesend. „Das Ziel dieser Vision ist es, eine Kooperation zwischen den arabischen Staaten und Israel zum Vorteil aller Länder herzustellen“, heißt es: „Angesichts gemeinsamer Bedrohungen und Interessen entstehen einstmals unvorstellbare Gelegenheiten und Allianzen.“

Mit dem Plan haben die USA einen neuen Anlauf unternommen, die jahrzehntealte Auseinandersetzung zwischen Israelis und „Palästinensern“ einer Lösung zuzuführen. Nun sind die Konfliktparteien an der Reihe: „Die finalen, spezifischen Details der Vereinbarung müssen direkt zwischen den Parteien ausgearbeitet werden“, heißt es in dem Text. Die „Palästinenser“ lehnen bisher jede Diskussion über die Vorschläge ab.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- **Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.**
- **Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.**
- **Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.**
- **Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.**
- **Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.**
- **Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.**

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

David Ben-Gurion über die religiöse Bedeutung von Hebron für das jüdische Volk

OObwohl Israels Staatsgründer durch und durch säkular war, war auch ihm die historische Bedeutung Judäas und Samarias für das Judentum bewusst.

Von David Lange (Israellycool)

David Ben-Gurion, Israels erster Premierminister, hat ein säkulares Leben geführt, das ist kein Geheimnis. Was viele nicht begreifen, ist sein Wissen über und sein Respekt vor der Torah.

Ben-Gurion wurde gebeten, das Vorwort zum Buch „Sefer Hebron" (Das Buch von Hebron) von Oded Avisar (1970) zu schreiben und hier ist, was er schrieb:

„Drei goldene Städte nehmen einen einzigartigen Platz in der alten Geschichte unseres Volkes ein: Sichem, Hebron und Jerusalem. Im Buch Genesis (Bereschit) werden wir unterrichtet, dass Terach seinen Sohn Abraham, seinen Neffen Lot und seine Schwiegertochter Sara, Abrahams Frau, mit sich nahm und die Stadt Ur (Anm. d. Red.: im heutigen Irak) verließ, um nach Kanaan zu reisen. Auf dem Weg erreichten sie Haran und rasteten dort. Terach starb in Haran.

Der Allmächtige sagte zu Abraham: „Gehe aus deinem Lande und aus deiner Verwandtschaft und aus deines Vaters Hause, in das Land, das ich dir zeigen werde. … Und Abraham ging hin, wie der Ewige ihm gesagt hatte…, und nahm Sara, sein Weib, und Lot, seines Bruders Sohn, und alle ihre Habe, die sie erworben, und die Seelen, die sie in Haran gewonnen hatten, und sie zogen aus, um in das Land Kanaan zu gehen; und sie kamen in das Land Kanaan. Und Abram durchzog das Land bis zu dem Orte Sichem, … und der Ewige erschien dem Abraham und sprach: Deinen Nachkommen will ich dieses Land geben. Und er baute daselbst dem Ewigen, der ihm erschienen war, einen Altar. … Und Abraham zog fort, immer weiter ziehend, nach dem Süden….und Abraham errichtete sein Lager und ließ sich in den Ebenen von Mamre in Hebron nieder und baute dem Allmächtigen einen Altar." (Genesis, 12)

Der erste Krieg in der jüdischen Geschichte

Die jüdische Geschichte begann in Hebron. In Hebron…dort wo sich die ersten jüdischen Streitkräfte erhoben, die mit vier großen Königen kämpften…weil diese sich Abrahams Neffen und seine Habe genommen hatten. Als Abraham in Hebron davon hörte, mobilisierte er eiligst 318 seiner Gefährten und folgte den vier Königen nach Dan im Norden, wo er sie die ganze Nacht über belagerte und besiegte. Dann rettete er die Habe seines Neffen Lot, die Frauen und den Rest der Gefangenen. Das war der erste Krieg in der jüdischen Geschichte, der nicht nur mit einem Sieg endete, sondern auch mit der Verdeutlichung der Geistesgröße Abrahams…

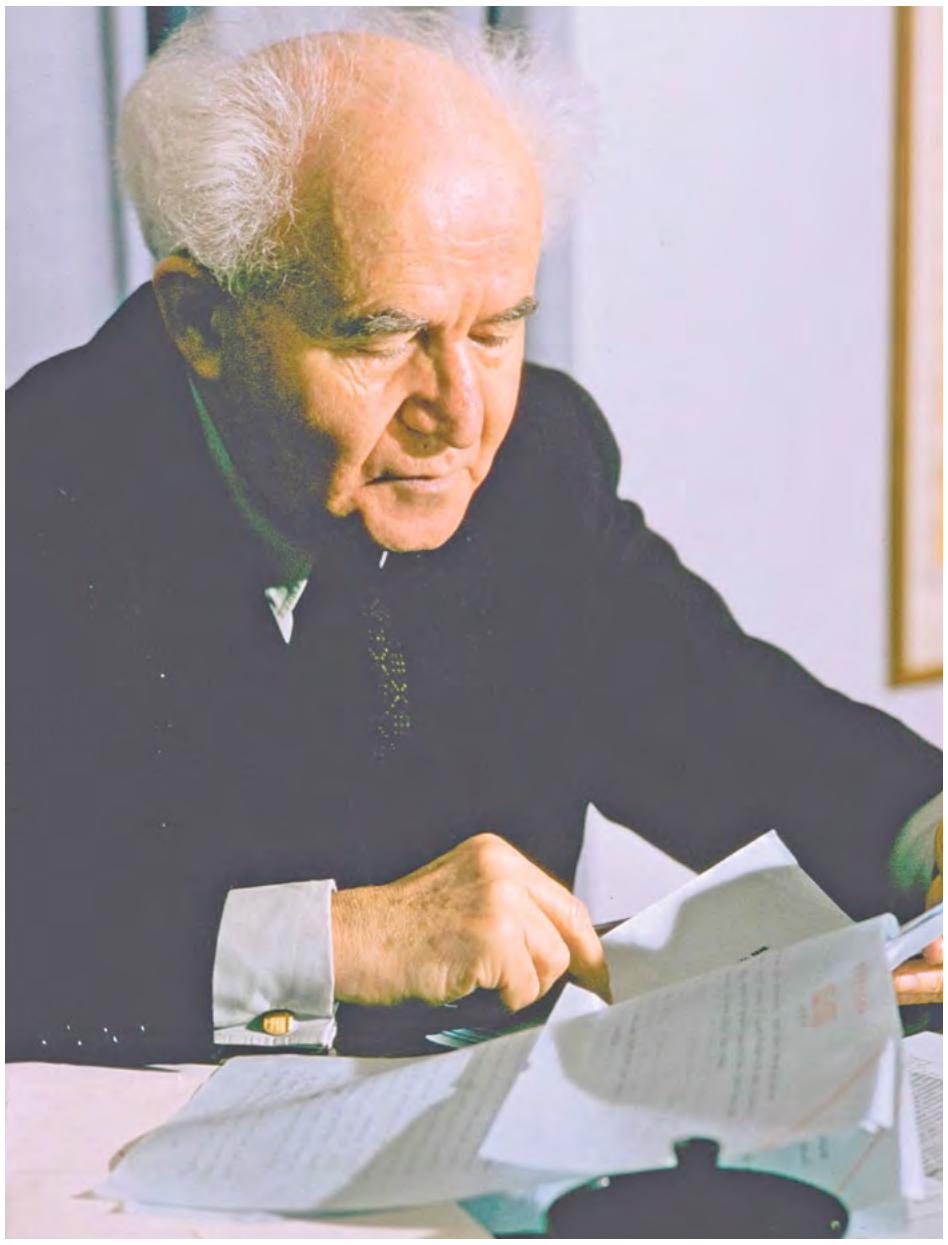
Als Sara mit 127 Jahren in Hebron starb, wandte sich Abraham den Hethitern zu, ihm eine Grabesstelle zu überlassen. Nach langen und gewundenen Verhandlungen mit den Hethitern bezahlte Abraham vierhundert Silberschekel an Efron für sein Feld und alle angrenzenden Bäume, und das Land wurde sein Eigentum. Und als Abraham 38 Jahre später starb, wurde er mit seinen Söhnen Isaak und Ischmael in einer Höhle begraben, die Abraham von den Hethitern gekauft hatte.

> Hebron ist es wert, Jerusalems Schwester zu sein.

Vor seinem Tod in Ägypten, nachdem er dort seinen Sohn Joseph besucht hatte, ließ sich Jakobs von seinen Söhnen versprechen, mit seinen Vätern „in der Grotte in Hebron, auf dem Feld Efrons, des Hethiters, begraben zu werden, wo Abraham und seine Frau Sarah, Isaak und seine Frau Rebecca lagen und wo ich Lea begraben habe." (Genesis 49:29, 31). Und genau das taten Joseph und seine Brüder. Es ist daher klar, dass nur die drei Patriarchen und die drei Erzmütter des jüdischen Volks in der Höhle von Machpela begraben wurden.

Grab der Patriarchen in Hebron

Trotzdem ist die Bedeutung von Hebron nicht nur durch seine Rolle im Leben der Patriarchen und Erzmütter unseres Volkes bedingt. Nachdem Saul, der erste König Israels, sich im Krieg gegen die Philister in sein eigenes Schwert stürzte, damit er nicht gefangengenommen werden möge, und David ihn als König abgelöst hat, befragte David den Ewigen: „Soll ich in eine der Städte Judas hinaufziehen? Der Ewige antwortete ihm: Zieh hinauf! David fragte: Wohin soll ich ziehen? Er antwortete: Nach Hebron. David zog also nach Hebron … Dann kamen die Männer Judas und salbten David dort zum König über das Haus Juda." (2 Sam, 2-4) Schließlich, nach dem Tod von Abner, Heerführer der Armee Sauls: „Alle Stämme Israels kamen zu David nach Hebron und sagten: Wir sind doch dein Fleisch und Bein. Schon früher, als noch Saul unser König war, bist du es gewesen, der Israel hinaus und wieder nach Hause geführt hat. Der Allmächtige hat zu dir gesagt: Du sollst der Hirt meines Volkes Israel sein, du sollst Israels Fürst werden. Alle Ältesten Israels kamen zum König nach Hebron; der König David schloss mit ihnen in Hebron einen Vertrag vor dem Allmächtigen und sie salbten David zum König von Israel." (2 Sam 5, 1-3) So bildete sich in Hebron das bedeutendste königliche Geschlecht, das Israel jemals führte.



Ben Gurion 1959

Die Stellung von Jerusalem

Die Stadt Jerusalem, die im Laufe der Zeit, von der Krönung Davids bis zu unseren Tagen, nicht nur die kostbarste und heiligste Stadt des Landes Israels wurde, sondern eine der verehrtesten Städte der Welt, wird in allen fünf Büchern der Torah überhaupt nicht erwähnt. Später, nach der Herrschaft Davids, der die Stadt Jerusalem von den Jebusitern übernommen hatte und zur ewigen Hauptstadt Israels gemacht hatte, baute sein Sohn König Salomon den Beit HaMikdach (Tempel) in ihr. Nachdem Solomon gestorben war, kam das Volk Israels, um seinen Sohn Rehabeam zu krönen, nicht in Jerusalem, sondern in Sichem zusammen. Und von den vierzig Jahren der Herrschaft Davids, regierte er siebeneinhalb in Hebron, während Jerusalem – obwohl nicht in der Torah erwähnt – von Israels größtem König zur heiligsten Stadt gemacht wurde.

Dennoch vergessen wir nicht: die Anfänge des größten Königs Israels liegen in Hebron, der Stadt, in die der erste Jude 800 Jahre vor König David kam, und wir würden einen großen und schrecklichen Fehler machen, wenn wir uns nicht in Hebron, dem Nachbarn und Vorreiter von Jerusalem, mit einer großen und immer wachsenden jüdischen Siedlung niederlassen würden. Das wird auch für unsere arabischen Nachbarn ein Segen sein. Hebron ist es wert, Jerusalems Schwester zu sein.

David Ben Gurion
Sdeh Boker
18 Shvat 5730
25. Januar 1970

Die Tatsache, dass selbst ein säkularer Regierungschef wie Ben-Gurion die religiöse Bedeutung von Hebron verstanden hatte, sollte uns klarmachen, was dieses Land dem jüdischen Volk bedeutet.

Übersetzung aus dem Englischen von Jan Bentz

Als ein Araber für ein paar Tage Präsident von Israel war

Trotz ungerechtfertigter Apartheids-Vorwürfen steigen Angehörige religiöser Minderheiten in Israel in höchste Ämter auf – in den islamischen Staaten nahezu nie.

Von Anastasia Iosseliani

Der Druse Madschalli Wahbi war 2007 für kurze Zeit Staatspräsident des jüdischen Staates.

Ein guter Freund hat mich zu diesem Text inspiriert, in dem es um die vermeintliche Diskriminierung von Muslimen in islamischen Staaten geht. Länder wie die arabischen Staaten, Afghanistan, der Iran und die Türkei werden seit 1.400 Jahren nur von Moslems regiert und da fühlen sich die Islamisten diskriminiert? Lächerlich! Von wem sollen die Islamisten diskriminiert worden sein, etwa von ihresgleichen?

Außer Atatürk, der wahrscheinlich Atheist oder Agnostiker gewesen ist, und dem Oppositionsführer, Kemal Kılıçdaroğlu, der Alevit ist, hat die Türkei es noch nicht erlebt, dass jemand, der nicht-sunnitischer Moslem ist, irgendeine Machtposition besetzt. Das Gleiche ist im Iran zu beobachten – selbst unter dem Schah, der selber nichts anderes als schiitischer Moslem gewesen ist, obwohl er Familienangehörige hatte, die zum Katholizismus konvertiert waren, nämlich unter anderen seine Schwester Shams Pahlavi. Religiösen Minderheiten wie Bahai, Zoroastern und Juden waren Ministerposten verwehrt, weil der schiitische Klerus schon Sturm lief, als es um Dinge wie die sogenannte «Weiße Revolution» ging und deshalb Gerüchte verbreitete, dass die schiitisch-muslimischen Minister des Schahs, wie zum Beispiel Amir-Abbas Hoveyda, insgeheim doch Bahai, Zoroaster oder gar Atheisten waren, was von den Betroffenen und dem Schah natürlich heftig dementiert wurde. Das jedoch änderte nichts daran, dass der Klerus in Ghom tobte, die Massen gegen vermeintliche und echte, erfolgreiche Minderheiten aufstachelte, wie gegen den Architekten Hossein Amanat, der Bahai war, und deshalb nach 1979 den Iran verlassen musste und im Exil, in Kanada gestorben ist. Dieser Hossein Amanat hat das Wahrzeichen des «neuen Iran», den «Borj-E Azadi» (dt:Turm der Freiheit), entworfen. Auch der erfolgreiche, jüdische Geschäftsmann Habibollah Elghanian, der nach der Islamischen Revolution der erste Jude und einer der ersten der Zivilisten war, die vom Regime hingerichtet wurden, erregte den Zorn des schiitischen Klerus. Während vor 1979 im Iran, respektive vor 2003 in der Türkei, in staatlichen Einrichtungen religiöse Symbole, darunter das Kopftuch verboten waren, wurde keinem Moslem und keiner Muslima sonst die Religionsausübung verboten.

Eine seltene Ausnahme gibt es in Tunesien

Der Opfermythos von Islamisten ist demnach nichts weiter als Lug und Trug, der islamische Chauvinismus dagegen sehr real. Und darunter leiden nicht-muslimische Minderheiten ganz konkret, weil sie dort nur Bürger zweiter Klasse sind und es nicht einmal wagen können, davon zu träumen Minister oder dergleichen werden zu können. Die einzige Ausnahme in der arabischen Welt, die die Regel bestätigt, ist Tunesien, das derzeit einen jüdischen Tourismusminister hat. Währenddessen wurde in der Islamischen Republik Iran der Zoroaster Sepanta Niknam, ein Stadtrat aus Yazd, seines Amtes enthoben und ins Gefängnis gesteckt, weil er es «gewagt» hatte, in der Islamischen Republik Kommunalpolitik zu machen. Später wurde diese Entscheidung, aufgrund des Drucks durch Menschenrechtler revidiert. Doch dieser Fall zeigt exemplarisch den islamischen Chauvinismus gegenüber Nicht-Muslimen.

Andere Staaten wie zum Beispiel Israel zeigen, dass es besser geht. Der Jude unter den Staaten, Israel, hatte nicht-jüdische Minister wie den Drusen Ayoub Kara und mit Madschalli Wahbi als amtierenden Präsidenten sogar für kurze Zeit einen nicht-jüdischen Staatschef! Selbst das kleine Georgien hat es geschafft, in den letzten 100 Jahren drei jüdische Minister zu haben, nämlich Zurab Zhvania (der sogar Premierminister war), Temur Iakobashvili und Davit Kezerashvili. Und Frankreich hatte mit Leon Blum gar einen jüdischen Premierminister, als die Deutschen Hitler gewählt haben. Die Ukraine hat nun durch freie und faire Wahlen zum ersten Mal in der Geschichte einen russischsprachigen Juden zum Präsidenten und außerdem mit Volodymir Groysman einen jüdischen Premierminister gehabt. Japan hat mit Taro Aso einen Katholiken als stellvertretenden Premierminister und Finanzminister, und Südkorea hat mit Moon Jae-In den dritten katholischen Präsidenten. All diese Politiker, die nicht zur religiösen Mehrheit in ihren sehr unterschiedlichen Ländern verstreut über den ganzen Globus zählen, haben in den genannten Staaten nicht zu Protesten, Pogromen und gewalttätigen Umstürzen geführt. Stattdessen sind die genannten Länder, im Großen und Ganzen, funktionierende Rechtsstaaten und Demokratien.

Islamische Selbstkritik? – Fehlanzeige.

Doch die Islamisten erdreisten sich weiterhin, den islamischen Opfermythos zu propagieren, derweil die Ummah, die Gemeinschaft der islamischen Staaten, aufgrund von Tribalismus, Imperialismus, der immer wiederkehrenden Zweckehe aus politischem Islam und arabischem Nationalismus und innerislamischen Konflikten vor die Hunde geht. Diese Form der Agitation ist unter den gegebenen Umständen nicht nur extrem unmoralisch, sondern auch extrem dumm, denn es gibt diese Einheit innerhalb der Ummah bis heute nur in den Köpfen von Islam-Apologeten und nicht in der Realität. Unter anderem deshalb, weil Islam-Apologeten konstant Nebelkerzen zünden, um vom Versagen ihrer Staaten und Gemeinschaften abzulenken, anstatt sich um die sehr realen Probleme in der Ummah zu kümmern. Und eine dieser Nebelkerzen ist eben der vollkommen bizarre Vorwurf von der angeblichen Diskriminierung der Muslime im Iran vor der Islamischen Revolution und in der Türkei, bevor die AKP an die Macht kam, eben dem islamischen Opfermythos entsprechend. Im deutschsprachigen Raum wird die Theorie des islamischen Opfer-Mythos allen Fakten zum Trotz von Charakteren wie Bahman Nirumand, Michael Lüders und Jürgen Todenhöfer unwidersprochen weiterverbreitet.

Es ist meiner Meinung nach eine zeitgenössische Unsitte, jedem Islam-Apologeten eine Plattform für seine Aussonderungen zu geben. Denn es macht sehr wohl einen Unterschied, ob Islam-Apologeten Twitter oder eine Obstkiste im Park als Plattform für ihre Agitation nutzen, oder die Möglichkeit bekommen, in einem Medium wie der «Zeit» oder dem «Standard» zu publizieren, ein Buch zu veröffentlichen oder im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ihre kruden Thesen zur Normalität erhoben werden. Somit verrät man nicht nur die Zivilisation als solche, sondern stilisiert obendrein noch Leute zu Experten, deren Weltsicht man als post-faktisch beschreiben kann. Wenn sich nun einer wie Bahman Nirumand hinstellt, und faktenresistent behauptet, dass die jetzige Politik des Henkerregimes von Teheran nichts weiteres sei als eine Reaktion auf die Entmachtung Mossadeghs und generell auf die Außenpolitik der USA, so ist dies nicht nur falsch, sondern auch unaufrichtig.

Es ist deshalb an der Zeit den islamischen Opfermythos auf den Müllhaufen der Geschichte zu befördern, und von der Ummah, sprich von den Staaten mit islamischer Mehrheitsbevölkerung, das gleiche Maß an Zivilisation und Menschen- und Bürgerrechten für nicht-muslimische Minderheiten einzufordern, das man auch von Staaten wie Korea, Japan und Georgien gegenüber ihren Minderheiten erwartet. Alles andere ist der sogenannte «Rassismus der niedrigeren Erwartungen», ein Rassismus, der echten Fortschritt lähmt und stattdessen zu Stagnation führt.

Der Überlebenskampf der politischen Linken in Israel

Israels Linksparteien haben sich durch ihre anti-rationale Politik derartig diskreditiert, dass die Arbeitspartei, die jahrzehntelang den Staat mit absoluten Mehrheiten regiert hatte, droht unter die Sperrklausel zu fallen.

Von Ulrich W. Sahm (Mena)

JACK GUEZ, AFP

Nitzan Horowitz (re.) belegt Platz drei auf der neuen Wahlliste, Stav Shaffir (li.) ist nicht mit dabei.

Vor dem dritten Urnengang binnen eines Jahres herrschte bisher besonders bei den linken Parteien Untergangstimmung. Der altehrwürdigen und einst allmächtigen Arbeitspartei, die 1948 den Staat gegründet und jahrzehntelang den Staat mit absoluten Mehrheiten regiert hatte, droht mit dem Sturz unter die Sperrklausel von 3,25 % das politische Aus. Ähnlich düster sehen die Umfrageergebnisse für die Linkspartei Meretz aus.

Neuer Zusammenschluss linker Parteien

Um politisch zu überleben, haben sich Vertreter dieser Parteien nun auf eine gemeinsame Wahlplattform geeinigt. Auf den Stimmzetteln wird der Name „Emet“ (Wahrheit) zu lesen sein, die traditionelle Bezeichnung für die Arbeitspartei. Das bereits anlässlich der vorherigen Wahl geschlossene Bündnis der Arbeitspartei mit der Gesher-Partei der ehemaligen Likud-Politikerin Orly Levy-Abekasis wird sechs der ersten elf Listenplätze besetzen, fünf Plätze fallen auf die als links-außen eingestufte Partei Meretz.

Angeführt wird der Wahlzusammenschluss vom Arbeitsparteivorsitzenden und ehemaligen Verteidigungsminister Amir Peretz. Nach der Gesher-Chefin Levy-Abekasis folgt auf Platz drei der ehemalige Journalist und nunmehrige Meretz-Vorsitzende Nitzan Horowitz. Nicht mit von der Partie ist die prominente ehemalige Arbeitspartei-Abgeordnete und momentane Grünen-Chefin Stav Schafir.

Empört über die Zusammensetzung der neuen gemeinsamen Liste äußerte sich der arabische ehemalige Meretz-Abgeordnete Issawi Frej, der erst auf dem 11. Platz zu finden ist und daher kaum eine Chance hat, im März in die Knesset einzuziehen – ein, wie er sagt, „Schlag ins Gesicht“ der arabischen Meretz-Wähler.

Sollte er deshalb das Parteienbündnis verlassen, so würde das bedeuten, dass die israelische Linke ohne einen einzigen arabischen Kandidaten antreten würde – bemerkenswert für den Teil des politischen Spektrums, der sich ideologisch als das Heim der Befürworter einer ansonsten in Israel nur mehr wenig populären Zwei-Staaten-Lösung versteht und für die Kooperation mit den rund 1,1 Millionen Arabern im Lande eintritt.

Der daraus resultierende Imageschaden könnte das Parteienbündnis am Wahltag teuer zu stehen kommen und möglicherweise entscheidende Stimmen kosten. Denn einige unter den Arabern, die rund 20 Prozent der Wähler ausmachen, könnten davon absehen, ihre Stimmen dem linken, zionistischen Parteienbündnis zu geben und stattdessen die anti-israelischen „Gemeinsame arabische Liste“ wählen.

Erneut schwerer Schlag zu erwarten

Ob der Zusammenschluss von Arbeitspartei-Gesher mit der Linksaußenpartei Meretz mehr Wähler anzieht als abstößt, ist schwer zu sagen. Übertragen auf Deutschland müsste man sich vorstellen, dass die ehemals große SPD, die Grünen und die Linken wegen der Sperrklausel aus dem Parlament zu fliegen drohten, und daraufhin ein Bündnis eingehen würden, dem auch Überbleibsel der KPD angehörten. Man kann annehmen, dass etliche traditionelle Sozialdemokraten und Umweltschützer sich in einer solchen Konstellation nicht mehr „zu Hause“ fühlen würden.

Wie auch immer die Wahl am 2. März ausgehen wird, eines scheint schon jetzt einigermaßen sicher zu sein: Die traditionelle israelische Linke wird an den Wahlurnen erneut einen Schlag erhalten und sich nur mit Mühe über Wasser halten können.

Positiv-Rekord: Noch nie so wenig gefallene Soldaten wie 2019

Dank Israels umsichtiger Politik starben im vergangenen Jahr so wenige Zahal-Angehörige wie noch nie zuvor.

(Israelnetz) – Im Jahr 2019 sind 27 israelische Soldaten gefallen – so wenige wie noch nie. 2018 lag die Zahl noch bei 43. Einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht der israelischen Verteidigungsstreitkräfte zufolge sind neben den 27 gestorbenen oder getöteten Soldaten weitere 35 kritisch verletzt worden. Auch diese Zahl ist rückläufig.

Durch Kampfhandlungen sind laut dem Bericht zwei Soldaten ums Leben gekommen. In dieser Kategorie wird in der diesjährigen Statistik auch Sacharia Baumel geführt. Baumel galt nach einem Kampfeinsatz im Ersten Libanonkrieg 1982 als verschollen. Sein Leichnam wurde erst im April 2019 nach Israel zurückgebracht.

Durch Unglücksfälle während der militärischen Ausbildung starben zwei Soldaten. Fünf kamen durch Verkehrsunfälle und zwei aufgrund verschiedener medizinischer Notfälle ums Leben, heißt es weiter.

„Die Zahl der gefallenen Soldaten nimmt weiter ab“, sagte Brigadegeneral Michael Janko. „Auch wenn wir ein positives Jahr hatten, sind wir entschlossen, Lehren zu ziehen, um die Zahl der Gefallenen weiter zu verringern. Jeder Todesfall ist einer zu viel.“ Damit spielt Janko auf die Suizidfälle israelischer Soldaten an. Gab es 2018 noch neun Selbstmorde, waren es 2019 zwölf. Dennoch sei der allgemeine Trend bei Selbstmorden rückläufig. Das Militär arbeite daran, die Verfügbarkeit von Waffen für beurlaubte Soldaten zu verringern und gleichzeitig mehr psychologische Hilfe anzubieten, erklärte Janko.

MENAHEM KAHANA, AFP

Israelische Soldatinnen stecken Fahnen auf die Gräber gefallener Kameraden.

Der Tod sprach französisch

Zweiter Weltkrieg: Wallonische Soldaten waren an Massaker an 6.000 jüdischen Frauen beteiligt – alle kamen straflos davon.

Von Redaktion Audiatur

Angehörige der wallonischen SS

An der Seite der Deutschen im Zweiten Weltkrieg eingesetzte wallonische Soldaten waren am Massaker an 6.000 jüdischen Frauen im Konzentrationslager Stutthof in Polen beteiligt. Laut eines Beitrags von RTBF (Radio-télévision belge de la Communauté française) belegt eine Akte der deutschen Justiz, dass es sich um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt.

Der Recherche des RTBF liegt die Zeugenaussage von „Antoine" zugrunde, dem Sohn eines ehemaligen „Rexisten" im Zweiten Weltkrieg. Als Rexisten bezeichnet man in Belgien die Anhänger der wallonischen faschistischen Bewegung Rex, die während der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkriegs mit den Nationalsozialisten kollaborierten. Laut dem RTBF-Beitrag waren „französischsprachige Personen aus Wallonien und Brüssel" an dem Massaker an 6.000 jüdischen Frauen in Polen beteiligt. Zum damaligen Zeitpunkt, Januar 1945, wird den Deutschen klar, dass sie den Krieg verloren haben. Sie zerstören so viele belastende Beweise wie möglich: Gaskammern, Konzentrationslager usw. Und sie töten. So wurden 6.000 jüdische Frauen, bewacht vor allem durch flämische, wallonische und Brüsseler Soldaten, auf Anordnung Nazi-Deutschlands ermordet.

Ihre letzte Reise ging zu Fuß in Richtung Königsberg, etwa hundert Kilometer entfernt. Auf dem Weg starben die Frauen reihenweise, bevor sie das Ziel erreichten. Dann steuerten die Soldaten das Dorf Palmnicken an. Dort fand das Massaker statt. Die Gefangenen wurden an den Strand gebracht und mit Gewalt in das eisige Meer getrieben. Frank Seberechts, Historiker am Cegesoma, dem belgischen Institut für die Erforschung der Konflikte des 20. Jahrhunderts, berichtet:

„[S]ie schießen auf sie, werfen Granaten nach ihnen. Einige schießen nicht, andere hingegen beschreiben in ihren Berichten nach dem Krieg die Befriedigung, die sie bei der Hinrichtung dieser Frauen verspürten. Ihr Hass kennt keine Grenzen."

Die Hypothese, dass wallonische Soldaten ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, wird durch eine 1.600 Seiten umfassende Akte untermauert, die von der deutschen Justiz in den 1960er Jahren verfasst wurde.

„Es waren etwa zwanzig deutsche Offiziere dort, aber auch 120 bis 150 ausländische Wachmänner, die aus westlichen Ländern kamen. [Die Überlebenden des Massakers] geben an, dass diejenigen, die schossen, Deutsch, Russisch, Litauisch, aber auch Französisch und Flämisch sprachen. Diese Entdeckung war für uns unfassbar. Wie konnten Menschen von so weit her gekommen sein, um, am anderen Ende des Kontinents, unschuldige jüdische Frauen zu töten? Es geht aus diesen offiziellen Unterlagen eindeutig hervor, dass Belgier, Wallonen sehr wohl an diesem Massaker beteiligt waren", bestätigt der Journalist Alexys Chabounine, Autor eines Artikels über das Massaker von Palmnicken beim RTBF.

Niemand wurde verurteilt

Trotz einer sorgfältigen und genauen Zusammenstellung der Ausschreitungen wurde kein einziges Urteil zu diesem Verbrechen gefällt. „Niemand wurde verurteilt. Der Hauptbeschuldigte Fritz Weber, der SS-Mann, der den Konvoi befehligte, wurde festgenommen. Jedoch beging er 1965 im Gefängnis Selbstmord, bevor er verurteilt wurde. Weitere Verdächtige wurden nicht gefunden. Dieser umfassende Bericht führte zu keiner einzigen Verurteilung. Weder bei den Deutschen, noch bei den Russen, den Flamen oder den Wallonen…", fasst der Journalist zusammen.

Jüdin gehört zu den schicksten Berlinerinnen

Zum Jahreswechsel ist der neue Bildband „Berlin Street Style" erschienen – das erste Buch über die spannende Straßenmode der Hauptstadt. Dafür wurden mehr als 110 Hauptstädter fotografiert sowie auf Deutsch und Englisch porträtiert. Es ist ein einzigartiges Album schicker und außergewöhnlich gekleideter Berliner entstanden, in dem Menschen und nicht Marken im Vordergrund stehen.

Zu den besonders schicken Berlinerinnen, die es in den Bildband geschafft haben, gehört auch die jüdische Ukrainerin Evgenia. Sie ist über Israel nach Berlin gekommen und sagt zu ihrem Stil: „Ich kombiniere gerne Sachen verschiedener Herkunft. Die Tasche kommt zum Beispiel von einem israelischen Designer. Optisch ist sie eher klein, aber da passt sogar immer eine Strickjacke rein! In Berlin lebe ich sehr gerne. Mir gefällt besonders die Bewegung! Ich weiß, dass die Stadt in drei Jahren wieder ganz anders sein wird."

„Berlin Street Style" ist das ideale Buch für alle „Fashionistas", für Berlin-Fans weltweit und für jeden, der sich von unkonventioneller und spannender Mode-Fotografie inspirieren lassen will.

„Berlin Street Style"
Midas-Verlag/Zürich
256 Seiten
ISBN: 978-3038761297
25,- Euro

Die jüdische Ukrainerin Evgenia

Dieses „Geschenk“ wollte Stalin nicht

Die Nazis boten der Sowjetunion alle Juden an, die 1940 in ihrem Machtbereich lebten: Über 2 Millionen Menschen. Die kommunistische Diktatur ging auf die Anfrage nicht ein.

Von Pavel Poljan

Im ehemaligen Parteiarchiv der UdSSR wird ein hochinteressantes Dokument aufbewahrt: Der Brief des Leiters vom Neuansiedlungsamt beim Rat der Volkskommissare der UdSSR an dessen Vorsitzenden Molotow vom 9. Februar 1940, mit dem folgenden Inhalt:

„...Das Neuansiedlungsamt erreichten zwei Briefe aus den Umsiedlungsbüros in Berlin und Wien bezüglich der Frage der Organisation einer Übersiedlung der jüdischen Bevölkerung aus Deutschland in die Sowjetunion, konkret nach Birobidschan und in die Ukraine. Gemäß dem Abkommen zwischen den deutschen und sowjetischen Regierungen über die Evakuierung der Bevölkerung können in die Sowjetunion ausschließlich Ukrainer, Rusyne, Russen und Weißrussen evakuiert werden. Nach unserer Auffassung können die Vorschläge besagter Umsiedlungsbüros nicht akzeptiert werden. Bitte um Ihre Anweisungen.“

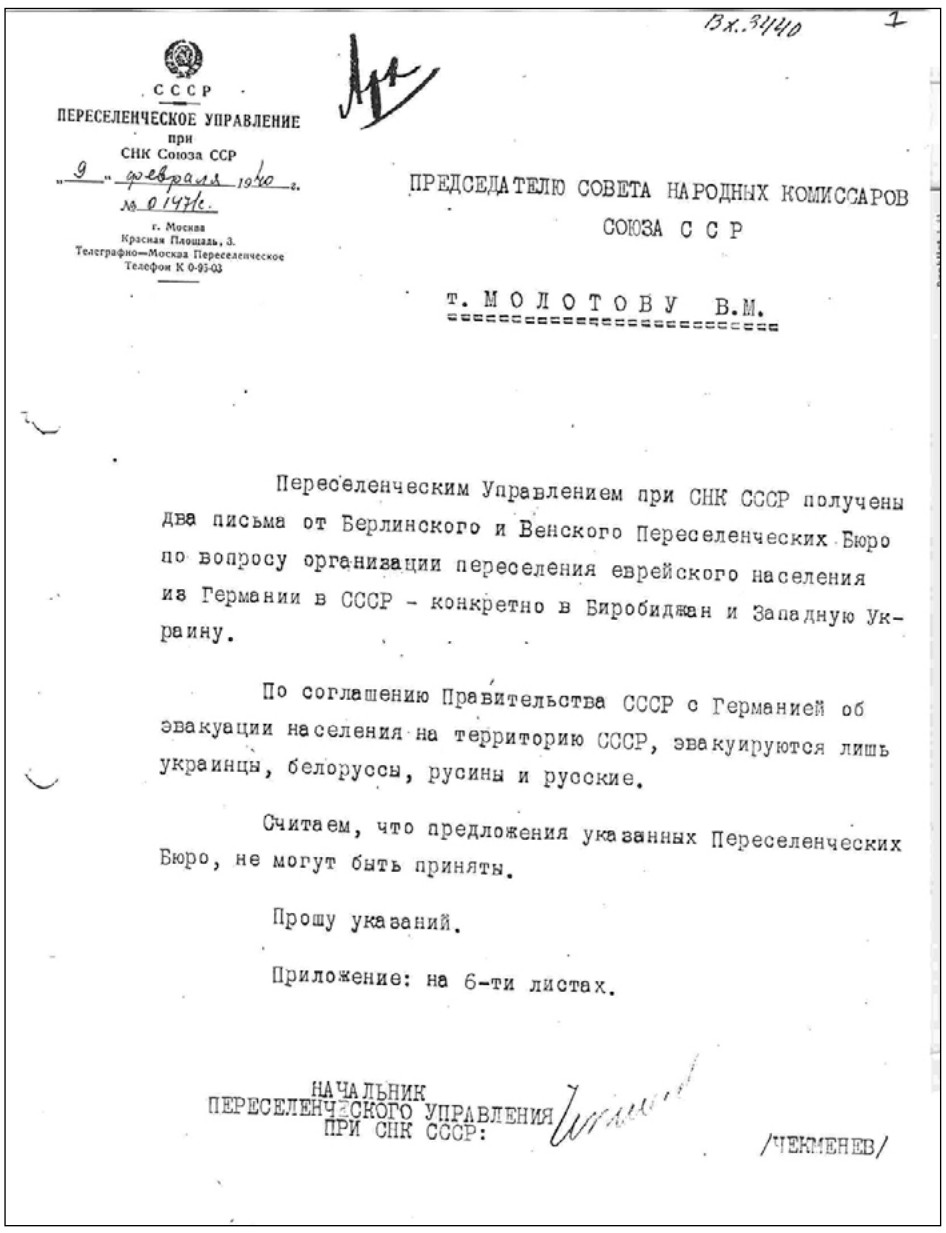
Allein schon die Namen der deutschen Unterzeichner der Briefe – wären sie in diesem Schreiben erwähnt – hätten einen erschaudern lassen: Es ist anzunehmen, dass die Briefe aus Berlin und Wien von Adolf Eichmann und Franz Josef Huber verfasst wunden. Der Letztere übernahm vom zukünftigen Henker der baltischen Juden, Franz Walter Stahleker, den Inspekteur-Posten beim Sicherheitsdienst (SD) in Wien und leitete dort unter anderem auch das Umsiedlungsbüro. Der tatsächliche Strippenzieher in Wien wurde, nachdem Eichmann Wien verließ und nach Berlin ging, sein ehemaliger Stellvertreter und engster Mitarbeiter, SS-Hauptsturmführer Alois Brunner, der im Januar 1941 offiziell zum Leiter des Büros ernannt wurde. Und über allen diesen Gestalten schwebte der Schatten des Leiters vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA), Stellvertretenden Reichsprotektors in Böhmen und Mähren, Reinhard Heydrich.

Leider konnten die im Schreiben erwähnten „Anlagen auf sechs Seiten“ weder in den deutschen noch in den russischen Archiven gefunden werden. Dennoch ist der Sinn dieser fehlenden deutschen Briefe eindeutig: Hitler bot Stalin alle Juden an, die zu diesem Zeitpunkt in deutsche Zuständigkeit fielen. Dabei ist auch die Antwort auf dieses „Angebot“ ersichtlich: „...die Vorschläge… können nicht akzeptiert werden“; mit anderen Worten, eure Juden können wir nicht nehmen.

Um sowohl die Frage als auch die Antwort darauf besser verstehen zu können, erscheint es sinnvoll, die Berliner und Wiener Briefe unter folgenden Aspekten zu analysieren: Aus der Perspektive des Absenders, des Empfängers und unter Berücksichtigung der damaligen bilateralen Beziehungen.

Eichmanns Tätigkeit

Die Initiative ging offensichtlich von Eichmann aus. Im Oktober 1934 meldete er sich freiwillig zum Sicherheitsdienst (SD) der SS und leitete seit Juni 1935 in der neugeschaffenen Abteilung das Referat II 112 (Juden), wo seine Aufgabe war, die sogenannte „Auswanderung“ – also die Vertreibung der Juden aus Deutschland – voranzutreiben. Eichmann lernte Hebräisch und Jiddisch und traf sich mit führenden Zionisten. Nach dem Anschluss Österreichs 1938 wurde er in das gleiche Referat nach Wien versetzt, als SD-Führer im SS-Oberabschnitt Donau, damals unter der Leitung Stahlekers.



Вх.3440 1

СССР
ПЕРЕСЕЛЕНЧЕСКОЕ УПРАВЛЕНИЕ
при
СНК Союза ССР
„9“ февраля 1940 г.
№ 01476.
г. Москва
Красная Площадь, 3.
Телеграфно—Москва Переселенческое
Телефон К 0-95-03

ПРЕДСЕДАТЕЛЮ СОВЕТА НАРОДНЫХ КОМИССАРОВ
СОЮЗА ССР

т. МОЛОТОВУ В.М.

Переселенческим Управлением при СНК СССР получены два письма от Берлинского и Венского Переселенческих Бюро по вопросу организации переселения еврейского населения из Германии в СССР - конкретно в Биробиджан и Западную Украину.

По соглашению Правительства СССР с Германией об эвакуации населения на территорию СССР, эвакуируются лишь украинцы, белоруссы, русины и русские.

Считаем, что предложения указанных Переселенческих Бюро, не могут быть приняты.

Прошу указаний.

Приложение: на 6-ти листах.

НАЧАЛЬНИК
ПЕРЕСЕЛЕНЧЕСКОГО УПРАВЛЕНИЯ
ПРИ СНК СССР: /ЧЕКМЕНЕВ/

Der Brief des Leiters vom Neuansiedlungsamt beim Rat der Volkskommissare der UdSSR an dessen Vorsitzenden Molotow vom 9. Februar 1940

> Eichmann lernte Hebräisch und Jiddisch und traf sich mit führenden Zionisten.

Am 20. August 1938 wurde in Wien, im Ministerium des Inneren als eine seiner Abteilungen eine Zentrale für die Regelung jüdischer Emigration errichtet; ihre Aufgabe war die Schaffung von Bedingungen für die Ausreise österreichischer Juden. Dies beinhaltete Verhandlungen mit den Staaten-Rezipienten, Transportunternehmen und die Versorgung der Ausreisenden mit einem bestimmten Geldbetrag etc. Auch wurde beobachtet, wie jüdische Organisationen die Ausreise von Juden aufnahmen. Zum Leiter der Zentrale wurde Stahleker ernannt, in Wirklichkeit hatte Eichmann das Sagen.

Zunächst waren die Befugnisse der Zentrale und somit Eichmanns auf zwei Provinzen beschränkt – Wien und Oberdonau; zum Ende 1938 erweiterten sie sich auf ganz Österreich. Mit der Vereinfachung des Geldtransfers und der Einbeziehung der jüdischen Gemeinde Wien verringerte sich die Bearbeitungszeit der Ausreise-Unterlagen von drei Monaten auf acht Tage. So wurden bereits in den ersten zehn Wochen der Tätigkeit der Zentrale 25.000 Juden außer Landes gebracht. Insgesamt mussten in den ersten eineinhalb Jahren ca. 150.000 Juden Österreich verlassen. Ähnliche Behörden existierten auch in Prag und Ostrau (heute Tschechien).

Der November 1938 war ein Wendepunkt

Anfang November 1938, einige Tage vor der Reichspogromnacht, ließ Eichmann dem SS-Sturmführer Ehrlinger in Berlin seinen Bericht über die Tätigkeit der Ausreisezentrale zukommen und erinnerte ihn an seinen, Eichmanns, Vorschlag, eine solche Behörde für das ganze Imperium zu errichten. Die Ereignisse der „Kristallnacht“ verschärften die antijüdische Problematik erheblich, sodass die Entscheidung Heydrichs, am 12. November 1938 eine Konferenz, die sich der Aufarbeitung einer Strategie in der „Judenfrage“ im ganzen Deutschen Reich widmen sollte, einzuberufen, nicht überraschend war. Auf dieser Konferenz betonte Göring im Namen Hitlers die Perspektive des „Madagaskar-Plans“ (Abschiebung der Juden nach Madagaskar) und Eichmann berichtete von seinen Wiener Erfahrungen und von der Zweckmäßigkeit der Eröffnung einer solchen Ausreisezentrale auch in Berlin.

Entgegen einer Pogromstimmung, die nach dem 9. November 1938 eintrat, die „Endlösung der Judenfrage“ war zunächst lediglich in der Kategorie Emigration und nicht der Liquidation denkbar. Eichmann war auf die Emigration-Idee derart fokussiert, dass er sogar vorschlug, alle sich in den Lagern Dachau und Buchenwald befindlichen Juden, die nach dem 9. November 1938 festgenommen und dort eingesperrt wurden, zu befreien und ins Ausland zu schicken; als Grund nannte er einen fast zweifachen Rückgang der Ausreiseanträge. Dieser Vorschlag wurde allerdings von der SS abgelehnt.

Dennoch waren die Zahlen der jüdischen Emigration aus dem Reich auch Anfang 1939 hoch. Erreicht wurde dies zum Teil dank den Bemühungen des Vorstandes der jüdischen Gemeinde Wien und des „Palästinensischen Büros“ während ihren Reisen ins Ausland, aber auch durch die sogenannten „chinesischen Transporte“, die sowohl der Ausreise nach Schanghai dienten als auch als Mittel illegal nach Palästina zu gelangen. Ebenfalls spielte bei der Ausreise der Umstand eine wichtige Rolle, dass Maßnahmen für die berufliche Umorientierung für diejenigen Juden, die nach Erez Israel ausreisen wollten, eingeführt wurden.

Es hat noch einige Zeit gedauert, bis die von Eichmann so überzeugend propagierte Ausreisezentrale auf Anweisung Heydrichs in Berlin errichtet wurde. Dies geschah am nächsten Tag nach der Rede Hitlers am 30. Januar 1939 im Reichstag, in der er höhnisch die Position der „ganzen Welt der Demokratie“ erwähnte, die angesichts des Schicksals deutscher Juden „vor Mitleid trieft, dem armen gequälten jüdischen Volk gegenüber allein hartherzig verstockt bleibt angesichts der dann doch offenkundigen Pflicht, zu helfen“ und ihnen gleichzeitig aber die Einreisepapiere verweigert.

Ein Reservat für die Juden?

Nochmal acht Tage später, am 7. Februar 1939, hielt Alfred Rosenberg vor den schockierten Vertretern der ausländischen Presse und Diplomaten eine Rede, voll ähnlicher Provokationen. Er forderte von England, Frankreich und Holland die Erschaffung eines „jüdischen Reservats“ für 15 Millionen Menschen „auf Madagaskar oder in Guayana“; auch Alaska wurde genannt.

Die neue Organisation wurde „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ genannt. Eichmann sollte die Zentrale ab dem 1. Oktober 1939 leiten; er verließ Wien und kehrte nach Berlin zurück. Am 21. Dezember 1939 verpflichtete Heydrich Eichmann, das neue „Referat zur Koordinierung der

Umsiedlung von Juden und Polen in den besetzten polnischen Gebieten“ zu leiten. So wurde Eichmann zur Schlüsselfigur nicht nur in der Entwicklung des Konzepts, sondern auch in der Durchführung aller Projekte im Rahmen der „Endlösung der Judenfrage“.

Die perfekte Logistik des Massenmords

Deren Höhepunkt wird die Errichtung der Transitlager in den westeuropäischen Ländern und eines Ghetto-Netzes bei den Eisenbahnknotenpunkten in den besetzten Gebieten des Ostens, aus denen schließlich Millionen von Juden in die KZs deportiert wurden. Eichmann, ein Mann der Tat, wird noch über vieles nachdenken, vieles „verbessern“. Zu seinen Kenntnissen des Judentums und der hebräischen Sprache werden einige hinzukommen müssen. Zum Beispiel in den Bereichen wie Chemie und Physiologie des Menschen, um eine Antwort auf die komplizierte Frage zu finden, welches der von der Industrie produzierten Erstickungsgase wirksamer bei der Liquidierung. Es wäre ein Fehler, ihn einfach als Schreibtischtäter zu bezeichnen; seine Dienstreisen in Ghettos und in die KZs beweisen das Gegenteil.

Operation Nisko (Polen)

Die erste Aktion Eichmanns in Berlin wurde die „Operation Nisko“. Nach der Besetzung Polens im September 1939 kamen fast viermal so viele Juden in deutsche Hände als es sie in Deutschland vor der Machtergreifung der Nazis gab – ca. zwei Millionen Menschen. Nahezu ein Viertel von ihnen lebte in den unmittelbar ins Deutsche Reich eingegliederten Gebieten. Es schien selbstverständlich und vorrangig für die Besatzer, dass diese Territorien von der jüdischen Bevölkerung „befreit“ werden müssten; die Frage lautete allerdings: Wohin mit ihnen?

Ende September 1939 äußerte sich Hitler sogar mehrmals dahingehend, dass er auch die deutschen Juden und überhaupt alle Juden irgendwohin nach Polen übersiedeln wolle. Gemäß dem Befehl von Gestapo-Leiter Heinrich Müller vom 6. Oktober 1939 über die Deportation der Juden aus Wien, Kattowitz und Ostrau begaben sich Eichmann und Stahleker am 12. Oktober 1939 nach Polen, um das Gebiet, damals noch unter der Kontrolle der Roten Armee, auszukundschaften. Sie entschieden sich für ein Stück Land – 20.000 km² – zwischen den Flüssen Weichsel, Bug und San, mit Lublin als Hauptstadt.

In dieses „Reservat“, ihrer Meinung nach, sollte man alle Juden Europas bringen, in erster Linie aus Deutschland, Österreich, der ehemaligen Tschechoslowakei und Polen. So wurde dieses „Reservat“ ein wichtiger Teil des strategischen Plans eines radikalen ethnographisch-strukturellen Umbaus von Osteuropa im Züge der Germanisierung. Am 7. Oktober 1939 ernannte Hitler den SS-Reichsführer Heinrich Himmler zum „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“; als solcher musste sich Himmler auch mit der Deportation der polnischen Bevölkerung aus den für die „vollumfängliche Arisierung“ vorgesehenen Regionen befassen. Dabei plante man die polnische Bevölkerung in Gebiete umzusiedeln, die zu diesem Zweck von Juden hätten befreit werden müssen.

Mit der Deportation der Juden wurde sofort begonnen. Der erste Transport mit 875 Juden wurde am 17. Oktober 1939 aus Ostrau auf den Weg gebracht. Unterwegs wurden am 20. Oktober in Kattowitz noch einige Juden abgeholt und am gleichen Tag kam der Zug in Nisko an. Insgesamt gab es vom 17. bis 29. Oktober 1939 sechs Züge, die zwischen vier- und fünftausend Deportierten nach Nisko brachten.

Erlaubt waren bis zu 50 kg Gepäck, welches ins Netz über dem jeweiligen Sitz passen sollte, und nicht mehr als 200 Reichsmark. Von der Umsiedlung waren lediglich Kranke befreit oder solche, die ein Dokument über die Ausreise in ein anderes Land vorlegen konnten. Juden waren gezwungen, die Papiere über ihre freiwillige Ausreise in einem „Umschulungslager“ zu unterschreiben. Sie trafen im Lager Nisko am Fluss San ein oder in einem Transitlager, am Ufer gegenüber, im Dorf Zatzecze. Unweit der beiden Lager befand sich die sowjetische Grenze; einigen Juden gelang es, in die UdSSR zu fliehen.

Die Deportierten wurden in ihre Städte zurückgebracht

Man hätte meinen können, das „Nisko-Reservat“ erwarte eine große Zukunft. Dennoch wurden Ende Oktober die Deportationen gestoppt: Der neue General-Gouverneur Hans Frank wünschte das ganze ihm anvertraute Gebiet „judenfrei“ zu sehen. Bis Sommer 1940 wurden alle Deportierten in ihre Städte zurück gebracht.

> Offenbar kollidierten hier zwei einander ergänzende Projekte des Dritten Reiches: Jüdische Emigration und deutsche Immigration.

Warum scheiterte letztendlich der Plan Nisko? Offenbar kollidierten hier zwei einander ergänzende Projekte des Dritten Reiches: Jüdische Emigration und deutsche Immigration. Die ersten Schiffe aus Riga und Reval (heute Tallinn) kamen in Danzig zu einer Zeit an, als die ersten Wiener Juden in Nisko eintrafen – Mitte Oktober 1939. Insgesamt plante man, ca. 200.000 sogenannte Volksdeutsche aus baltischen Ländern und aus Wolhynien in die Warthegau (Besetztes Gebiet in Polen – Anm. d. Übers.) zu holen; das Örtchen Warthegau musste aber zuvor von der jüdischen und polnischen Bevölkerung „befreit“ werden. Zunächst beabsichtigte man, bis Ende 1940 etwa 80.000 – 90.000 Juden und dann ca. 160.000 Polen aus dieser Region umzusiedeln. Jedoch gab es nicht genug Kapazitäten, um dieses Projekt zu Ende führen zu können, so zog man es vor, sich auf die Immigration zu konzentrieren. Diese Entscheidung stützte sich auch auf die Lage im Baltikum: Ende Oktober besetzte die UdSSR Estland, Litauen und Lettland und wer, wenn nicht Deutschland musste wissen, dass darauf eine Annektion folgen würde?

Der Madagaskar-Plan

Ein anderer wesentlicher Faktor spielte dabei zusätzlich eine Rolle: Die Idee, ein anderes „Judenreservat“ auf der Insel Madagaskar einzurichten. Ursprünglich stammte die Idee, diese exotische Insel mit Juden zu besiedeln, bereits zu Anfang des Jahrhunderts aus zionistischen Kreisen. Das erste Land, wo diese Frage ernsthaft in Betracht gezogen wurde, war 1937 Polen. Es wurde sogar eine polnisch-jüdische Kommission auf die Insel entsandt, allerdings standen ihre jüdischen Mitglieder nach dem Insel-Besuch dieser Idee skeptisch gegenüber. Dennoch wurde der Plan auch 1938 nicht verworfen, was die internationale Konferenz über das globale Schicksal der Juden Europas – die Évian-Konferenz – bestätigte. Sie ist fast gänzlich gescheitert – unter dem sarkastischen Grinsen der deutscher Medien (Évian-Konferenz 6. – 15. Juli 1938, initiiert von US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt als eine Internationale Flüchtlingskonferenz angesichts der steigenden Zahlen jüdischer Flüchtlinge, hauptsächlich aus Deutschland und Österreich, den fehlenden Willen westlicher Länder offenbarte, sich des Schicksals der Juden Europas anzunehmen und sie als moralisch bankrott dastehen ließ. Bis heute wird darüber diskutiert, wie gewichtig die Rolle der an der Konferenz teilgenommenen Staaten an dem Holocaust war. - Anm. d. Übers.).

Nur ein einziges Land – die Dominikanische Republik – signalisierte Bereitschaft, Juden aufzunehmen, und Großbritannien schlug als Ort einer möglichen Besiedlung eine seiner Kolonien – Uganda (Ostafrika) – vor. Als Ergebnis der Konferenz kann man die Entstehung des zwischenstaatlichen Ausschusses für Flüchtlinge nennen; später führte er Verhandlungen sowohl mit Deutschland als auch mit den aufnehmenden Ländern.

Nach dem Scheitern der Konferenz übernahmen die Nazis den „Madagaskar-Plan“. Sie sahen darin eine am wenigsten schmerzhafte Möglichkeit, Europa „judenrein“ zu machen.

Im Dezember 1939 präsentierte der Reichsaußenminister, Joachim von Ribbentrop, einen friedlichen Plan, wo auch Emigration deutscher Juden vorgesehen war; als aufnehmende Länder wurden Palästina, Äthiopien und – erneut – Madagaskar in Erwägung gezogen. Letztere Möglichkeit stand besonders nach der Niederlage Frankreichs hoch im Kurs: Als Siegermacht forderte Deutschland das Mandat zur Verwaltung Madagaskars für sich.

Am 3. Juli 1940 stellte Franz Rademacher, Leiter des „Judenreferats“ D III des Auswärtigen Amtes, den Madagaskar-Plan vor: 25.000 Franzosen sollten die Insel verlassen, Deutschland würde dort Kriegsmarine- und Luftstützpunkte errichten, und auf dem unbesetzten Teil der Insel würde man 4 bis 5 Millionen Juden unterbringen: Unter Aufsicht durch einen von Himmler ernannten Polizei-Gouverneur würden sie Landwirtschaft betreiben.

Der Madagaskar-Plan war alles andere als eine Idylle gedacht: Diese paradiesisch anmutende Insel wäre wahrscheinlich klimatisch kaum zu einem Paradies für europäische Juden geworden.

Das Birobidschan-Projekt

Zurück zu den am Anfang dieses Artikels zitierten Briefen an die sowjetische Behörde, geschrieben vermutlich von Eichmann und Stahleker. Offenbar dokumentieren sie ein bis jetzt unbekanntes Projekt zur „Endlösung der Judenfrage“: Mittels Emigration, Evakuierung oder Deportation österreichscher, tschechischer und polnischer Juden.

Zu Beginn des Jahres 1940 stand eine enorme Anzahl der jüdischen Bevölkerung unter deutscher Verwaltung – bis zu 400.000 innerhalb des Reiches und über 1,8 Millionen Menschen im Generalgouvernement auf ehemals polnischen Territorium. Diese Menschen sind es, um die es sich in den Briefen aus Berlin und Wien nach Moskau handelt. Sie loszuwerden war ein psychopathischer Traum Hitlers und gleichermaßen sein politisches Ziel.

Aber war dieses „Geschenk“ – 2,2 Millionen Juden mit ihrer klein- und großbürgerlichen Gesinnung – Stalin willkommen? Wer weiß, ob sich hinter der Maske eines Kleinkrämers oder Schneiders nicht ein deutscher Spion verbirgt?

Stalin wollte nicht

Nein, ein solches Geschenk hätte das Herz des internationalistischen Tyrannen, erfüllt von der Klassenliebe zum Proletariat und dem an Antisemitismus grenzenden Misstrauen den „eigenen“ Juden gegenüber, nicht verkraftet! Falls man ihnen erlauben würde, sich überall im Land anzusiedeln – was hätte das für einen Aufwand von Energie, Kraft und nicht zuletzt Kosten bedeutet, wäre doch für sie alle eine „Betreuung“ durch den Geheimdienst notwendig! Und man kann sie doch nicht alle in den GULAG stecken, und weder nach Birobidschan (Jüdisches autonomes Gebiet innerhalb der UdSSR nahe der chinesischen Grenze) noch in die Westukraine schicken: In der Westukraine befanden sich bereits 1,4 Millionen polnischer Juden; Birobidschan mit seiner Infrastruktur hätte lediglich 15.000 Menschen pro Jahr verkraftet, mehr nicht!

So war die Ablehnung dieses schmeichelhaften deutschen „Angebots“ bereits vorprogrammiert.

Es ist nicht bekannt, ob Molotow und Stalin sich darüber im Klaren waren, welche Folgen ihre Absage für die Juden Europas haben wird.

Zumindest einem anderen sowjetischen Diplomaten, F. Raskolnikov, dem ehemaligen Botschafter in Bulgarien, der die Rückkehr verweigerte und in die Emigration ging, waren die Folgen einer solchen Weigerung bewusst. Schon im September 1939 wandte er sich an Stalin mit einem wahrhaftig prophetischen offenen Brief: „Die jüdischen Arbeiter, Handwerker, die Bildungselite, die vor der faschistischen Barbarei flüchten, haben Sie kaltblütig dem Untergang preisgegeben, indem Sie vor ihnen die Türen unseres Landes zugeschlagen haben, das in seinen unermesslichen Weiten viele tausende Emigranten beherbergen kann.“

Nach der Absage Moskaus, oder – was wahrscheinlicher ist – nachdem er keinerlei Antwort erhalten hatte, war Eichmann wohl kaum überrascht oder verstimmt: Er war gewohnt, seinen Feind zu studieren und zu kennen. Aber die Reihe der Misserfolge einer territorialen Lösung der Judenfrage gab ihm zweifellos einen Anstoß, andere Wege der „Lösung“ dieser Frage zu suchen und über andere, radikalere Methoden nachzudenken: Hinrichtung anstelle der Ausweisung, Gaskammern anstelle der Ghettos, Schluchten und Gruben anstelle von Lagern, Massengräber anstelle von Madagaskar oder Fernost.

Ja, die Frage blieb damals unbeantwortet. Aber nicht für lange, nur für etwa eineinhalb Jahre. Ihre letzte und andere Lösung ging bekanntlich unter dem schrecklichen Namen Holocaust – Schoah – in die Geschichte ein.

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Der Imperativ der Erinnerungen

Erst durch die Gründung Israels konnte des Holocausts angemessen gedacht werden.

Von Pawel Polyan

Gastgeber Netanjahu mit ausländischen Staatschefs anlässlich des Holocaust-Gedenktages

Im Intervall zwischen dem 7. und 9. Mai 1945 hat das Dritte Reich – in Reims und in Karlshorst – zweimal die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet. Dies war nicht nur der große Sieg der Anti-Hitler-Koalition über Hitlerdeutschland auf dem europäischen Kriegsschauplatz – dies war auch ein Sieg über die verbrecherische Ideologie und den verbrecherischen Mörderstaat.

Den Siegern stand es bevor gemeinsam und erneut die Karte Europas umzugestalten – Deutschland, Österreich und Berlin in Besatzungszonen, sowie Europa – in geopolitische Kontrollzonen aufzuteilen. Ebenso musste man sich der Probleme von Millionen Flüchtlingen, der Heilung ökonomischer Kriegswunden und der Bestrafung von Kriegsverbrechern annehmen. Es ging nicht darum, die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen zu würdigen oder ihrer zu gedenken. Die Vernichtung des europäischen Judentums (die Millionenmaßstäbe waren bereits 1946 zu erahnen) wurde selbst in Nürnberg nur beiläufig erwähnt. Ja, und von welchem Gedenken für die Opfer des Holocausts konnte überhaupt die Rede sein, wenn in den zwei Ländern, auf deren Territorien der Holocaust hauptsächlich stattgefunden hatte – in Polen und der UdSSR – der Antisemitismus nach dem Krieg nicht verschwand, sondern im Gegenteil sogar noch zunahm?

In Polen in Form von Pogromen, in der UdSSR in Form des Abrisses der Obelisken an den Orten der Erschießung, der Vernichtung des Europäischen Antifaschismuskomitees, der „Ärzteakten“ und der ganzen Anti-Kosmopoliten-Geschichte.

Erst in Israel wurden die Opfer angemessen gewürdigt

Somit war es nicht verwunderlich, das ungeachtet des Katastrophenausmaßes und des sich aufdrängenden Imperativs des Gedenkens, die Juden zur Würdigung ihrer Helden des Widerstandes auf die Gründung eines eigenen Staates im Mai 1948 warten mussten.

Doch hier begannen völlig andere Schwierigkeiten: die heiße Diskussion über einen passenden Tag. David Ben-Gurion schlug den 27. Nisan vor: das sind sechs Tage nach der Beendigung des Peissah, der dritte nach dem Beginn des Warschauer Aufstandes und eine Woche vor Beginn des Jom haSikaron (Tag des Gedenkens) und dem Unabhängigkeitstag.

Die Nähe all dieser Daten würde den Weg des jüdischen Volkes zur Auferstehung ihres Staates symbolisieren. Der Oppositionsanführer Menachem Begin und ein Teil des israelischen Rabbinats fanden den 9. Ava passender – den Tag, an dem der erste und zweite Tempel zerstört wurden. Und der andere Teil des Rabbinats und die Bewegung „Mizrakhi“ waren für den 10. Tevet – den Tag des Fastens, zum Gedenken des Beginns der Zerstörung Jerusalems. Diesen Streit löste man in der Knesset: am 12. April 1951 hat die Mehrheit der Abgeordneten für die Idee von Ben-Gurion und für seinen Namensvorschlag „Jom haScho'a“ („Tag der Katastrophe und der Helden des Widerstandes“) gestimmt. Der Feiertag beginnt am 27. Nisan nach Sonnenuntergang und endet am Abend des darauffolgenden Tages.

Die Hauptzeremonie findet in der Gedenkstätte „Jad WaSchem“ mit Teilnahme der Staatsführung und der Familien, die den Holocaust überlebten, statt. In Gedenken an die 6 Millionen vernichteten Juden entfachen sechs der Holocaustüberlebenden oder deren Familienangehörige Fackeln. Am Morgen des nächsten Tages ertönt im ganzen Land eine zweiminütige Sirene. Für diese 120 Sekunden bleibt das ganze Leben in Israel stehen: die Arbeit hält an, die Fußgänger bleiben stehen, die Autofahrer parken und steigen aus. Nach dem Verstummen der Sirene werden am „Jad WaSchem“, auf dem Platz des Warschauer Ghettos, Gedenkkränze niedergelegt. 2020 fällt der Tag der Katastrophe und der Helden des Widerstandes auf den 20. und 21. April.

Die europäischen Gedenktage

Doch dieses denkwürdige Datum trägt nicht einen innerjüdischen, sondern einen deutlichen innerisraelischen Charakter. Die Gedenktage der ermordeten Juden, die in den 1990er Jahren von Ungarn (16. April – Beginn der Massendeportation ungarischer Juden nach Auschwitz 1944), Rumänien (9. Oktober – Beginn der Deportation rumänischer Juden in das transnistrische Ghetto 1941) und Lettland (4. Juli – Tag der Zerstörung aller Synagogen in Riga 1941) offiziell eingeführt wurden, waren auch innerstaatliche und gemeindliche Gedenktage. Für Deutschland wurde der 9. November zu einem ähnlichen Datum, wenn auch nicht offiziell konstituiert, in Erinnerung an die Kristallnacht 1938.

Das Bewusstsein für den Versuch des Ethnozids an den Juden als eines der Hauptziele Hitlers im Zweiten Weltkrieg und die Wahrnehmung des gesamten europäischen Kriegsschauplatzes als ein Gebiet des Holocaust wurde bereits während des Krieges geformt – zumindest von Ilya Ehrenburg und Wassili Grossman während der Arbeit am „Schwarzen Buch“. Das Buch wurde in den 1940er, 1950er, 1960er und 1970er Jahren nie veröffentlicht, aber seine Zwischenmaterialien, die an vielen Orten hinterlegt wurden, sind zu einer Art Larve der historischen Wahrheit über den Holocaust geworden.

Gleichzeitig wurden viele Erinnerungen von Holocaust-Überlebenden in vielen Ländern und in vielen Sprachen veröffentlicht. Als quasi Reaktion auf all diese Ego-Dokumente und mit gleichzeitiger Einbeziehung neuer Archivquellen, haben einzelne Historiker und Philosophen zunehmend versucht, die unterschiedlichen Ereignisse des Holocaust zu reflektieren, zusammenzufassen und ein ganzheitliches Bild darzustellen. Die Bücher von Eli Wiesel, Primo Levy und Raoul Hilberg, der Eichmannprozess (1961) und die Serie „Holocaust“ (1978) sind Meilensteine auf dieser ziemlich langsamen Reise.

Und dennoch sammelten sich allmählich das Verständnis und Bewusstsein für den globalen Charakter des Holocaust, seine historisch-tektonische Bedeutung und seine Einzigartigkeit an. Als Hauptstadt des Judenmordes, bestehend aus Hunderten von Ghettos und Schießgräben, aus Dutzenden Gaskammern und Krematorien, gilt Auschwitz-Birkenau – Auschwitz, dieser Anus Mundi, wie ein sentimentaler SS-Angehöriger ihn ehrlich betitelte. Hier wurden auf nur wenigen Hektar Land mindestens 1,1 Millionen Juden getötet und verbrannt – jedes sechste Opfer des Holocaust!

Vor 75 Jahren, am 27. Januar 1945, wurde das Konzentrationslager Auschwitz von der Roten Armee befreit und die Wahl dieses Datums als Gedenktag für die Holocaust-Opfer war damit vollkommen passend. In einigen Ländern, so auch in Russland und Deutschland, wird dieses Datum, wenn auch inoffiziell, bereits seit langem, seit 1995, gefeiert. Die Lage änderte sich 2005, als über 40 Monarchen, Premierminister und Präsidenten ebenso wie Vertreter des Papstes sich an diesem Tag im verschneiten Auschwitz versammelten und der Opfern gedachten. Danach haben sechs Länder – Israel, Kanada, Australien, Russland, Ukraine und die USA – bei der UNO die Formalisierung dieses Datums, als offiziellen „Internationalen Tag des Gedenkens der Opfer des Holocaust“, initiiert.

Die theatralische Falschheit

Im Jahr des 75. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz werden wieder Politiker aus der ganzen Welt anreisen, um über aktuelle Herausforderungen und Bedrohungen zu beratschlagen, aber ebenso um gegenüber den Rabbinern und den in Rollstühlen sitzenden letzten Überlebenden mit „Das darf sich nicht wiederholen!“ wettzueifern. Und wer weiß, ob es dieses Mal gelingt, dass es schneit und der Schnee all die Schmach und die theatralische Falschheit mit flauschigem Weiß bedecken kann.

Außerdem wurde angekündigt, dass rund 30 Staatsoberhäupter aus der ganzen Welt am Fünften Weltforum zur Erinnerung an den Holocaust unter dem Motto „Remember the Holocaust, fight antisemitism!“ teilnehmen werden, welches am 23. Januar 2020 in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem stattfinden wird. Bisher gibt es keine Gründe anzunehmen, dass dieses Treffen großen Nutzen bringen wird. Obwohl, Wjatscheslaw Mosche Kantor, Präsident und Gründer der Stiftung „World Holocaust Forum“, auf der Pressekonferenz, die zur Information über die Veranstaltung einberufen wurde, verkündete:

„Das Gelübde der ‚ewigen Erinnerung‘ *müssen nicht nur Juden, sondern auch die Menschen der ganzen Welt ablegen. Das jüdische Leben in Europa ist erneut in Gefahr. Den Juden drohen alljährlich Verfolgungen und Angriffe auf den Straßen, in den Schulen, Universitäten, im Internet und sogar in den eigenen Häusern. Die Situation hat sich dermaßen erschwert, dass die Mehrheit der Juden in Europa sich nicht länger sicher fühlt. Antisemitismus, das ist Hass, welcher keine Grenzen kennt, und von welchem viele Ideologien Gebrauch machten. Die Juden sind andauernd Anfeindungen seitens der linken, rechten und führenden Parteien ausgesetzt. Dies ist ein weiterer Dreh- und Angelpunkt in der Geschichte, indem friedliche Anführer sich vereinigen und handeln müssen. Bloße Worte werden nicht helfen, und ich meine, dass im Rahmen des ‚World Holocaust Forum‘ wir einen Handlungsplan für einen aktiven Kampf mit dem Antisemitismus ausarbeiten können.*“

Es ist nur schwer vorstellbar, dass dies klappt. Aber es ist nicht nur die Aufgabe der Mächtigen, sondern die von uns allen. Und nicht nur im Zusammenhang mit dem 75. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz.

Übersetzung aus dem Russischen von Sofia Ahatyeva

Unerklärte Kriege gegen Israel

Das neue Buch über das Verhältnis der DDR und der westdeutschen radikalen Linken zum jüdischen Staat

Von Dr. Elvira Grözinger

Dreißig Jahre nach dem Ende des vierzigjährigen Bestehens der DDR, der von manchen Nostalgikern immer noch als die „kleine nette Diktatur“ von nebenan, in der nicht alles schlecht gewesen sein sollte, betrauert wird, kommen zunehmend Dinge ans Licht, die zwar im gesamten Ostblock zur Politik des Kalten Krieges gehörten, aber gerade seitens eines sich als „antifaschistisch“ und „friedliebend“ definierenden deutschen Staatsgebildes geradezu als Fortsetzung des Nationalsozialismus anmuten.

Denn unter dem Vorwand des Antiimperialismus und Antizionismus führte die DDR jahrzehntelang einen unerklärten Krieg gegen Israel, wie die 2017 erschienene und 2019 ins Deutsche übersetzte Studie des amerikanischen Historikers Jeffrey Herf Schritt für Schritt minutiös nachzeichnet.

Seit 2011 arbeitete der Wissenschaftler an dem Thema, erforschte die Archive mit Dokumenten verschiedener DDR-Ministerien. Es ist ihm ein wichtiges Anliegen zu klären, was diese Deutschen antrieb, tatkräftig jene zu unterstützen, die den jüdischen Staat zu vernichten versuchten, auch und gerade mit den ihnen in Fülle gelieferten ostdeutschen Waffen. Das Buch, das zugleich über die antiisraelischen Aktionen und Ressentiments der westdeutschen radikalen Linken in den Jahren 1967-1989, auf weiter Strecke informiert, zeigt auf deprimierende und besorgniserregende Weise, dass „sich wieder einmal Deutsche daran beteiligten, Juden Gewalt anzutun.“ Immer wieder kehrt der Autor zu dieser bitteren Feststellung zurück und zeichnet ein Bild einer verlogenen zynischen, ja skrupellosen, Politik, die ihren Antisemitismus ideologisch vernebelt.

Diese pro-arabische und anti-Israelische Haltung in radikallinken Kreisen ist nach wie vor präsent, wie deren Unterstützung für BDS und ihre „gefährliche Toleranz“ gegenüber dem judenfeindlichen Islam offenbart, die Samuel Schirmbeck in seinem gleichnamigen Buch von 2018 anprangert. Der von Herf beschriebene Ungeist der DDR lebt dort weiter, er motiviert einige linke Parlamentarier, sich in dubiosen Flottillen-Aktionen zugunsten eines terroristischen Regimes mit einem Diktator zu verbünden, nur, um dem einzigen demokratischen und kleinen Land inmitten der Muslime zu schaden. Wie sehr diese unheilige Allianz mit den „palästinensischen“ Terrororganisationen vom Dunst der Stasi und des Stalinismus beeinflusst ist, wird anhand der Lektüre dieses mit Quellen und Tabellen wohl dokumentierten Dossiers sichtbar.

„Nazis nur im Westen“

Während es hierzulande, anders als in den USA, über die terroristischen Verstrickungen der radikalen deutschen Linken zahlreiche Studien gibt – so von Wolfang Kraushaar u.a. –, ist der Komplex DDR und Nahostpolitik bisher noch ein weitgehend unbekanntes Feld. Die DDR unterhielt als einziges Mitglied des Warschauer Paktes zu keinem Zeitpunkt diplomatische Beziehungen mit Israel. Bekanntlich weigerte sie sich, anders als die BRD, Wiedergutmachungszahlungen zu leisten. Die „guten“ Ost-Deutschen hatten ein sauberes Gewissen, die Nazis saßen nach deren Diktion allesamt im Westen. Die westdeutschen Kommunisten, wie die RAF-Terroristen, wurden auch vielfach mit Hilfe der DDR in den arabischen Staaten ausgebildet. So auch der fanatische Antisemit und Kopf der Stadtguerilla „Tupamaros West-Berlin“, Dieter Kunzelmann, ein KPD-Mitglied, später bis zum Rausschmiss im SDS, der einen zum Glück verhinderten Bombenanschlag während einer Gedenkfeier am 9. November 1969 gegen das jüdische Gemeindezentrum in der Fasanenstraße verübt hat.

Herf führt zahlreiche Beispiele von antiisraelischer Hetze auf den Titelseiten des „Neuen Deutschland“ an. Auch in der privaten Korrespondenz waren die ostdeutschen Politiker Befürworter dieser Politik und der umfangreichen Waffenlieferungen an die Feinde Israels.

Erst das Ende der DDR und die Wiedervereinigung, ja das Ende des Kalten Krieges und die Perestrojka, setzte einen Schlussstrich unter die Waffenlieferungen und politische Terrorunterstützung – ihre Auswirkungen jedoch machen sich bis heute in der Haltung der UNO und in der EU zu Israel bemerkbar. Denn die Sowjetunion war die treibende Kraft bei der Prägung der feindseligen Haltung des Warschauer Paktes gegenüber Israel. Die untertänigen Ostblockstaaten unterstützten folglich die politischen Forderungen der palästinischen Araber in der UN und trugen erheblich zur Wirksamkeit derer Propaganda bei. Dass sich das stalinistische Erbe des antizionistischen „Antiimperialismus“ nicht nur in Deutschland bemerkbar machte und weiterhin tut, das sei nebenbei angemerkt, zeigt das Beispiel Federica Mogherinis, der ehemaligen Außenministerin Italiens und bis 2019 in ähnlicher Funktion in der EU tätig. Sie war aktiv im Jugendverband der Kommunistischen Partei Italiens, später Linksdemokratin. Die studierte Politikwissenschaftlerin, die ihre Abschlussarbeit über das Verhältnis zwischen Politik und Islam schrieb, setzte die antiisraelische Politik auch im EU-Parlament fort.

Vertreibung der Juden aus Polen nach März 1968

Der 6-Tage-Krieg und der Jom-Kippur-Krieg sind zwei große Anschauungsblöcke, bei denen der Zynismus und die Verlogenheit der angeblichen Demokratien vor Augen geführt werden. Einen Monat nach dem 6-Tage-Krieg lieferte die Sowjetunion 50.000 Tonnen Waffen nach Ägypten, und auch die DDR schickte damals Waffen im Wert von 12,7 Millionen Dollar an die Araber, vornehmlich Syrien, als „materielle Unterstützung der DDR im Zusammenhang mit der Israel-Aggression“. Zu dieser antiisraelischen Politik verpflichtete die DDR-Führung ihre jüdischen Geiseln, indem sie eine „Erklärung der jüdischen Bürger der DDR“ am 9. Juni 1967 in „Neuen Deutschland“ abdrucken ließ, in der, mitten im Verteidigungskrieg, die israelische Aggression „feierlich“ [sic!] verurteilt wurde. Der PLO-Chef Arafat war ein häufiger und gern gesehener Gast in der DDR, ähnlich dem Mufti von Jerusalem bei Hitler. In Polen griff der damalige Parteichef Gomułka Israel und „zionistische Kreise“ bzw. die „fünfte Kolonne“ im Lande selbst an. Das war ein Signal zur Säuberung und Vertreibung der Juden aus Polen nach März 1968. Die westdeutsche Linke zeigte, wie Prof. Wolfgang Abendroth, ihr wahres Gesicht – er sah in der Unterstützung Israels im Krieg eine Form „philosemitischen Antisemitismus“.

> Die DDR unterhielt als einziges Mitglied des Warschauer Paktes zu keinem Zeitpunkt diplomatische Beziehungen mit Israel.

Brandt wollte Neutralität

Das Olympiamassaker von 1972 in München führte zum Verbot der radikalsten „Palästinenser“-Organisationen GUPS und GUP durch den Innenminister Hans-Dietrich Genscher. 1973 folgte der Jom-Kippur-Krieg, der, von der Sowjetunion und ihren Satelliten vorbereitet, der verlustreichste und dramatischste aller israelischen Verteidigungskriege war, weil er als Überraschungsangriff Israels Verteidigung erheblich schwächte. Die USA unter Nixon und Kissinger erwiesen sich als der einzige verlässliche Verbündete des bedrängten Staates, während die westdeutsche Regierung unter Willy Brandt, wie auch die NATO-Staaten, auf einer strikten Neutralität beharrte. Der damalige Außenminister Walter Scheel teilte diese Haltung aus Rücksicht auf die arabischen Öllieferanten und verweigerte den USA Waffenlieferungen nach Israel von den deutschen Stützpunkten aus. Brandt hatte zwar 1970 am Warschauer Ghetto-Mahnmal gekniet, die drohende Vernichtung der in Israel lebenden Juden jedoch in Kauf genommen.

Jeffrey Herfs Buch ist eine Fundgrube an historischen Fakten und Details – er meint: Die Kenntnis der Geschichte dieses „gescheiterten und irregeleiteten Krieges ist eine wichtige Voraussetzung für das Verständnis, warum ein Frieden im Nahen Osten nicht in Sichtweite ist.“

Jeffrey Herf
„Unerklärte Kriege gegen Israel: Die DDR und die westdeutsche radikale Linke, 1967-1989“
518 Seiten
Verlag: Wallstein
ISBN: 978-3835334847

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen) vierteljährlich:
1. durch die Expedition:
a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

✡ Organ ✡
der
Zionistischen Vereinigung
für
Deutschland.

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H., Berlin N. 54, Auguststr. 49a.
Geschäftsstunden der Expedition: täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.

Adresse der Redaktion:
Berlin NW. 52, Melanchthonstrasse 4.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 8 | Berlin, 24. Februar 1905 — 19. Adar 5665 | X. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

Die Juden in Ostdeutschland
Von Ofe Schachor
Mitteilung des Aktions-Komitees
Mitteilungen des Zentral-Bureaus
Konsul Simon
Von H. M. C.
Mammonismus und jüdische Ehe
Von W. F.
Aus der Bewegung
Rundschau
Gesellschaftlicher Antisemitismus
Nicht Ross, nicht Reisige . . . .
Pässe nach Russland
Es ist erreicht!
Amerikanische Juden
Armer Heine!
Weltverband hebräischer Vereine
Volkskurse
Rundschau der Presse
Verschiedenes
Nationalfond
Briefkasten der Redaktion
Feuilleton
Der Flüchtling aus Jerusalem
Von Ludwig Philippson (Forts.
Register zu den Protokollen der sechs Zionistenkongresse.
Von Hugo Schachtel-Breslau (Forts.)

Gedenket des Herzlwaldes!

The Jewish Colonial Trust
(Jüdische Kolonialbank)
Brook House, Walbrook, London E. C.

Anglo-Palestine Company,
Limited
in Jaffa und in Jerusalem.

Zionistische Vereinigung für Deutschland
Zentralbureau:
Berlin W. 8
Friedrichstrasse 58

Bureau
des Zionistenkongresses:
Wien IX, Türkenstrasse 9.

Palaestinakommission des Zionistenkongresses:
Redaktion v. „Altneuland" Berlin W., Pfalzburgerstrasse 83.

Nationalfond für Deutschland, Adresse für Geldsendungen: Max Wollsteiner, Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10. Sammelstelle von Materialien: Frau Dr. Joel, Lübeck, Beckergrube 58.

Die Zukunft der jüdischen Gemeinden

Beim Gemeindetag in Berlin wurde das Problem der schrumpfenden Gemeinden thematisiert.

Von Victor Sanovec

Jüdisches Gemeindehaus in Berlin-Charlottenburg

Der Zentralrat der Juden lud im Dezember 2019 zum Gemeindetag nach Berlin ein. Unter anderem fand dort auch eine Veranstaltung zum Thema Zukunft der jüdischen Gemeinden statt. Mit dem drastischen Titel „Der Letzte macht das Licht aus“ wurde das Problembewusstsein des Zentralrates der Juden aufgezeigt. Das Thema war richtig gewählt und stieß auf großes Interesse; die für die Diskussion vorgesehenen 90 Minuten reichten nicht aus, um alle Fragen zu beantworten.

Jetzt sind die Delegierten wieder zurück und die Gemeinden sind an der Reihe. Was ist zu tun, was wird sich in Zukunft ändern müssen? Können wir es uns leisten die notwendigen Änderungen auf die lange Bank zu schieben? Die Debatte in Berlin kommt weder plötzlich noch unerwartet, auch ist die Situation nicht neu. Der Schwund der Mitgliederzahlen wird die Verkleinerung der Gemeinden nach sich ziehen. Vielleicht auch die Zusammenlegung mehrerer, nicht mehr funktionsfähiger Gemeinden zu einer größeren Einheit. Oder wird sogar die Aufgabe von bestehenden kleinen Synagogen unumgänglich, die nicht mehr die notwendige Infrastruktur für Verwaltung und zunehmende Sicherheitsanforderungen darstellen können?

Synagogen auf dem Land

Das sind schwerwiegende Veränderungen und sie sollten rechtzeitig vor Ort, in den Gemeinden, diskutiert werden und dann entsprechende Vorschläge entworfen und behandelt werden. Die Probleme zentral zu lösen macht zunächst wenig Sinn, denn die Realität des jüdischen Lebens in Deutschland findet unter durchaus unterschiedlichen Bedingungen statt. Es ist grundsätzlich immer schmerzhaft, wenn Gemeinschaften schrumpfen, nur wirkt es sich überall anders aus. Das jüdische Leben in Berlin wird nicht wirklich gefährdet sein, wenn dort morgen 100 Juden mehr oder weniger leben. Eine Synagoge auf dem Lande hingegen kann schon durch den Wegzug nur einer einzigen Familie in ihrer Existenz bedroht sein.

Zusammen mit anderen war Chajm Gusky (www.sprachkasse.de) an der Diskussionsrunde in Berlin beteiligt. Er verfolgt schon seit langem aufmerksam die Entwicklung der Mitgliederzahlen in den Gemeinden. Im Internet sind genaue Zahlen zu seinen Untersuchungen zu finden. In meinem Aufsatz will ich an seine Beobachtungen anknüpfen. Und drei weiteren Aspekte aufzeichnen ohne die keine zukünftige Entwicklung möglich sein wird: Es sind Jugendarbeit, Sicherheit und Bezug zu Israel. Alle diese Bereiche sind nicht nur direkt voneinander abhängig, sondern sie wurden in vielen Gemeinden jahrelang vernachlässigt. Oft auch unbewusst, zugunsten der Bemühung um Integration der Kontingentflüchtlinge. Die Gemeinden haben in den 90er Jahren diese Aufgabe voll des guten Willens übernommen und sie prägt sie bis heute, und wird sie weiter auch in der Zukunft belasten. Leider erfüllten sich die Hoffnungen vieler Gemeinden nach einem Erstarken des jüdischen Lebens durch den Zuzug nicht ganz, weil die schon in Deutschland aufgewachsene Generation der Kontingentflüchtlinge kaum in den Gemeinden zu finden ist. Was sind die Gründe?

Zentralisierte Organisations-Hilfe?

Die Kinder und Enkel der ehemaligen Kontingentflüchtlinge sind oft gut ausgebildet und machen Karriere in der Mehrheitsgesellschaft. Warum aber bleiben die meisten den Gemeinden fern? Die Synagogen werden den Alten überlassen, die gerne insbesondere zu feierlichen Anlässen kommen. Damit sind aber nicht die jüdischen Feste alleine gemeint. Besucht werden gerne Folklore-Veranstaltungen. Ein Beispiel dafür ist der 9. Mai, der als Tag des Sieges gefeiert wird. Faktisch ist es eine Feier der stalinistischen Unterjochung großer Teile Europas. Die Vorliebe für diese Art der Folklore ist nicht ohne Folgen. Sie wird durch die weiterbestehende Sprachbarriere am Leben erhalten. Sowjetisch geprägte Verhältnisse finden sich bei den Wahlen der Vorstände. Die Ämter werden als Ehre, als Auszeichnung verstanden, die nicht nach Eignung oder Qualifikation vergeben werden. Schon ein Versuch einer Neuerung oder Änderung wird als Bedrohung der Funktionäre empfunden. Die bisherige Struktur der Gemeinden, als Vereine organisiert, stützt diese rückwärtsgerichtete Orientierung. Wäre es nicht an der Zeit verstärkt Geschäftsführer einzusetzen? Steuer- und Verwaltungsangestellte? Leute, die professionell mit den Behörden umgehen können? Sollte nicht der Zentralrat Beobachter zu den Wahlen in die Gemeinden schicken, die bei strittigen Punkten, wie geheimen Abstimmungen und Auszählungen der Stimmen eine neutrale, eine beratende Position einnehmen?

> „Eine Synagoge auf dem Lande hingegen kann schon durch den Wegzug nur einer einzigen Familie in ihrer Existenz bedroht sein.“

Die Zeiten haben sich geändert. Es muss sich entsprechend auch die Gesinnung in den Gemeinden ändern. Weg von der Versorgung durch die Gemeinde zur Sorge für die Gemeinschaft! Es muss über alles gesprochen werden können, mit dem Bewusstsein und dem Ziel, wir wollen gemeinsam als Juden überleben. Und dementsprechend müssen wir handeln.

Um das Überleben zu sichern, müssen die jüdischen Gemeinden deutlich jüdischer werden. Das ist die große Aufgabe für die nächsten zehn Jahre. In den Gemeinden sollen alle Juden ohne Rücksicht auf Herkunftsländer oder ihr Alter einen Platz und eine Aufgabe finden, die ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechen.

Jugendarbeit

Die Gemeinden müssen eine absolute Priorität auf die Jugendarbeit legen. Das betrifft die Einrichtung von Kindergärten bis zu Wohnungen für Studenten und Cafés und Clubs für die Jugendlichen. Lasst in den Gemeinden die israelische Clubmusik dröhnen, keine Folkloretänze mehr. Unsere Bedrohung durch den Terror ist seit Halle nicht weit weg, sie ist gegenwärtig geworden. Können sich die Gemeinden auf die beruhigenden Zusagen der Politik verlassen oder sollten wir auch selbst Initiative zeigen?

Es gibt gute Beispiele für erfolgreiche Sicherheitsarbeit in den Gemeinden. Da sind z.B. Frankfurt/Main, Offenbach und Wiesbaden zu nennen. Es sind Gemeinden unterschiedlicher Größe, die alle drei unterschiedlich Beispielhaftes leisten. Alle drei haben Kontakte zu entsprechenden Behörden aufgebaut. Aber ihren eigenen Beitrag haben sie nicht vernachlässigt.

Eine Verbindung zu Israel aufzubauen und zu stärken muss eine Herzensangelegenheit für jeden Juden sein. Die Existenz des Staates Israel hat die Situation aller Juden in der Welt verändert. Wir alle profitieren davon. Lasst unsere Verbindung zu Israel deutlich werden. Wie das zu tun ist, das ist der Kreativität der einzelnen Menschen in den Gemeinden überlassen. Ob im Bereich der Kultur, des Kultus oder aus Interesse an Historie oder Natur – alles ist möglich und bereichend. Wir dürfen nicht vergessen, dass jede Krise, jede Änderung auch unvorhergesehene Möglichkeiten birgt. Lasst uns das Leben annehmen: Am Jisrael Chai!

Ein Wurm für den Tempel

Schicksale der Imperien, gefährliche Kritik, eine Heldin und ein steinfressender Wurm in der Übersicht der Haftorot, die im Monat Februar gelesen werden.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

WIKIPEDIA

„Jeremia beklagt die Zerstörung Jerusalems“ von Rembrandt (1630)

Auch wenn der Februar der kürzeste Monat im Jahr ist, gibt es in diesem Monat und in diesem Jahr gleich fünf Mal Schabbat und entsprechend wird fünf Mal die Thora mit den Haftorot gelesen. Außerdem haben wir diesmal mit dem „Lied von Debora“ zum Wochenabschnitt „Beschalach“ die längste Haftora des Jahres. Aber auch andere Abschnitte aus den Propheten, die zu den Wochenabschnitten im Februar gelesen werden, beinhalten viele interessante und lehrreiche Ideen.

Verschiedene Schicksale

Der Wochenabschnitt „Bo“ ist eigentlich die Fortsetzung der vorigen Parascha: die letzten drei der Zehn Plagen, die Ägypten in den Ruin trieben und die Vorbereitung sind zum Auszug der Juden aus dem Land. Deshalb ist es nur logisch, dass die Haftora zum Wochenabschnitt eines von beiden Themen widerspiegelt, und zwar die Zerstörung Ägyptens.

Auch wenn die vorige Haftora das Gleiche anspricht, gibt es hier einen Unterschied: während als Haftora zum „Waera“ die Prophezeiung von Jezechiel gelesen wird, wird in unserer Haftora die Prophezeiung vom Prophet Jirmia gelesen.

Diese Prophetie ist ziemlich bemerkenswert. Jirmia spricht über eins der stärksten und mächtigsten Länder der damaligen Zeit (Ägypten) und verspricht große Zerstörung, die von den persischen Eroberern unter dem König Nebukadnezar gebracht wird. Für damalige militärische Verhältnisse war es eine sehr gewagte Vorhersage. Es kam aber tatsächlich so, wie es prophezeit wurde.

Jedoch war nicht die sensationelle Niederlage Ägyptens die größte Überraschung. Am interessantesten ist ein kleiner und scheinbar unbedeutender Satz des Propheten (46:26):

„Und ich gebe sie in die Hand derer, die ihnen nach dem Leben trachten, in die Hand des babylonischen Königs Nebukadnezar und seiner Knechte. Darnach aber soll es wieder bewohnt werden wie zu Anfang, spricht der Herr“.

Warum sollen wir wissen, dass Ägypten wieder bewohnbar sein wird (wenn auch für immer schwach und unbedeutend)? Diese Tatsache bekommt ihre Wichtigkeit erst dann, wenn wir uns an die Prophetie bzgl. Babylonien selbst erinnern: diesem Imperium wurde nicht nur völlige Zerstörung versprochen, sondern auch, dass dieses Land für immer unbewohnbar sein wird!

Wäre es nicht eigentlich umgekehrt richtiger gewesen? Während die Ägypter die Juden viele Jahre lang schwer versklavt haben und jüdische Babys in den Nil geworfen haben, so haben die Perser hingegen „nur“ den Tempel zerstört und die Juden ins Exil vertrieben. G’tt jedoch hat eine andere Logik: die Zerstörung des Heiligtums war ein schwerer Schlag für den spirituellen Zustand der Welt, von dem wir uns bis heute nicht erholt haben. Deshalb muss Babylonien für immer in Ruinen bleiben…

Eine starke Frau

Wenn man das Buch Jona ausklammert, das beim Mincha-Gebet am Jom Kippur als Haftora gelesen wird, ist die Haftara zum Wochenabschnitt „Beschalach“ mit 51 Versen die längste unter den Schabbat-Haftarot. Jedoch wird der Leser die Länge der Vorlesung kaum bemerken: die Geschichte, die sich dort abspielt, ist so spannend, dass sie die Aufmerksamt sowohl von Männern, als auch von Frauen auf sich zieht.

In der Haftara (Richter 4:4-5:3) wird erzählt, dass es einmal eine Richterin namens Debora gab. Sie war nicht nur eine Richterin in einem Gericht, sondern „die Mutter der Nation“, eine Art Premierministerin. Es ist ziemlich ungewöhnlich, dass eine Frau im Judentum plötzlich zur Entscheidungsträgerin wird. Deshalb bemerken unsere Weisen, dass es in jener Zeit leider keine guten männlichen Führungspersönlichkeiten gab.

> Nur wenige wissen es, aber König Schlomo hat den gewaltigen Bau des Tempels begonnen, als er erst 16 Jahre alt war!.

Die Zeiten, in denen Debora das jüdische Volk anführte, waren für die Juden schwer, es gab mächtige Unterdrückung durch die Kanaaniter. Die Juden konnten diese Unterdrückung nicht mehr aushalten, und haben G‘tt um Rettung angefleht. Zum Glück gab es damals keine Demokratie und keine x-maligen Wahlen, so dass das jüdische Volk schnell und direkt von G‘tt eine passende Führungsperson in Form von Debora bekommen hat.

Richterin Debora war eine sehr starke Persönlichkeit: sie war nicht nur eine von sieben Prophetinnen, sondern auch eine große Chachama (Weise) und sogar eine Business-Woman (laut Überlieferung hatte sie eine Dattelpalmen-Plantage in Jericho, einen Weingarten in Rama, Olivenbäume in Beit-El und ein Stück Land auf dem Berg Ephraim). Sie genoss hohes Ansehen, ihre Entscheidungen wurden respektiert und die Menschen kamen zu ihr aus ganz Israel.

Also, G‘tt hat die Rettung vor den Feinden beschlossen und Debora beauftragt eine kleine Armee zusammenzustellen: es sollten zehntausend Mann von den Stämmen Naftali und Zevulun unter der Führung des Armee-Generals Barak ben Avinom aufgestellt werden.

Kampf gegen die Kanaaniter

Doch Barak ben Avinom war sich keineswegs sicher, dass er den Sieg gegen den übermächtigen Gegner schafft und bat Debora um die Hilfe. Debora willigte ein, versprach jedoch, dass der Haupterfolg ihm verwehrt bleiben würde, und es eine Frau sein wird, die den ganzen Ruhm für den Sieg einfahren wird.

G‘tt bringt die ganze kanaanitische Armee unter der Führung des großen Judenfeindes Sisra zum Megido. Durch ein großes Wunder wird diese riesige und sehr modern bewaffnete kanaanitische Armee vollständig vernichtet, jedoch schafft es der Heerführer Sisra zu fliehen.

Barak ben Avinom nimmt die Verfolgung auf, kommt jedoch zu spät: Sisra wurde schon von einer Frau Namens Jael (auf eine besondere Weise) getötet, bei der sich der Feind zu verstecken versuchte. Und es kommt tatsächlich so, wie Debora prophezeit hat: nicht der stramme General Barak, sondern eine einfache Hausfrau bekam den ganzen Ruhm für den Sieg. Auf den Propheten muss man hören!

Dann singt Debora ein Lied, wo G‘tt für die wunderbare Rettung gepriesen wird, und das ist eigentlich die Verbindung zum Wochenabschnitt „Beschalach“, wo das Lied am Schilfmeer nach

dem Auszug aus Ägypten gesungen wird.

Diese spannende und lange Haftara hat wirklich viel in sich und es ist sehr empfehlenswert diese Geschichte aufmerksam einschließlich der Kommentare zu lesen.

Unreine Lippen

Im Wochenabschnitt „Jitro“ lesen wir von der Thora-Übergabe am Berg Sinai. Es war eine sehr starke G’ttliche Offenbarung: „Und der ganze Berg Sinai rauchte, weil HaSchem auf ihn herabgestiegen war im Feuer, und es stieg auf der Rauch, wie der Rauch eines Ofens, und der ganze Berg bebte gewaltig“.

Deshalb wurde als Haftora zu diesem Wochenabschnitt die Prophetie von Jesaja gewählt, wo er ebenfalls eine starke Offenbarung G’ttes erlebt: „Im Todesjahre des Königs Usija sah ich den Herrn sitzen auf hohem und erhabenem Thron, und seine Schleppen erfüllten den Tempel“.

Jesaja wird von G‘tt für eine Mission ausgewählt, jedoch kann er nicht glauben, dass gerade er so etwas Erhabenes verdient hat: „Ich sprach: Wehe mir! ich vergehe, denn ein Mann unreiner Lippen bin ich, und ich verweile unter einem Volke unreiner Lippen – den König, den Herrn Zebaot haben meine Augen gesehen“. Was Bescheidenheit, ja fast Demut des Propheten zu sein scheint, war ein schwerer Fehler und wurde ihm zum Verhängnis: „Da flog zu mir einer der Serafim (Engel); er hielt in seiner Hand einen glühenden Stein, den er mit der Zange vom Altare genommen. Er berührte damit meinen Mund und sprach: Dies berührt deine Lippen, und so weicht deine Schuld und deine Sünde ist gesühnt“.

Was hatte Jesaja falsch gemacht? Das Problem war, dass er über seine Mitmenschen schlecht redete: „Ich verweile unter einem Volke unreiner Lippen“. Das darf man nicht: G’tt liebt sein Volk und mag es nicht, wenn über Seine Kinder schlecht gesprochen wird (auch wenn sie es verdient haben). Unsere Weisen erzählen im Midrasch, dass gerade auch deswegen Jesaja gestorben war. Er wollte sich vom König Menasche in einem Baum verstecken. Menasche befahl den Baum zu fällen, jedoch konnten seine Diener lange keinen Platz am Baum finden, wo er gesägt werden konnte. Dann haben sie doch noch eine Stelle gefunden und Jesaja starb. Diese einzige verwundbare Stelle war dort, wo Jesajas Mund gewesen war.

Der Ljubawitscher Rebbe Rabbi Menachem Mendel Schneerson (1902-1994) fragte einmal, wie es sein kann, dass ein so großer Prophet wie Jesaja so einen einfachen Fehler machen konnte (als er schlecht über sein Volk gesprochen hat). Der Rebbe meint, dass die einzige plausible Antwort darauf sein könnte, dass der Prophet uns auf diese Sünde aufmerksam machen wollte. Es gab viele große Rabbonim und Rebbes, die sehr darauf achteten, nichts Schlechtes über die Juden zu sprechen. Es ist sehr wichtig daran zu denken, wenn wir unsere Nächsten kritisieren möchten…

Kränkung kann tödlich sein

Die Haftora zum Wochenabschnitt „Mischpatim“ ist der sozialen Gerechtigkeit gewidmet. Der Wochenabschnitt selbst beinhaltet 53 Gebote und Gesetze. Eins davon handelt von der Behandlung jüdischer Sklaven, das gleich am Anfang der Parascha beschrieben wird.

Diese Gesetze sind so sonderbar, dass allein sie jegliche Theorien widerlegen, dass das jüdische Gesetz von anderen Völkern übernommen worden wäre. Sklaven sollten laut der Thora so menschlich behandelt werden, wie es nicht einmal im Mittelalter in den progressivsten Ländern denkbar war.

3D-Modell von König Salomos Tempel

Lange Zeit wurden diese wunderbaren Gesetze von Juden ja praktiziert, wurden jedoch mit der Zeit und unter Einfluss von umgebenden Völkern „vergessen“. Das ist der Gegenstand der Zurechtweisung des Propheten Jeremia, die in der Haftora vorkommt. Zuerst beschreibt der Prophet die richtige Entscheidung, welche der gute König Zedekia getroffen hat:

„Dies ist das Wort, welches vom Herrn an Jeremia erging, nachdem der König Zedekia mit allem Volk zu Jerusalem einen Bund gemacht hatte, eine Freilassung auszurufen, dass jeder seinen Knecht und seine Magd, sofern sie Hebräer und Hebräerinnen seien, freilassen solle, und niemand mehr einen Juden, seinen Bruder, zu dienen zwinge“.

Die Sklavenbesitzer waren von der Entschlossenheit des Königs beeindruckt, sind dem Aufruf gefolgt und haben tatsächlich alle ihre Sklaven freigelassen. Jedoch haben sie später den Verlust ihrer Diener bereut und einen Rückzieher gemacht: „Danach aber reute es sie, und sie holten die Knechte und Mägde, die sie freigelassen hatten, wieder zurück und machten sie mit Gewalt wieder zu Knechten und Mägden“.

Das wird vom Propheten scharf angeprangert. Nicht nur, dass die Reichen die G’ttliche Gebote missachtet haben, sie haben ihren jüdischen Brüdern und Schwestern schweres Leid angetan. Für G’tt sind jedoch zwischenmenschliche Beziehungen sogar noch wichtiger als Beziehungen zu G’tt! Deshalb verspricht Jeremia den Sündern eine fürchterliche Bestrafung: „Die Fürsten Judas und die Fürsten von Jerusalem, die Höflinge und die Priester und alles Volk des Landes… die übergebe ich in die Hand ihrer Feinde und in die Hand derer, die nach ihrem Leben trachten, dass ihre Leichname den Vögeln des Himmels und den Tieren des Feldes zur Speise dienen sollen“. Die Schwere der Strafe besteht darin, dass die Leichen der Sünder nicht einmal würdig begraben werden!

Diesen Aspekt sollen wir uns immer vor Augen halten: nicht nur koscheres Essen, aufrichtiges Gebet oder das Halten des Schabbats sollen für uns wichtig sein und genaustens praktiziert werden, sondern auch die Ehre und Würde unseren Mitmenschen. Ihre Kränkungen können sehr schwer wiegen und die Sühne dafür könnte viel kosten…

Wurmiger Bauarbeiter

Nach zwei ausdruckstarken Prophetien lesen wir in der letzten Haftora des Monats wieder einmal eine Geschichte. Auch wenn die Erzählung aus dem 1. Buch der Könige (5:26-32, 6:1-13) nicht so spannend ist wie der Thriller um die Richterin Debora, so hat sie es doch in sich.

In dieser Haftora wird vom Bau des ersten Tempels berichtet, das große Meisterstück des König Schlomo (Solomon). Die Verbindung zum Wochenabschnitt ist direkt: das einzige Thema des Wochenabschnittes „Truma“ ist das Gebot den „Mischkan“ zu bauen – das mobile Heiligtum für den Opferdienst, das den Juden seit der Wüstenwanderung und bis zum Tempelbau diente. Deshalb ist der Bericht, wie der erste Tempel von König Schlomo gebaut wurde, auch der logische Abschluss des Baus des Mischkans.

Jedoch sind nicht so sehr die zahlreichen Details des Mega-Baus, die unsere Haftora genaustens auflistet, beeindruckend, sondern einige Fakten rund um den Bau dieses Werkes.

Nur wenige wissen es, aber König Schlomo hat den gewaltigen Bau angefangen, als er erst 16 Jahre alt war! Mit 12 hat er den Thron von seinem Vater David geerbt, ein paar Jahre hat er gebraucht, um seine Position gegen Herausforderer zu sichern und seine Macht zu festigen, und dann konnte er mit dieser Aufgabe beginnen.

Während des sechseinhalbjährigen Baus hatten die Erbauer viele Herausforderungen zu meistern. Die größte davon war wohl das Hauen der Steine. Das Problem bestand darin, dass die Thora beim Tempel-Bau die Verwendung von Metall-Werkzeugen verbieten (2. Buch Moses 20:22): „Und wenn du mir einen Altar aus Steinen machst, so baue sie nicht von behauenen; denn hast du dein Eisen darüber geschwungen, so hast du ihn entweiht“. Für dieses Verbot gibt es auch eine plausible Erklärung von unseren Weisen:

„Denn der Altar ist geschaffen, um die Tage des Menschen zu verlängern, und das Eisen ist geschaffen, die Tage des Menschen zu verkürzen; darum ist es nicht recht, dass der Verkürzer über den Verlängerer geschwungen wird. Und ferner stiftet der Altar Frieden zwischen Jisrael und seinem Vater im Himmel, darum komme kein Zerstörer und Verwüster auf ihn geschwungen werden.“

Auch wenn die Erklärung logisch ist – wie sollen jedoch die Steine beschaffen werden?

Der Talmud erzählt, dass König Schlomo einen wunderbaren Wurm namens Schamir bekommen hat, der Steine schneiden konnte. Mit diesem Wurm wurden nicht nur Steine für den Tempel herausgeschnitten, sondern auch Aushöhlungen für die Edelsteine an der Brustplatte des Hohenpriesters. Der Schamir wurde legendär, wurde von den antiken Griechen übernommen, und man findet die Erzählungen über einen solchen Wurm auch bei den antiken Römern (Aelianus Tacticus) und in den Legenden der nördlichen antiken Völker.

Ein Wurm, der Steine schneidet? Was sich lange Zeit wie ein bloßer Mythos anhörte, bekam vor Kurzem eine kleine Bestätigung. Vor ca. einem Jahr berichteten Forscher im Fachmagazin der „Royal Society“ über die Entdeckung eines Bohrwurmes, der auch Steine zersetzen kann. Die wurmartige Muschel-Kreatur, die offiziell „Lithoredo abatanica“ genannt wurde, wurde schon 2006 in einem Flusslauf auf der philippinischen Insel Bohol entdeckt und ums Jahr 2018 genauer untersucht. Diese Kreaturen, die vorwiegend in Süßwasser leben, haben Dutzende, dickere, Millimeter große Zähne, mit denen sie sich in Steine bohren. Jetzt erscheint der Schamir des Königs Schlomo nicht mehr ganz so märchenhaft.

Oft lesen wir verschiedene Geschichten im Tanach oder im Talmud, die uns unmöglich erscheinen. Jedoch stimmt alles darin und erst im Laufe der Zeit wird immer mehr davon bewiesen. Deshalb lohnt es sich, unserer Tradition mehr Vertrauen entgegenzubringen und sie mit größerem Interesse und Aufmerksamkeit zu lernen.

Quentin Tarantino über sein Leben in Israel: „Mein Leben hier ist so wunderbar!“

Er gewann einen Golden Globe für das beste Drehbuch für „Es war einmal ... in Hollywood“ und dankte in seiner Dankesrede seiner israelischen Frau, Daniella Pick, auf Hebräisch.

Der amerikanische Filmemacher und Schauspieler Quentin Tarantino und seine israelische Frau Daniella Pick

(The Algemeiner)

Der Filmregisseur Quentin Tarantino sprach in einem kürzlich veröffentlichten abendfüllenden Interview mit „Yediot Achronot“ über sein neues „wunderbares“ Leben in Israel mit seiner Frau, der israelischen Sängerin und Model Daniella Pick, die mit ihrem ersten Kind schwanger ist.

Der Regisseur von „Es war einmal ... in Hollywood“ sagte der Publikation: „Wirklich, mein Leben hier [in Israel] ist so wunderbar.“

Er sagte, er habe einige „Kurztrips“ in die Vereinigten Staaten zurück für die Oscar-Verleihung geplant, aber seine Familie werde vor und nach der Niederkunft von Pick in Israel sein.

Seine bisherige Zeit in Israel sei „großartig“ gewesen, sagte er und fügte hinzu: „Ich liebe das Land, und die Menschen sind wirklich nett, sehr nett zu mir, und sie scheinen sich zu freuen, dass ich hier bin.“

Laut „Yediot“ leben Tarantino und seine Frau in Ramat Aviv Gimel, einem schicken Wohnbezirk im Nordwesten Tel Avivs.

Er ist begeistert von der Geburt seines Kindes und beschrieb sein Leben mit Pick. Er erzählte, sie hätten eine Routine: während er schreibt, macht sie das Mittagessen, dann schreibt er weiter, und sie sehen sich gemeinsam Filme an – und fügte hinzu: „Wirklich, es ist sehr, sehr angenehm.“

Auf die Frage, wie er über die aus dem Gaza-Streifen abgefeuerten Raketen denke, sagte Tarantino: „Ich habe überhaupt keine Angst. Wie alle anderen hier bemerke ich es nicht wirklich.“

Tarantino gewann gerade den Golden Globe für das beste Drehbuch für „Es war einmal ... in Hollywood“, und in seiner Dankesrede dankte er Pick auf Hebräisch. Er sagte, die Geburt seines Kindes werde ihn ermutigen, mehr Hebräisch zu lernen.

„Ich kann jetzt noch kein Gespräch führen, aber ich kenne viele Wörter auf Hebräisch“, erklärte er. „Natürlich werde ich lernen. Ich will nicht, dass mein Junge oder mein Mädchen eine Sprache spricht, die ich nicht verstehe.“

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Als Mickey Mouse nach Israel kam

Ich war überrascht, als ich vor kurzem einige alte Micky-Maus-Hefte entdeckte: Sie waren auf Hebräisch.

Von Aviel Schneider (Israel Heute)

1928 schuf Walt Disney in den Vereinigten Staaten die wohl bekannteste Comicfigur der Welt. Eine clevere Maus, die durch und durch menschliche Züge hat. 19 Jahre später kam Mickey Mouse auch nach Israel.

Wie so viele jüdische Einwanderer erschien auch die Mickymaus noch unter britischem Mandat in Eretz Israel, nämlich 1947. Ohne sich um eine Lizenz zu kümmern, druckte der israelische Schriftsteller und Journalist Yehoshua Tan Pai – 1934 aus Moldawien eingewandert – in Tel Aviv die erste Nummer. Das bunte Heft war etwa so groß wie ein Din-A4-Blatt und erschien fortan alle zwei Wochen in hebräischer Sprache.

Auf der Titelseite ist eine Kurzgeschichte mit Mickey, Goofy und einem Esel abgedruckt. Und auf Seite zwei beginnt das erste Micky-Mouse-Heft mit einer Geschichte aus der Bibel, dem Abenteuer von Omer und Gomer. Ein Junge und ein Mädchen lassen sich im Boot von einer Schildkröte im Alexander-Fluss bei Netanya ziehen. Unterwegs lesen sie in der Bibel vom Propheten Elia auf dem Karmel, wie er 12 Steine nahm und den Altar Gottes wiedererrichtete. Auf einmal sehen die Beiden in der Nähe ihres Bootes zwölf Steine, die sie für die Steine des Propheten halten. Ein Feuer bricht aus, und sie verwechseln es mit dem Feuer des Altars in der biblischen Geschichte. Dann heißt es: Fortsetzung im nächsten Heft. Israels erstes Walt-Disney-Heft beginnt also mit einer biblischen Geschichte.

Ich bin zufällig auf die hebräischen Mickey-Mouse-Hefte gestoßen, und obwohl ich schon immer Liebhaber von Comics war – woran unser Vater schuld ist – hatte ich davon zuvor nie gehört. Die hebräischen Comics sind ein Mix aus Walt Disney, biblischen Geschichten, jüdischer Tradition und originellen Comicgeschichten, die die Kinder im jungen Land ermutigen.

Auf den nächsten zwei Seiten erscheinen wieder Klassiker, diesmal Minnie Mouse und Pinocchio, mit hebräischem Text in den Sprechblasen. Auf Seite 6 folgt ein origineller Krimi für Kinder mit David, dem jüdischen Detektiv aus Eretz Israel. Die spannende Story spielt in der alten Hafenstadt Jaffa und in der jüdischen Neustadt Tel Aviv. Zum Abschluss wird auf der Rückseite die hebräische Version von Donald Duck vorgestellt. In Zion heißt er Danny Avasani, Danny, die Ente.

Im zweiten Mickey-Mouse-Heft, das bereits zwölf Seiten zählte, wird auf der Titelseite das Chanukka-Fest gefeiert. Mit Fackeln und zwei Plakaten in den Händen marschieren jüdische Kinder im Land. Auf dem einen Plakat steht der hebräische Satz aus der jüdischen Tradition zu Chanukka: „Ein großes Wunder geschah hier“. Auf dem anderen Plakat bezieht sich derselbe Satz auf die Zukunft und lautet: „Ein großes Wunder wird hier geschehen“. Damit ist der Aufbau des jüdischen Staates gemeint.

Anarchischer Umgang mit dem Urheberrecht

Das achte Mickey-Mouse-Heft hat besonderen Sammlerwert, weil es zu Pessach erschien und auf der Titelseite Mose zeigt. Er liegt in seinem Körbchen zwischen Schilfgras-Stängeln. Auch Miriam im Versteck und Pharaos Tochter sind gezeichnet. Im Innenteil wird aus der Pessach-Haggada kindgerecht zitiert und in einfacher Sprache das Pessachfest zur Zeit des Tempels beschrieben. Kinder schrieben Leserbriefe, und sie konnten an einem Preisausschreiben teilnehmen, wenn sie ihr Heft in einer Palas-Filiale in einer Stadt oder auch im Moschaw zum Abstempeln vorlegten. Das Jahresabo (26 Ausgaben) kostete eine Lira Eretz Israeli, die in 1000 Mills unterteilt war. Obwohl die Walt-Disney-Comics ohne Erlaubnis von Walt Disney abgedruckt wurden, steht trotzdem am Schluss „Alle Rechte vorbehalten“.

Gedruckt wurden die Kinderhefte in Tel Aviv, darauf stand: Printed in Palestine. Bis 1948 galt alles ohne Ausnahme als Produkt Palästinas, auch die Einwohner.

Auf der Rückseite spielen Mickey, Minni und Goofy mit Luftballons und singen allen Kindern Israels zu: „Unseren Lesern, allen Kindern Israels, singt, tanzt und singt, denn die Hebräer feiern Pessach. Seid gesegnet, seid gesegnet, seid lieb und seid fröhlich ... bis in Ewigkeit.“